»» Finanzbericht 2016

Bank aus Verantwortung

KFW

Kennzahlen des KfW-Konzerns

Fördervolumen

	2016 Mrd. EUR	2015 Mrd. EUR
	81,0	79,3

Erfolgskennzahlen

	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR
Zinsüberschuss (vor Förderleistung)	2.802	2.904
Provisionsüberschuss (vor Förderleistung)	280	286
Verwaltungsaufwand (vor Förderleistung)	1.185	1.125
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung)	**1.898**	**2.066**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–150	–48
Ergebnisse aus Hedge Accounting und Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	349	478
Ergebnisse aus Finanzanlagen und nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	11	43
Betriebsergebnis nach Bewertungen (vor Förderleistung)	**2.108**	**2.539**
Sonstiges betriebliches Ergebnis	102	107
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderleistung)	**2.210**	**2.647**
Förderleistung	230	345
Ertragsteueraufwand	–21	130
Konzerngewinn	**2.002**	**2.171**
Konzerngewinn vor IFRS-Effekten	**1.769**	**1.900**
Cost-Income-Ratio (vor Förderleistung)[1)]	38,4 %	35,2 %

[1)] Verwaltungsaufwand (vor Förderleistung) in Relation zum bereinigten Ertrag. Der bereinigte Ertrag berechnet sich aus der Größe des Zins- und Provisionsüberschusses (jeweils vor Förderleistung).

Bilanzkennzahlen

	31.12.2016 Mrd. EUR	31.12.2015 Mrd. EUR
Bilanzsumme	507,0	503,0
Kreditvolumen	472,4	447,0
Geschäftsvolumen	609,2	587,2
Bilanzielles Eigenkapital	27,1	25,2
Bilanzielle Eigenkapitalquote	5,3%	5,0%

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen

	31.12.2016 Mrd. EUR	31.12.2015 Mrd. EUR
Risikoposition	116,1	131,8
Kernkapital	25,9	24,1
Regulatorische Eigenmittel	25,9	24,2
Kernkapitalquote[1)]	22,3%	18,3%
Gesamtkapitalquote[1)]	22,3%	18,4%

[1)] Dargestellt werden die sinngemäßen IRBA-Quoten, die die KfW für internen Zwecke freiwillig auf Basis der wesentlichen rechtlichen Vorschriften und unter Berücksichtigung der Jahresergebnisse ermittelt. Seit Januar 2016 unterliegt die KfW der aufsichtsrechtlichen Meldepflicht für Kapitalquoten. 2016 wurden an die Bankaufsichtsbehörden Kapitalquoten gemäß Kreditrisikostandardansatz (KSA) gemeldet. Die KfW weist in ihren Eigenmitteln kein Tier 2 Kapital mehr aus, so dass Kernkapitalquote und Gesamtkapitalquote per 31.12.2016 übereinstimmen.

Beschäftigte der KfW Bankengruppe[2)]

2016	2015
5.944	5.807

[2)] Durchschnittlicher Personalbestand von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Vorstand und Auszubildende, einschließlich Aushilfen

Überblick KfW

Die KfW ist eine der führenden Förderbanken der Welt. Mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung setzt sich die KfW im Auftrag des Bundes und der Länder dafür ein, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebens bedingungen weltweit zu verbessern. Allein 2016 hat sie dafür ein Fördervolumen von 81,0 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Davon flossen 44 % in Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz. Die KfW besitzt keine Filialen und verfügt nicht über Kundeneinlagen. Sie refinanziert ihr Fördergeschäft fast vollständig über die internationalen Kapitalmärkte. Im Jahr 2016 hat sie zu diesem Zweck 72,8 Mrd. EUR aufgenommen. In Deutschland ist die KfW Bankengruppe mit Standorten in Frankfurt am Main, Berlin, Bonn und Köln vertreten. Weltweit gehören rund 80 Büros und Repräsentanzen zu ihrem Netzwerk.

››› Bank aus Verantwortung

Inhalt

Brief des Vorstands 6

Vorstand, Direktoren und Geschäftsführer der KfW Bankengruppe 17

Bericht des Verwaltungsrats 18

Mitglieder und Aufgaben des Verwaltungsrats 21

Corporate Governance Bericht 23

Konzernlagebericht 28
Grundlagen des KfW-Konzerns 30
Wirtschaftsbericht 35
Nachhaltigkeitsbericht 46
Risikobericht 50
Prognose- und Chancenbericht 73
Erklärung zur Unternehmensführung 80

Konzernabschluss 81
Gesamtergebnisrechnung 84
Bilanz 86
Entwicklung des Eigenkapitals 87
Kapitalflussrechnung 91
Anhang 93

Bestätigungen 203
Erklärung des Vorstands 204
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 205

Die Zahlen in den Tabellen wurden exakt gerechnet und summiert. Die Darstellung erfolgt gerundet. Hierdurch können sich in der Summenbildung Rundungsdifferenzen ergeben.

Tatsächliche Nullbeträge sowie auf null gerundete Beträge werden als 0 Mio. EUR dargestellt.

Brief des Vorstands

Bernd Loewen, Dr. Günther Bräunig, Dr. Stefan Peiß

Dr. Ingrid Hengster, Dr. Norbert Kloppenburg

Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)

Liebe Leserinnen und Leser,

die KfW Bankengruppe blickt auf ein erfolgreiches Förderjahr zurück. So verzeichnete sie im Jahr 2016 weiterhin eine sehr hohe Nachfrage nach ihren Finanzierungsprodukten. Die Förderzusagen sind auf ein Gesamtvolumen von 81 Mrd. EUR gestiegen (2015: 79,3 Mrd. EUR, +2 %).

Das inländische Fördergeschäft konnte mit einem Zusagevolumen in Höhe von 55,1 Mrd. EUR (2015: 50,5 Mrd. EUR, +9 %) sichtbare Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft setzen. Grund war vor allem eine hohe Nachfrage nach Förderkrediten im Wohnungsbau. Aber auch Unternehmen haben die Förderprogramme der KfW stark in Anspruch genommen.

Die Zusagen im internationalen Geschäft liegen mit 24,9 Mrd. EUR auf einem stabilen Niveau (2015: 27,9 Mrd. EUR). Die Finanzierungen und Förderungen der Entwicklungszusammenarbeit verzeichneten mit 8,8 Mrd. EUR ein sehr gutes Jahr (2015: 7,7 Mrd. EUR). Die Finanzierungen der KfW IPEX-Bank als Spezialist für Export- und Projektfinanzierungen haben sich mit 16,1 Mrd. EUR nach dem Ausnahmevorjahr wieder normalisiert.

Die KfW befindet sich auf dem Weg einer digitalen Trans formation und betrachtet die neuen Technologien als Chance. Wir tragen damit dem wachsenden Bedürfnis der Kunden nach einer schlanken und digitalen Abwicklung ihrer Förder kredite Rechnung. Zugleich wollen wir die Digitalisierung der Volkswirtschaft vorantreiben.

Dr. Ulrich Schröder

Erneut bildete die Förderung von Umwelt- und Klimaschutzvorhaben einen wichtigen Schwerpunkt unserer Arbeit (35 Mrd. EUR, das entspricht 44 % der gesamten Zusagen).

In den Jahren 2012 bis 2016 legte die KfW im Rahmen des KfW-Aktionsplans Energiewende 103 Mrd. EUR für Projekte im Zusammenhang mit der Energiewende heraus. Damit leistet die KfW einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Umwelt- und Klimaziele der Bundesregierung. Gefördert werden Investitionen in energieeffizientes Bauen und Sanieren, Energieeffizienzmaßnahmen von Unternehmen und Kommunen, in erneuerbare Energien sowie technologische Innovationen für den Klimaschutz.

Mit neuen Ansätzen für die Förderung im In- und Ausland schreitet die Digitalisierung des KfW-Geschäfts voran. In Deutschland nutzt die Fördermittelplattform Bankdurchleitung Online 2.0 (kurz BDO) die Chancen der Digitalisierung. Mittlerweile laufen alle wohnwirtschaftlichen Förderprodukte zwischen KfW und Finanzierungspartner digital über diese Plattform. Im Sommer 2016 wurde zudem der erste gewerbliche Förderkredit über BDO zugesagt. Seit Dezember 2016 können private Kunden die von der KfW angebotenen Investitionszuschüsse online über das KfW-Zuschussportal beantragen und direkt ihre Zusage erhalten. In der Förderung von Entwicklungs- und Schwellenländern fungiert die Digitalisierung auch als Modernisierungs- und Entwicklungskatalysator.

Die KfW unterstützt Bund, Länder und Kommunen bei der direkten Krisenbewältigung sowie der nachhaltigen Integration im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik. Die Anfang September 2015 gestartete Sonderfazilität „Flüchtlingsunterkünfte“ war bereits nach vier Monaten im Januar 2016 ausgeschöpft. Es konnten bis zu 150.000 Unterbringungsplätze in 700 Kommunen geschaffen werden. Seit April 2016 unterstützt die KfW die Bundesländer bei Förderprogrammen für bezahlbare Wohnungen und leistet damit einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Integration.

Im internationalen Bereich hat der Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank derzeit fast 100 laufende Vorhaben mit Flüchtlingsbezug in 27 Ländern und einem Gesamtvolumen von 2 Mrd. EUR. Insgesamt gingen 2016 rund 575 Mio. EUR Neuzusagen in 30 Projekte, die Flüchtlinge und die aufnehmenden Dörfer und Städte in den Partnerländern direkt unterstützen.

81

Mrd. EUR Gesamtvolumen betrug die Summe der Förderzusagen im Jahr 2016.

»Die KfW hat dieses Jahr den höchsten Anteil von Umwelt- und Klimafinanzierungen am Gesamtfördervolumen in ihrer Geschichte zugesagt. Sie setzt damit ihren Kurs als einer der größten Finanziers von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland und weltweit fort.

Dr. Günther Bräunig

Die Fotostrecke zeigt das neue Innovation Lab der KfW.

55,1

Mrd. EUR Zusagevolumen verzeichnete das inländische Fördergeschäft.

Auch die gemeinnützige unabhängige KfW Stiftung engagierte sich für Flüchtlinge. Unter der Schirmherrschaft des damaligen Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel und in Zusammenarbeit mit der Social Impact gGmbH baute die KfW Stiftung 2016 ihr Stipendienprogramm „Ankommer. Perspektive Deutschland“ weiter aus. Damit unterstützt sie Projekte und Initiativen, die Flüchtlingen Zugang zu Bildung und Arbeit eröffnen und ihnen dadurch die Möglichkeit bieten, an Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland zu partizipieren.

Ergebnisse der Förderaktivitäten im Einzelnen

Inländisches Fördergeschäft:
Im Geschäftsfeld **Mittelstandsbank** betrug das Neugeschäftsvolumen im vergangenen Jahr 21,4 Mrd. EUR. Es lag damit um rund 1 Mrd. EUR über dem Vorjahresniveau (2015: 20,4 Mrd. EUR).

Der Förderschwerpunkt **Umwelt und Energie** erzielte 2016 mit einem Volumen von 10,7 Mrd. EUR (2015: 9,3 Mrd. EUR) einen kräftigen Zuwachs. Wesentlich dazu beigetragen hat das 2015 neu aufgestellte und verbesserte Energieeffizienzprogramm, mit dem bereits im ersten Jahr nach der Neuaufstellung 5,2 Mrd. EUR (2015: 3,8 Mrd. EUR) ausgereicht wurden. Seit Mai 2016 erschließt die Förderung von Anlagen zur Vermeidung oder Nutzung der Abwärme zusätzliche Energieeinspar-

»Auch im Jahr 2016 konnte die KfW wichtige Impulse für die inländische Wirtschaft geben: Rekordzusagen in der Energieeffizienzförderung sowohl für die private Wohnwirtschaft wie auch für Unternehmen, starke Gründungsfinanzierung und hohe Investitionskreditnachfrage bei den Kommunen. Unsere Förderung kommt bei Bürgern, Unternehmen und Kommunen an.

Dr. Ingrid Hengster

potenziale. Auch im KfW-Programm Erneuerbare Energien wurde der hohe Vorjahreswert (4,5 Mrd. EUR) mit 4,7 Mrd. EUR nochmals übertroffen.

Der Förderschwerpunkt **Gründung und allgemeine Unternehmensfinanzierung** blieb mit 10,1 Mrd. EUR auf dem Vorjahresniveau (2015: 10,3 Mrd. EUR), dies gilt auch für die bereits im Vorjahr stark nachgefragte **Gründungsfinanzierung** (2016: 3,6 Mrd. EUR; 2015: 3,7 Mrd. EUR).

In der **Innovationsfinanzierung** lagen die Zusagen mit 0,6 Mrd. EUR knapp unter dem Vorjahresniveau (2015: 0,8 Mrd. EUR). Wesentlicher Treiber für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des deutschen Mittelstands ist das Thema Digitalisierung. Um gezielt Anreize für Digitalisierungsvorhaben zu schaffen, entwickelt die KfW ihre Innovationsförderung aktuell gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) weiter. Bereits 2016 deutlich gestärkt wurde die Innovationsfinanzierung durch erfolgreiche Umsetzung der neuen Strategie in der Beteiligungsfinanzierung. Nach gutem Start der ERP-Venture Capital-Fondsinvestments wird das Programm auf Beteiligungen an Venture Debt Fonds erweitert, um schnell wachsende Technologieunternehmen noch besser zu unterstützen. Auf sehr positive Marktresonanz trifft auch der im März 2016 von KfW und BMWi aufgelegte VC-Fonds coparion. Insgesamt hebelt die KfW über die neue Beteiligungsfinanzierung in den nächsten Jahren privates Kapital für innovative Start-ups in Höhe von bis zu 2,5 Mrd. EUR.

Das Geschäftsfeld **Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute** erreichte ein Neugeschäftsvolumen von 33,7 Mrd. EUR (2015: 30,1 Mrd. EUR).

Insbesondere im Förderschwerpunkt **Wohnen** zeigte sich eine intensive Dynamik. Die Zusagen erreichten ein Volumen von 20,8 Mrd. EUR (2015: 16,5 Mrd. EUR), wobei allein im Programm Energieeffizient Bauen über 11 Mrd. EUR (2015: 7 Mrd. EUR) ausgereicht wurden. Die starke Neubaukonjunktur und das Zinsumfeld setzten dauerhaft nennenswerte Impulse für die Nachfrage.

In der **Infrastrukturfinanzierung** wurden 4,1 Mrd. EUR (2015: 5 Mrd. EUR) zugesagt. Wie schon im Vorjahr war die Sonderfazilität Flüchtlingsunterkünfte mit knapp 450 Mio. EUR (2015: 1 Mrd. EUR) nochmals ein maßgeblicher Faktor. Im Zuge der akuten Maßnahmen wurden die 1,5 Mrd. EUR zügig ausgeschöpft. Zudem besonders erfreulich: Die kommunale Umwelt- und Klimaschutzförderung verdoppelte sich gegenüber 2015 von 378 Mio. EUR auf 745 Mio. EUR.

Im Förderschwerpunkt **Bildung und Soziales** lag das Fördervolumen mit rund 2,3 Mrd. EUR erneut auf gutem Niveau (2015: 2,6 Mrd. EUR). Das Vertragsvolumen in der **Allgemeinen Refinanzierung** für Landesförderinstitute lag mit 4,4 Mrd. EUR ebenfalls leicht unter dem Vorjahresvolumen (2015: 4,7 Mrd. EUR). Die **Individualfinanzierung Banken** steigerte insbesondere mit der Vergabe von Globaldarlehen für Leasingfinanzierungen ihr Fördervolumen auf 2,1 Mrd. EUR (2015: 1,3 Mrd. EUR).

Internationale Finanzierungen:
Die Zusagen im **internationalen Geschäft** liegen mit 24,9 Mrd. EUR auf einem stabilen Niveau (2015: 27,9 Mrd. EUR).

Im **Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung,** das von der KfW IPEX-Bank verantwortet wird, wurde ein Neuzusagevolumen von 16,1 Mrd. EUR (2015: 20,2 Mrd. EUR) erzielt. Nach dem durch Sondereffekte bedingten Peak im Vorjahr stabilisiert sich das Zusagevolumen damit wieder auf dem Normalniveau der vorangegangenen Jahre. Die größten Beiträge (häufig in konsortialer Zusammenarbeit mit Partnerbanken) lieferten die Geschäftssparten Energie und Umwelt (3,1 Mrd. EUR), Maritime Industrie (2,4 Mrd. EUR) sowie Finanzinstitutionen und Trade Finance (2,1 Mrd. EUR). Die Finanzierungen im Bereich Energie und Umwelt betreffen im Wesentlichen On- und Offshore-Windparks sowie hocheffiziente Gas-und-Dampf-Kraftwerke.

Der **Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank** konnte seine Zusagen erheblich steigern. Im vergangenen Jahr wurden im Auftrag der Bundesregierung rund 7,3 Mrd. EUR (2015: 6,7 Mrd. EUR) für Finanzierungen in Entwicklungs- und Schwellenländern bereitgestellt, davon 66 % für Projekte im Bereich Klima- und Umweltschutz (2015: 60 %). Das ist ein Rekordwert, der sich vor allem auf die Finanzierung von umweltfreundlicher Energieerzeugung und -versorgung stützt. Nahezu ein Drittel aller Neuzusagen ging für Entwicklungsprojekte nach Afrika.

Die **DEG,** ein Tochterunternehmen der KfW, erzielte im vergangenen Geschäftsjahr das höchste Neugeschäft ihrer fast 55-jährigen Firmengeschichte. Für Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern sagte sie 2016 Finanzierungen in Höhe von rund 1,6 Mrd. EUR und damit 46 % mehr als im Vorjahr zu (2015: 1,1 Mrd. EUR). Einen Schwerpunkt bildeten erneut Finanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen: Mit 871 Mio. EUR ging mehr als die Hälfte der Neuzusagen an den Mittelstand. Für deutsche Unternehmen, einen strategischen Schwerpunkt, sagte die

DEG mit 253 Mio. EUR fast doppelt so viel wie im Vorjahr zu. Mit 316 Mio. EUR entfiel ein Fünftel der Neuzusagen auf Investitionen in Subsahara-Afrika.

Finanzmärkte:
Das **Geschäftsfeld Finanzmärkte** hat im Jahr 2016 durch Investitionen in Verbriefungstransaktionen und in Green Bonds insgesamt 1,3 Mrd. EUR (2015: 1,1 Mrd. EUR) zur Förderung des Mittelstands und zu Finanzierungen im Klima- und Umweltschutz beigetragen.

Nachdem 2016 rund 1 Mrd. EUR in Verbriefungstransaktionen investiert wurde, ist für 2017 ein Volumen von 1,3 Mrd. EUR geplant. Mit dem Ziel, die Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern, hat die KfW zusammen mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) und nationalen Förderinstitutionen die europäische Verbriefungsinitiative ENSI gestartet. Bisher hat die KfW unter dieser Initiative in sechs verschiedene Transaktionen investiert und so den europäischen Mittelstand unterstützt. Die Kooperation soll 2017 intensiviert werden.

Mittels ihres Green-Bond-Portfolios hat sich die KfW im Jahr 2016 für den Klimaschutz engagiert und grüne Anleihen im Volumen von 300 Mio. EUR gekauft. Damit hielt die KfW zum Jahresende 2016

24,9

Mrd. EUR Zusagen sorgten für ein stabiles Niveau im internationalen Geschäft.

»» Die Entwicklungsfinanzierungen haben 2016 das höchste Fördervolumen in der Geschichte der KfW erreicht. Die Schwerpunkte bildeten dabei die Förderung von umweltfreundlicher Energieerzeugung und -versorgung sowie Finanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch unsere Export- und Projektfinanzierung unterstützte wieder mit signifikantem Finanzierungsbeitrag unsere heimische Industrie.

Dr. Norbert Kloppenburg

»» Die Ertragslage der KfW ist auch im abgelaufenen Jahr erfreulich stabil und oberhalb unserer Erwartungen gewesen. Die Thesaurierung des Jahresergebnisses stärkt das Eigenkapital und ermöglicht damit, neue Herausforderungen in den Förderfeldern umsetzen zu können.

Bernd Loewen

rund 580 Mio. EUR an Green Bonds im Bestand. Auch für 2017 plant die KfW Green-Bond-Investitionen in Höhe von rund 300 Mio. EUR. Das Zielvolumen des Portfolios beträgt 1 Mrd. EUR.

Zur **Refinanzierung** ihres Fördergeschäfts nahm die KfW 2016 Mittel in Höhe von 72,8 Mrd. EUR an den internationalen Kapitalmärkten auf. Sie emittierte hierfür 206 Anleihen in 15 verschiedenen Währungen. Die Kernwährungen waren unverändert Euro und US-Dollar mit einem Anteil von insgesamt 83 %. Der US-Dollar war mit 47 % (34,3 Mrd. EUR) wie auch 2015 (45 %; 28 Mrd. EUR) die Währung mit dem größten Anteil am Gesamtrefinanzierungsvolumen. Im Rahmen ihrer Green-Bond-Aktivitäten emittierte die KfW 2016 Green Bonds in vier verschiedenen Währungen (Euro, britisches Pfund, US-Dollar, schwedische Krone) im Gegenwert von 2,8 Mrd. EUR.

Für das Jahr 2017 rechnet die KfW mit einem im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöhten Refinanzierungsbedarf von circa 75 Mrd. EUR. Mit ihrer bewährten Emissionsstrategie und der expliziten, direkten Garantie des Bundes sieht sich die KfW bestens aufgestellt, um ihr geplantes Refinanzierungsvolumen zu erreichen.

Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2016

Die Ertragslage hat sich im Geschäftsjahr 2016 mit einem Konzerngewinn von 2 Mrd. EUR insbesondere aufgrund eines guten Bewertungsergebnisses deutlich besser entwickelt als erwartet. Das Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung) schloss mit 1,9 Mrd. EUR trotz leichtem Rückgang gegenüber dem Vorjahr (2015: 2,1 Mrd. EUR) insbesondere infolge der unverändert guten Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW über den Planungen ab.

Das per saldo positive Bewertungsergebnis bewegte sich unter dem außergewöhnlich guten Niveau des Vorjahres, schloss damit aber noch deutlich besser als erwartet ab. Ursächlich hierfür sind zum einen die gestiegenen, aber weiterhin moderaten Nettobelastungen aus der Kreditrisikovorsorge und zum anderen das positive Ergebnis aus dem Hedge Accounting und der Fair-Value-Bewertung.

Die von der KfW zu Lasten der eigenen Ertragslage gewährten Förderlasten im Inlandsgeschäft sind im Geschäftsjahr 2016 infolge des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes auf 230 Mio. EUR (2015: 345 Mio. EUR) zurückgegangen.

»» Seit Anfang 2016 gelten die regulatorischen Vorgaben aus der KfW-Verordnung nunmehr vollumfänglich. Die solide Entwicklung der Risiko- und Kapitalkennzahlen im Jahr 2016 schafft verbesserte Voraussetzungen, den jetzigen und auch den künftigen Regulierungsanforderungen erfolgreich zu begegnen und zugleich den gesetzlichen Auftrag der KfW weiterhin zu erfüllen.

Dr. Stefan Peiß

Die Bilanzsumme des Konzerns hat sich im Geschäftsjahr 2016 um 4 Mrd. EUR auf 507 Mrd. EUR erhöht. Zurückzuführen ist der Anstieg insbesondere auf die um 7,1 Mrd. EUR höheren Nettokreditforderungen von 376,3 Mrd. EUR und eine höhere Liquiditätshaltung (+4,6 Mrd. EUR).

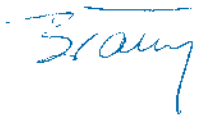
Modernisierung der KfW

Zur langfristigen Sicherung ihrer Förderleistung hat sich die KfW ein Modernisierungsprogramm auferlegt. Neben dem Digitalisierungskurs gehört dazu auch die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Vorgaben, die 2013 vom Bundeskabinett beschlossen worden sind. Seit 2016 gilt die KfW-Verordnung vollumfänglich. Seitdem sind wesentliche bankaufsichtsrechtliche Normen des Kreditwesengesetzes (KWG) und der europäischen Capital Requirements Regulation (CRR) auf die KfW entsprechend anzuwenden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt die Einhaltung dieser Vorschriften im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank. Die entsprechende Anwendung bankaufsichtsrechtlicher Vorschriften unterstützt die Professionalisierung der KfW. Dabei ändert sich der regulatorische Status der KfW nicht: Sie bleibt von der CRD IV ausgenommen und gilt nicht als Kreditinstitut im Sinne des KWG. Dadurch werden ihre Besonderheiten anerkannt.

Die KfW entgegnet den stets steigenden Sicherheits- und Regulierungsanforderungen für Banken mit einer umfassenden Modernisierung ihrer IT. Die wesentlichen Themenfelder des IT-Modernisierungsprogramms werden unter anderem in Großprojekten programmgemäß abgearbeitet. Hierbei finden neu hinzukommende aufsichtsrechtliche Anforderungen oder Feststellungen eine entsprechende Berücksichtigung. Für die Umsetzung des IT-Modernisierungsprogramms wurden 2016 alle Meilensteine erreicht.

Die KfW zeigte auch 2016, dass sie als moderne, effiziente und kundenorientierte Förderbank eine wichtige Rolle für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft einnimmt. Sie hat die nachhaltige Förderung zu ihrer Leitlinie bestimmt und trägt unter strikter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips dazu bei, die Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich zu meistern. Als verlässlicher Partner übernimmt die KfW Verantwortung – in Deutschland, in Europa und weltweit. Diese Stärke verdankt sie vor allem auch ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für deren Engagement und leidenschaftlichen Einsatz wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken.

Dr. Ulrich Schröder
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Günther Bräunig

Dr. Ingrid Hengster

Dr. Norbert Kloppenburg

Bernd Loewen

Dr. Stefan Peiß

Vorstand

Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender) **| Dr. Günther Bräunig | Dr. Ingrid Hengster | Dr. Norbert Kloppenburg**
Bernd Loewen | Dr. Stefan Peiß

Generalbevollmächtigter

Prof. Dr. Joachim Nagel (seit 01.11.2016)

Direktorinnen und Direktoren

Dr. Stefan Breuer
Jörg Brombach (seit 01.04.2016)
Dr. Frank Czichowski
Andreas Fichelscher
Eberhard Fuchs (komm.)
Dr. Lutz-Christian Funke
Helmut Gauges
Werner Genter
Dr. Volker Groß (bis Juli 2016)
Dr. Karsten Hardraht (seit 01.10.2016)
Detlev Kalischer
Dirk Kuhmann
Cherifa Larabi
Dr. Katrin Leonhardt
Dr. Velibor Marjanović
Andreas Müller
Klaus Neumann
Stephan Opitz
Christiane Orlowski (bis 31.05.2016)
Dr. Ralf Prinzler (seit 04.02.2016)
Wolfgang Reuß (seit 01.04.2016)
Matthias Schwenk
Roland Siller
Birgit Spors
Claus Stadler (komm. Juli bis Sept. 2016)
Robert Szwedo
Klaus Weirich

Mitglieder der Geschäftsführung der KfW IPEX-Bank GmbH

Klaus R. Michalak (Vorsitzender) **| Christian K. Murach | Markus Scheer | Andreas Ufer**
Die KfW IPEX-Bank verantwortet das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung. Seit Beginn des Jahres 2008 ist sie ein rechtlich selbstständiges Tochterunternehmen der KfW, das dem KWG und der Bankaufsicht unterliegt.

Mitglieder der Geschäftsführung der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Bruno Wenn (Sprecher) **| Christiane Laibach | Philipp Kreutz**
Die 1962 gegründete DEG ist seit 2001 eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der KfW. Die DEG ist einer der größten europäischen Entwicklungsfinanzierer für langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierungen. Sie finanziert und strukturiert seit über 50 Jahren Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Bericht des Verwaltungsrats

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen

Sitzungen des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat mit seinen Ausschüssen hat die Geschäftsführung und die Vermögensverwaltung der KfW laufend überwacht. Die erforderlichen Beschlüsse über die Gewährung von Finanzierungen und die Durchführung sonstiger Geschäfte nach KfW-Gesetz und -Satzung wurden gefasst. Zu diesem Zweck tagten im Jahr 2016 der Verwaltungsrat, der Präsidial- und Nominierungsausschuss sowie der Vergütungskontrollausschuss jeweils dreimal, der Risiko- und Kreditausschuss siebenmal sowie der Prüfungsausschuss zweimal.

In den Sitzungen informierte der Vorstand den Verwaltungsrat über:

- den Jahres- und Konzernabschluss der KfW 2015,
- die Geschäftstätigkeit und aktuelle Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsfeldern, inkl. KfW IPEX-Bank GmbH und DEG,
- die Vermögens-, Ertrags- und Risikolage des Konzerns im Allgemeinen und im Besonderen über sensitive Risikobereiche wie zum Beispiel das Schiffsportfolio sowie etwaige Auswirkungen des Austritts Großbritanniens aus der EU, des Putschversuchs in der Türkei und des Ölpreisrückgangs,
- die Bedeutung der Digitalisierung für die KfW und deren Aktivitäten, um die sich ergebenden Chancen zu nutzen,
- den Stand der Bankaufsicht, aktuelle Abstimmungen mit den Bankaufsichtsbehörden zur Umsetzung der mit der Anwendung der KWG-Normen verbundenen Anforderungen, insbesondere zur Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen, abgeschlossene und laufende Prüfungen sowie mögliche Auswirkungen künftiger regulatorischer Veränderungen,
- den aktuellen Status des Großprojektportfolios, insbesondere zum Stand der Erneuerung der Finanzarchitektur (unter anderem Projekt „SAPFin“),
- die Entwicklung des Verwaltungsaufwands,
- das europäische Engagement der KfW mit dem Beitrag zum EU-Investitionsplan bei gleichzeitiger Fortführung der bewährten Kooperationen mit europäischen Förderbanken,
- die Geschäfts- und Risikostrategie, die IT-Konzernstrategie und die IT-Strategie der KfW für das Jahr 2017.

Zur expliziten Aufnahme der Möglichkeit der Abgabe von Stimmbotschaften durch Vorstandsmitglieder hat der Verwaltungsrat der vom Vorstand beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung für den Vorstand zugestimmt.

Bei der Berichterstattung über die Tätigkeit der einzelnen Geschäftsfelder standen insbesondere folgende Entwicklungen im Vordergrund:

- Bezüglich der Aktivitäten in der **Inlandsförderung** berichtete der Vorstand detailliert über die Neuausrichtung der Beteiligungsfinanzierung im Venture-Capital-Bereich, das Engagement im Rahmen des Klima- und Umweltschutzes, die Soforthilfe „Flüchtlingsunterkünfte", das Engagement zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums sowie die Weiterentwicklung der Innovationsförderung im Bereich der Digitalisierung.
- Mit Blick auf das Geschäftsfeld **Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer** informierte der Vorstand über Schwerpunktthemen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ), den deutlichen Haushaltsmittelaufwuchs für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dem Fokus auf Krisen- und Flüchtlingshilfe, über die Initiativen im Rahmen der Themen Klimaschutz und Urbanisierung sowie über die Geschäftsausrichtung und die Geschäftsergebnisse der DEG.
- Hinsichtlich der KfW IPEX-Bank GmbH bzw. des Geschäftsfeldes **Export- und Projektfinanzierung** stand die Begleitung deutscher bzw. europäischer Investoren und Exporteure im Mittelpunkt. Weiterhin informierte der Vorstand über die künftige strategische Ausrichtung und die Geschäftsergebnisse der KfW IPEX-Bank GmbH.
- Der Vorstand informierte regelmäßig über die Entwicklung des Kapitalmarktes und den Stand der Refinanzierung der KfW. Im Jahr 2016 wurden die Green-Bond-Aktivitäten der KfW weiter ausgebaut, dadurch konnte die KfW neue Investoren gewinnen und zur Green-Bond-Marktentwicklung beitragen.
- Ergänzend wurde der Verwaltungsrat über das Umwelt- und Nachhaltigkeitsengagement der KfW Bankengruppe unterrichtet.

Der Verwaltungsrat wurde in den Sitzungen sowie quartalsweise auch schriftlich über die Vermögens-, Ertrags- und Risikolage des Konzerns, die Fördergeschäftsentwicklung und die Tätigkeit der Internen Revision informiert.

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat über Schwerpunkte der Geschäftsstrategie – insbesondere auf den Gebieten Klimawandel und Umwelt, Globalisierung, Innovation und Mittelstand – einschließlich der Aktivitäten der KfW in Europa. Die Planung für das Jahr 2017 wurde vom Verwaltungsrat genehmigt, die mehrjährige Geschäftsstrategie, die Risikostrategie, die IT-Konzernstrategie und die IT-Strategie wurden zur Kenntnis genommen.

Jedes Verwaltungsratsmitglied ist verpflichtet, vor der Beschlussfassung den Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. den Vorsitzenden des jeweiligen Ausschusses über mögliche Interessenkonflikte zu informieren. Infolgedessen gab es im Berichtsjahr im Risiko- und Kreditausschuss Fälle von Stimmenthaltungen oder Nichtmitwirkung an Beschlüssen.

Im Berichtsjahr haben acht Verwaltungsratsmitglieder an weniger als der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen. Im Präsidial- und Nominierungsausschuss haben keine Mitglieder an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Gleiches gilt für den Vergütungskontrollausschuss und den Prüfungsausschuss. Im Risiko- und Kreditausschuss haben zwei Mitglieder an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Seit 2015 organisiert die KfW Schulungsveranstaltungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats zur Erlangung und zum Erhalt der Sachkunde nach dem KWG. Insgesamt wurden 2016 vier Schulungsveranstaltungen, zwei Projektbesichtigungen und vier Einzelschulungen für Mitglieder des Verwaltungsrats sowie erstmals eine Schulung für deren Mitarbeiter durchgeführt.

Ausschüsse des Verwaltungsrats

Der **Präsidial- und Nominierungsausschuss** beriet in Ausübung seiner satzungsgemäßen Aufgaben über Vorstandsangelegenheiten und beschloss eine Anpassung der Vorstandsbezüge. Des Weiteren wurde er zum Sachstand der Bankaufsicht und über die KfW Stiftung informiert. Ferner befasste sich der Ausschuss mit dem Thema „Selbstbehalt" im Rahmen der D&O-Versicherung. Über den Sachstand der Großprojekte wurde mit dem Vorstand diskutiert. Der Ausschuss fasste einen Beschluss zur ertragsteuerlichen Organschaft zwischen KfW IPEX-Bank GmbH und KfW-Beteiligungsholding GmbH. Er führte die Evaluierung der Organe der KfW durch und sprach entsprechende Empfehlungen an den Verwaltungsrat aus. Zudem berichtete der Vorstand über Rechtsstreitigkeiten und Bauvorhaben.

Der **Risiko- und Kreditausschuss** behandelte die nach KfW-Gesetz und -Satzung vorlagepflichtigen Kreditengagements und Beteiligungen, Organkredite, den Rahmen für die zur Refinanzierung der KfW erforderlichen Mittelaufnahmen sowie die für deren Absicherung notwendigen Swapgeschäfte und wurde über die Risikolage und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems informiert. Ferner wurde auf das Exposure der KfW in einzelnen Ländern wie der Türkei, die Auswirkungen des Ölpreisrückgangs und des Niedrigzinsniveaus, mögliche Konsequenzen des Brexits, die möglichen Auswirkungen aktuell diskutierter regulatorischer Vorhaben sowie das Risikoprofil des Geschäftsfeldes Export- und Projektfinanzierung eingegangen. Auch über die Ergebnisse

von Prüfungen der Bundesbank, die Gespräche mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die regulatorischen Kapitalanforderungen an die KfW wurde berichtet und diskutiert. Schließlich befasste sich der Ausschuss mit den ersten risikorelevanten Ergebnissen der Jahresabschlussprüfung 2016.

Der **Prüfungsausschuss** befasste sich mit dem Rechnungslegungsprozess, der Vermögens- und Ertragslage der KfW, den Berichten der Internen Revision, der Compliance sowie dem Jahresabschluss der KfW Bankengruppe 2015. Zur Feststellung des Jahresabschlusses 2015 sowie zur Bestellung des Abschlussprüfers für die Jahre 2016 und 2017 sprach er entsprechende Empfehlungen an den Verwaltungsrat aus. Er wurde über die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des Internen Kontrollsystems (IKS) und des Internen Revisionssystems informiert. Zusätzlich befasste er sich mit der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, bestimmte Schwerpunkte für die Jahresabschlussprüfung 2016 und setzte sich mit den ersten Ergebnissen der Jahresabschlussprüfung 2016 (Teilprüfungsbericht I) auseinander. Der Ausschuss stimmte dem Prüfungsplan der Internen Revision für das Jahr 2017 zu. Er wurde über den Sachstand der Anwendung von KWG-Normen in der KfW, die Prüfungen der Bundesbank und über die laufenden Großprojekte informiert. Im Zusammenhang mit der Kosten- und Ertragsentwicklung wurde auf die Entwicklung der Verwaltungskosten eingegangen und es wurden Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Struktur in der KfW vorgestellt.

Der **Vergütungskontrollausschuss** befasste sich mit Vergütungsfragen und wurde unter anderem über das Vergütungssystem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW, den künftigen Anwendungsumfang der Institutsvergütungsverordnung in der KfW, den Zeitplan betreffend deren Umsetzung sowie die künftige Rolle bzw. die erweiterten Aufgaben des Ausschusses informiert. Er hörte zudem den vom Vorstand vorgesehenen Vergütungsbeauftragten und seinen Stellvertreter an.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse haben dem Verwaltungsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Personalien

Herr Dr. Norbert Kloppenburg wurde zum 01.01.2017 bis 31.10.2017 zum Mitglied des Vorstands der KfW wiederbestellt. Als zukünftiger Nachfolger von Herrn Dr. Kloppenburg ist Herr Prof. Dr. Joachim Nagel in die KfW eingetreten. Er übernahm mit Wirkung zum 01.11.2016 zunächst die Funktion eines Generalbevollmächtigten.

Gemäß § 7 Absatz 1 Nummer 1 KfW-Gesetz habe ich als Bundesminister der Finanzen für das Jahr 2017 den Vorsitz im Verwaltungsrat von meinem Kollegen Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, übernommen.

Neu in den Verwaltungsrat eingetreten sind im Jahr 2016 Dr. Uwe Brandl, Christian Görke, Monika Heinold sowie Prof. Dr. Georg Unland. Im Jahr 2016 schieden Jan Bettink, Dr. Nils Schmid, Dr. Markus Söder und Dr. Kai H. Warnecke aus dem Verwaltungsrat aus. Turnusgemäß sind zum 31.12.2016 ausgeschieden und zum 01.01.2017 wiederbestellt worden: Gerhard Hofmann, Bartholomäus Kalb, Eckhardt Rehberg, Joachim Rukwied, Carsten Schneider, Peter-Jürgen Schneider und Dr. Norbert Walter-Borjans.

Nach dem Berichtszeitraum neu in den Verwaltungsrat eingetreten sind zum 01.01.2017 Volker Bouffier, Dr. Louis Hagen, Andreas Ibel und Edith Sitzmann. Im Jahr 2017 schied Herr Dr. Frank-Walter Steinmeier zum 27.01.2017 aus, neu in den Verwaltungsrat eingetreten ist zum gleichen Datum Frau Brigitte Zypries. Der Verwaltungsrat dankt den 2016 und 2017 ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Mitarbeit.

Jahresabschluss

Die für das Geschäftsjahr 2016 zum Abschlussprüfer bestellte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht der KfW sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht des KfW-Konzerns zum 31.12.2016 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Jahresabschluss und Lagebericht der KfW wurden nach den Vorschriften des HGB, Konzernabschluss und -lagebericht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Sitzung am 28.03.2017 gemäß § 9 Absatz 2 KfW-Gesetz nach Empfehlung durch den Prüfungsausschuss genehmigt sowie den Konzernabschluss gebilligt.

Frankfurt am Main, 28. März 2017

DER VERWALTUNGSRAT

Vorsitzender

Mitglieder und Aufgaben des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der KfW. Er genehmigt unter anderem den Jahresabschluss. Der Verwaltungsrat besteht aus 37 Mitgliedern. Vorsitzender im Berichtsjahr war der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, stellvertretender Vorsitzender der Bundesminister der Finanzen.

Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesminister der Finanzen
Stellvertretender Vorsitzender
(01.01.2016 bis 31.12.2016)
Vorsitzender
(seit 01.01.2017)

Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft
und Energie
Vorsitzender
(01.01.2016 bis 31.12.2016)
Stellvertretender Vorsitzender
(01.01.2017 bis 27.01.2017)

Brigitte Zypries
Bundesministerin für Wirtschaft
und Energie
Stellvertretende Vorsitzende
(seit 27.01.2017)

Kerstin Andreae
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Jan Bettink
Vorsitzender des Vorstands
Berlin Hyp AG a. D.
Vertreter der Realkreditinstitute
(bis 31.12.2016)

Anton F. Börner
Präsident des Bundesverbandes
Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e. V. (BGA)
Vertreter des Handels

Volker Bouffier
Ministerpräsident des Landes Hessen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 01.01.2017)

Dr. Uwe Brandl
Präsident des Bayerischen Gemeindetages
Vertreter der Gemeinden

Hans-Dieter Brenner
Vorsitzender des Vorstands
Helaba Landesbank
Hessen-Thüringen a. D.
Vertreter des Industriekredits

Frank Bsirske
Vorsitzender der ver.di –
Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
Vertreter der Gewerkschaften

Alexander Dobrindt
Bundesminister für Verkehr
und digitale Infrastruktur

Georg Fahrenschon
Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV)
Vertreter der Sparkassen

Robert Feiger
Bundesvorsitzender der
IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau)
Vertreter der Gewerkschaften

Klaus-Peter Flosbach
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Sigmar Gabriel
Bundesminister des Auswärtigen
(seit 27.01.2017)

Christian Görke
Stellvertretender Ministerpräsident
Finanzminister des Landes
Brandenburg
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Louis Hagen
Vorsitzender des Vorstands
der Münchener Hypothekenbank eG
Vertreter der Realkreditinstitute
(seit 01.01.2017)

Hubertus Heil
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Monika Heinold
Finanzministerin des Landes
Schleswig-Holstein
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes (DGB)
Vertreter der Gewerkschaften

Gerhard Hofmann
Mitglied des Vorstands des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)
Vertreter der genossenschaftlichen Kreditinstitute

Andreas Ibel
Präsident des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V.
Vertreter der Wohnungswirtschaft
(seit 01.01.2017)

Bartholomäus Kalb
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Dr. Markus Kerber
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
Vertreter der Industrie

Stefan Körzell
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
Vertreter der Gewerkschaften

Dr. Gesine Lötzsch
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Dr. Gerd Müller
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Eckhardt Rehberg
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Joachim Rukwied
Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V. (DBV)
Vertreter der Landwirtschaft

Dr. Nils Schmid
Minister für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg a. D.
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 31.12.2016)

Christian Schmidt
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Andreas Schmitz
Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. (BdB)
Vorsitzender des Aufsichtsrats der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Vertreter der Kreditbanken

Carsten Schneider
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Peter-Jürgen Schneider
Finanzminister des Landes Niedersachsen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Holger Schwannecke
Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH)
Vertreter des Handwerks

Edith Sitzmann
Ministerin für Finanzen des Landes Baden-Württemberg
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 01.01.2017)

Dr. Markus Söder
Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 31.12.2016)

Dr. Frank-Walter Steinmeier
Bundesminister des Auswärtigen
(bis 27.01.2017)

Prof. Dr. Georg Unland
Sächsischer Staatsminister der Finanzen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Norbert Walter-Borjans
Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Martin Wansleben
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e. V. (DIHK)
Vertreter der Industrie

Dr. Kai H. Warnecke
Hauptgeschäftsführer
Haus & Grund Deutschland
Vertreter der Wohnungswirtschaft
(bis 31.12.2016)

Corporate Governance Bericht

Als Förderbank des Bundes hat sich die KfW verpflichtet, verantwortliches und transparentes Handeln nachvollziehbar zu machen. Vorstand und Verwaltungsrat der KfW erkennen die Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) für die KfW an. Erstmals am 06.04.2011 wurde eine Entsprechenserklärung zur Einhaltung der Empfehlungen des PCGK abgegeben. Eventuelle Abweichungen werden seitdem jährlich offengelegt und erläutert.

Die KfW ist als Anstalt des öffentlichen Rechts durch das Gesetz über die KfW (KfW-Gesetz) gegründet. Im Gesetz sind die wesentlichen strukturellen Merkmale der KfW festgelegt. So verfügt die KfW beispielsweise nicht über eine Anteilseignerversammlung. Die Anteilseigner sind im Verwaltungsrat der KfW vertreten und üben dort neben Kontroll- auch Anteilseignerfunktionen aus (zum Beispiel die Feststellung des Jahresabschlusses oder Beschlussfassungen über die Satzung). Mitgliederzahl, Zusammensetzung und Aufgaben des Verwaltungsrats sind im KfW-Gesetz festgeschrieben. Ferner sind im KfW-Gesetz die direkte Unterstellung unter die Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie die unmittelbare Kontrolle durch den Bundesrechnungshof vorgegeben. Gemäß KfW-Gesetz in Verbindung mit der „Verordnung zur Anwendung von bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie zur Zuweisung der Aufsicht über die Einhaltung dieser Vorschriften an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ (KfW-Verordnung) vom 20.09.2013 unterliegt die KfW im Hinblick auf die Einhaltung der entsprechend anwendbaren bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften außerdem der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Zusammenarbeit mit der Bundesbank.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Verwaltungsrat der KfW erklären: „Seit der letzten Entsprechenserklärung vom 27.04.2016 wurde und wird den von der Bundesregierung am 01.07.2009 verabschiedeten Empfehlungen zum PCGK, soweit sie für die KfW als Anstalt des öffentlichen Rechts entsprechend anwendbar sind, – mit Ausnahme der nachstehenden Empfehlungen – entsprochen.“

Selbstbehalt D&O-Versicherung

Die KfW hat D&O-Versicherungsverträge für Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder abgeschlossen, die – in Abweichung von Ziffer 3.3.2 PCGK – lediglich eine Option zur Einführung eines Selbstbehalts vorsehen. Über die Ausübung der Option wird in Abstimmung mit dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats entschieden. Der Vorstand hat im

Berichtszeitraum beschlossen, für 2017 einen Selbstbehalt bei den D&O-Versicherungsverträgen für Vorstandsmitglieder einzuführen, der den Vorgaben von Ziffer 3.3.2 PCGK entspricht.

Delegation auf Ausschüsse

Das KfW-Gesetz gibt die Größe des Verwaltungsrats mit 37 Mitgliedern vor. Eine Entlastung des Verwaltungsrats erfolgt über Ausschüsse, die sachnäher und zeitlich flexibler sind und deren Einrichtung rechtlich vorgegeben ist. In einigen Fällen bereiten die Ausschüsse nicht nur Entscheidungen des Verwaltungsrats vor, sondern entscheiden – entgegen Ziffer 5.1.8 PCGK – abschließend. Dies ist aus Praktikabilitäts- und Effizienzgründen geboten.

- Der **Präsidial- und Nominierungsausschuss** entscheidet abschließend in folgenden Fällen: Er beschließt Maßnahmen in wichtigen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten und kann in dringenden Angelegenheiten Eilentscheidungen treffen. Er entwirft außerdem Stellenbeschreibungen mit Bewerberprofil für Stellen im Vorstand sowie für in den Verwaltungsrat zu bestellende Personen. Er erteilt die Zustimmung zur Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstands und zu wesentlichen Änderungen hieran und beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand, wobei jedoch die Entscheidung über die Grundstruktur des Vergütungssystems dem Verwaltungsrat vorbehalten bleibt. In Abweichung von Ziffer 4.4.3 PCGK nimmt der Präsidial- und Nominierungsausschuss über seinen jeweiligen Vorsitzenden auch anstelle des Verwaltungsrats die Anzeige von Interessenkonflikten eines Vorstandsmitglieds entgegen. Der Vorsitzende des Präsidial- und Nominierungsausschusses stimmt – entgegen Ziffer 4.4.4 PCGK – anstelle des Verwaltungsrats der Ausübung von Nebentätigkeiten des Vorstands zu.

- Der **Risiko- und Kreditausschuss** entscheidet abschließend über alle gemäß KfW-Satzung zustimmungspflichtigen Finanzierungen, über die Mittelaufnahmen durch Ausgabe von Schuldverschreibungen oder durch Aufnahme von Darlehen in Fremdwährungen sowie über Swapgeschäfte. Die abschließende Entscheidung durch einen Ausschuss in solchen Angelegenheiten entspricht dem üblichen Vorgehen bei Banken. Sie dient der Beschleunigung und der Bündelung des Sachverstands im Ausschuss.

Kreditvergabe an Organmitglieder

Die KfW darf den Mitgliedern des Vorstands und des Verwaltungsrats nach Maßgabe der Satzung keine individuellen Kredite gewähren. Aus Gründen der Gleichbehandlung gilt das Verbot jedoch – in Abweichung von Ziffer 3.4 PCGK – nicht für die Inanspruchnahme von Förderkrediten, die im Rahmen von KfW-Programmen zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der Standardisierung der Kreditvergabe und des Prinzips der Durchleitung durch Hausbanken besteht bei Programmkrediten keine Gefahr von Interessenkonflikten. Programmkredite, die Vorstands- oder Verwaltungsratsmitgliedern gewährt wurden, sind jedoch dem Verwaltungsrat zur Kenntnis zu geben.

Zusammenwirken von Vorstand und Verwaltungsrat

Vorstand und Verwaltungsrat arbeiten zum Wohl der KfW eng zusammen. Mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter hält der Vorstand regelmäßig Kontakt und berät mit ihnen wichtige Fragen der Unternehmensführung und -strategie. Bei wichtigem Anlass informiert der Verwaltungsratsvorsitzende den Verwaltungsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Sitzung ein.

Der Vorstand hat den Verwaltungsrat im Berichtsjahr umfassend über alle für die KfW relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und -strategie, des Risikomanagements, der IT-Strategie und der finanziellen Lage unterrichtet.

Vorstand

Der Vorstand leitet die KfW in eigener Verantwortung nach Maßgabe des KfW-Gesetzes, der KfW-Verordnung, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand. Die Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstands regelt ein Geschäftsverteilungsplan. Der Vorstand bedarf seit 01.08.2014 der vorherigen Zustimmung des Präsidial- und Nominierungsausschusses zu wesentlichen Änderungen der Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstands.

Im Berichtsjahr waren die Mitglieder des Vorstands der KfW jeweils für die folgenden Dezernate zuständig:

- Dr. Ulrich Schröder als Vorstandsvorsitzender für Vorstandsstab und Kommunikation, Konzernentwicklung und Volkswirtschaft, Interne Revision und Compliance sowie als Umweltvorstand der KfW für das Thema Nachhaltigkeit;
- Dr. Günther Bräunig für Finanzmärkte, für Personal, für Recht sowie für Zentrale Services;
- Dr. Norbert Kloppenburg für Internationale Finanzierungen (Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer, Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung) unter Einschluss der Entwicklungsbank, der DEG und der KfW IPEX-Bank GmbH;
- Bernd Loewen für Rechnungswesen, Informationstechnologie und für Organisation und Consulting;
- Dr. Ingrid Hengster für Inländische Finanzierungen unter Einschluss von Mittelstandsbank/Steuerung, Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute, Neugeschäft Kreditservice, Vertrieb sowie Projektentwicklung Digitalisierung Inland;
- Dr. Stefan Peiß für Risikocontrolling, Kreditrisikomanagement, Transaktionsmanagement und Bestand Kreditservice.

Der Präsidial- und Nominierungsausschuss hat im Jahr 2015 eine neue Geschäftsverteilung ab dem 01.01.2016 beschlossen, die die ab dem 01.01.2016 geltenden Bestimmungen der Rechtsverordnung zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) umsetzt, die eine Trennung der Vorstandszuständigkeit für die Bereiche Risikomanagement und -controlling und Rechnungswesen erfordern. In diesem Zusammenhang wurde Herr Dr. Stefan Peiß als Risikovorstand mit Wirkung zum 01.01.2016 in den Vorstand der KfW bestellt.

Herr Dr. Norbert Kloppenburg wurde vom Verwaltungsrat am 27.04.2016 für die Zeit vom 01.01.2017 bis zum 31.10.2017 erneut zum Mitglied des Vorstands der KfW bestellt.

Vorstandsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse der KfW verpflichtet, dürfen bei ihren Entscheidungen persönliche Interessen nicht verfolgen und unterliegen während ihrer Tätigkeit für die KfW einem umfassenden Wettbewerbsverbot. Die Vorstandsmitglieder müssen ihre Vorstandskollegen vor der Beschlussfassung über Interessenkonflikte informieren und diese dem Vorsitzenden des Präsidial- und Nominierungsausschusses gegenüber unverzüglich offenlegen.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Leitung der KfW.

Nach dem KfW-Gesetz gehören dem Verwaltungsrat 37 Mitglieder an. Sieben Bundesminister sind kraft Gesetzes Mitglieder im Verwaltungsrat. Jeweils sieben Mitglieder werden zudem vom Bundestag und vom Bundesrat bestellt. Die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats werden nach Anhörung der beteiligten Kreise durch die Bundesregierung bestellt. Der Vorsitz im Verwaltungsrat wird im jährlichen Wechsel vom Bundesminister der Finanzen und vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie wahrgenommen. Verwaltungsratsvorsitzender im Berichtsjahr war Bundesminister Sigmar Gabriel. Im Berichtsjahr waren im Verwaltungsrat vier Frauen vertreten.

Mitglied des Verwaltungsrats soll nicht sein, wer zur KfW oder zu deren Vorstandsmitgliedern in einer geschäftlichen oder persönlichen Beziehung steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründet. Jedes Verwaltungsratsmitglied informiert vor der Beschlussfassung den Vorsitzenden des Verwaltungsrats bzw. des jeweiligen Ausschusses über Interessenkonflikte. Im Berichtsjahr gab es im Verwaltungsrat bzw. in seinen Ausschüssen Fälle von Nichtmitwirkung an Beschlüssen infolge von Interessenkonflikten.

Im Berichtsjahr haben acht Verwaltungsratsmitglieder an weniger als der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen.

Ausschüsse des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat zur effizienten Aufgabenwahrnehmung, entsprechend § 25 d Kreditwesengesetz (KWG), vier Ausschüsse gebildet, die nachfolgend dargestellt werden.

Der **Präsidial- und Nominierungsausschuss** behandelt Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten sowie grundsätzliche geschäfts- und unternehmenspolitische Angelegenheiten; zudem trifft er Eilentscheidungen in dringenden Angelegenheiten. Der Präsidial- und Nominierungsausschuss behandelt außerdem Nominierungsangelegenheiten. Er entwirft Stellenbeschreibungen mit Bewerberprofil für Stellen im Vorstand und für in den Verwaltungsrat zu bestellende Personen. Er ermittelt Bewerber für die Besetzung einer Stelle im Vorstand und sorgt mit dem Vorstand für ein langfristiges Nachfolgekonzept für den Vorstand. Er kann die bestellenden Bundesorgane bei der Auswahl der in den Verwaltungsrat zu bestellenden Personen unterstützen.

Der **Vergütungskontrollausschuss** behandelt Vergütungsthemen. Er befasst sich insbesondere mit der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für den Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW und berät den Präsidial- und Nominierungsausschuss im Hinblick auf die Vergütung der Vorstandsmitglieder.

Der **Risiko- und Kreditausschuss** berät den Verwaltungsrat zu Risikothemen wie insbesondere der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der KfW. Der Risiko- und Kreditausschuss ist außerdem zuständig für die Behandlung von Kreditangelegenheiten, die Genehmigung von Mittelaufnahmen und von der KfW getätigte Swapgeschäfte.

Der **Prüfungsausschuss** bereitet Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements vor. Er befasst sich insbesondere mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten sowie der Überwachung der zügigen Behebung eventueller vom Abschlussprüfer festgestellter Mängel durch den Vorstand.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichten dem Verwaltungsrat regelmäßig.

Über die Arbeit des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse im Berichtsjahr informiert der Verwaltungsrat in seinem Bericht. Eine Übersicht über die Mitglieder des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse findet sich auf der Internetseite der KfW.

Anteilseigner

Am Grundkapital der KfW sind der Bund zu 80 % und die Länder zu 20 % beteiligt. Der Bund haftet nach Maßgabe von § 1 a KfW-Gesetz für bestimmte Verbindlichkeiten der KfW. Eine Gewinnausschüttung findet nicht statt. Eine Anteilseignerversammlung sieht das KfW-Gesetz nicht vor; stattdessen nimmt der Verwaltungsrat Funktionen einer Anteilseignerversammlung wahr.

Aufsicht

Das Bundesministerium der Finanzen übt gemäß § 12 KfW-Gesetz die Rechtsaufsicht über die KfW im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aus. Die Rechtsaufsicht ist befugt, alle Anordnungen zu treffen, um den Geschäftsbetrieb der KfW mit Gesetzen, der Satzung und den sonstigen Bestimmungen in Einklang zu halten.

Die KfW gilt kraft §2 Abs. 1 Nr. 2 KWG nicht als Kreditinstitut im Sinne des KWG und ist damit bis auf wenige Einzelvorschriften von der direkten Anwendung bankaufsichtsrechtlicher Regelungen generell ausgenommen. Gleichwohl hat sie die relevanten Normen des KWG, insbesondere die MaRisk und die Solvabilitätsverordnung (SolvV), schon bisher im Wesentlichen sinngemäß angewandt.

Die KfW-Verordnung vom 20.09.2013 erklärt jedoch zentrale bankaufsichtsrechtliche Normen für entsprechend anwendbar auf die KfW und unterstellt die KfW in Bezug auf deren Einhaltung der Aufsicht durch die BaFin in Zusammenarbeit mit der Bundesbank. Die Aufsichtszuständigkeit der BaFin in Zusammenarbeit mit der Bundesbank sowie bankaufsichtsrechtliche Prüfungsrechte sind seit 09.10.2013 begründet. Am 01.07.2014 wurden die §§ 25 c und 25 d KWG mit ihren Vorgaben für die Corporate Governance entsprechend auf die KfW anwendbar. Die übrigen in der KfW-Verordnung bezeichneten Normen wurden am 01.01.2016 entsprechend anwendbar.

Die Konzerngesellschaften KfW IPEX-Bank GmbH und DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) sind hingegen Kreditinstitute im Sinne des KWG. Die KfW IPEX-Bank GmbH unterliegt den Vorschriften des KWG vollständig, die DEG mit bestimmten Einschränkungen.

Transparenz

Die KfW stellt auf ihrer Internetseite alle wichtigen Informationen zum Konzern- und Jahresabschluss, Quartals- und Halbjahresberichte und den Finanzkalender zur Verfügung. Im Rahmen der Investor-Relations-Aktivitäten und der Unternehmenskommunikation wird zudem regelmäßig über aktuelle Unternehmensentwicklungen informiert. Die jährlichen Corporate Governance Berichte der KfW und der Konzerngesellschaften KfW IPEX-Bank GmbH und DEG unter Einschluss der Entsprechenserklärungen zum PCGK werden dauerhaft auf der Internetseite der KfW veröffentlicht.

Risikomanagement

Risikomanagement und Risikocontrolling sind zentrale Aufgaben der Gesamtbanksteuerung in der KfW. Der Vorstand setzt über die Risikostrategie den Rahmen der Geschäftsaktivitäten in Bezug auf Risikobereitschaft und Risikotragfähigkeit. Dadurch wird sichergestellt, dass die KfW ihre besonderen Aufgaben bei einem angemessenen Risikoprofil nachhaltig und langfristig erfüllt. In monatlichen Risikoberichten an den Vorstand wird die Gesamtrisikosituation der Bank umfassend analysiert. Der Verwaltungsrat wird über die Risikosituation regelmäßig, mindestens einmal pro Quartal, ausführlich informiert.

Compliance

Der Erfolg des KfW-Konzerns hängt maßgeblich vom Vertrauen der Anteilseigner, Kunden, Geschäftspartner, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in seine Leistungsfähigkeit und vor allem auch in seine Integrität ab. Dieses Vertrauen basiert nicht zuletzt auf der Umsetzung und Einhaltung der relevanten gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorschriften und sonstigen einschlägigen Gesetzen und Regeln. Im Rahmen der Compliance-Organisation existieren in der KfW insbesondere Vorkehrungen zur Einhaltung von Datenschutzbestimmungen, zur Wertpapier-Compliance, zu Finanzsanktionsbestimmungen sowie zur Prävention von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen und zur Erreichung einer angemessenen Informationssicherheit. Entsprechend bestehen verbindliche Regelungen und Prozesse, die die gelebten Wertmaßstäbe und die Unternehmenskultur beeinflussen und kontinuierlich entsprechend den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Marktanforderungen angepasst werden. Das Aufgabenspektrum der Compliance umfasst außerdem die fachliche Koordination der vollständigen Umsetzung der (kraft der KfW-Verordnung entsprechend anwendbaren) KWG-Anforderungen sowie die Funktion als sogenannte zentrale Stelle für die Compliance nach MaRisk. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW finden regelmäßig Schulungen zu allen Compliancethemen statt. Neben diesen Präsenzschulungen sind auch E-Learning-Programme verfügbar.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Das Bundesministerium der Finanzen als Aufsichtsbehörde hat am 02.06.2016 im Einvernehmen mit dem Bundesrechnungshof die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2016 bestellt. Der Bestellung lag der Vorschlag des Verwaltungsrats der KfW vom 27.04.2016 zugrunde. Der Prüfungsausschuss hat diese Empfehlung vorbereitet. Mit dem Abschlussprüfer wurde vereinbart, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über alle möglicherweise während der Durchführung der Abschlussprüfung auftretenden, für die Aufgaben des Verwaltungsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich unterrichtet wird. Ergänzend wurde vereinbart, dass der Abschlussprüfer den Ausschussvorsitzenden informiert bzw. im Prüfungsbericht vermerkt, wenn er bei der Durchführung der Abschlussprüfung Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der Entsprechenserklärung zum PCGK darstellen.

Effizienzprüfung Verwaltungsrat

Seit Anwendung des § 25 d Abs. 11 KWG ab 01.07.2014 findet die Effizienzprüfung durch den Präsidial- und Nominierungsausschuss in Form einer jährlichen Evaluation des Verwaltungsrats sowie des Vorstands statt. Beide Evaluationen werden im jährlichen Turnus, erstmals Mitte 2015 und zuletzt im Dezember 2016 durchgeführt.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht beschreibt die Grundstruktur der Vergütungssystematik von Vorstand und Verwaltungsrat und stellt die individuellen Vergütungen für den Vorstand und den Verwaltungsrat dar. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Konzernabschlusses in der Anhangangabe „Vergütungsbericht".

Frankfurt am Main, den 28. März 2017

Der Vorstand **Der Verwaltungsrat**

Konzernlagebericht

Grundlagen des KfW-Konzerns **30**
Überblick 30
Strategisches Zielsystem 31
Internes Steuerungssystem 32
Verwendete alternative Finanzkennzahlen 33

Wirtschaftsbericht **35**
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 35
Entwicklung des KfW-Konzerns 36
Entwicklung der Ertragslage 39
Entwicklung der Vermögenslage 42
Entwicklung der Finanzlage 44

Nachhaltigkeitsbericht **46**
Nachhaltigkeit als strategische Leitlinie 46
Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 48
Entwicklungen im betrieblichen Umweltschutz 49

Risikobericht **50**
Übersicht über wesentliche Kennzahlen 50
Aktuelle Entwicklungen 51
Grundlagen und Ziele der Risikosteuerung 53
Organisation der Risikosteuerung und -überwachung 53
Risikosteuerungsansatz des KfW-Konzerns 55
Überblick 55
Interner Kapitaladäquanzprozess 56
Risikoarten 60
Adressenausfallrisiko 60
Marktpreisrisiko 65
Liquiditätsrisiko 67
Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement (Betriebsrisiken) 69
Sonstige Risiken 70
Interne Kontrollverfahren 71

Prognose- und Chancenbericht **73**
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Entwicklungstrends 73
Risikoseitige Prognose – Risikolage und Risikotragfähigkeit 74
Neugeschäftsplanung 75
Refinanzierungsplanung 78
Ergebnisplanung 78
Personalstrategie/Entwicklung Personalbestand 79
Digitalisierung als Chance 79

Erklärung zur Unternehmensführung **80**

Grundlagen des KfW-Konzerns

Überblick

Der KfW-Konzern besteht neben der KfW aus fünf einbezogenen Tochtergesellschaften. Die KfW ist als Förderbank der Bundesrepublik Deutschland – Eigentümer sind zu 80 % der Bund und zu 20 % die Bundesländer – eine der führenden Förderbanken der Welt. Den institutionellen Rahmen für den Förderauftrag einschließlich der Haftung des Bundes für Verbindlichkeiten der KfW definiert das Gesetz über die KfW (KfW-Gesetz).

Die KfW unterstützt die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen – mit einem Schwerpunkt auf der inländischen Förderung – weltweit. Der Fokus wird dabei auf gesellschaftliche Megatrends gelegt. Die verschiedenen Finanzierungsprodukte und Dienstleistungen betreffen insbesondere die Bereiche Mittelstand, Existenzgründung, Umweltschutz, Wohnungswirtschaft, Infrastruktur, Bildungsförderung, Export- und Projektfinanzierung sowie Entwicklungszusammenarbeit. Das inländische Förderkreditgeschäft mit Unternehmen und Privatpersonen ist durch das bewährte und erfolgreiche Durchleitungsprinzip gekennzeichnet, bei dem die KfW die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an den Endkreditnehmer günstig refinanziert. Ein eigenes Filialnetz ist daher nicht erforderlich. Refinanziert werden die Geschäftsaktivitäten fast vollständig über die internationalen Geld- und Kapitalmärkte, die KfW ist weltweit eine der aktivsten und größten Anleihe-Emittentinnen. Im Konzern sind neben der KfW im Wesentlichen die KfW IPEX-Bank in der Export- und Projektfinanzierung sowie die DEG in der Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern operativ tätig.

Gemäß der internen Geschäftsfeldstruktur des KfW-Konzerns gliedern sich die Segmente mit ihren wesentlichen Produkten und Dienstleistungen wie folgt:

Mittelstandsbank	– Finanzierung Unternehmensinvestitionen und gewerbliche Umweltschutzinvestitionen – Eigenkapitalfinanzierung – Beratungsförderung
Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute	– Finanzierung Wohnungsbau und -modernisierung – Bildungsfinanzierung – Infrastruktur- und Sozialfinanzierung – Allgemeine Refinanzierung Landesförderinstitute – Individualfinanzierung Banken – Auftragsgeschäfte für den Bund
Export- und Projektfinanzierung	– Finanzierung deutscher und europäischer Exporte – Finanzierung von Projekten und Investitionen im deutschen und europäischen Interesse
Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer	– Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer mit Haushaltsmitteln des Bundes sowie ergänzend mit Marktmitteln der KfW – Finanzierungen der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Förderung der Privatwirtschaft)
Finanzmärkte	– Wertpapier- und Geldmarktanlagen – Platzhaltergeschäfte für den Bund – Zuweisungsgeschäft Kreditgewährung an Griechenland – Refinanzierung
Zentrale	– Zentrale Zins- und Währungssteuerung – Strategische Beteiligungen

Zusammensetzung des KfW-Konzerns – Bilanzsumme (IFRS, vor Konsolidierung)

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
KfW, Frankfurt am Main	505.597	502.348
Tochtergesellschaften		
KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main (KfW IPEX-Bank)	30.561	29.547
DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln (DEG)	6.260	6.244
KfW IPEX-Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main[1)]	0	2.378
KfW Beteiligungsholding GmbH, Bonn	2.552	414
tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Bonn (tbg)	188	207
Interkonnektor GmbH, Frankfurt am Main	95	50
Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden		
Microfinance Enhancement Facility S.A., Luxemburg (19,8 %)	617	613
Green for Growth Fund, Southeast Europe S.A., Luxemburg (17,6 %)	373	332
AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG, München (47,5 %)	193	149
DC Nordseekabel GmbH & Co. KG, Bayreuth (50,0 %)	277	127
coparion GmbH & Co. KG, Köln (20,0 %)	6	0

[1)] Die KfW IPEX-Beteiligungsholding GmbH wurde mit Wirkung zum 01.01.2016 auf die KfW Beteiligungsholding GmbH verschmolzen.

Die operative Ergebnisentwicklung des Konzerns ist maßgeblich von der KfW geprägt.

Strategisches Zielsystem

Der KfW-Konzern verfügt über ein Strategisches Zielsystem, das die mittelfristig angestrebte Positionierung der KfW definiert. Es beinhaltet ausgewählte Top-Level-Ziele auf Gesamtbankebene und dient als zentraler und verbindlicher Orientierungsrahmen für die strategische Ausrichtung aller Geschäftsfelder auf einen Fünf-Jahres-Horizont.

Das **Primärziel aller Marktbereiche der KfW ist die Förderung,** der wesentliche Kern der Geschäftsaktivitäten der KfW. Es orientiert sich an den Leitlinien der Subsidiarität und der Nachhaltigkeit. Die KfW richtet die Förderaktivitäten dabei im Wesentlichen an den gesellschaftlich und ökonomisch bedeutsamen Megatrends „Klimawandel & Umwelt", „Globalisierung & technischer Fortschritt" und „Demografische Entwicklung" aus.

Zur Bewältigung des Megatrends „Klimawandel & Umwelt" finanziert die KfW beispielsweise Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien, zur Verbesserung der Energieeffizienz, zur Sicherstellung von Biodiversität und zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Umweltverschmutzung. Um der besonderen Bedeutung dieses Megatrends Rechnung zu tragen, wurde eine Umweltquote von rund 35 % des gesamten Fördervolumens fixiert. Im Rahmen des Megatrends „Globalisierung & technischer Fortschritt" leistet die KfW durch Finanzierungen unter anderem im Bereich Forschung und Innovation, Rohstoffsicherung sowie Infrastruktur- und Transportwesen einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Das Engagement der KfW beim Megatrend „Demografische Entwicklung" hat die Bewältigung der mit einer sinkenden und alternden Bevölkerung einhergehenden Folgen zum Ziel, unter anderem mit den Schwerpunkten altersgerechte Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung, Familienpolitik und Kinderbetreuung sowie Unternehmensnachfolge. Das KfW-Engagement zur Bewältigung der Herausforderungen der Flüchtlingsthematik in den Inlandsbereichen wird ebenfalls in diesem Megatrend reflektiert. Zudem besetzt die KfW „trendunabhängige Förderthemen", die für die KfW eine wichtige Rolle spielen, sich jedoch keinem der drei Megatrends zuordnen lassen, wie beispielsweise die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern.

Zusätzlich zu der genannten thematischen Fokussierung beinhaltet das Strategische Zielsystem im Primärziel Förderung auch die für die KfW bedeutsamsten Kundengruppen und Regionen sowie die Förderqualität. Hierunter versteht die KfW zum einen

die Selbstverpflichtung zur Beibehaltung der in den letzten Jahren erlangten hohen Qualität ihrer Förderprodukte sowie eine hinreichende Abdeckung der für die KfW wichtigen Regionen und Kundengruppen. Für die Fokus-Zielgruppe Mittelstand wird, aufgrund der besonderen Bedeutung, ein Anteil in Höhe von rund 45 % des Fördervolumens der Inlandsförderung angestrebt.

Die genannten Ausprägungen für das Primärziel werden ergänzt durch ein Set von **Sekundärzielen bzw. strikten Nebenbedingungen,** die insbesondere die Profitabilität und Effizienz sowie die Risikotragfähigkeit und Liquidität zum Inhalt haben. Die KfW agiert subsidiär und plant ein nominales Wachstum von durchschnittlich 2–3 % p. a., gemessen am Gesamtzusagevolumen des Konzerns. Grundlegende Voraussetzung für den Erfolg der KfW ist zudem die Fortsetzung des erfolgreichen Weges der Professionalisierung im eingeschlagenen Modernisierungsprozess.

Internes Steuerungssystem

Die KfW verfügt über einen eng verzahnten Strategie- und Planungsprozess. Zentrales Planungs- und Steuerungsinstrument der KfW ist die Konzerngeschäftsfeldplanung (KGFP) als konzernweiter Strategieprozess. Die KGFP besteht aus zwei aufeinanderfolgenden Teilprozessen, die im jährlichen Turnus durchlaufen werden: der strategischen Planung und der operativen Planung. Im Rahmen des gesamten Strategie- und Planungsprozesses findet ein intensiver Austausch mit dem Risikocontrolling statt.

Ausgangspunkt der strategischen Planung ist das konzernweite Strategische Zielsystem, das vom Vorstand vorgegeben wird. Es bietet dem KfW-Konzern einen stabilen Orientierungsrahmen und gibt an, wohin sich die KfW in den nächsten fünf Jahren entwickeln möchte. Das Strategische Zielsystem wird im Rahmen eines jährlichen Reviews auf Aktualität, Vollständigkeit und Anspruchsniveau überprüft und gegebenenfalls adjustiert. Grundsätzlich wird jedoch ein hohes Maß an Beständigkeit angestrebt mit der Ambition, strategische Impulse im Rahmen der jährlichen Überprüfung nicht grundlegend zu verändern. Unter Beachtung dieses strategischen Rahmens werden von den Geschäftsfeldern strategische Handlungsoptionen mit einer mittelfristigen Perspektive erarbeitet. Auf Basis der Markteinschätzungen bezüglich Chancen und Risiken werden Annahmen für die zukünftige Entwicklung relevanter Einflussfaktoren getroffen. Dies berücksichtigt sowohl externe Einflussfaktoren (unter anderem Marktentwicklung, regulatorische Anforderungen, Wettbewerbssituation, Kundenverhalten) als auch interne Einflussfaktoren und Ressourcenausstattung (unter anderem personelle und technisch-organisatorische Ressourcen, Förderleistung, Primärkostenbudget, Eigenkapitalbindung) sowie Zielvorstellungen zur Ertragsentwicklung. Die Zentralbereiche (zum Beispiel IT, Personal, Zentrale Services) tragen maßgeblich zur Erreichung der strategischen Ziele bei. Durch deren Einbindung wird die Konsistenz ihrer strategischen Überlegungen mit dem Zielsystem sichergestellt. Parallel zur strategischen Planung der Geschäftsfelder wird die Kosten- und FTE-Planung für den gesamten Planungszeitraum für alle Bereiche als Top-down-Ansatz durchgeführt. Die zugrunde liegenden Annahmen werden im Sinne einer rollierenden Planung jährlich überprüft. Resultierend aus der Bewertung aller strategischen Überlegungen aus Konzernsicht werden vom Vorstand Zielvorgaben für alle Bereiche in Form von Leitplanken (operative Geschäfts-, Risiko- und Kostenleitplanken) für den gesamten Planungszeitraum definiert.

Auf Basis der vom Vorstand vorgegebenen Leitplanken planen im Rahmen der operativen Planung die Geschäftsfelder unter Berücksichtigung gegebenenfalls veränderter externer und interner Rahmenbedingungen Neugeschäft, Risiko und Ertrag sowie alle Bereiche die Kosten. Diese Planungen werden auf Konsistenz mit der strategischen Planung des Konzerns und der Geschäftsfelder überprüft. Des Weiteren erfolgt eine Einwertung der Planung im Hinblick auf die zukünftige Risikotragfähigkeit. Der Gesamtvorstand beschließt entweder die Ergebnisse der operativen Planung oder beauftragt die Anpassung der Planung im Rahmen einer Adjustierungsrunde. In dieser Phase werden auch die der Planung zugrunde liegenden exogenen Annahmen überprüft.

Die zentralen Ergebnisdokumente des Planungsprozesses sind die Geschäftsstrategie sowie die Risikostrategie. Die Formulierung und Verabschiedung beider Strategien liegt in der Gesamtverantwortung der Geschäftsleitung. Die Geschäftsstrategie beinhaltet die strategischen Ziele des Konzerns für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie wesentliche interne und externe Einflussfaktoren, die im Strategieprozess berücksichtigt werden. Weiterhin werden der Beitrag der Geschäftsfelder zum Strategischen Zielsystem und Maßnahmen für die jeweilige Zielerreichung dargelegt. Daneben fasst die Geschäftsstrategie die Ergebnisse der operativen Planung auf Konzern- und Geschäftsfeldebene zusammen. In der zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie legt der Vorstand die risikopolitischen Grundsätze und Richtlinien für den KfW-Konzern fest. Risikostrategische Ziele sind für den KfW-Konzern unter anderem zur Risikotragfähigkeit und Liquiditätsausstattung definiert. Weiterhin werden in der Risikostrategie die wesentlichen Risikosteuerungskonzepte und die Risikobereitschaft als Grundlage für die operative Risikosteuerung zusammengefasst. Um die Konsistenz von Geschäfts- und Risikostrategie zu gewährleisten, findet bei Änderungen der Geschäftsstrategie ein Austausch mit dem Risikocontrolling statt.

Die Ergebnisse der Planung für den gesamten Planungszeitraum einschließlich des zukünftigen Kapitalbedarfs sowie die Geschäfts- und Risikostrategie werden vom Gesamtvorstand beschlossen. Anschließend werden dem Aufsichtsorgan (Verwaltungsrat) die Planung zur Genehmigung, die Geschäfts- und Risikostrategie zur Erörterung vorgelegt. Nach Befassung des Verwaltungsrats werden die Geschäfts- und Risikostrategie der Belegschaft in angemessener Weise kommuniziert.

Mit Verabschiedung der KGFP werden die qualitativen und quantitativen Ziele für den Konzern vorgegeben. Im laufenden Geschäftsjahr wird die Zielerreichung im Rahmen des Controllings sowohl regelmäßig als auch anlassbezogen durch den Vorstand überprüft. Dies gilt auch für die bei der Festlegung der Geschäftsstrategie getroffenen Annahmen bezüglich externer und interner Einflussfaktoren. Im strategischen Controlling werden die Entwicklungen der relevanten Steuerungsgrößen, deren Zielerreichung sowie die Ursachen für etwaige Planverfehlungen analysiert. Ein 2016 weiterentwickelter integrierter Forecastprozess stellt zur Jahresmitte in Bezug auf strategisch bedeutsame quantitative Konzerngrößen (Neugeschäft, Risiko und Ertrag unter Berücksichtigung der Refinanzierungsmöglichkeiten) eine umfassende Basis für unterjährige Steuerungsimpulse dar und gibt eine fundierte Orientierung hinsichtlich der Erreichung der geplanten Ziele. 2016 wurde zudem das Backtesting zentraler Planungsparameter ausgebaut mit dem Ziel, Planungsmethoden und -parameter zu validieren. Zusätzlich werden anlassbezogen Fragestellungen mit strategischem Bezug im Austausch mit den Bereichen des Konzerns bearbeitet. Im Rahmen des Strategischen Performance-Berichts werden Handlungsempfehlungen in Bezug auf mögliche Strategieanpassungen oder Optimierungen des Ressourceneinsatzes in Richtung Vorstand formuliert. Die Analyseergebnisse werden in die weiteren Strategiediskussionen und die strategische Planung eingebracht. Dem Verwaltungsrat wird satzungsgemäß unterjährig ein Soll-Ist-Reporting vorgelegt. Die entsprechende Ursachenanalyse sowie mögliche Handlungsoptionen werden dort im Rahmen der Kommentierung dargelegt. Im Rahmen des operativen Controllings werden umfassende und granular aufbereitete Berichtsformate auf Monats- bzw. Quartalsbasis erstellt. Diese umfangreichen Detailanalysen auf Ebene des Konzerns, der Geschäftsfelder und/oder Produktgruppen umfassen Ertrags-, Kosten- und FTE-Entwicklungen und werden an einzelne Dezernate reportet. Gesamthafte Analysen mit wesentlichem Bezug zur Konzernentwicklung werden zudem direkt an den Gesamtvorstand übermittelt. Parallel zum strategischen und operativen Controlling ist das Risikocontrolling implementiert. Konsistent zu den Risikosteuerungsvorgaben, die in der Risikostrategie festgelegt sind, sind für alle wesentlichen Risikoarten Frühwarnsysteme etabliert und Mitigationsmaßnahmen definiert. Alle Steuerungs- und Überwachungskonzepte sind in eine fortlaufende und umfassende Risikoberichterstattung eingebunden.

Verwendete alternative Finanzkennzahlen

Im KfW-Konzernlagebericht werden Finanzkennzahlen veröffentlicht, die nicht nach den IFRS ermittelt werden. Die KfW verwendet zum einen Kennzahlen im Rahmen ihres Strategischen Zielsystems, die der Förderung als Kerngeschäftsaktivität Rechnung tragen. Zum anderen werden Kennziffern verwendet, in denen die aus KfW-Sicht nicht sachgerechten temporären Ergebniseffekte in den gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss bereinigt werden.

Die KfW hat folgende wesentliche alternative Finanzkennzahlen definiert:

Fördervolumen

Unter Fördervolumen werden die jeweiligen Zusagen der Geschäftsfelder im Berichtszeitraum verstanden. Neben den Zusagen im bilanziellen Kreditgeschäft umfasst das Fördervolumen Kredite aus Haushaltsmitteln des Bundes zur Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer, die als Treuhandgeschäfte bilanziert werden, Avale, Beteiligungsfinanzierungen sowie Wertpapierankäufe in bestimmten Anlagekategorien (Green Bonds, Verbriefung Mittelstandsfinanzierung). Daneben enthält das Fördervolumen Zuschüsse, die im Rahmen der Entwicklungshilfe und in den inländischen Förderprogrammen zugesagt werden. Maßgeblich für die Zuordnung zum Fördervolumen des aktuellen Berichtsjahres sind im Allgemeinen das jeweilige Zusagedatum der Kredite, Avale und Zuschüsse und das Transaktionsdatum der Beteiligungs- und Wertpapiergeschäfte. Abweichend davon wird bei Globaldarlehen an Landesförderinstitute (LFI) und BAföG-Staatsdarlehen nicht das Gesamtvertragsvolumen bei Zusage, sondern das Volumen der einzelnen Abrufe mit dem jeweiligen Abrufdatum zugrunde gelegt. Finanzierungsbeträge in Fremdwährung werden im Kreditgeschäft mit dem Stichtagskurs des Zusagedatums und im Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft im Allgemeinen mit dem Kurs des Transaktionsdatums in Euro umgerechnet. Eine Aufteilung der Fördervolumen auf die einzelnen Segmente lässt sich aus dem Wirtschaftsbericht – „Entwicklung des KfW-Konzerns“ – bzw. Segmentbericht entnehmen.

Förderleistung

Als Förderleistung werden bestimmte Aufwendungen der beiden Geschäftsfelder Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute mit positiver Wirkung auf die Erreichung der Förderziele verstanden.

Die wesentliche Komponente der von der KfW insgesamt erbrachten Förderleistungen sind barwertige Zinsverbilligungen, die die KfW bei bestimmten Förderkrediten im Inlandsgeschäft für das Neugeschäft während der ersten Zinsbindungsperiode zusätzlich zur Weitergabe ihrer günstigen Refinanzierungskonditionen gewährt. Der aufgrund der Unterverzinslichkeit entstehende Differenzbetrag zwischen dem beizulegenden Zeitwert dieser Förderkredite und dem Transaktionswert während der ersten Zinsbindungsphase wird erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst und als Korrektivposten im Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Daneben wird die Aufzinsung des Zinsverbilligungsbestandes über die Laufzeit der Zinsbindung im Zinsüberschuss erfolgswirksam berücksichtigt (siehe entsprechende Angaben im Anhang zum Förderkreditgeschäft der KfW, zu Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden sowie zu Rückstellungen).

Zu den Förderkomponenten im Provisionsaufwand zählen an Vertriebspartner gezahlte Upfront Fees für die Bearbeitung von Kleinkrediten sowie Zuschüsse für die Beratung von Gründern und Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den bis Ende Dezember 2015 von der KfW zugesagten Förderprogrammen („Gründercoaching", „Runder Tisch" und „Turn Around Beratung"). Zusätzlich werden Förderaufwendungen aus der einmaligen Finanzierungsbeteiligung der KfW an dem im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) 2016 neu aufgelegten Beratungsprogramm zur Förderung unternehmerischen Know-hows berücksichtigt.
Daneben enthält die Förderleistung disponible und produktbezogene Marketing- und Vertriebskosten (Verwaltungsaufwand).

Cost-Income-Ratio (vor Förderleistung)
Unter der Cost-Income-Ratio (vor Förderleistung) wird der Verwaltungsaufwand ohne Förderleistung in Relation zu den Größen Zins- und Provisionsüberschuss vor Förderleistung verstanden. Die Cost-Income-Ratio (CIR) reflektiert die Entwicklung von sich verschiebenden Kosten-Ertrags-Relationen und dient daher zur Effizienzmessung. Mit der Aufnahme der CIR als langfristiges Effizienzmaß in ihr Strategisches Zielsystem möchte die KfW ihre führende Position innerhalb der deutschen Förderbankenlandschaft stärken. Der Hintergrund der Berechnungsmethodik der CIR liegt darin begründet, dass die Förderleistung einen Aufwand darstellt, der förderbankspezifisch ist (und zudem in Form der barwertigen Zinsverbilligung eine Mehrperiodensicht abbildet). Um die CIR mit anderen (Nicht-Förder-)Instituten vergleichbar zu machen und um eine korrekte standardisierte Höhe zu ermitteln, ist daher eine Bereinigung um die Förderleistungsaufwände in Zähler (Verwaltungsaufwand) und Nenner (Zins- und Provisionsüberschuss) notwendig. Die Steuerung der Förderleistung erfolgt separat und unabhängig davon über eigene Budgets.

Konzerngewinn vor IFRS-Effekten
Der Konzerngewinn vor IFRS-Effekten aus Sicherungszusammenhängen ist eine auf den nach IFRS ermittelten Konzerngewinn aufsetzende weiterführende Ergebnisrechnung des Konzerns. Derivative Finanzinstrumente werden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Aus den Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen ergeben sich unter IFRS trotzdem temporäre Ergebniseffekte. Diese sind aufgrund der wirtschaftlich effektiven Sicherungswirkung nach Auffassung der KfW ökonomisch nicht sachgerecht.

Es werden deshalb folgende Überleitungen durch Eliminierung temporärer Ergebniskomponenten vorgenommen:
- Bewertungsergebnisse aus dem Micro und Macro Hedge Accounting. Alle Sicherungsbeziehungen sind wirtschaftlich effektiv und erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Bewertungsergebnisse aus der Nutzung der *Fair-Value-Option* zur Vermeidung eines *Accounting Mismatch* bei Mittelaufnahmen einschließlich zugehöriger Sicherungsderivate. Die wirtschaftlich effektiven Sicherungsbeziehungen erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Bewertungsergebnisse aus der Marktwertbilanzierung nicht abgebildeter Sicherungszusammenhänge mit hoher wirtschaftlicher Effektivität. Sie erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von Währungspositionen, die aus den Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen resultieren.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die **Weltkonjunktur** stagnierte 2016 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres, bei allerdings gegenläufigen Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsräumen. In der Gruppe der Industriestaaten ging das Wachstumstempo zurück, insbesondere in den USA. Durchaus robust entwickelte sich in den Industriestaaten der private Konsum, und das Zinsumfeld war anhaltend günstig. Demgegenüber waren die privaten und staatlichen Investitionen schwach. Während der Preisverfall von Energie und anderen Rohstoffen noch 2015 die Konjunktur vieler Industriestaaten beflügelt hatte, schwächte sich dieser Effekt 2016 deutlich ab. In den Entwicklungs- und Schwellenländern, die bis 2015 einen mehrjährigen Wachstumsrückgang erlebt hatten, zeigte sich 2016 wieder etwas mehr Konjunkturdynamik. Dabei waren auch in dieser Ländergruppe die Trends uneinheitlich. Chinas Konjunktur kühlte sich weiter allmählich ab, die Krisenländer Brasilien und Russland verharrten in der Rezession. Demgegenüber wuchsen etliche andere Schwellenländer und auch viele ärmere Entwicklungsländer solide. Der Welthandel wuchs 2016 erneut nur schwach, verursacht insbesondere durch die Industriestaaten.

In den Mitgliedsländern der **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)** hat sich die konjunkturelle Erholung in mäßigem Tempo fortgesetzt. Insgesamt nahm die Wirtschaftsleistung in den Ländern der EWU im Jahr 2016 um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr zu. Ein Zuwachs in dieser Größenordnung war von der KfW erwartet worden. Die europäische Wirtschaft hielt damit der hohen politischen Unsicherheit nach dem Brexit-Votum im Juni sowie den Sorgen um Teile des Bankensektors recht gut stand. Dazu trug eine Reihe von unterstützenden Faktoren wie der niedrige Ölpreis, ein günstiger Wechselkurs, Ausgaben für die Versorgung Geflüchteter und die weitere Reduzierung der Finanzierungskosten durch die weiterhin expansive Geldpolitik bei. Die zentrale Wachstumsstütze blieb der private Konsum, der weiter von der Zunahme der Beschäftigung profitierte. Auch der staatliche Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen lieferten positive Wachstumsbeiträge. Dennoch hielt die strukturelle Schwäche der Investitionstätigkeit an. Das Tempo im Außenhandel halbierte sich und vollzog die Abschwächung des Welthandels nach. Da Import und Export von der Verlangsamung in ähnlichem Maße betroffen waren, dämpfte der Außenbeitrag – die Differenz von Ex- und Importen – insgesamt das Wachstum jedoch kaum.

Deutschland wuchs 2016 ausweislich der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes um 1,9 % und damit ähnlich kräftig wie 2015 (+1,7 %). Vor Jahresfrist hatte die KfW für 2016 ein Wirtschaftswachstum in der Größenordnung des Vorjahres prognostiziert und damit die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zutreffend antizipiert. Auf die Binnennachfrage war erneut Verlass. Mit Abstand wichtigster Treiber war der Konsum, der von anhaltenden Zuwächsen bei der Erwerbstätigkeit sowie von deutlichen Reallohnsteigerungen profitierte. Die privaten Wohnbauinvestitionen setzten ihren bereits 2010 begonnenen Anstieg mit beschleunigtem Tempo fort. Die privaten Investitionen in Ausrüstungen waren leicht im Plus, während die Investitionen in private Wirtschaftsbauten im Gesamtjahr erneut nachgaben. Kräftig war die unternehmerische Investitionsdynamik vornehmlich zu Beginn von 2016. Im weiteren Verlauf des Jahres stockte sie erheblich, vor allem wohl, weil das überraschende Brexit-Votum und die im Wahlkampf geäußerten protektionistischen Pläne des neuen US-Präsidenten die exportorientierten deutschen Firmen verunsicherten, sodass diese mit ihren Investitionsentscheidungen zögerten. Vom Außenbeitrag ging bei mäßigem Exportwachstum ein leicht dämpfender Effekt auf das Wirtschaftswachstum aus, da die Importe infolge der kräftigen Binnennachfrage etwas stärker zulegten als die Exporte.

Die **Finanzmärkte** standen 2016 weiterhin im Zeichen der weltweit sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik. Die zu Jahresbeginn 2016 wachsenden Sorgen um die globale Konjunktur und der fortgesetzte Ölpreisverfall übten weiteren Abwärtsdruck auf das Preisniveau aus und veranlassten die Europäische Zentralbank (EZB) zu einer nochmaligen Erhöhung des geldpolitischen Expansionsgrads. Die globalen Wachstumsängste ließen im weiteren Jahresverlauf 2016 zwar wieder nach. Dafür sorgten ab der Jahresmitte politische Ereignisse – wie das mehrheitliche Votum der britischen Wahlberechtigten zugunsten eines EU-Austritts Großbritanniens sowie der überraschende Ausgang der US-Präsidentschaftswahl – für merkliche Bewegung an den Finanzmärkten. Bis zum Sommer zeigten die Finanzmarktteilnehmer eine größere Präferenz für die risikoärmeren Anlageklassen. Erst im Verlauf der zweiten Jahreshälfte nahm der Optimismus der Anleger wieder merklich zu. Forciert wurde dieser Trend durch den Wahlsieg des republikanischen Kandidaten bei der US-Präsidentschaftswahl. Die damit verbundenen Erwartungen umfangreicher fiskalpolitischer Stimuli ließen risikobehaftete Anlageklassen in der Gunst der Investoren deutlich zulegen, während an den Anleihemärkten eine merkliche Korrektur einsetzte.

In Reaktion auf die außerordentlich niedrigen und temporär in den negativen Bereich abrutschenden Inflationsraten beschloss

die Europäische Zentralbank im März 2016, ihr Programm zum Ankauf von Wertpapieren im Volumen von monatlich 60 Mrd. EUR auf 80 Mrd. EUR aufzustocken und das Anlageuniversum gleichzeitig um Unternehmensanleihen guter Bonität zu erweitern. Zudem wurde der Einlagensatz nochmals reduziert, von zuvor –0,30 % auf –0,40 %. In diesem Umfeld gaben die Geldmarktsätze im Euroraum, die bereits zuvor durchgängig im negativen Bereich notiert hatten, weiter nach. Auch die Renditen zehnjähriger deutscher Bundesanleihen verzeichneten weitere Rückgänge. Sie fielen Mitte Juni erstmals unter die Nulllinie und markierten im Gefolge des Brexit-Votums Anfang Juli das neue Allzeittief von –0,19 %. In der zweiten Jahreshälfte tendierten die Zinsen der zehnjährigen deutschen Bundesanleihen aber wieder nach oben. Die US-Präsidentschaftswahl erwies sich dabei als maßgeblicher zinstreibender Faktor. Zudem entschied sich die Europäische Zentralbank auf ihrer Sitzung im Dezember dazu, ihr Wertpapierankaufprogramm zwar bis Ende 2017 zu verlängern, das monatliche Ankaufvolumen jedoch ab April 2017 auf 60 Mrd. EUR zu reduzieren. Im Jahresdurchschnitt 2016 ergab sich für die Zinsen zehnjähriger deutscher Bundesanleihen ein Rückgang von gut 40 Basispunkten gegenüber dem Vorjahr. Die US-Geldmarktsätze stiegen insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2016 merklich an. Hierzu trugen das sich im Jahresverlauf aufhellende Konjunkturbild, die anziehenden Inflationserwartungen, die Wahl des neuen US-Präsidenten und nicht zuletzt die Erwartung des nächsten Zinsschritts der US-Notenbank bei. Die zweite Leitzinsanhebung in diesem Erhöhungszyklus erfolgte im Dezember.

Die Zinsen zehnjähriger US-Staatsanleihen gaben in der ersten Jahreshälfte merklich nach. Erst danach kam es, vor allem in den Wochen nach der US-Präsidentschaftswahl, zu einer deutlichen Gegenbewegung. Im Jahresdurchschnitt 2016 stand ein Rückgang um circa 30 Basispunkte gegenüber dem Vorjahr zu Buche. Die durchschnittliche Steilheit der Zinsstrukturkurven hat im Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2015 sowohl in den USA als auch in der Eurozone abgenommen.

Der EUR/USD-Wechselkurs bewegte sich 2016 in einer Bandbreite von knapp 1,04 bis 1,15. In den ersten Monaten des Jahres 2016 wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar zunächst auf und erreichte Anfang Mai seinen Jahreshöchststand von 1,15. Danach setzte eine Abwertung ein, die die europäische Währung in der zweiten Dezemberhälfte gegenüber dem US-Dollar temporär leicht unter die Marke von 1,04 fallen ließ. Im Jahresdurchschnitt 2016 blieb der EUR/USD-Wechselkurs mit einem Niveau von knapp 1,11 im Vergleich zum Vorjahr annähernd unverändert.

Entwicklung des KfW-Konzerns

Die KfW blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurück. Die Planungen sowie die strategischen Ziele zur mittelfristig angestrebten Positionierung wurden insgesamt erreicht und dabei zum Teil deutlich übertroffen. Mit einem gestiegenen **Fördervolumen** von 81,0 Mrd. EUR (2015: 79,3 Mrd. EUR) war das Geschäftsjahr 2016 erneut ein sehr erfolgreiches Förderjahr. Hierbei konnte die KfW mit ihren Förderprodukten einen wichtigen Beitrag leisten, den aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Der Fokus der Förderung lag auf den gesellschaftlich und ökonomisch bedeutsamen Megatrends „Klimawandel & Umwelt“, „Globalisierung & technischer Fortschritt“ sowie „Demografische Entwicklung“. Die eingeleiteten Maßnahmen zur umfassenden Modernisierung der KfW wurden erfolgreich fortgesetzt.

Die **Ertragslage** hat sich im Geschäftsjahr 2016 insbesondere aufgrund eines guten Bewertungsergebnisses deutlich besser entwickelt als erwartet, auch wenn der Konzerngewinn wie prognostiziert unter dem des Geschäftsjahres 2015 lag. Das Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung) schloss mit 1,9 Mrd. EUR trotz leichtem Rückgang gegenüber dem Vorjahr (2015: 2,1 Mrd. EUR) insbesondere infolge der unverändert guten Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW über den Planungen ab. Die Cost-Income-Ratio (vor Förderleistung) hat sich aufgrund steigender Verwaltungskosten, die vor allem mit der Modernisierung des KfW-Konzerns und regulatorischen Maßnahmen (KWG-Unterstellung) in Verbindung stehen und der leicht rückläufigen Zins- und Provisionserträge auf 38,4 % (2015: 35,2 %) erhöht. Das per saldo positive Bewertungsergebnis lag unter dem außergewöhnlich guten Niveau des Vorjahres, schloss damit aber noch deutlich besser als erwartet ab. Ursächlich hierfür sind zum einen die gestiegenen, aber weiterhin moderaten Nettobelastungen aus der Kreditrisikovorsorge und zum anderen das positive Ergebnis aus dem Hedge Accounting und der Fair-Value-Bewertung. Hierdurch konnte ein sehr guter Konzerngewinn erzielt werden, der mit 2,0 Mrd. EUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres (2015: 2,2 Mrd. EUR) aber deutlich über den Erwartungen liegt. Der um die IFRS-bedingten Effekte aus der Abbildung von Sicherungszusammenhängen bereinigte Konzerngewinn liegt bei 1,8 Mrd. EUR (2015: 1,9 Mrd. EUR). Die KfW verbessert mit diesem Ergebnis die Kapitalbasis zur nachhaltigen Sicherstellung der Förderfähigkeit und der Erfüllung der regulatorischen Anforderungen. Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die KfW in ihrer aktuellen Konzernergebnisplanung einen Konzerngewinn vor IFRS-Effekten von rund 1 Mrd. EUR. Dieser bewegt sich am unteren Rand der strategischen Zielgrößen.

Die **Bilanzsumme** des Konzerns hat sich im Geschäftsjahr 2016 um 4,0 Mrd. EUR auf 507,0 Mrd. EUR erhöht. Zurückzuführen ist der Anstieg insbesondere auf die um 7,1 Mrd. EUR höheren Nettokreditforderungen von 376,3 Mrd. EUR und eine höhere Liquiditätshaltung (+4,6 Mrd. EUR). Refinanziert wird das Fördergeschäft im Wesentlichen an den internationalen Kapitalmärkten. Das Volumen der in den Verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesenen Eigenemissionen lag bei 422,6 Mrd. EUR (31.12.2015: 415,2 Mrd. EUR). Der Anstieg des bilanziellen Eigenkapitals um 1,9 Mrd. EUR auf 27,1 Mrd. EUR ist vollständig auf das Konzernergebnis zurückzuführen.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2016 wurde im Wesentlichen von folgenden Entwicklungen geprägt:

A. Ungebrochen hohe Nachfrage nach KfW-Produkten
Der Konzern konnte im Geschäftsjahr 2016 mit einem Fördervolumen von 81,0 Mrd. EUR (2015: 79,3 Mrd. EUR) das geplante Neugeschäftsvolumen von 74,9 Mrd. EUR klar übertreffen. Diese Entwicklung resultiert insbesondere aus der hohen Nachfrage in der Förderung von Klima- und Umweltschutzvorhaben, die mit 44 % (2015: 37 %) den höchsten Anteil am Gesamtfördervolumen ausmacht und die KfW als einen der größten Finanziers von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen auszeichnet.

Die Inlandsförderung der KfW hat sich 2016 dynamisch entwickelt und erreichte ein Fördervolumen in Höhe von 55,1 Mrd. EUR (2015: 50,5 Mrd. EUR). Der Anstieg ist insbesondere auf die sehr starke Nachfrage bei Wohnungsbaufinanzierungen bei gleichzeitig robuster gewerblicher Finanzierungsnachfrage zurückzuführen. Die Mittelstandsquote zeigte sich 2016 mit 41 % gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Das Fördervolumen im Auslandsgeschäft liegt mit 24,9 Mrd. EUR auf einem stabilen Niveau (2015: 27,9 Mrd. EUR). Nach dem Ausnahmejahr 2015 war das Neuzusagevolumen in der Export- und Projektfinanzierung mit 16,1 Mrd. EUR (2015: 20,2 Mrd. EUR) zwar deutlich rückläufig, erreichte aber dennoch das Niveau der vorangegangenen Jahre. Das Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer konnte das Fördervolumen mit 8,9 Mrd. EUR (2015: 7,7 Mrd. EUR) erheblich steigern, wobei ein Großteil der Neuzusagen auf Projekte im Bereich Klima- und Umweltschutz entfiel.

Zur Refinanzierung der Geschäftsaktivitäten hat die KfW an den internationalen Kapitalmärkten Mittel in Höhe von 72,8 Mrd. EUR (2015: 62,6 Mrd. EUR) aufgenommen.

Fördervolumen des KfW-Konzerns

	2016 Mrd. EUR	2015 Mrd. EUR
Inlandsgeschäft	**55,1**	**50,5**
Mittelstandsbank	21,4	20,4
Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute	33,7	30,1
Finanzmärkte	**1,3**	**1,1**
Auslandsgeschäft	**24,9**	**27,9**
Export- und Projektfinanzierung	16,1	20,2
Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer	8,9	7,7
Volumen Neuzusagen[1)]	**81,0**	**79,3**

[1)] Bereinigt um Export- und Projektfinanzierungen mit Refinanzierung aus KfW-Programmkrediten

B. Stabiles operatives Ergebnis
Das Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung) liegt mit 1.898 Mio. EUR (2015: 2.066 Mio. EUR) bei einem erwarteten Rückgang weiter auf hohem Niveau. Dabei stellt der Zinsüberschuss (vor Förderleistung) in Höhe von 2.802 Mio. EUR (2015: 2.904 Mio. EUR) auf Basis der weiterhin guten Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW unverändert die wesentliche Ertragsquelle dar.

Der Provisionsüberschuss (vor Förderleistung) lag mit 280 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres (2015: 286 Mio. EUR).

Bei den Verwaltungsaufwendungen (vor Förderleistung) ist mit 1.185 Mio. EUR (2015: 1.125 Mio. EUR) ein Anstieg zu verzeichnen, der insgesamt aber noch unter den Erwartungen liegt. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind insbesondere die umfangreichen Investitionen in die Modernisierung des KfW-Konzerns.

C. Positives Bewertungsergebnis auch durch positive Sondereffekte geprägt
Aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ergaben sich im Jahr 2016 moderate Ergebnisbelastungen in Höhe von 150 Mio. EUR. Diese liegen deutlich unterhalb der in der Planung angesetzten Standardrisikokosten, aber über dem sehr niedrigen Wert des Vorjahres (48 Mio. EUR). Die niedrige Vorsorgebildung ist auch auf den geringen Vorsorgebedarf im volumenstarken Inlandsgeschäft zurückzuführen. Darüber hinaus wirkten sich hohe Erträge aus Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen in Höhe von 216 Mio. EUR positiv auf das Ergebnis aus. Diese resultieren unter anderem aus Engagements in der Export- und Projektfinanzierung.

Die rein IFRS-bedingten Effekte aus der Bewertung von Derivaten, die zu Sicherungszwecken eingesetzt werden, haben darüber hinaus die Ertragslage um 233 Mio. EUR (2015: 271 Mio. EUR) deutlich überzeichnet. Der Erfolgsbeitrag aus dem Beteiligungsportfolio in Höhe von 77 Mio. EUR (2015: 147 Mio. EUR) resultiert vor allem aus dem Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer. Begünstigt wurde die Wertentwicklung im Portfolio der DEG durch wechselkursinduzierte Effekte, die unter anderem auf den US-Dollar entfallen.

Im Wertpapierportfolio wurde ein rückläufiger Ergebnisbeitrag von 9 Mio. EUR (2015: 18 Mio. EUR) erzielt, der die allgemein verhaltenere Entwicklung an den Finanzmärkten widerspiegelt.

Zudem ergibt sich ein Sonstiger betrieblicher Ertrag aus einem Erlass der Rückzahlung des ERP-Nachrangdarlehens in Höhe von 100 Mio. EUR.

D. Förderleistung niedriger als erwartet

Die von der KfW zu Lasten der eigenen Ertragslage erbrachte Förderleistung im Inlandsgeschäft ist im Geschäftsjahr 2016 auf 230 Mio. EUR (2015: 345 Mio. EUR) gesunken und liegt damit deutlich unter den Erwartungen. Ursächlich hierfür waren rückläufige Zinsverbilligungen (193 Mio. EUR; 2015: 304 Mio. EUR) insbesondere aufgrund der geringeren Nachfrage nach verbilligten Förderkrediten und des im Niedrigzinsumfeld verringerten Verbilligungsspielraums.

Die folgenden Kennzahlen geben einen Überblick über die Entwicklungen im Geschäftsjahr 2016:

Finanzkennzahlen des KfW-Konzerns

	2016	2015
Erfolgskennzahlen	**Mio. EUR**	**Mio. EUR**
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung)	1.898	2.066
Betriebsergebnis nach Bewertungen (vor Förderleistung)	2.108	2.539
Förderleistung	230	345
Konzerngewinn	2.002	2.171
Cost-Income-Ratio (vor Förderleistung)[1)]	38,4 %	35,2 %

	2016	2015
Ökonomische Kennzahlen	**Mio. EUR**	**Mio. EUR**
Konzerngewinn vor IFRS-Effekten	1.769	1.900

	31.12.2016	31.12.2015
Bilanzkennzahlen	**Mrd. EUR**	**Mrd. EUR**
Bilanzsumme	507,0	503,0
Kreditvolumen	472,4	447,0
Geschäftsvolumen	609,2	587,2
Bilanzielles Eigenkapital	27,1	25,2
Bilanzielle Eigenkapitalquote	5,3 %	5,0 %

[1)] Verwaltungsaufwand (vor Förderleistung) in Relation zum bereinigten Ertrag. Der bereinigte Ertrag berechnet sich aus der Größe des Zins- und Provisionsüberschusses (jeweils vor Förderleistung).

Entwicklung der Ertragslage

Die Ertragslage 2016 ist durch ein gegenüber dem Vorjahr gesunkenes, aber dennoch stabiles Ergebnis im operativen Geschäft sowie durch ein positives Bewertungsergebnis mit einzelnen Sondereffekten geprägt. Hieraus resultiert ein hoher Konzerngewinn von 2,0 Mrd. EUR, der zwar unter dem Vorjahresergebnis liegt, jedoch die Erwartungen deutlich übersteigt.

Überleitungsrechnung Ertragslage vor/nach Förderleistung für das Geschäftsjahr 2016

	Mio. EUR	Förderleistung Mio. EUR	Mio. EUR	
Zinsüberschuss (vor Förderleistung)	2.802	–193	2.610	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss (vor Förderleistung)	280	–23	257	Provisionsüberschuss
Verwaltungsaufwand (vor Förderleistung)	1.185	14	1.199	Verwaltungsaufwand
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung)	**1.898**	**–230**	**1.668**	**Betriebsergebnis vor Bewertungen**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–150		–150	Risikovorsorge im Kreditgeschäft
Ergebnisse aus Hedge Accounting	294		294	Ergebnisse aus Hedge Accounting
Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	55		55	Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente
Ergebnisse aus Finanzanlagen	–10		–10	Ergebnisse aus Finanzanlagen
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	21		21	Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen
Betriebsergebnis nach Bewertungen (vor Förderleistung)	**2.108**	**–230**	**1.878**	**Betriebsergebnis nach Bewertungen**
Sonstiges betriebliches Ergebnis	102		102	Sonstiges betriebliches Ergebnis
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderleistung)	**2.210**	**–230**	**1.980**	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**
Förderleistung	230	–230	0	–
Ertragsteueraufwand	–21		–21	Ertragsteueraufwand
Konzerngewinn	**2.002**		**2.002**	**Konzerngewinn**
Temporäre Ergebniseffekte aus Sicherungsbeziehungen	–233		–233	Temporäre Ergebniseffekte aus Sicherungsbeziehungen
Konzerngewinn vor IFRS-Effekten	**1.769**		**1.769**	**Konzerngewinn vor IFRS-Effekten**

Überleitungsrechnung Ertragslage vor/nach Förderleistung für das Geschäftsjahr 2015

	Mio. EUR	Förderleistung Mio. EUR	Mio. EUR	
Zinsüberschuss (vor Förderleistung)	2.904	–304	2.601	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss (vor Förderleistung)	286	–29	257	Provisionsüberschuss
Verwaltungsaufwand (vor Förderleistung)	1.125	12	1.136	Verwaltungsaufwand
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung)	**2.066**	**–345**	**1.721**	**Betriebsergebnis vor Bewertungen**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–48		–48	Risikovorsorge im Kreditgeschäft
Ergebnisse aus Hedge Accounting	175		175	Ergebnisse aus Hedge Accounting
Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	303		303	Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente
Ergebnisse aus Finanzanlagen	25		25	Ergebnisse aus Finanzanlagen
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	18		18	Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen
Betriebsergebnis nach Bewertungen (vor Förderleistung)	**2.539**	**–345**	**2.195**	**Betriebsergebnis nach Bewertungen**
Sonstiges betriebliches Ergebnis	107		107	Sonstiges betriebliches Ergebnis
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderleistung)	**2.647**	**–345**	**2.302**	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**
Förderleistung	345	–345	0	–
Ertragsteueraufwand	130		130	Ertragsteueraufwand
Konzerngewinn	**2.171**		**2.171**	**Konzerngewinn**
Temporäre Ergebniseffekte aus Sicherungsbeziehungen	–271		–271	Temporäre Ergebniseffekte aus Sicherungsbeziehungen
Konzerngewinn vor IFRS-Effekten	**1.900**		**1.900**	**Konzerngewinn vor IFRS-Effekten**

Das **Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung)** liegt mit 1.898 Mio. EUR (2015: 2.066 Mio. EUR) wie erwartet unter dem Vorjahresniveau und leicht über den Planungen.

Der **Zinsüberschuss (vor Förderleistung)** ist zwar angesichts des anhaltenden Niedrigzinsumfelds und des dadurch eingeschränkten Potenzials zur Erzielung von Strukturbeiträgen mit 2.802 Mio. EUR gegenüber dem Geschäftsjahr 2015 (2.904 Mio. EUR) rückläufig, bleibt jedoch unverändert die wichtigste Ertragsquelle. Während die Zinsmargen im Aktivgeschäft stabil und die Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW am Kapital- und Geldmarkt auch infolge der erstklassigen Bonität weiterhin sehr gut waren, führten unter anderem geringere Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen zu einem Rückgang des Zinsüberschusses. Die außerplanmäßigen Tilgungen im Geschäftsjahr 2016, die zukünftig zu entsprechenden Mindererträgen führen, sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken.

Der **Provisionsüberschuss (vor Förderleistung)** liegt mit 280 Mio. EUR auf dem Niveau des Jahres 2015 (286 Mio. EUR). Maßgeblich für den leichten Rückgang sind Ausgleichszahlungen an Derivatepartner in Höhe von 5 Mio. EUR sowie niedrigere Erträge aus der Abwicklung der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) für die Bundesrepublik Deutschland im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer mit insgesamt 175 Mio. EUR (2015: 181 Mio. EUR). Positiv entwickelten sich höhere Kreditbearbeitungsgebühren mit 98 Mio. EUR (2015: 87 Mio. EUR).

Der Anstieg des **Verwaltungsaufwands (vor Förderleistung)** auf 1.185 Mio. EUR (2015: 1.125 Mio. EUR) liegt insgesamt leicht unter den Erwartungen. Aufwandstreiber sind weiterhin die Maßnahmen im Zusammenhang mit der KWG-Unterstellung sowie die umfangreichen Investitionen in die weitere Modernisierung des KfW-Konzerns.
Der Personalaufwand hat sich mit 634 Mio. EUR (2015: 630 Mio. EUR) um 4 Mio. EUR erhöht. Neben der größeren Anzahl Beschäftigter wirkten auch tarifliche Gehaltserhöhungen. Der Sachaufwand (vor Förderleistung) beträgt 550 Mio. EUR (2015: 494 Mio. EUR). Der Anstieg um 56 Mio. EUR resultiert unter anderem aus höheren Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte sowie in Anspruch genommenen Beratungs- bzw. Unterstützungsleistungen. Diese betreffen insbesondere die notwendige Umsetzung regulatorischer Vorgaben sowie die umfassende Modernisierung der IT-Architektur der KfW, die auch in den kommenden Jahren intensiv fortgesetzt wird. Aus diesem umfangreichen Projektportfolio wird auch künftig ein Anstieg des Verwaltungsaufwands erwartet.

Die Cost-Income-Ratio vor Förderleistung ist vor allem aufgrund der erwartungsgemäß insgesamt rückläufigen operativen Erträge sowie der erhöhten Aufwendungen aus der KWG-Unterstellung und der weiteren Modernisierung der KfW auf 38,4 % (2015: 35,2 %) gestiegen.

Aus der **Kreditrisikovorsorge** im Konzern ergaben sich zwar im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Ergebnisbelastungen in Höhe von 150 Mio. EUR (2015: 48 Mio. EUR), die jedoch weiterhin deutlich unterhalb der Planungen gemäß den Standardrisikokosten liegen. Risikovorsorgeaufwand ergab sich per saldo insbesondere im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung im Zusammenhang mit dem Portfolioabbau in kritischen Branchen sowie im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer. Im volumenstarken Inlandsgeschäft war der Risikovorsorgebedarf dagegen vergleichsweise gering.

Die Nettozuführungen zur Vorsorge für die akuten Kreditrisiken einschließlich der Direktabschreibungen betragen 381 Mio. EUR (2015: 343 Mio. EUR) und betreffen insbesondere das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung mit Zuführungen von 192 Mio. EUR (2015: 158 Mio. EUR), davon entfallen 195 Mio. EUR (2015: 65 Mio. EUR) auf das Segment Maritime Industrie. Darüber hinaus betreffen die Nettozuführungen mit 108 Mio. EUR das Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer sowie mit 81 Mio. EUR die Inlandsförderung. Demgegenüber konnte der Konzern hohe Erträge aus Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen von 216 Mio. EUR (2015: 281 Mio. EUR) vereinnahmen. Hiervon entfielen 61 Mio. EUR auf das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung (2015: 168 Mio. EUR) sowie 44 Mio. EUR auf die Inlandsförderung (2015: 49 Mio. EUR). Im Geschäftsjahr 2016 reduzierte sich der Vorsorgebestand von 1,2 Mrd. EUR auf 1,1 Mrd. EUR. Dieser betrifft in Höhe von 0,5 Mrd. EUR das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung sowie in Höhe von 0,4 Mrd. EUR das Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer.

Die Vorsorge für einzeln noch nicht zuordenbare Risiken im Kreditportfolio blieb 2016 nahezu unverändert. Zum Jahresende 2016 beläuft sich der Vorsorgebestand unverändert auf 0,6 Mrd. EUR.

Die bestehende Kreditrisikovorsorge deckt alle akuten und latenten Risiken in konsequenter Fortsetzung der vorsichtigen Risikopolitik im KfW-Konzern ab.

Das **Ergebnis aus Hedge Accounting und Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente** beträgt 349 Mio. EUR (2015: 478 Mio. EUR) und war im Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen durch positive Effekte aus dem Beteiligungsportfolio sowie hohe positive rein IFRS-bedingte Effekte aus der Bewertung von Derivaten, die zu Sicherungszwecken eingesetzt werden, geprägt.

Das erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Beteiligungsportfolio wurde maßgeblich durch die positive Entwicklung der Investments sowie wechselkursinduzierte Wertsteigerungen – insbesondere aus der Aufwertung des US-Dollar – beeinflusst und führte zu einem Ertrag von 99 Mio. EUR (2015: 145 Mio. EUR). Dieser Ergebnisbeitrag ist vor allem auf die Geschäftsaktivitäten der DEG in der Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer zurückzuführen.

Ebenfalls positiv war das Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung mit Erträgen in Höhe von 11 Mio. EUR (2015: –54 Mio. EUR), resultierend aus Wechselkursänderungen, insbesondere beim US-Dollar, in Verbindung mit entsprechenden konzernbilanziellen Währungspositionen. Diese entstehen vor allem bei Unterschieden zur handelsrechtlichen Abschlusserstellung der Konzerngesellschaften hinsichtlich Ansatz und Bewertung von solchen Finanzinstrumenten, die nicht im Zusammenhang mit der Abbildung von Sicherungszusammenhängen stehen.

Darüber hinaus resultierten per saldo Erträge aus dem Hedge Accounting und den zum Fair Value bilanzierten Mittelaufnahmen einschließlich Sicherungsderivaten von in Summe 233 Mio. EUR (2015: 271 Mio. EUR). Dabei sind die marktbewerteten Derivate jeweils Bestandteil von wirtschaftlich geschlossenen Positionen. Soweit jedoch der andere Teil der jeweils geschlossenen Position nicht zum Marktwert ausgewiesen werden darf bzw. unterschiedliche Bewertungsmethoden anzuwenden sind, kommt es zwangsläufig zu temporären Ergebnisschwankungen, die sich über die Laufzeit der Geschäfte vollständig ausgleichen.

Das mit einem Ertrag in Höhe von 11 Mio. EUR (2015: 43 Mio. EUR) abschließende **Ergebnis aus Finanzanlagen und nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen** resultiert aus gegenläufigen Entwicklungen im Wertpapier- und Beteiligungsportfolio.

Die Wertpapiere, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, haben mit 12 Mio. EUR positiv zum Ergebnis beigetragen (2015: 22 Mio. EUR). Dies resultiert unter anderem aus Verkäufen von Pfandbriefen.

Die allgemeine Entwicklung an den Finanzmärkten führte zu nicht erfolgswirksamen Wertsteigerungen bei Wertpapieren in Höhe von 59 Mio. EUR (2015: 37 Mio. EUR Wertrückgänge), die in den Neubewertungsrücklagen im Eigenkapital erfasst werden. Dazu beigetragen haben insbesondere gut besicherte europäische Pfandbriefe sowie europäische Staatsanleihen. Darüber hinaus ist bei den nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Beständen der positive Unterschiedsbetrag zwischen dem Bilanzansatz und dem beizulegenden Zeitwert per saldo um 36 Mio. EUR auf 56 Mio. EUR zum 31.12.2016 angestiegen (2015: um 26 Mio. EUR zurückgegangen). Zurückzuführen ist diese Entwicklung unter anderem auf Wertaufholungen bei Wertpapieren aus dem Kreditgeschäft in Wertpapierform. Gegenläufig entwickelten sich die Beteiligungen, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, mit Ergebnisbelastungen in Höhe von insgesamt 22 Mio. EUR.

Aus den nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen erzielte der Konzern ein Ergebnis in Höhe von 21 Mio. EUR (2015: 18 Mio. EUR).

Im **Sonstigen betrieblichen Ergebnis** in Höhe von 102 Mio. EUR (2015: 107 Mio. EUR) sind im Wesentlichen Erträge aus dem Erlass der Rückzahlung des vom ERP-Sondervermögen (ERP-SV) gewährten Nachrangdarlehens in Höhe von 100 Mio. EUR enthalten.

Die von der KfW zu Lasten der eigenen Ertragslage erbrachte **Förderleistung** im Inlandsgeschäft lag im Geschäftsjahr 2016 mit 230 Mio. EUR unter dem Niveau des Vorjahres (345 Mio. EUR) und deutlich unter den Planwerten.

Die wesentliche Komponente der von der KfW insgesamt erbrachten Förderleistung sind Zinsverbilligungen, die die KfW bei bestimmten Förderkrediten im Inlandsgeschäft während der ersten Zinsbindungsperiode zusätzlich zur Weitergabe ihrer günstigen Refinanzierungskonditionen zu Lasten der Ertragslage gewährt. Im Geschäftsjahr 2016 ging das Volumen der geleisteten Zinsverbilligungen auf 193 Mio. EUR (2015: 304 Mio. EUR) zurück. Ursächlich hierfür war zum einen der nachfragebedingte Rückgang an zinsverbilligten Förderkrediten. Zum anderen verringerte das allgemein niedrige Zinsniveau das Potenzial, mit zusätzlichen Verbilligungen Steuerungsimpulse im Fördergeschäft zu setzen.

Daneben sind im Provisionsüberschuss bzw. Verwaltungsaufwand ausgewiesene Förderleistungen in Höhe von insgesamt 37 Mio. EUR (2015: 41 Mio. EUR) erbracht worden, die unter anderem bessere Vertriebsmöglichkeiten für die KfW-Förderprodukte zum Ziel haben.

Die positiven **Ertragsteuern** in Höhe von insgesamt 21 Mio. EUR resultieren vor allem aus der Aktivierung von latenten Steueransprüchen aufgrund einer ertragsteuerlichen Organschaft zwischen der KfW IPEX-Bank GmbH und der KfW Beteiligungsholding GmbH.

Insgesamt ergibt sich mit 2.002 Mio. EUR ein **Konzerngewinn,** der zwar unter dem Vorjahr (2.171 Mio. EUR), jedoch deutlich über den Erwartungen liegt.

Der **Konzerngewinn vor IFRS-Effekten aus Sicherungszusammenhängen** ist eine auf den nach IFRS ermittelten Konzerngewinn aufsetzende weiterführende Ergebnisrechnung des Konzerns, die berücksichtigt, dass derivative Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken abgeschlossen werden. Aus den Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen ergeben sich unter IFRS trotzdem temporäre Ergebniseffekte. Diese sind aufgrund der wirtschaftlich effektiven Sicherungswirkung nach Auffassung der KfW nicht sachgerecht.

Es werden deshalb folgende Überleitungen durch Eliminierung temporärer Ergebniskomponenten in Höhe von –233 Mio. EUR (2015: –271 Mio. EUR) vorgenommen:

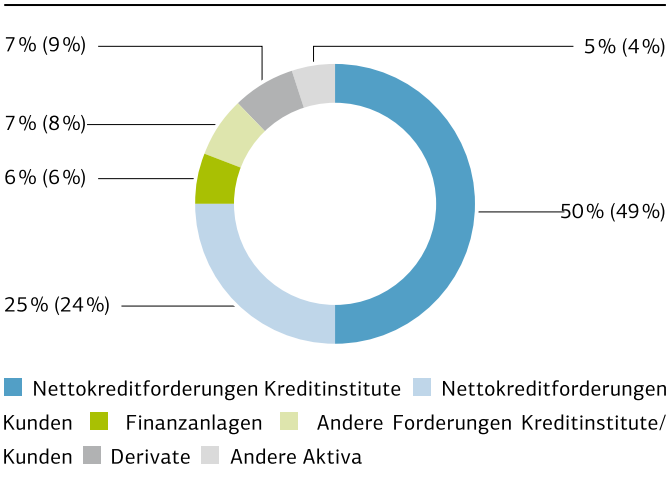
- Bewertungsergebnisse aus dem Micro und Macro Hedge Accounting. Alle Sicherungsbeziehungen sind wirtschaftlich effektiv und erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Bewertungsergebnisse aus der Nutzung der *Fair-Value-Option* zur Vermeidung eines *Accounting Mismatch* bei Mittelaufnahmen einschließlich zugehöriger Sicherungsderivate. Die wirtschaftlich effektiven Sicherungsbeziehungen erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Bewertungsergebnisse aus der Marktwertbilanzierung nicht abgebildeter Sicherungszusammenhänge mit hoher wirtschaftlicher Effektivität. Sie erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von Währungspositionen, die aus den Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen resultieren.

Die übergeleitete Ertragslage schließt mit einem Gewinn von 1.769 Mio. EUR (2015: 1.900 Mio. EUR). Insgesamt hat der KfW-Konzern im Geschäftsjahr 2016 ein sehr gutes Ergebnis erzielt, das sich deutlich oberhalb des nachhaltigen Ertragspotenzials bewegt.

Entwicklung der Vermögenslage

Das Kreditgeschäft mit Kreditinstituten und Kunden ist unverändert das Kerngeschäft des Konzerns. 75 % des Konzernvermögens betrafen zum 31.12.2016 das Kreditgeschäft.

Vermögenslage
31.12.2016 (31.12.2015)



Das **Kreditvolumen** liegt mit 472,4 Mrd. EUR um 25,4 Mrd. EUR über dem Niveau des Vorjahres.

Kreditvolumen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen aus Krediten und Darlehen	377.871	370.920	6.952
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–1.610	–1.743	133
Nettokreditforderungen	**376.262**	**369.177**	**7.085**
Eventualverpflichtungen aus Avalkrediten	2.647	3.260	–613
Unwiderrufliche Kreditzusagen	80.410	61.091	19.319
Treuhänderisch ausgereichte Kredite und Darlehen	13.073	13.434	–360
Gesamt	**472.392**	**446.962**	**25.431**

Die Forderungen aus Krediten und Darlehen sind im Jahr 2016 unter anderem aufgrund von Wechselkurseffekten infolge der Aufwertung des US-Dollar von 370,9 Mrd. EUR um 7,0 Mrd. EUR auf 377,9 Mrd. EUR gestiegen. Den Auszahlungen im Kreditneugeschäft stehen hierbei rückläufige außerplanmäßige Tilgungen im Umfang von 12,8 Mrd. EUR (2015: 18,0 Mrd. EUR) gegenüber, die insbesondere das inländische Förderkreditgeschäft betreffen. Insgesamt stellten die Nettokreditforderungen mit 376,3 Mrd. EUR 80% (31.12.2015: 83%) des Kreditvolumens dar.

Die Eventualverpflichtungen aus dem Avalkreditgeschäft bewegten sich mit einem Bestand von 2,6 Mrd. EUR leicht unter Vorjahresniveau. Die Unwiderruflichen Kreditzusagen sind im Jahr 2016 insbesondere durch die Neustrukturierung von in Vorjahren an den Bund zugesagten BAföG-Darlehen in Höhe von 12,5 Mrd. EUR um 19,3 Mrd. EUR auf 80,4 Mrd. EUR angestiegen. Im Treuhandvermögen bewegte sich das Volumen der treuhänderisch ausgereichten Kredite und Darlehen, die vor allem die Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer mit Refinanzierung aus Haushaltsmitteln der Bundesrepublik Deutschland umfassen, mit 13,1 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Anderen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden lagen mit 34,8 Mrd. EUR unter dem Vorjahresniveau von 40,8 Mrd. EUR. Darin enthalten sind insbesondere kurzfristige besicherte und unbesicherte Anlagen im Rahmen der allgemeinen Liquiditätshaltung sowie im Zusammenhang mit dem Sicherheitenmanagement im Derivategeschäft. Die Geldanlagen gingen im Jahresverlauf infolge einer verstärkten Liquiditätshaltung bei Zentralnotenbanken zurück.

Der Gesamtbestand der **Finanzanlagen** lag mit 32,7 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Finanzanlagen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30.118	29.238	879
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	0	1
Beteiligungen	2.595	2.388	207
Anteile an nicht einbezogenen Tochterunternehmen	0	8	–8
Gesamt	**32.715**	**31.634**	**1.080**

Wesentliche Positionen der Finanzanlagen stellten die im Geschäftsjahr 2016 leicht angestiegenen Wertpapierbestände dar. Die Bestandserhöhung resultiert nahezu vollständig aus dem Anstieg der gehaltenen Anleihen und Schuldverschreibungen um 0,8 Mrd. EUR auf 28,9 Mrd. EUR, während sich das Volumen der Geldmarktpapiere leicht um 0,1 Mrd. EUR auf 1,2 Mrd. EUR erhöhte. Darüber hinaus erhöhte sich der Ausweis von Beteiligungen um 0,2 Mrd. EUR auf 2,6 Mrd. EUR.

Aus Derivaten mit positiven Marktwerten, die insbesondere zur Absicherung von Refinanzierungen eingesetzt werden, resultieren aufgrund der Entwicklung der Marktparameter von 43,7 Mrd. EUR um 8,8 Mrd. EUR auf 34,8 Mrd. EUR deutlich gesunkene Marktwerte. Mit den Kontrahenten getroffene Nettingabreden, die auch Derivate mit negativen Marktwerten umfassen, sowie Besicherungsvereinbarungen (im Wesentlichen hereingenommene Barsicherheiten) verringern das Kontrahentenrisiko substanziell. Die Wertanpassungen aus dem Macro Hedging für Grundgeschäftsportfolios aus Bilanzaktiva sind aufgrund der Entwicklung der Marktparameter leicht von 14,4 Mrd. EUR um 0,5 Mrd. EUR auf 13,9 Mrd. EUR gesunken.

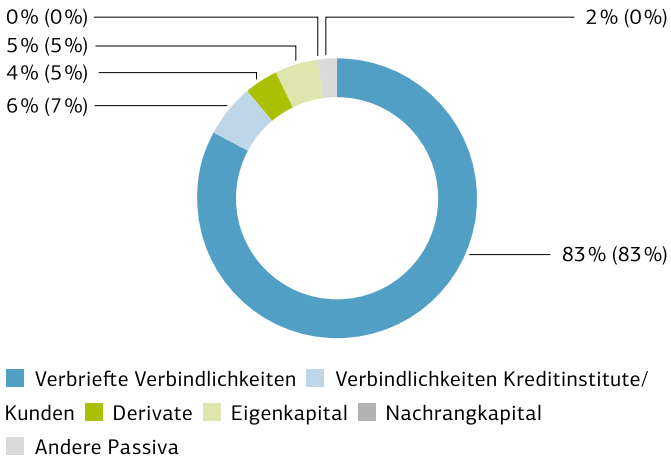
Die weiteren Bilanzaktiva haben sich nur in geringem Umfang verändert.

Entwicklung der Finanzlage

Die Refinanzierungsstrategie des Konzerns an den internationalen Kapitalmärkten basiert auf den drei Säulen „Benchmark-Anleihen in Euro und US-Dollar“, „andere öffentliche Anleihen“ und „Privatplatzierungen“. Mit einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Anteil an der Bilanzsumme von 83 % waren die Mittelaufnahmen in Form von Verbrieften Verbindlichkeiten weiterhin prägend.

Finanzlage

31.12.2016 (31.12.2015)



Das Volumen der aufgenommenen **fremden Mittel** hat sich um 5,1 Mrd. EUR auf 454,2 Mrd. EUR erhöht.

Fremde Mittel

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Geldmarktaufnahmen	49.736	40.363	9.372
Anleihen und Schuldverschreibungen	375.483	375.316	167
Andere Mittelaufnahmen	28.806	33.118	–4.312
Nachrangkapital	200	300	–100
Gesamt	**454.225**	**449.098**	**5.127**

Mittelaufnahmen in Form von emittierten mittel- und langfristigen Anleihen und Schuldverschreibungen der KfW stellten die Hauptrefinanzierungsquelle im Konzern dar. Sie deckten zum 31.12.2016 mit 375,5 Mrd. EUR (2015: 375,3 Mrd. EUR) 83 % der aufgenommenen fremden Mittel ab. Kurzfristige Emissionen in Form von Commercial Papers sind um 7,2 Mrd. EUR angestiegen und beliefen sich auf 47,1 Mrd. EUR. Die kurzfristigen Mittelaufnahmen betrugen einschließlich Tages- und Termingeldern insgesamt 49,7 Mrd. EUR. Die Anderen Mittelaufnahmen umfassen bei der KfW neben Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und Kunden, die mit 7,4 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. EUR rückläufig sind, vor allem hereingenommene Barsicherheiten, die im Wesentlichen zur Absicherung des Kontrahentenrisikos aus dem Derivategeschäft dienen, in Höhe von 17,8 Mrd. EUR (31.12.2015: 21,8 Mrd. EUR) sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund.

Der Bestand der Derivate mit negativen Marktwerten, die insbesondere zur Absicherung von Kreditforderungen eingesetzt wurden, hat sich vor allem aufgrund der Entwicklung der Marktparameter von 24,5 Mrd. EUR um 3,1 Mrd. EUR auf 21,5 Mrd. EUR zum Jahresende 2016 reduziert.

Unter dem Nachrangkapital wird unverändert ein vom ERP-Sondervermögen im Rahmen der Neustrukturierung der ERP-Wirtschaftsförderung 2007 gewährtes Nachrangdarlehen ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2016 haben ERP-SV und KfW einen Erlass der Rückzahlung in Höhe von 0,1 Mrd. EUR vereinbart. Das Nachrangdarlehen wird zum 31.12.2016 mit einem Saldo von 0,2 Mrd. EUR ausgewiesen.

Die weiteren Bilanzpassiva haben sich nur in geringem Umfang verändert.

Das **bilanzielle Eigenkapital** liegt mit 27,1 Mrd. EUR über dem Niveau vom 31.12.2015 von 25,2 Mrd. EUR. Der Anstieg resultiert insbesondere aus dem Konzerngewinn (2,0 Mrd. EUR) sowie gegenläufig aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen (–0,2 Mrd. EUR). Die bilanzielle Eigenkapitalquote hat sich infolgedessen von 5,0 % Ende 2015 auf 5,3 % zum 31.12.2016 verbessert.

Eigenkapital

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Eingezahltes gezeichnetes Kapital	3.300	3.300	0
Kapitalrücklage	8.447	8.447	0
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	*7.150*	*7.150*	*0*
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	1.191	0
Gewinnrücklagen	14.092	12.091	2.002
Fonds für allgemeine Bankrisiken	600	600	0
Neubewertungsrücklagen	–576	–429	–147
Gesamt	**27.055**	**25.200**	**1.855**

Mit dem Konzerngewinn konnten die Gewinnrücklagen dotiert werden.

Nachhaltigkeitsbericht

Nachhaltigkeit als strategische Leitlinie

Der KfW-Konzern verfügt über ein Strategisches Zielsystem, das die mittelfristig angestrebte Positionierung der KfW definiert. Es beinhaltet ausgewählte Top-Level-Ziele auf Gesamtbankebene und dient als zentraler und verbindlicher Orientierungsrahmen für die strategische Ausrichtung aller Geschäftsfelder auf einen Fünf-Jahres-Horizont. Das Primärziel der KfW ist die Förderung. Das Zielsystem orientiert sich an den Leitlinien der Subsidiarität und der Nachhaltigkeit. Die KfW richtet die Förderaktivitäten dabei im Wesentlichen an den gesellschaftlich und ökonomisch bedeutsamen Megatrends „Klimawandel & Umwelt", „Globalisierung & technischer Fortschritt" und „Demografische Entwicklung" aus. Die Fördertätigkeit der KfW rund um diese Megatrends muss sich an der Leitlinie der Nachhaltigkeit messen lassen.

Zur Bewältigung des Megatrends „Klimawandel & Umwelt" finanziert die KfW beispielsweise Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien, Verbesserung der Energieeffizienz, Sicherstellung von Biodiversität und Vermeidung bzw. Reduzierung von Umweltverschmutzung. Um der besonderen Bedeutung dieses Megatrends Rechnung zu tragen, wurde eine Umweltquote von rund 35 % des gesamten Neuzusagevolumens fixiert – dieser Zielwert wurde im Jahr 2016 mit 44 % noch übertroffen (35,3 Mrd. EUR). Im Rahmen des Megatrends „Globalisierung & technischer Fortschritt" (14,5 Mrd. EUR) leistet die KfW durch Finanzierungen unter anderem im Bereich Forschung und Innovation, Rohstoffsicherung sowie Infrastruktur- und Transportwesen einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Das Engagement der KfW beim Megatrend „Demografische Entwicklung" (10 Mrd. EUR) hat die Bewältigung der mit einer sinkenden und alternden Bevölkerung einhergehenden Folgen zum Ziel, unter anderem mit den Schwerpunkten altersgerechte Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung, Familienpolitik und Kinderbetreuung sowie Unternehmensnachfolge. Das KfW-Engagement zur Bewältigung der Herausforderungen der Flüchtlingsthematik wird ebenfalls in diesem Megatrend reflektiert. Zudem besetzt die KfW „trendunabhängige Förderthemen" (21,2 Mrd. EUR), die für die KfW eine wichtige Rolle spielen, sich jedoch keinem der drei Megatrends zuordnen lassen, wie beispielsweise die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern.

Nachhaltigkeitsratings der KfW Bankengruppe

Nachhaltigkeitsratings dienen der gesamthaften Bewertung von Unternehmen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsperformance, die auf Grundlage von Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekten beurteilt wird. Die KfW nimmt gleich bei drei namhaften unabhängigen Nachhaltigkeitsratingagenturen im internationalen Branchenvergleich regelmäßig Spitzenplätze ein (Stand 31.12.2016). Bei Sustainalytics erreichte sie 85 von maximal 100 möglichen Punkten und liegt damit unter den 396 analysierten Banken weltweit auf Platz 2. Oekom research vergab unverändert die Bewertung „Prime" in der Gruppe der am besten bewerteten Finanzinstitute weltweit, das Rating liegt bei C+ auf einer Skala von A+ bis D–. Bei imug hat die KfW mit BBB auf einer Skala von AAA bis D die zweitbeste Bewertung aller analysierten internationalen Förderbanken.

Nachhaltigkeitsberichterstattung der KfW

Seit 1994 führen das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und der Unternehmerverband „future verantwortung unternehmen" ein Ranking von Nachhaltigkeits- bzw. Corporate-Social-Responsibility-Berichten in der deutschen Wirtschaft durch. 2016 hat die KfW im Segment Großunternehmen Platz 3 von 79 erreicht. Der Nachhaltigkeitsbericht der KfW erfüllte die umfangreichen sozialen, ökologischen, auf das Management bezogenen und kommunikationsorientierten Kriterien mit hohen 72 % und erreichte 510 von 700 möglichen Punkten. Inhaltlich überzeugte der Bericht mit dem Titel „Verantwortung wirkt" unter anderem durch eine ausführliche Darstellung der Wirkungsweise und der Wirkungsmessung der Fördertätigkeit der KfW Bankengruppe.

Als Zwischenbericht zu den Nachhaltigkeitsberichten der KfW ist 2016 wieder ein „Fakten-Update" erschienen, dessen inhaltliche Schwerpunkte auf den Themen Flüchtlinge, Beschwerdemanagement, Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeitern und im betrieblichen Umweltschutz liegen. Faktenorientiert werden relevante Kennzahlen dargestellt.

Nachhaltiges Engagement am Green-Bond-Markt

Im Bereich Green Bonds setzt die KfW mit ihrer langjährigen Erfahrung und ihrem exzellenten Ruf an den Kapitalmärkten Impulse als Emittentin und als Investorin. Als Emittentin von „Green Bonds – Made by KfW" bietet sie Anleihen an, die Investitionen in Erneuerbare-Energien-Projekte mit der erstklassigen Bonität der KfW verknüpfen. Im Jahr 2016 hat die KfW Green Bonds im Volumen von 2,8 Mrd. EUR in vier verschiedenen Währungen emittiert. Mit einem ausstehenden Volumen von rund 9,2 Mrd. EUR (31.12.2016) zählt sie zu den größten Emittentinnen in dem schnell wachsenden Marktsegment. 2016 veröffentlichte die KfW erstmals einen Bericht zu den Umweltwirkungen ihrer Green Bonds. Im vergangenen Jahr wurde sie für die Transparenz bei der Pre-Deal-Information von Global Capital sowie für ihre Green-Bond-Emissionen von Global Capital und cmdportal prämiert.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) fördert die KfW über ein Green-Bond-Portfolio die Finanzierung von Klima- und Umweltschutzprojekten. 2016 erfolgten dazu Investitionen im Volumen von rund 300 Mio. EUR in Green Bonds. Die Schwerpunkte der Förderung lagen regional in Europa (circa 95 %) und hier auf den Förderfeldern Energieeffizienz (circa 30 %) und Erneuerbare Energien (circa 20 %). Das Portfolio soll auf 1 Mrd. EUR ausgebaut werden, im Bestand waren per Ende 2016 rund 580 Mio. EUR.

Daneben macht sich die KfW für eine qualitative Weiterentwicklung des Marktes stark, insbesondere als Mitglied im Executive Committee der Green Bond Principles – von Marktteilnehmern selbst entwickelte, freiwillige Marktstandards. Für den Aufbau des Green-Bond-Portfolios und ihr Engagement zur Weiterentwicklung nachhaltiger Geldanlagen wurde die KfW 2016 als „Bester nachhaltiger Investor" von portfolio institutionell prämiert.

Inlandsfinanzierung trägt zur Nachhaltigkeit bei

Die Steigerung der Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energie im Gebäudebereich spielen eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Klimawandel. Gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat die KfW im Jahr 2016 ein Rekordzusagevolumen von 19 Mrd. EUR für Investitionen in die Sanierung und den Neubau energieeffizienter Wohn- und Nichtwohngebäude bereitgestellt. Durch die im Jahr 2016 geförderten Baumaßnahmen privater Bauherren, gewerblicher Unternehmen und Kommunen werden allein in den nächsten zehn Jahren rund zwölf Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid eingespart. Beim Wohnungsneubau gelten seit April 2016 besonders anspruchsvolle energetische Anforderungen (mindestens KfW-Effizienzhaus-Standard 55). Dennoch wurden im letzten Jahr insgesamt 160.000 neue Wohneinheiten gefördert, davon annähernd 140.000 Wohneinheiten auf Basis des KfW-Effizienzhaus-Standards 55 oder besser.

Fast jeder zweite Einbrecher gibt nach wenigen Minuten auf, wenn er durch mechanische Sicherungen am Eindringen gehindert wird. Mit erhöhten Fördermitteln für Investitionen in den Einbruchschutz trug die KfW im Auftrag des BMUB 2016 dem hohen Interesse von Mietern und Hauseigentümern nach mehr Einbruchschutz Rechnung. Für Maßnahmen zum Einbruchschutz wurden 2016 über 40.000 Förderzuschüsse ausgereicht. Über 50.000 Wohnungen wurden so mit verschiedenen Maßnahmen gegen Einbruch gesichert. Hauptsächlich wurden einbruchshemmende Haus- und Wohnungstüren sowie Nachrüstsysteme für Fenster eingebaut. Seit November 2016 geht dies über das neue KfW-Zuschussportal: Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen sowie Mieter stellen ihren Förderantrag im Zuschussportal und erhalten innerhalb weniger Augenblicke ihre Förderzusage.

Im Rahmen des KfW-Aktionsplans Energiewende hat die KfW von 2012 bis 2016 in der Inlandsförderung zusammen mit dem Bund rund 103 Mrd. EUR für Energiewendevorhaben in Deutschland bereitgestellt. Für erneuerbare Energien wurden 23 Mrd. EUR, für Energieeffizienz 80 Mrd. EUR zugesagt. Die Energiewende ist in eine nächste Phase eingetreten: Die Steigerung der Energieeffizienz, die Wärmewende und die stärkere Integration von Energieerzeugung, -speicherung und -verbrauch sowie die digitale Vernetzung sind zentrale Themen – auch für die Weiterentwicklung des KfW-Finanzierungsangebots. In diesem Kontext wurde im Mai 2016 das „KfW-Energieeffizienzprogramm Abwärme" gestartet, das über den Einsatz von Bundesmitteln weitere Impulse zur Energie- und CO_2-Einsparung setzt. Mit dem Programm „Erneuerbare Energien Standard" wird seit November 2016 zusätzlich die Integration erneuerbarer Energien ins Stromsystem unterstützt.

Internationale Finanzierungen und Initiativen

Die KfW hat Ende 2016 einen Rahmenvertrag mit dem „Green Climate Fund“ (GCF) unterzeichnet. Als ein zentrales Instrument des Klimaabkommens von Paris vergibt der GCF Mittel an akkreditierte Institutionen für Projekte in Entwicklungsländern. Ein KfW-Vorhaben in Bangladesch hat der GCF bereits zugesagt, weitere Vorhaben der KfW mit Partnern sind in Vorbereitung.

Die KfW Entwicklungsbank hat 2016 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der EU einen Risikoabsicherungsfonds für Geothermie in Lateinamerika gegründet. Über die Geothermal Development Facility sollen bis zu 15 Geothermie-Projekte mit einer Kapazität von 350 Megawatt und einem Investitionsvolumen von über 1 Mrd. EUR umgesetzt werden. Ebenfalls im Auftrag des BMZ hat die KfW Entwicklungsbank im Rahmen der G7 InsuResilience Initiative 2016 zur Förderung von Klimarisikoversicherungen den „InsuResilience Challenge Fund“ initiiert. Er fördert die Entwicklung von innovativen Versicherungskonzepten. Dadurch soll sich das Angebot an Versicherungen in Entwicklungs- und Schwellenländern erhöhen, um arme Menschen besser gegen Extremwetterrisiken abzusichern.

Um den internationalen Meeresschutz zu verbessern, hat die KfW Entwicklungsbank zusammen mit dem BMZ 2016 den „Blue Action Fund“ gegründet. Der Fonds hat die Rechtsform einer gemeinnützigen Stiftung und soll Vorhaben zum internationalen Meeresschutz fördern, indem zum Beispiel Schutzgebiete besser kontrolliert werden.

Die DEG unterstützte auch 2016 Nachhaltigkeitsinitiativen in relevanten Sektoren und Regionen: Im Kontext der Entwicklung erneuerbarer Energien zur Stromversorgung in Guatemala förderte sie zum Beispiel in Kooperation mit dem guatemaltekischen Verband für Erneuerbare Energien das Verständnis für Community Engagement, Corporate Social Responsibility und den verantwortungsvollen Umgang mit den Rechten indigener Gruppen. Mit dem Trainingsprogramm wurden Mitglieder des Verbandes über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr in mehrtägigen Workshops sowie durch individuelle Coachings für die Themen sensibilisiert und darin unterstützt, das Gelernte praktisch anzuwenden.

Mit der Finanzierung des hochmodernen Windparks Peralta in Uruguay unterstützt die KfW IPEX-Bank, die innerhalb der KfW Bankengruppe den Geschäftsbereich Export- und Projektfinanzierung verantwortet, den Ausbau erneuerbarer Energien auf dem südamerikanischen Kontinent. Gemeinsam mit einer weiteren Geschäftsbank stellte sie insgesamt rund 160 Mio. USD für das Projekt bereit. Die 50 neuen Windenergieanlagen sind bereits ans Stromnetz angeschlossen und versorgen rund 150.000 Haushalte mit grüner Energie. Errichtet wurde der Park vom deutschen Windanlagenhersteller Enercon, der mit dem staatlichen Energieversorger UTE einen Stromabnahmevertrag über 20 Jahre geschlossen hat. Uruguay verfolgt bei der Energieversorgung ambitionierte Ziele: Bereits 2017 sollen 38 % der heimischen Gesamtstromproduktion durch Windenergie erzeugt werden. Die KfW IPEX-Bank leistet hier einen wichtigen Beitrag, um die wachsende Nachfrage nach Windtechnologie zu bedienen – was nicht nur Herstellern und Abnehmern, sondern vor allem der Umwelt zugutekommt.

Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Als zukunftsorientiertes Unternehmen sieht die KfW Bankengruppe ihre Verantwortung in einer differenzierten Personalpolitik, die Chancengleichheit im selben Maße fördert wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die zunehmend flexible Arbeitszeiten ermöglicht und ein vorsorgendes Gesundheitsmanagement betreibt. Für ihr Ziel, motivierte und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, engagiert sie sich kontinuierlich mit unterschiedlichen Maßnahmen.

Zum 01.01.2016 ist der neue Gleichstellungsplan der KfW in Kraft getreten. Dieser ist eng mit dem Gender Balance Konzept der KfW verbunden. Schwerpunkte liegen in der Erhöhung des Frauenanteils in Führungs- und gehobenen Fachpositionen, der kulturellen Verankerung der Gleichstellung in der KfW durch gelebte Best-Practice-Beispiele sowie dem Ausbau der Vereinbarkeit von Beruf und privaten Verpflichtungen zur Kinderbetreuung und zur Pflege von Angehörigen. Beratungsangebote und Schulungen zu dieser Thematik gibt es schon länger. Zusätzlich wurde 2016 nach Bonn und Berlin auch in Frankfurt ein Eltern-Kind-Büro eingerichtet.

Für die Einbindung und Förderung schwerbehinderter Menschen setzt sich die KfW bereits seit vielen Jahren ein. Im Sinne der Inklusion sollen schwerbehinderte Menschen ebenso selbstverständlich wie alle anderen Beschäftigten in die Gemeinschaft und die Arbeitsabläufe der KfW einbezogen werden. Das Engagement der KfW zahlt sich aus: Der Anteil schwerbehinderter Beschäftigter lag im Jahr 2016 bei insgesamt rund 5,5 %.

Um die Verantwortung für ihre Beschäftigten wahrzunehmen, baute die KfW auch 2016 das betriebliche Gesundheitsmanagement systematisch weiter aus. Dazu gehörten Maßnahmen wie die Analyse der psychischen Belastungen Beschäftigter, Check-up-Untersuchungen auf allen Führungsebenen, Grippeschutzimpfungen, Betriebssportgruppen und Gesundheitskurse.

Erneut konnte sich die KfW im Jahr 2016 in bekannten Arbeitgeber-Rankings, die durch die Marktforschungsunternehmen Trendence und Universum erhoben werden, weiter verbessern. Und dies entgegen dem Gesamttrend der Finanzdienstleistungsbranche! Ein deutlicher Beweis, dass die hohe Attraktivität der KfW als Arbeitgeber auch extern immer stärker wahrgenommen wird.

Entwicklungen im betrieblichen Umweltschutz

Seit Ende 2016 wird die zentrale Wärme- und Kälteversorgung am Standort Frankfurt einer grundlegenden Umstrukturierung unterzogen. Hiermit reagiert die KfW auf die veränderten Verbrauchsstrukturen innerhalb des Gebäudeverbundes. Das Ziel ist die Herstellung einer zukunftsfähigen Energieversorgung für den Standort mit dem Fokus auf Zentralisierung, Flexibilisierung und Energieeffizienz. Es ist vorgesehen, energieeffiziente Großwärmepumpen und Blockheizkraftwerke für die Wärmeversorgung einzusetzen. Seitens der Kälteerzeugung ist eine hocheffiziente Turbocore-Kältemaschine geplant. Die CO_2-Emissionen können hierdurch voraussichtlich um rund 1.500 Tonnen pro Jahr gesenkt werden.

Mit Jahresbeginn 2016 wurde das sogenannte „Umweltschutzmodell Fuhrpark" eingeführt mit der Zielsetzung, die CO_2-Emissionen der personenbezogenen Dienstfahrzeuge für Führungskräfte der KfW nachhaltig zu reduzieren. Mit Erfolg: Bei den teilnehmenden Firmenwagennutzern konnte der durchschnittliche CO_2-Wert um knapp 15 % gesenkt werden, und 10 % der firmenwagenberechtigten Mitarbeiter haben sich für eine BahnCard100 statt eines Firmenfahrzeugs entschieden. 14 Fahrzeuge sind Elektro- bzw. Hybridfahrzeuge.

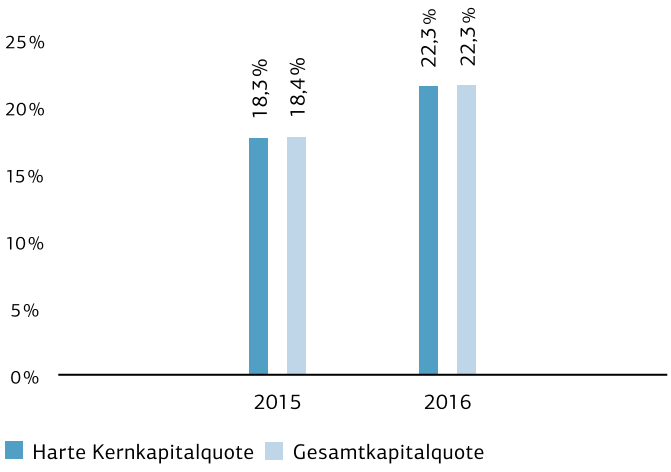
Die erhebliche Reduktion der Treibhausgasemissionen der KfW Bankengruppe aus Dienstreisen, Strom und Wärme im Jahr 2015 von insgesamt rund 16 % (2015: 13.628 Tonnen CO_2-Äquivalent, 2014: 16.257 Tonnen CO_2-Äquivalent) basiert insbesondere auf dem deutlichen Rückgang an nationalen wie auch internationalen Flugbewegungen von fast 22 % (2015: 7.394 Tonnen CO_2-Äquivalent, 2014: 9.446 Tonnen CO_2-Äquivalent).

Risikobericht

Übersicht über wesentliche Kennzahlen

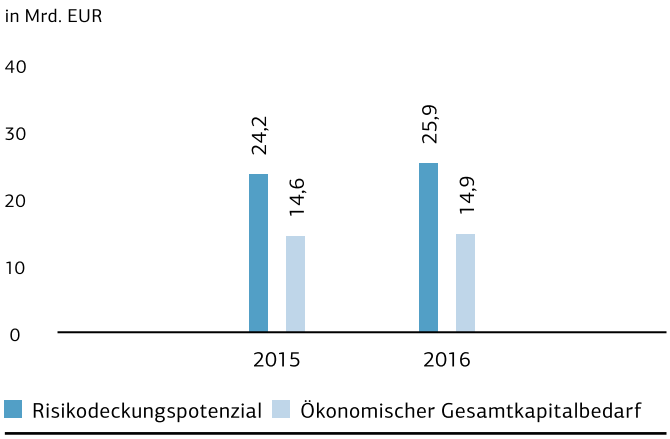
Die Risikoberichterstattung erfolgt entsprechend der internen Risikosteuerung der KfW auf Konzernebene. Nachfolgend werden die zentralen Risikokennzahlen dargestellt:

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquoten: deutlich verbessert



Wesentlicher Treiber für die Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Gesamtkapitalquoten (sinngemäße Anwendung des auf internen Ratings basierenden Ansatzes [IRB-Ansatzes]) ist neben dem guten Jahresergebnis ein Rückgang der Kapitalunterlegung im Derivateportfolio.

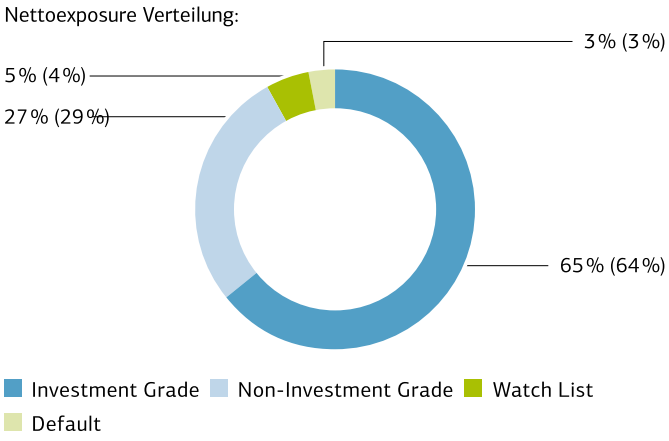
Risikotragfähigkeit: gute Kapitalausstattung



Die Überdeckung wurde 2016 deutlich ausgebaut. Die Risikotragfähigkeit ist auf einem Solvenzniveau von 99,99 % für Szenarien auskömmlich.

Kreditrisiko: unverändert gute Bonitätsstruktur

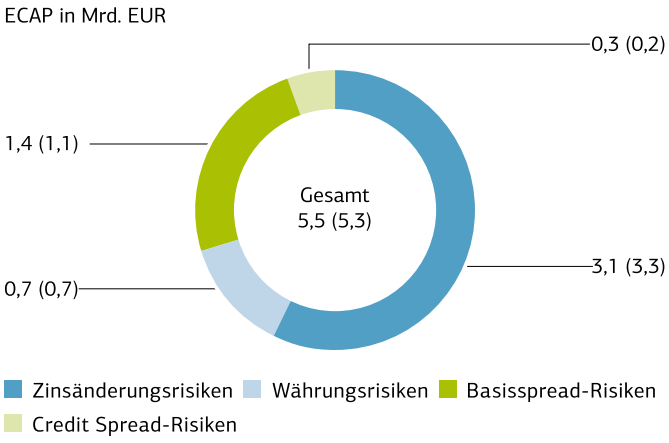
2016 (2015)



Der Investment-Grade-Bereich umfasst 65 % des gesamten Nettoexposures. Die Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen [EWB], Portfoliowertberichtigungen [PoWB], Kreditrückstellungen) ging 2016 leicht zurück auf 1,7 Mrd. EUR (31.12.2015: 1,8 Mrd. EUR).

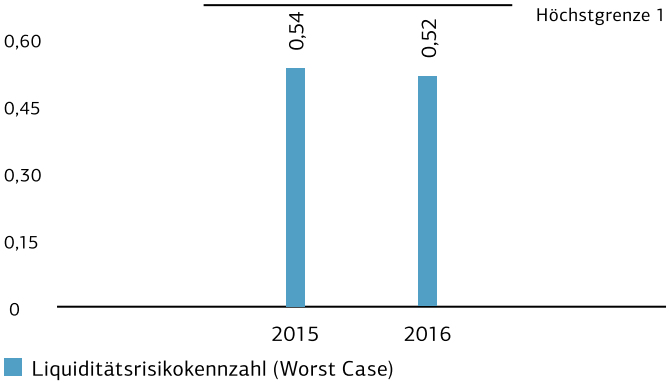
Marktpreisrisiken: Kapitalbedarf leicht gestiegen

2016 (2015)



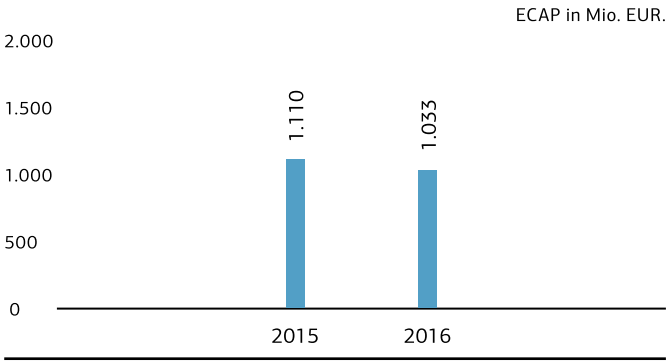
Der Anstieg der Marktpreisrisiken resultiert vor allem aus dem höheren Kapitalbedarf für Basisspread-Risiken, den Währungsrisiken und dem Credit Spread-Risiko. Kompensierend wirkt das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch.

Liquiditätsrisiko: Lage weiterhin komfortabel



Die Liquiditätskennzahlen lagen zu jedem Zeitpunkt des Jahres deutlich unter dem internen Grenzwert.

Operationelle Risiken: Kapitalbedarf leicht gesunken



Im Gesamtjahr blieb der Kapitalbedarf weitestgehend stabil. Der leichte Rückgang basiert auf der methodischen Weiterentwicklung des Berechnungsmodells.

Aktuelle Entwicklungen

Nachdem die Weltwirtschaft 2016 auch das vierte Jahr in Folge nur ein moderates Wachstum von knapp über 3 % verzeichnen konnte, unterliegt die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2017 größeren Unwägbarkeiten. Unsicherheiten bestehen insbesondere hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Agenda der US-Regierung unter Präsident Trump und ihrer Auswirkungen. Viele Finanzmarktteilnehmer erwarten eine expansive Fiskalpolitik und infolgedessen einen spürbaren Wachstumsimpuls in den USA. Risiken in diesem Zusammenhang bestehen allerdings in einer steigenden US-Staatsverschuldung, einem signifikanten Zinsanstieg und hoher Dollarvolatilität. Dessen ungeachtet sind die kurzfristigen wirtschaftlichen Aussichten der USA nach wie vor besser als in anderen Industrieländern: Die Volkswirtschaften der Eurozone befanden sich zwar gegenüber den Vorjahren in ruhigerem Fahrwasser – diese Entwicklung wird jedoch von möglichen Politikwechseln (Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen in den wichtigen Kernländern der Europäischen Union: Niederlande, Frankreich und Deutschland, voraussichtlich auch in Italien), der Unsicherheit über die Zukunft der europäischen Staatengemeinschaft sowie von strukturellen Problemen überschattet. Die zuletzt gute Konjunkturdynamik in Großbritannien wird voraussichtlich aufgrund der Brexit-Perspektive nachlassen, während die Wachstumsaussichten für Japan auf niedrigem Niveau bleiben dürften. Die Schwellenländer haben 2016 in etwa das Wachstumsniveau des schwachen Vorjahres gehalten, allerdings ergaben sich dabei deutliche regionale Unterschiede: Während die Konjunktur in Asien, getrieben von Indien, China und vielen kleineren Volkswirtschaften, relativ robust blieb, enttäuschten insbesondere Länder aus Lateinamerika und Subsahara-Afrika. Aggregiert betrachtet sind die Aussichten für die Schwellenländer 2017 verhalten: Zwar dürfte sich die jüngste Stabilisierung der Rohstoffpreise für einige, teils noch in der Rezession befindliche Länder positiv auf die makroökonomischen Kennzahlen auswirken. Andererseits dürfte der Zinsanstieg in den USA in Verbindung mit dem starken US-Dollar erneute Kapitalabflüsse und einen Anstieg der Fremdwährungsverschuldung zur Folge haben.

Für die Weltwirtschaft allgemein stellt der wirtschaftliche Transitionsprozess Chinas ein weiteres, wesentliches Risiko dar: Sollten krisenhafte Entwicklungen das chinesische Wachstum stärker als erwartet bremsen, hätte dies gravierende Auswirkungen auf die weltweite Konjunktur. Letztlich ist in diesem Jahr auch mit einer weiteren Zunahme geopolitischer Spannungen zu rechnen: Das Zusammentreffen bestehender Konfliktfelder mit einer möglicherweise unkonventionellen Außen-, Handels- und Sicherheitspolitik der USA bis hin zu signifikanten protektionistischen Maßnahmen birgt ein schwer kalkulierbares Rückschlagspotenzial. Im Konzern werden diese Entwicklungen fortlaufend beobachtet und bewertet. Im Fokus von negativen Anpassungen der Länderrisikoeinschätzung standen 2016 insbesondere Länder mit hoher Anfälligkeit für externe Schocks (vor allem rohstoffexportlastige Volkswirtschaften) und signifikant gestiegenen politischen Risiken. Zudem wurde das Neugeschäft in einigen dieser Länder zusätzlich eingeschränkt.

Der europäische Bankensektor war auch 2016 hohen Unsicherheiten ausgesetzt. Obwohl der Ausbruch der Finanzkrise mehrere

Jahre zurückliegt, sind viele Bankbilanzen noch immer nicht bereinigt. Auch rückten die sehr hohen Derivatepositionen einiger global systemrelevanter Banken wieder in den Fokus der Anleger. Insgesamt setzte das sinkende Investorenvertrauen in den Bankensektor die Aktienkurse dieser Banken insbesondere zu Beginn des Jahres stark unter Druck. Ende 2016 war fast keine systemrelevante europäische Bank mit einem Kurs-Buchwert-Verhältnis >100% bewertet. Das unerwartete Brexit-Votum schürte zusätzliche Sorgen. Die Folgen für den britischen Bankensektor hieraus hängen stark von den kommenden Verhandlungen mit der EU ab und werden erst mittelfristig absehbar sein.

Die Probleme des deutschen Bankensektors waren auch 2016 vielschichtig. Hohe Rechtsrisikokosten, umfassende Restrukturierungsmaßnahmen sowie die schwere und nun seit fast einem Jahrzehnt anhaltende Schifffahrtskrise brachten mehrere größere Banken in eine Schieflage. Außerdem erreicht als Folge der Niedrigzinsphase das Zinsänderungsrisiko insbesondere bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die zur Erhaltung/Stabilisierung ihrer Zinsmarge eine immer stärkere Fristentransformation vorgenommen haben, inzwischen ein erhöhtes Ausmaß. Insgesamt bleibt die geringe Rentabilität des Sektors der größte Schwachpunkt. Im Stresstest der European Banking Authority (EBA), der eine neue Finanz- und Wirtschaftskrise simulierte, wiesen italienische, irische und österreichische sowie einige deutsche Banken eine niedrige Kapitalisierung auf. Die Krise des italienischen Bankensektors setzte sich 2016 weiter fort. Problemlösungen kommen nur langsam voran. Sowohl die angestrebte Reduzierung des Bestandes an notleidenden Krediten, zum Beispiel durch Verbriefungen, als auch die Konsolidierung des italienischen Bankensektors verlaufen schleppend. Es besteht weiterhin die Gefahr eines Übergreifens auf die Banken in den anderen Ländern Südeuropas (zum Beispiel Portugal oder Spanien). In den wichtigen Schwellenländern haben sich die Rahmenbedingungen nicht verbessert. So bleiben Banken aus Brasilien oder Russland unter Druck. Auch die türkischen Banken leiden vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen unter Downgrades der externen Agenturen und schwindendem Investorenvertrauen.

2017 wird die andauernde Niedrigzinsphase weiterhin Druck auf die Rentabilität des deutschen Bankensektors ausüben. Der aktuell hohe Margendruck, neue Wettbewerber (wie Fintechs) und steigende regulatorische Anforderungen werden die Banken zu weiteren Kosteneinsparungen veranlassen und könnten den Konsolidierungsprozess beschleunigen.

Die EU-Banken konnten in den vergangenen Jahren ihre Kapitalisierung deutlich steigern, dabei weisen allerdings die Banken der südeuropäischen Staaten unterdurchschnittliche harte Kernkapitalquoten (CET1) auf, sodass für diese die Kapitalstärkung 2017 von hoher Bedeutung sein wird. Durch die weitere Umsetzung der Basel-III-Regeln und vor allem aufgrund der neuen Anforderungen zur Berechnung der Risikoaktiva („Basel IV“) können insbesondere die nordischen, deutschen, niederländischen und Schweizer Banken mit weiter steigenden Eigenmittelanforderungen konfrontiert werden.

Die Unsicherheitsfaktoren im europäischen Bankenmarkt bleiben 2017 signifikant. Neben der noch nicht gelösten Bankenkrise in Italien können auch politische Risiken aus den Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland sowie die 2017 beginnenden Austrittsverhandlungen von Großbritannien (Brexit) aus der EU die Banken belasten. Positiv fällt die Prognose für den US-amerikanischen Bankenmarkt aus, da sich die Ertragskraft der Banken infolge weiterer Leitzinserhöhungen und eines fortgesetzten Kreditwachstums verbessern sollte. Die Kehrseite weiter steigender US-Zinsen und einer möglichen weiteren Aufwertung des US-Dollar könnten die Bankenmärkte in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu spüren bekommen. Betroffen sind einerseits Staaten, die auf ausländische Refinanzierung angewiesen sind (beispielsweise Türkei), aber auch Länder, deren Banken einen Großteil ihrer Kredite in US-Dollar vergeben haben, wie einige Staaten aus der GUS oder in Lateinamerika. Im Konzern werden die Entwicklungen an den internationalen Bankenmärkten intensiv analysiert. 2016 wurden insbesondere risikoreduzierende Maßnahmen für verschiedene Märkte der Regionen Subsahara und Lateinamerika verschärft.

Für den deutschen und europäischen Unternehmenssektor wird für 2017 vor dem Hintergrund einer stabilen Binnennachfrage eine positive Gesamtentwicklung erwartet, aufgrund ungewisser, bereits oben genannter Entwicklungen weltweit bestehen allerdings erhöhte Unsicherheiten. Gerade die global tätigen, exportorientierten Unternehmen stehen vor einem erneut herausfordernden Jahr. Insbesondere der Offshore-Öl-Sektor und die Handelsschifffahrt kämpfen weiter mit Angebotsüberhängen, sodass sich Marktteilnehmer durch Kostenanpassungen auf das Marktumfeld einstellen müssen. Insgesamt erwartet der Konzern eine moderate Bonitätsverschlechterung im Gesamtportfolio, einzelne EWBs sind nicht auszuschließen. Die relevanten Teilportfolios werden eng überwacht.

Insgesamt hat sich das Portfolio des Konzerns stabil entwickelt. Alle erkennbaren Risiken werden nach konservativen Maßstäben bewertet und über die konsequente Setzung von Risikoleitplanken in der Neugeschäftssteuerung berücksichtigt. Die regelmäßig durchgeführten Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen, dass der Konzern – auch unter Zugrundelegung von konservativen Stress-Szenarien – die im Zusammenhang mit seinem Geschäftsauftrag eingegangenen Risiken tragen kann. Wie in den vergangenen Jahren hat der Konzern auch im Geschäftsjahr 2016 seine Prozesse und Instrumente im Risikomanagement und -controlling unter Berücksichtigung aktueller bankaufsichtsrechtlicher Anforderungen systematisch weiterentwickelt. Dies betraf insbesondere die Entwicklung und Umsetzung einer Limitierung von Schattenbanken. Anlassbezogen werden regulatorische Risiken (zum Beispiel im Zusammenhang mit der Finalisierung der Kapitalunterlegungsvorschriften nach Basel III) auch im Rahmen von Szenariobetrachtungen analysiert und bewertet. Im Marktpreisrisiko-Komitee wurde die Gründung der dem Gremium zuarbeitenden AG Marktpreisrisiko beschlossen.

Durch die Änderung des KfW-Gesetzes im Jahr 2013 und den Erlass der „Verordnung zur Anwendung von bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie zur

Zuweisung der Aufsicht über die Einhaltung dieser Vorschriften an die BaFin“ (KfW-Verordnung – KfWV) wurde durch den Gesetzgeber eine erweiterte KWG-Anwendung für die KfW beschlossen. Seitdem ist die KfW zu einer entsprechenden Anwendung wesentlicher bankaufsichtsrechtlicher Regelungen (KWG und CRR) verpflichtet. Die Aufsicht über die Einhaltung der entsprechend anzuwendenden bankaufsichtsrechtlichen Regelungen erfolgt durch die BaFin und die Bundesbank. Die Verordnung sieht ein schrittweises Inkrafttreten vor. Die Regelungen zur Corporate Governance sind bereits seit Mitte 2014 verbindlich, die übrigen Bestimmungen gelten seit Anfang 2016. Die KfW befindet sich seit Herbst 2015 im Zulassungsprozess für die Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes (IRBA). Bis zur geplanten initialen IRBA-(Teil-)Zulassung zum 30.06.2017 erfolgt das Meldewesen der KfW auf Basis des Kreditrisikostandardansatzes, während die interne Steuerung und die Kapitalmarktkommunikation aus Konsistenzgründen noch auf der bisherigen sinngemäßen Anwendung des IRBA erfolgen. Mit der aufsichtlichen Zulassung der KfW zum IRBA werden die Kapitalmarktkommunikation, die interne Steuerung und das Meldewesen auf den dann zugelassenen IRB-Ansatz umgestellt. Gemäß aktuell gültiger Planung soll der IRBA-Zulassungsprozess per 01.01.2020 vollständig abgeschlossen sein.

Grundlagen und Ziele der Risikosteuerung

Der Konzern hat einen gesetzlich verankerten Förderauftrag, der die besondere Stellung des Konzerns und seine institutionelle Ausgestaltung begründet. Nachhaltige Förderung ist der übergeordnete Unternehmenszweck des Konzerns. Um die vorhandenen Ressourcen optimal für die Realisierung des Förderauftrags einzusetzen, ist die Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken von großer Bedeutung. Im Rahmen der Risikosteuerung geht der Konzern Risiken nur in einem Umfang ein, wie sie im Hinblick auf die aktuelle und zu erwartende Ertragslage sowie die ermittelten Risikoverläufe tragfähig sind. Bei der Ertrags-/Risikosteuerung wird den Besonderheiten einer Förderbank Rechnung getragen. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist dabei Grundvoraussetzung der Konzerngeschäftstätigkeit.

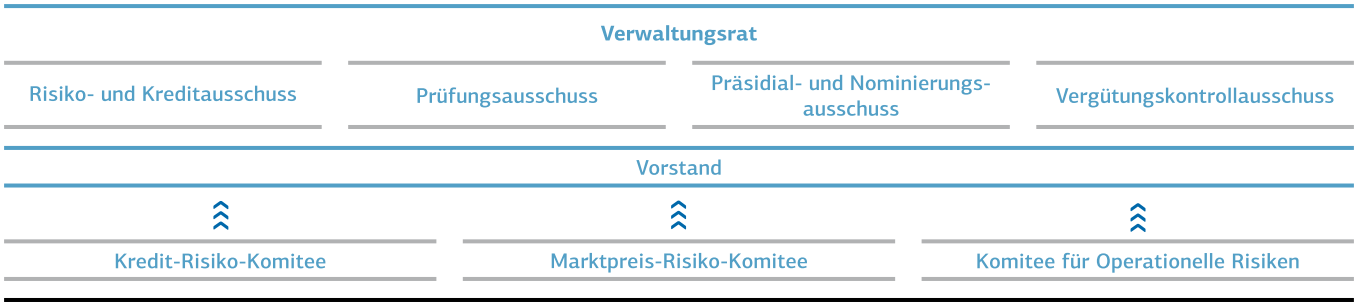
Grundlage für eine effiziente Risikosteuerung ist die Risikokultur des Konzerns, die maßgeblich durch das Geschäftsmodell als Förderbank ohne primäre Gewinnerzielungsabsicht und ohne Handelsbuch geprägt ist. Neben dem Code of Conduct tragen eine offene Kommunikation, klare Verantwortlichkeiten sowie angemessene Anreizstrukturen zur Risikokultur des Konzerns bei. Um das Risikomanagement- und -controllingwissen in der Organisation des Konzerns zu verankern, schult der Konzern seine Mitarbeiter unter anderem mit einem modulartig aufgebauten Programm zu Risikothemen. Dieses ermöglicht es Mitarbeitern und Führungskräften aus dem gesamten Konzern, gezielt grundlegende Kenntnisse zu erwerben oder Spezialwissen zu vertiefen.

Organisation der Risikosteuerung und -überwachung

Gremien und Verantwortung

Der Vorstand der KfW bestimmt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung die risikopolitischen Richtlinien und Grundsätze im Konzern. In einem mindestens vierteljährlichen Turnus wird der Verwaltungsrat über die Risikosituation des Konzerns informiert. Der Präsidial- und Nominierungsausschuss ist für die Behandlung von Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten sowie von grundsätzlichen geschäfts- und unternehmenspolitischen Angelegenheiten zuständig. Daneben hat der Ausschuss die Kompetenz, in bestimmten eiligen Fällen anstatt des Verwaltungsrats Beschlüsse zu fassen. Ob eine dringende Angelegenheit vorliegt, entscheidet der Vorsitzende des Verwaltungsrats. Der Risiko- und Kreditausschuss hat vor allem die Aufgabe, den Verwaltungsrat zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie des Konzerns zu beraten und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie. Er entscheidet über die Zustimmung zu Krediten (einschließlich Organkreditentscheidungen), operativen Beteiligungen, Mittelaufnahmen und Swapgeschäften, soweit für diese nach der Satzung ein Gremienvorbehalt besteht. Der Prüfungsausschuss überwacht insbesondere den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sowie der internen Kontrollverfahren, gibt Empfehlungen an den Verwaltungsrat betreffend die Genehmigung des Jahresabschlusses sowie die Billigung des Konzernabschlusses. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme und -strukturen der Vorstände und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter. Ihm obliegt im Rahmen der entsprechend anwendbaren bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben auch die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme und -strukturen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie für solche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Konzerns haben.

Die Risikosteuerung im Konzern erfolgt durch eng miteinander verzahnte Entscheidungsgremien. An der Spitze der Gremienarchitektur steht der Gesamtvorstand, der die zentralen risikopolitischen Entscheidungen trifft. Unterhalb des Gesamtvorstands existieren drei Risikokomitees (Kredit-Risiko-Komitee, Marktpreis-Risiko-Komitee und Komitee für Operationelle Risiken), die zum einen Vorstandsentscheidungen vorbereiten und zum anderen im Rahmen festgelegter Kompetenzgrenzen eigenständig entscheiden. Die Komitees nehmen auch Konzernsteuerungsfunktionen wahr, sodass Vertreter aus der KfW IPEX-Bank und der DEG miteinbezogen sind. Weitere Arbeitsgruppen arbeiten den Komitees zu. In den Komitees haben die Marktfolge und das Risikocontrolling generell ein Vetorecht. Sofern keine einstimmige Entscheidung vorliegt, erfolgt gegebenenfalls eine Eskalation auf Gesamtvorstandsebene.



Kredit-Risiko-Komitee

Die Leitung des Kredit-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Weitere stimmberechtigte Mitglieder des wöchentlich tagenden Kredit-Risiko-Komitees sind der Bereichsleiter Kreditrisikomanagement, weitere Mitglieder des Vorstands sowie der Chief Risk Officer (CRO) der KfW IPEX-Bank. Dem Komitee arbeiten verschiedene Arbeitsgruppen (AG) zu: Die AG LänderRating dient als zentrale Instanz für die Beurteilung von Länderrisiken. Über die AG Sicherheiten wird eine einheitliche Vorgehensweise bezüglich aller wesentlichen Aspekte der Sicherheitenanrechnung und -bewertung sowie der Sicherheitenmanagementprozesse sichergestellt. Alle wesentlichen Faktoren der Kreditrisikomessinstrumente liegen in der Verantwortung der AG Ratingsysteme. Die AG Branchenrisiken Corporates analysiert als konzernweites Expertengremium die branchen- und produktbezogenen Kreditrisiken im Corporate-Segment. In den wöchentlichen Sitzungen des Kredit-Risiko-Komitees werden insbesondere Kredit- und Linienentscheidungen getroffen. Auch Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG werden im Kredit-Risiko-Komitee vorgestellt. Quartalsweise erfolgt darüber hinaus eine um die Bereichsleiter von Risikocontrolling und dem Bereich Recht, Vertreter der Geschäftsfelder und der DEG erweiterte Sitzung. Die Interne Revision und Compliance haben einen Gaststatus. In dieser quartalsweise stattfindenden Sitzung wird über die Entwicklung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, deren Auswirkungen und über den Stand bei Umsetzungsprojekten, zum Beispiel MaRisk und KWG, im Konzern berichtet. Auch werden wesentliche Änderungen und Neuentwürfe von Risikogrundsätzen, Kreditrisikomethoden sowie der Verfahrensregelungen für die zuarbeitenden AGs verabschiedet. Darüber hinaus erfolgt ein Monitoring des konzernweiten Kreditportfolios inkl. der Länder- und Branchenrisiken.

Marktpreis-Risiko-Komitee

Die Leitung des monatlich tagenden Marktpreis-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Daneben ist das Komitee mit den für das Kapitalmarktgeschäft und für Finanzen zuständigen Vorständen und mit den Bereichsleitern Finanzmärkte, Risikocontrolling, Rechnungswesen, Transaktionsmanagement sowie Konzernentwicklung und Volkswirtschaft besetzt. Die Interne Revision sowie Compliance besitzen Gaststatus. Quartalsweise und bei Bedarf nimmt für die KfW IPEX-Bank und die DEG der jeweilige Chief Risk Officer an der Sitzung teil. Das Marktpreis-Risiko-Komitee diskutiert die Marktpreisrisikoposition des Konzerns und überprüft monatlich die Marktpreisrisikostrategie. Weiterhin wird im Komitee die Liquiditätsrisikoposition des Konzerns überwacht und es werden alle grundsätzlichen und methodischen Fragen zum Management der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, zur Refinanzierung und zum Transferpricing sowie zu den Bewertungsmodellen für Handelsgeschäfte entschieden. In Bezug auf die Zinsrisikostrategie bereitet das Komitee die finale Entscheidung des Gesamtvorstands vor. Dem Marktpreis-Risiko-Komitee unterstehen das Surveillance Committee, in dem Bewertungsfragen zu Wertpapieren diskutiert werden und ein Austausch zu Marktwertentwicklungen und Wertberichtigungen von Wertpapieren stattfindet, sowie das Hedge Committee, in dem hauptsächlich die Ergebnisauswirkungen aus der IFRS-Bilanzierung von Hedgegeschäften und deren Weiterentwicklung behandelt werden. In der AG Marktpreisrisiko werden – neben der Abnahme von Validierungsberichten und Modellentwicklungen – auch sonstige methodische Themen mit Bezug zu Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie Bewertungsthemen aufbereitet und entschieden bzw. für eine Entscheidung durch das Marktpreis-Risiko-Komitee vorbereitet.

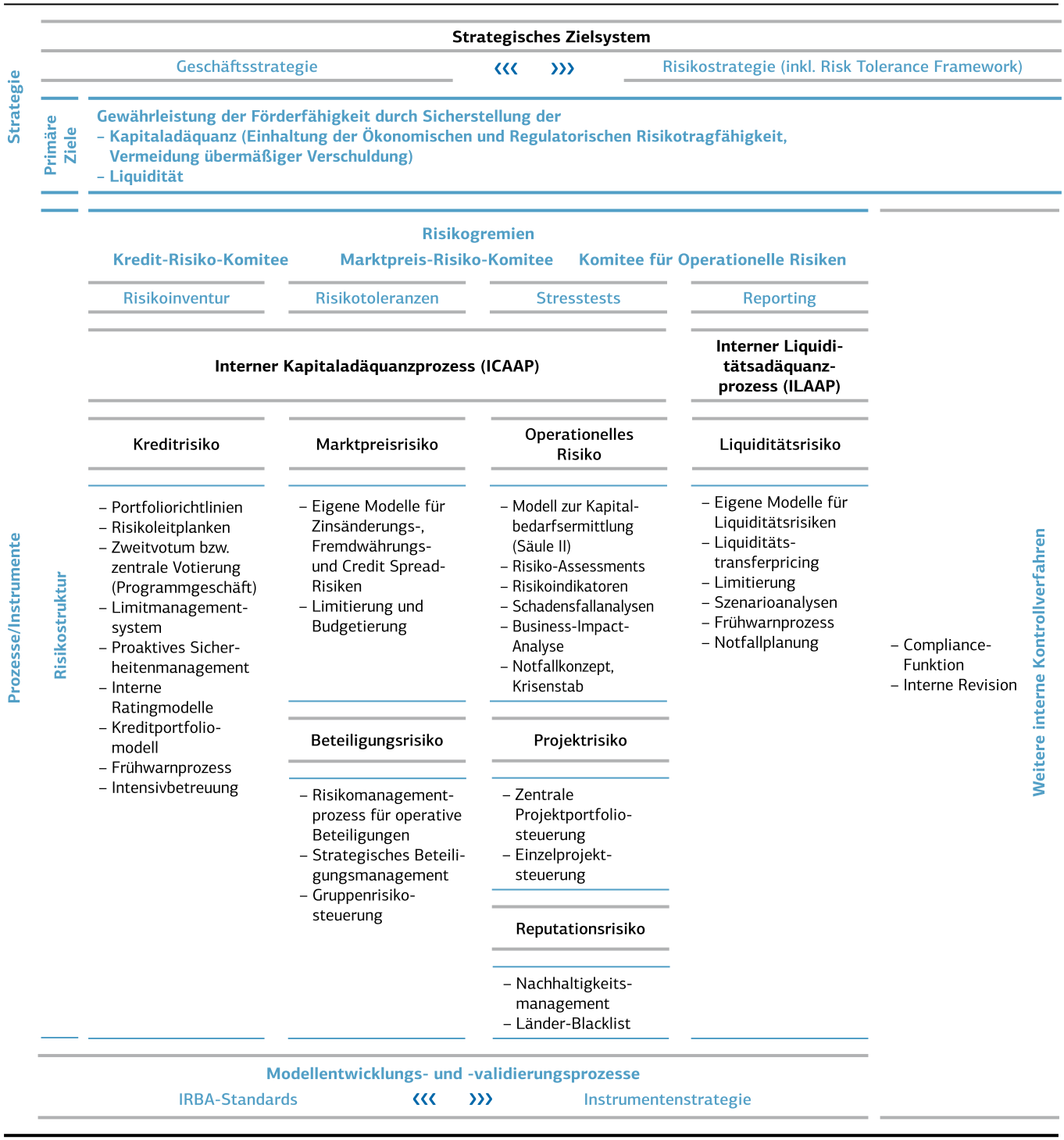
Komitee für Operationelle Risiken

Das quartalsweise tagende Komitee für Operationelle Risiken unterstützt den Vorstand in dem Themengebiet Betriebsrisiko (Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement) und ist mit Bereichsleitern (Vertreter Abteilungsleiter) besetzt. Die Leitung liegt beim Bereichsleiter Risikocontrolling. Darüber hinaus sind die KfW IPEX-Bank und die DEG in dem Komitee vertreten. Die Interne Revision hat einen Gaststatus. Die Aufgaben bestehen in der Beschlussfassung und der Abnahme von Risikogrundsätzen, Methoden und Instrumenten. Darüber hinaus ist das Komitee verantwortlich für die Steuerung Operationeller Risiken (OpRisk) und trifft Entscheidungen über bereichsübergreifende bzw. konzernweite Maßnahmen. Zudem werden wesentliche eingetretene oder potenzielle OpRisk-Schäden im Gremium diskutiert und auf bankweiten Handlungsbedarf hin überprüft. Im Themengebiet Betriebliches Kontinuitätsmanagement (BKM) legt das Komitee anhand der Ergebnisse der jährlichen Business-Impact-Analyse die Maßnahmen zur Krisenprävention und zur Notfallplanung fest. Die Überwachung erfolgt anhand der Berichterstattung über geplante oder durchgeführte Notfall- und Krisenstabstests sowie wesentliche Betriebsstörungen. Alle Beschlüsse und Empfehlungen des Komitees für Operationelle Risiken werden dem Vorstand vorgelegt.

In der gruppenweit angelegten Risikosteuerung nehmen Konzernunternehmen und Organisationseinheiten darüber hinaus eigene Steuerungsfunktionen wahr. Konzernweite Projekte und Arbeitsgruppen stellen jedoch auch in diesen Fällen ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen sicher, zum Beispiel beim Roll-out von Ratinginstrumenten auf Tochterunternehmen oder beim Management und bei der Bewertung von Sicherheiten. Die Verantwortung für die Entwicklung und Ausgestaltung der Risikosteuerung und -überwachung ist außerhalb der Marktbereiche angesiedelt und liegt insbesondere im Bereich Risikocontrolling.

Risikosteuerungsansatz des KfW-Konzerns

ÜBERBLICK



Zur Sicherstellung der Kapitaladäquanz und Liquidität unter Berücksichtigung der definierten Risikobereitschaft des Konzerns formuliert das Risikocontrolling die **Risikostrategie** des Konzerns unter Einbeziehung der maßgeblichen Tochtergesellschaften und verantwortet auch deren regelmäßige Überprüfung.

Die risikostrategische Ausrichtung ist konsistent zur Geschäftsstrategie und berücksichtigt die mit dem Geschäftsmodell verbundenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Langfristige und strategische (Risiko-)Ziele des Konzerns werden in der Risikostrategie in operative Risikosteuerungsvorgaben übergeleitet. Dazu sind die Ziele der Risikosteuerung für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten definiert, Maßnahmen zur Zielerreichung beschrieben und Risikotoleranzen für den Umgang mit für den Konzern wesentlichen Risiken festgelegt. Der Umsetzung der Risikostrategie dienen dabei verschiedene Instrumente zur Steuerung der wesentlichen Risiken des Konzerns. Unter anderem werden einzeladress- bzw. portfoliobezogene Instrumente zur Risikosteuerung eingesetzt.

Um die wesentlichen Risiken zu ermitteln, führt der Konzern mindestens jährlich eine **Risikoinventur** durch. Im Rahmen der Risikoinventur werden für den Konzern relevante Risikoarten in einem strukturierten Prozess identifiziert, definiert und anschließend einer Wesentlichkeitsbeurteilung unterzogen. Die Wesentlichkeit einer Risikoart hängt primär von den Gefahrenpotenzialen für die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage des Konzerns ab. Zentrales Ergebnis der Risikoinventur ist das Gesamtrisikoprofil, das einen Überblick über die wesentlichen und unwesentlichen Risikoarten des Konzerns vermittelt. Als wesentlich im Rahmen der Inventur 2016 sind neben Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken auch das Beteiligungs-, Projekt- und Reputationsrisiko eingestuft. Mit wesentlichen Risiken verbundene **Risikokonzentrationen** innerhalb einer Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg werden bei der Risikoinventur berücksichtigt.

Das Risikoreporting erfolgt entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage des Konzerns informiert. Die Aufsichtsgremien des Konzerns erhalten quartalsweise einen Risikobericht. Anlassbezogen werden die jeweiligen Gremien ad hoc informiert. Die im Risikomanagement und -controlling verwendeten Risikokennzahlen und Informationssysteme werden fortlaufend überprüft.

Die Methoden und Instrumente zur konzernweiten Risikoanalyse und -steuerung werden regelmäßig validiert und durch (Weiter-) Entwicklungen vervollständigt. Dabei stehen insbesondere Modelle zur Messung, Steuerung und Bepreisung von Kredit- und Marktpreisrisiken im Fokus. Bei den Validierungs- und Weiterentwicklungsaktivitäten werden auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Der Risikosteuerungsansatz ist im Risikohandbuch des Konzerns niedergelegt. Im Risikohandbuch wird der Rahmen für die Anwendung einheitlicher Verfahren und Regelungen zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von Risiken vorgegeben. Die im Risikohandbuch aufgeführten Regelungen haben konzernweit verbindlichen Charakter, sind für alle Mitarbeiter zugänglich und werden stetig weiterentwickelt. Die konzernweiten Regelungen werden durch geschäftsfeldspezifische Ausgestaltungen ergänzt. Für Details zu den weiteren Elementen des Risikosteuerungsansatzes sei auf die nachfolgenden Kapitel verwiesen.

INTERNER KAPITALADÄQUANZPROZESS

Der interne Kapitaladäquanzprozess des Konzerns ist dadurch gekennzeichnet, dass die Einhaltung regulatorischer und ökonomischer Vorgaben hinsichtlich der Risikotragfähigkeit gleichberechtigte übergeordnete Ziele des Konzerns darstellen. Dies bedeutet konkret, dass alle Risikoüberwachungs- und -steuerungsmaßnahmen die Einhaltung sowohl eines ökonomischen Solvenzziels als auch von Mindestwerten für die regulatorischen Kapitalquoten sicherstellen müssen. Auf diese Weise wird eine ökonomisch sinnvolle Kapitalsteuerung mit dem Erfordernis der Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen verbunden. Für die enge Verzahnung der beiden Perspektiven legt der Konzern eine einheitliche Kapitaldefinition zugrunde: Für beide Sichtweisen werden die regulatorischen Eigenmittel gemäß Art. 25–91 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) als Risikodeckungspotenzial verwendet.

Ein weiteres zentrales Merkmal des Kapitaladäquanzprozesses ist die Steuerungsorientierung durch eine zusätzliche vorausschauende Perspektive. Diese bewertet das Absorptionspotenzial der Reserven des Konzerns – und damit dessen Handlungsfähigkeit – bei Eintritt bestimmter konjunktureller (Stress-) Szenarien. Ein in diesem Zusammenhang etabliertes Ampelsystem mit Schwellenwerten für die Regulatorische und Ökonomische Risikotragfähigkeit signalisiert bei kritischen Entwicklungen Handlungsbedarf im Rahmen der operativen und strategischen Steuerung.

Das Risikotragfähigkeitskonzept des Konzerns dient in erster Linie dem Schutz vorrangiger Fremdkapitalgeber vor Verlusten und nimmt somit in seiner Grundkonzeption eine Liquidationsperspektive ein. Durch die Hinzunahme einer vorausschauenden Perspektive, die auch die Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen gewährleistet, wird das Konzept jedoch um eine „Going-Concern-Sicht“ erweitert und enthält damit Elemente beider Grundtypen von Risikotragfähigkeitskonzepten.

Die Ziele zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit werden mittels Budgets auf Basis der Risikogewichteten Aktiva auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder/-bereiche berücksichtigt. Das allokierte Budget steht den Geschäftsfeldern/-bereichen für die Unterlegung von Alt- und Neugeschäft für die verschiedenen Risikoarten zur Verfügung. Die Kapitalallokation wird im Rahmen der jährlichen Konzerngeschäftsfeldplanung durchgeführt. Diese berücksichtigt neben der Bedarfsplanung der Geschäftsfelder/-bereiche die Risikoziele und die Risikobereitschaft der Bank. Die Einhaltung der Budgets wird monatlich überprüft und bei Bedarf wird Handlungsbedarf adressiert. Darüber hinaus werden Ökonomische Kapitalbudgets für Risikoarten als deren

zentrale Steuerungs- und Limitierungsgröße vergeben und vierteljährlich überwacht.

Zur Vermeidung einer übermäßigen Verschuldung ist als weitere Steuerungsgröße die Leverage Ratio in den Kapitaladäquanzprozess integriert. Die Leverage Ratio wird dabei analog zu den Risikotragfähigkeitsgrößen in zusätzlichen vorausschauenden Perspektiven betrachtet, und die Einhaltung von festgelegten Ampelgrenzen wird mindestens vierteljährlich geprüft.

Ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept wird im Rahmen des Kapitalplanungsprozesses die mittelfristige Entwicklung der Kapitaladäquanz überwacht. Auf Basis szenariobasierter Hochrechnungen der Regulatorischen und Ökonomischen Risikotragfähigkeit sowie der Leverage Ratio über einen mehrjährigen Betrachtungshorizont ermöglicht der Kapitalplanungsprozess die frühzeitige Identifikation von etwaigen Kapitalengpässen, um gegebenenfalls Handlungsempfehlungen zur Kapitalstärkung oder Risikoreduktion ableiten zu können. Dabei berücksichtigt der Prozess Veränderungen der strategischen Ziele, der Geschäftstätigkeit sowie des wirtschaftlichen Umfelds. Neben einem Base Case werden sowohl die Regulatorische und Ökonomische Risikotragfähigkeit als auch die Leverage Ratio in einem Stress Case betrachtet. Die Kapitalplanung erfolgt im Rahmen der gesamtbankweiten Planungs- und Strategieprozesse des Konzerns.

Das Risikotragfähigkeitskonzept wird jährlich auf seine Grenzen und Beschränkungen hin überprüft. Die Resultate werden bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit angemessen berücksichtigt.

Regulatorische Risikotragfähigkeit

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen (sinngemäße Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes)

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Gesamtforderungsbetrag gemäß CRR Art. 92	116.108	131.773
hiervon: Kreditrisiko	*108.723*	*123.956*
Marktpreisrisiko	*1.298*	*1.266*
Operationelles Risiko	*6.087*	*6.551*
Regulatorische Eigenmittel (Risikodeckungspotenzial)	25.890	24.210
hiervon: (hartes) Kernkapital	*25.890*	*24.090*
Ergänzungskapital	*0*	*120*
Kernkapitalquote	22,3%	18,3%
Gesamtkapitalquote	22,3%	18,4%

Der Konzern unterliegt seit dem 01.01.2016 den Eigenmittelanforderungen des KWG bzw. der CRR. Bis zur angestrebten aufsichtsrechtlichen Zulassung zum fortgeschrittenen IRB-Ansatz meldet die KfW an die Bankaufsichtsbehörden gemäß Kreditrisikostandardansatz (KSA). Für interne Steuerungszwecke werden daneben jedoch wie in den Vorjahren weiterhin freiwillig Kapitalquoten auf Basis der wesentlichen rechtlichen Vorschriften des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes ermittelt.

Die Gesamtkapitalquote des Konzerns (gemäß sinngemäßer Anwendung des IRB-Ansatzes) hat sich 2016 deutlich verbessert. Per 31.12.2016 liegt sie unter Berücksichtigung des Konzernergebnisses bei 22,3% (31.12.2015: 18,4%). Die positive Entwicklung ist zum einen auf das gute Jahresergebnis, welches zu einem deutlichen Anstieg des Risikodeckungspotenzials geführt hat, zum anderen auf den Rückgang des Gesamtrisikobetrages zurückzuführen. Wesentliche Treiber für den Rückgang sind zum einen die Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten im Kreditrisikostandardansatz sowie zum anderen Marktwertrückgänge bei Derivaten. Beide Effekte wirken sich sowohl auf das Adressenausfallrisiko also auch auf die CVA-Charge aus.

Ökonomische Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der Ökonomischen Risikotragfähigkeit wird der Ökonomische Kapitalbedarf für potenzielle Verluste aus wesentlichen quantifizierbaren Risiken dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Der Konzern legt bei der Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs ein Solvenzziel von 99,99% und einen Zeithorizont von einem Jahr zugrunde. Die Aggregation des Ökonomischen Kapitalbedarfs über verschiedene Risikoarten hinweg erfolgt durch Addition ohne Beachtung von Diversifikationseffekten.

Die dominierende Risikoart im Konzern ist das **Kreditrisiko.** Es bezeichnet die Gefahr von Verlusten, wenn Geschäftspartner ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht, nicht fristgerecht oder nicht vollständig erfüllen (Ausfall) oder sich ihre Bonitäten verschlechtern (Migration). Auch das Settlementrisiko bei der Abwicklung von Derivate-Transaktionen ist unter dem Kreditrisiko subsumiert. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Kreditrisiken wird durch das Risikocontrolling überwiegend mit Hilfe statistischer Modelle quantifiziert. Für Adressenausfallrisiken wird das Verlustpotenzial unter Verwendung eines

Kreditportfoliomodells und des Risikomaßes Credit-Value-at-Risk berechnet. Die Differenz zwischen Credit-Value-at-Risk und Erwartetem Verlust wird als Ökonomischer Kapitalbedarf bezeichnet. Migrationsrisiken werden szenariobasiert in den vorausschauenden Perspektiven der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Für Settlementrisiken wird der Regulatorische Kapitalbedarf in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt, sofern zum Ultimo offene Settlement-Exposures bestehen.

Der Konzern ermittelt einen aktuellen Kapitalbedarf für das sogenannte Separate Line Item (SLI) aus dem Macro Hedge Accounting. Das SLI ist eine aktivische IFRS-Bilanzposition, welche die kumulierten Buchwertanpassungen von im Macro Hedge abgesicherten Grundgeschäften abbildet. Die Kapitalunterlegung erfolgt dabei unter Nutzung individueller Kreditrisikoparameter der Grundgeschäfte und somit verursachungsgerecht auf Ebene der Einzelengagements.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für **Marktpreisrisiken** wird auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts berechnet. In der ökonomischen Betrachtung der Säule II werden das Zinsänderungsrisiko des Bankbuchs, das Fremdwährungsrisiko, das Credit Spread-Risiko für Wertpapiere und das Basisspread-Risiko berücksichtigt. Für jede Marktpreisrisikoart wird mittels eines Value-at-Risk auf Basis statistischer Modelle der mögliche Barwert- oder Kursverlust bestimmt. Für Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken wird darüber hinaus ein Stop-Loss-Puffer vorgehalten. Im Endergebnis ergibt sich der Ökonomische Kapitalbedarf als Summe aus Value-at-Risk und einem zusätzlichen Stop-Loss-Puffer.

Der Kapitalbedarf für **Operationelle Risiken** wird mittels eines internen statistischen Modells berechnet, das in Anlehnung an die regulatorischen Anforderungen an sogenannte fortgeschrittene Messansätze aufgebaut wurde. Interne und externe Ereignisdaten sowie Risikoszenarien werden dabei risikosensitiv berücksichtigt. Der Kapitalbedarf wird unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten auf der Ebene der Geschäftsfelder des Konzerns berechnet. Aus der Messung der Qualität des Managements von Operationellen Risiken im Konzern ergeben sich zudem Auf- und Abschläge, die anschließend auf den Kapitalbedarf angerechnet werden.

Projektrisiken werden ebenfalls im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt. In der Risikomessung sind sowohl quantifizierte Einzelrisiken aus den Großprojekten als auch pauschale Annahmen zu möglichen Verlustpotenzialen im Projektportfolio enthalten.

Der Konzern setzt zudem **Stille Lasten für Wertpapiere** des Anlagevermögens ohne Gegenrechnung von Stillen Reserven unmittelbar als Ökonomischen Kapitalbedarf an.

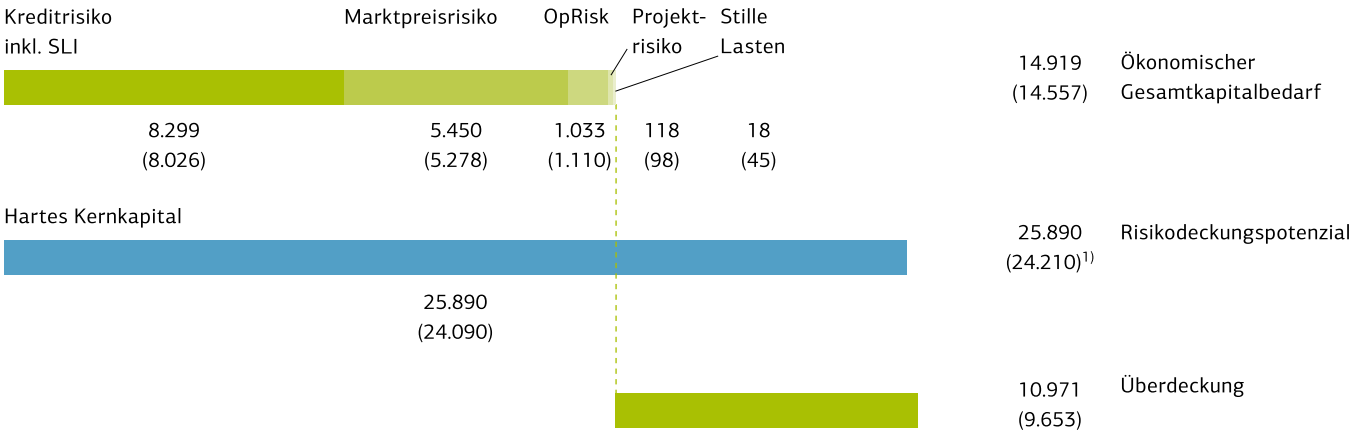
Auf dieser Grundlage ist zum 31.12.2016 die Ökonomische Risikotragfähigkeit zum Solvenzniveau von 99,99 % gegeben. Die Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den Gesamtkapitalbedarf per 31.12.2016 in Höhe von 10.971 Mio. EUR hat sich gegenüber dem Wert vom 31.12.2015 (9.653 Mio. EUR) deutlich erhöht. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Einberechnung des Jahresergebnisses 2016 in das Risikodeckungspotenzial zurückzuführen. Der Kapitalbedarf für Kreditrisiken steigt vor allem durch die methodische Weiterentwicklung des Kreditportfoliomodells sowie durch höhere Konzentrationsrisiken infolge einer Fusion im deutschen Bankenmarkt. Für Marktpreisrisiken erhöht sich der Kapitalbedarf im Wesentlichen aufgrund gestiegener Basisspread-Risiken. Der Kapitalbedarf für Operationelle Risiken und die Stillen Lasten sind leicht gesunken. Der Kapitalbedarf für Projektrisiken ist dagegen angestiegen.

Liquiditätsrisiken steuert der Konzern durch das regelmäßige Monitoring geeigneter interner Kennzahlen und den Ausnutzungsgrad nach § 4 KfW-Gesetz. Die internen Kennzahlen zur Beschreibung der Liquiditätssituation beruhen auf Projektionen des Liquiditätsbedarfs und -potenzials, die Stress-Szenarien unterschiedlicher Schweregrade unterworfen werden. Eine Kapitalunterlegung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt derzeit nicht.

Reputationsrisiken werden qualitativ beurteilt und gesteuert. Eine Kapitalunterlegung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt derzeit nicht.

Die Risikomessung orientiert sich an State-of-the-Art-Modellen der Bankenpraxis. Jedes Modell stellt jedoch eine Vereinfachung der komplexen Realität dar und baut auf der Annahme auf, dass die in der Vergangenheit beobachteten Risikoparameter auch repräsentativ für die Zukunft geschätzt sind. Nicht alle möglichen Einflussfaktoren und deren komplexe Interaktionen können hinsichtlich der Risikoentwicklung eines Portfolios erfasst und modelliert werden. Unter anderem auch deshalb führt der Konzern sowohl mit den Kredit- als auch mit den Marktpreisrisikomodellen Stresstests durch. Der Konzern arbeitet zudem kontinuierlich an der Weiterentwicklung seiner Risikomodelle und -prozesse.

Ökonomische Risikotragfähigkeit zum 31.12.2016
in Mio. EUR



In Klammern: Werte zum 31.12.2015
[1] Per 31.12.2015 betrug das Ergänzungskapital der KfW 120 Mio. EUR.

Stress- und Szenariorechnungen
Um eine stärkere Frühwarnfunktion und Steuerungsorientierung des Risikotragfähigkeitskonzeptes zu gewährleisten, betrachtet der Konzern vierteljährlich ein Forecast- (erwartetes Szenario), ein Downturn- (leichter konjunktureller Abschwung) und ein Stress-Szenario (starke Rezession) und deren Auswirkungen auf die Ökonomische und Regulatorische Risikotragfähigkeit. Diese vorausschauende Perspektive zeigt, wie resistent und handlungsfähig der Konzern bei Eintritt dieser Szenarien ist, und liefert damit direkte Steuerungsimpulse. Ein Forecast- und Stress-Szenario werden auch für die Leverage Ratio berechnet.

Der Forecast gibt eine Vorschau auf die Risikotragfähigkeit zum Jahresende. In die Vorschau werden die geplante Geschäftsentwicklung, das erwartete Konzernergebnis sowie weitere, die Risikotragfähigkeit beeinflussende Effekte, wie zum Beispiel absehbare Änderungen der Kapitalstruktur und methodische Weiterentwicklungen, einbezogen. Der aktuelle Forecast für den 31.12.2017 zeigt eine nahezu konstante Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den Ökonomischen Kapitalbedarf im Vergleich zum 31.12.2016 sowie eine gegenüber dem 31.12.2016 leicht rückläufige Gesamtkapitalquote im IRBA.

Im Downturn- und Stress-Szenario werden Ergebniseffekte und Veränderungen des Kapitalbedarfs auf Sicht von zwölf Monaten unter negativen Konjunkturszenarien mit unterschiedlichem Schweregrad dargestellt. Im Stress-Szenario werden dabei die Auswirkungen einer weltweiten schweren Rezession, ausgehend von der Eurozone, abgebildet. In beiden Szenarien geht der Konzern aktuell von insgesamt steigenden Kreditrisiken (Adressenausfall- und Migrationsrisiken) aus. Für die EUR- und USD-Zinsen sowie den EUR-USD-Wechselkurs wird in diesen Szenarien eine zur konjunkturellen Lage konsistente Entwicklung prognostiziert. Gleichzeitig wird angenommen, dass zunehmende Marktunsicherheiten zu einer erhöhten Volatilität bei Zinsen, Währungen und Credit Spreads führen, wodurch der Ökonomische Kapitalbedarf für die entsprechenden Risikoarten steigt. Zudem mindern im Stress-Szenario auch Kursverluste bei Wertpapieren und Schadensfälle aus Operationellen und Projektrisiken das Risikodeckungspotenzial.

Insgesamt zeigt sich die Risikotragfähigkeit auf einem Solvenzniveau von 99,99 % für alle drei Szenarien sowie die Leverage Ratio im Forecast- und Stress-Szenario auf auskömmlichem Niveau.

Zusätzlich zu den Konjunkturszenarien werden weitere Stresstests durchgeführt, mit denen die Belastbarkeit der Ökonomischen und Regulatorischen Risikotragfähigkeit des Konzerns untersucht wird: Dabei sind jeweils aktuelle makroökonomische Gefährdungspotenziale der Ausgangspunkt für wechselnde Szenario-Stresstests. Im Fokus standen im Jahr 2016 Szenarien zum Austritt Großbritanniens aus der EU, zu einem lang anhaltenden niedrigen Ölpreis, zum Konsolidierungsdruck im Bankensektor und zur Krise in der Türkei. Mit den Konzentrations- und inversen Stresstests wird ergänzend gezeigt, wie Konzentrationsrisiken und weitere Gefährdungspotenziale unter ungünstigen Konstellationen das Geschäftsmodell des Konzerns gefährden können. Zudem wurden 2016 die potenziellen Auswirkungen der geplanten regulatorischen Neuerungen im Kontext Basel III auf die Kapitalquoten des Konzerns simuliert.

Risikoarten

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Der Konzern geht Adressenausfallrisiken[1] im Rahmen seines Förderauftrags ein. Im Rahmen des inländischen Förderkreditgeschäfts tragen die durchleitenden Institute einen Großteil der Ausfallrisiken der Endkreditnehmer. Dies führt geschäftsmodellbedingt zu einem hohen Anteil des Bankenrisikos im Portfolio. Weitere Risikoschwerpunkte ergeben sich aus der Fördertätigkeit im Bereich der Finanzierung von Gründern von mittelständischen Unternehmen und von Beteiligungen, da der Konzern insbesondere in diesen Segmenten der inländischen Förderung auch Endkreditnehmerrisiken trägt. Darüber hinaus übernimmt der Konzern Risiken im Rahmen seiner Export- und Projektfinanzierung sowie in der Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer.

Schuldnerebene	Staatsschuldner	Banken	Unternehmen	Sonstige
Ratingverfahren (Ausfallwahrscheinlichkeit)	– Länderrating	– Bankenrating	– Corporate Rating – KMU-Rating	– Retail – Strukturierte Produkte – Existenzgründerrating – Beteiligungsfonds-Rating – Spezialfinanzierungen – Freiberufler-Rating
Geschäftsebene	**Forderungshöhe bei Ausfall** (Exposure at Default) **Verlustquote bei Ausfall** (Loss Given Default)			
Portfolioebene	**Kreditportfoliomodell**			

Validierungs- und Weiterentwicklungsprozesse

Die Bewertung des Adressenausfallrisikos erfolgt über die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD), der Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default, EAD) und der (erwarteten) Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Das Produkt aus den drei genannten Größen ergibt den Verlust, der im langjährigen statistischen Durchschnitt erwartet werden kann. Der Erwartete Verlust wird bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit durch den Abzug vom Risikodeckungspotenzial entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Artikels 158 CRR berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet der Konzern interne Ratingverfahren für Banken, Länder, große Unternehmen (Corporates), kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Existenzgründer, Freiberufler, Beteiligungsfonds und Beteiligungsgeber. Diese Verfahren basieren auf Scorecards[2] und folgen einer einheitlichen, konsistenten Modellarchitektur. Für wesentliche Teile von Spezialfinanzierungen und strukturierten Produkten werden simulations- und Cashflow-basierte Ratingverfahren eingesetzt, die zum Teil von einem externen Anbieter lizenziert wurden. Für strukturierte Produkte wird das Rating für Tranchen auf Grundlage der Ausfalldynamik des Forderungspools und der Wasserfallstruktur der Transaktion ermittelt. Die Ratingverfahren haben die Prognose von Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten zum Ziel. Die Verantwortung für die Ratingerstellung im risikorelevanten Geschäft liegt grundsätzlich in den Marktfolgebereichen. Das Rating wird regelmäßig mindestens einmal jährlich aktualisiert.

Durch die Abbildung der Ausfallwahrscheinlichkeiten auf eine konzernweit einheitliche Masterskala ist die Vergleichbarkeit von Ratings verschiedener Verfahren und Geschäftsfelder gegeben. Die Masterskala besteht aus 20 unterschiedlichen Klassen, die sich in die vier Gruppen Investment Grade, Non-Investment Grade, Watch List und Default einteilen lassen. Für jede Masterskala-Klasse sind die Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie die mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit festgelegt. Zu jedem Ratingverfahren existieren Organisationsanweisungen, die insbesondere die Zuständigkeiten, Kompetenzen sowie die Kontrollmechanismen regeln. Eine Vergleichbarkeit von internen Ratings des Konzerns und externen Ratings von Ratingagenturen wird durch ein Mapping der externen Ratings auf die Konzern-Masterskala gewährleistet. Durch eine turnusgemäße Validierung und Weiterentwicklung der Ratingverfahren wird sichergestellt, dass auf veränderte Rahmenbedingungen zeitnah reagiert werden kann.

[1] Als Adressenausfallrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten definiert, die eintreten, wenn der Kreditnehmer bzw. Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Das Ausfallrisiko enthält auch das Länderrisiko, bestehend aus Transfer-, Konvertierungs- und politischen Risiken.

[2] Bei einer Scorecard handelt es sich um ein mathematisch-statistisch geschätztes und/oder auf Expertenwissen basierendes Modell. Die einzelnen für die Bonitätsbewertung als relevant erachteten Risikofaktoren werden in Abhängigkeit von ihrer Ausprägung bzw. ihrem Wert in einen Punktwert umgewandelt und zur Aggregation gewichtet.

Wesentlichen Einfluss auf die Ausfallhöhe nimmt neben der Forderungshöhe bei Ausfall (EAD) die Bewertung der Sicherheiten, die risikomindernd in der Verlustquote bei Ausfall (LGD) angerechnet werden. Im Rahmen der Sicherheitenbewertung für anrechenbare Sicherheiten wird der zu erwartende Nettoerlös einer Sicherheitenverwertung im Schadensfall inkl. Vorsichtsabschlägen ermittelt. Bei dinglichen Sicherheiten sind unter anderem neben Marktpreisschwankungen und Verwertungskosten auch abschreibungsbedingte Wertverluste für die Abschläge verantwortlich. Die unterschiedlichen Bewertungsverfahren für einzelne Sicherheitentypen basieren je nach Datenverfügbarkeit auf internen und externen historischen Daten sowie auf Expertenschätzungen. Ein Risikogrundsatz für Kreditsicherheiten regelt deren gruppenweit einheitliches Management, ihre Bewertung und Anrechnung. Neben dem Nettoerlös aus der Sicherheitenverwertung ist auch die Erlösquote für unbesicherte Exposureanteile ein wichtiger Bestandteil bei der Bestimmung der LGD. Alle Bewertungsparameter werden regelmäßig einer Validierung unterzogen.

Zur Begrenzung von Risiken aus dem Neugeschäft verfügt der Konzern über Limitmanagementsysteme, Risikoleitplanken und verschiedene Portfoliorichtlinien. Sie bilden sowohl eine Grundlage für die Zweitvotierung von Kreditgeschäften als auch eine Orientierungshilfe für die Kreditvergabe und haben die Aufgabe, eine angemessene Qualität bzw. Risikostruktur des Konzernportfolios sicherzustellen. Dabei wird den Besonderheiten des Fördergeschäfts des Konzerns Rechnung getragen. In der KfW wird die Zweitvotierung auf Einzelengagementebene durch das Konzernrisikomanagement erstellt. Die KfW IPEX-Bank und die DEG verfügen jeweils über ein eigenes, marktunabhängiges Zweitvotum. Die relevanten Geschäftsentscheidungsprozesse sind risikoorientiert ausgestaltet. Ein Kreditgeschäft erfordert derzeit in Abhängigkeit von der Art, dem Umfang (materieller Risikogehalt und Wirkung auf die Gesamtrisikoposition) sowie der Komplexität der Transaktion ein Zweitvotum. Die Kompetenzstufen für die Genehmigung von Neugeschäft sind in Abhängigkeit von Rating, Gesamtzusagen gegenüber der Gruppe verbundener Kreditnehmer und Produkttyp abgestuft. Darüber hinaus ist ab fest definierten Einzelgeschäftsgrößen (unterschieden nach Rating und Produkttyp) die Genehmigung durch den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats erforderlich.

Die Portfoliorichtlinien definieren – differenziert nach Adresstypen und Produktvarianten – die Bedingungen, unter denen Geschäfte im Regelfall eingegangen werden dürfen. Darüber hinaus werden Risikoleitplanken für Länder, Branchen und Produkte definiert, um mit spezifischen Vorgaben zur Kreditvergabe aktuellen oder potenziellen negativen Entwicklungen zu begegnen. Mit den Limitmanagementsystemen werden schließlich sowohl Risikokonzentrationen (Konzentrationslimite) als auch bonitätsabhängige Einzeladressrisiken (Adresslimite) abgebildet. Konzentrationslimite dienen der Beschränkung von Risikokonzentrationen im Kreditportfolio und somit der Verhinderung großer Einzelverluste. Adresslimite dienen im Sinne einer Feinsteuerung dem kontrahentenspezifischen Management von Kreditausfallrisiken.

Im Kreditbestand werden Engagements mit höheren Risiken unterteilt in eine Watch List und eine Liste für Kredite mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing-Loans). Die Watch List dient dazu, potenzielle Problemkredite frühzeitig zu identifizieren und gegebenenfalls für die Problemkreditbearbeitung vorzubereiten. Dabei werden die wirtschaftlichen Verhältnisse, das Marktumfeld des jeweiligen Kreditnehmers sowie die überlassenen Sicherheiten regelmäßig überprüft und dokumentiert sowie Handlungsvorschläge – insbesondere für risikobegrenzende Maßnahmen – formuliert. Für Non-Performing-Loans und auch zu großen Teilen für Watch List-Engagements[3)] liegt die Prozessverantwortung in den für Restrukturierungen zuständigen Einheiten. Dies ermöglicht ein frühzeitiges Einschalten von Spezialisten, um ein professionelles Problemkreditmanagement zu gewährleisten. Zielsetzung ist die Gesundung des Engagements durch Restrukturierung, Reorganisation und Kreditanpassung. Erweist sich der Geschäftspartner als nicht sanierungsfähig oder -würdig, steht die optimale Verwertung des Engagements und seiner Sicherheiten im Vordergrund. Für leistungsgestörte Kredite und die Intensivbetreuung von Banken und höhervolumigen Krediten mit einem Risikoanteil größer als 1 Mio. EUR aus dem KfW-Portfolio ist die Abteilung Restrukturierung zuständig. Die Verantwortung für die Betreuung des Mengengeschäfts liegt dagegen im Bereich Bestand Kreditmanagement. Das Management leistungsgestörter bzw. intensivbetreuter Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG erfolgt grundsätzlich in der jeweiligen Tochtergesellschaft. Sofern mehr als ein Konzernunternehmen engagiert ist, wird die zentrale Koordinierung durch die Abteilung Restrukturierung vorgenommen. Für eine klare Regelung der Kompetenzen und der Zuordnung bestehen interne Schnittstellenregelungen mit den relevanten Bereichen sowie eine enge Kooperation mit den Marktbereichen und dem zentralen Bereich Recht.

Bei Auftreten eines Krisenfalls im Bereich Banken gilt es, intern und extern sofort handlungsfähig zu sein. Hierfür gibt es auch einen Krisenplan Banken. Er sieht im Wesentlichen vor, dass unter Leitung des Kreditrisikomanagements eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, eine sofortige Schadensanalyse vorgenommen wird und die nächsten notwendigen Schritte eingeleitet werden.

Risikovorsorge

Allen erkennbaren Ausfallrisiken des Kreditgeschäfts – dazu gehören auch politische Risiken bei Finanzierungen im Ausland – trägt der Konzern durch Bildung von Risikovorsorge in angemessenem Ausmaß Rechnung. Für Engagements mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing-Loans) werden Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen für noch nicht ausgezahlte Teilbeträge gebildet. Basis für die Identifikation dieser Ereignisse sind Kriterien, die sowohl den Anforderungen nach CRR als auch IFRS genügen. Hierzu gehören unter anderem die Identifizierung erheblicher finanzieller Schwierigkeiten des Schuldners, Zahlungsrückstände, Zugeständnisse an den Schuldner aufgrund seiner wirtschaftlichen Situation, zum Beispiel im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen, auffällige Maßnahmen des Schuldners

[3)] Bei der KfW IPEX-Bank wird die Übernahme der Zuständigkeit für Watch List-Fälle einzelfallabhängig durch das Risikomanagement in Abstimmung mit der für Restrukturierungen zuständigen Einheit entschieden.

zur Liquiditätssteigerung sowie die maßgebliche Verschlechterung der Werthaltigkeit von Sicherheiten. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen erfolgt mit Hilfe eines Impairment-Verfahrens. In die Berechnung der Einzelwertberichtigungen im Non-Retail-Geschäft fließt die individuelle Beurteilung des Kreditnehmers hinsichtlich zukünftiger Zahlungen ein. Dabei wird neben dem Umfang und der Werthaltigkeit der Sicherheiten auch das politische Risiko berücksichtigt. Für kleinere und standardisierte Kredite (Retail-Geschäft) erfolgt eine pauschalierte Einzelwertberichtigung auf Basis homogener Teilportfolios.

Die Risikovorsorge für latente Risiken (Portfoliowertberichtigung) wird abgeleitet aus der Bewertung der Kreditforderungen im Rahmen der jährlich stattfindenden Ratingprozesse und Sicherheitenbewertungen. Die Portfoliowertberichtigung wird sowohl für wirtschaftliche als auch für politische Risiken gebildet. Basis ist hierfür das oben beschriebene Erwarteter-Verlust-Modell, das für IFRS-Zwecke übergeleitet wird. Für Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale werden nach demselben Berechnungsschema Rückstellungen gebildet.

Maximales Ausfallrisiko

Das maximale Ausfallrisiko aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.36 besteht für den Konzern im Totalausfall der jeweiligen Risikopositionen. Hierbei sind ebenfalls die Eventualverbindlichkeiten und die Unwiderruflichen Kreditzusagen zu berücksichtigen. Die Buchwerte sind bereits um die Risikovorsorge gekürzt.

Zahlungsrückstände ergaben sich zum Bilanzstichtag nur bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie bei Finanzanlagen, individuelle Wertminderungen darüber hinaus noch bei den Eventualverbindlichkeiten und Unwiderruflichen Kreditzusagen.

Maximales Ausfallrisiko
in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Wertanpassungen aus Macro Hedging	
	31.12.2016	**31.12.2015**	**31.12.2016**	**31.12.2015**	**31.12.2016**	**31.12.2015**
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	275.752	276.880	135.265	133.135	13.917	14.420
Risikovorsorge	171	169	1.439	1.573	0	0
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	275.482	276.715	132.900	131.349	13.917	14.420
darauf angerechnete Sicherheiten	*167.033*	*159.127*	*53.409*	*54.367*	*0*	*0*

	Derivate im Hedge Accounting; Sonstige Derivate		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	31.12.2016	**31.12.2015**	**31.12.2016**	**31.12.2015**	**31.12.2016**	**31.12.2015**
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	34.808	43.655	33.061	31.925	85.489	67.349
Risikovorsorge	0	0	4	6	44	62
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	34.808	43.655	32.883	31.719	85.438	67.250
darauf angerechnete Sicherheiten	*17.355*	*20.651*	*294*	*329*	*0*	*0*

Überfällige und nicht individuell wertgeminderte Finanzinstrumente
in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	
	31.12.2016	**31.12.2015**	**31.12.2016**	**31.12.2015**	**31.12.2016**	**31.12.2015**
Buchwert weniger als 90 Tage überfällig	207	52	1.143	318	0	1
Buchwert 90 Tage überfällig und mehr	19	48	269	324	1	0
Gesamt	**225**	**100**	**1.412**	**641**	**1**	**1**
darauf angerechnete Sicherheiten	*149*	*58*	*716*	*203*	*0*	*0*

Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente
in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	31.12.2016	**31.12.2015**	**31.12.2016**	**31.12.2015**	**31.12.2016**	**31.12.2015**	**31.12.2016**	**31.12.2015**
Buchwert	45	65	952	1.145	177	205	51	100
darauf gebildete Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen	*40*	*38*	*1.024*	*1.159*	*0*	*0*	*9*	*19*
darauf angerechnete Sicherheiten	*1*	*5*	*438*	*666*	*2*	*3*	*0*	*0*

Zum 31.12.2016 sind von 578 Mrd. EUR (31.12.2015: 567 Mrd. EUR) ausstehenden Finanzinstrumenten des Konzerns 1,2 Mrd. EUR (netto, nach Abzug der Risikovorsorge, 31.12.2015: 1,5 Mrd. EUR) als individuell wertgemindert eingestuft. Die potenziellen Ausfälle sind vorsichtig bewertet und insgesamt mit 1,1 Mrd. EUR (31.12.2015: 1,2 Mrd. EUR) wertmindernd berücksichtigt.[4)]

Neben der Vorsorge für akute Ausfallrisiken trifft der Konzern auch für latente Ausfallrisiken (wirtschaftliche und politische Risiken) Vorsorge. Per 31.12.2016 ergibt sich für das nicht individuell wertgeminderte Geschäft eine Risikovorsorge von insgesamt 0,6 Mrd. EUR (31.12.2015: 0,6 Mrd. EUR). Die Besicherung der Kredite aus dem Konzernportfolio ist vor allem durch das bankdurchgeleitete Geschäft sowie das durch die Bundesrepublik Deutschland bzw. einzelne Bundesländer garantierte Fördergeschäft geprägt.[5)] Dabei entfällt der weitaus größte Teil der Besicherung auf abgetretene Endkreditnehmerforderungen im Rahmen des bankdurchgeleiteten Geschäfts. Dingliche Sicherheiten wie zum Beispiel Schiffe und Flugzeuge spielen in Bezug auf den Gesamtbestand der Sicherheiten nur eine untergeordnete Rolle.

Das hohe Exposure der Derivate mit positiven Marktwerten relativiert sich durch die mit den Kontrahenten getroffenen Nettingabreden. Diese umfassen auch Derivate mit negativen Marktwerten und verringern das Kontrahentenrisiko substanziell.

Im Berichtsjahr ist ein Anstieg der weniger als 90 Tage überfälligen und nicht individuell wertgeminderten Forderungen zu verzeichnen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Rückstände von einem Tag. Diese Forderungen wurden überwiegend am folgenden Werktag beglichen, da die Leistungsfälligkeit auf einen Samstag fiel.

Im Jahr 2016 hat der Konzern keine wesentlichen zuvor als dingliche Sicherheit gehaltenen Vermögenswerte in Besitz genommen. Der Schwerpunkt der Stundungen im Performing-Portfolio im Jahr 2016 liegt im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung. Dieses Stundungsvolumen ist gemessen am gesamten Kreditvolumen nicht signifikant.

Portfoliostruktur

Das Zusammenwirken der Risikoeigenschaften der Einzelengagements im Konzern-Kreditportfolio[6)] wird mit Hilfe eines internen Portfoliomodells beurteilt. Die Bündelung großer Portfolioanteile auf einzelne Kreditnehmer oder Kreditnehmergruppen birgt das Risiko existenzgefährdender Großausfälle. Das Risikocontrolling bewertet – basierend auf dem Ökonomischen Kapitalkonzept – Einzel-, Branchen- und Länderrisikokonzentrationen. Die Konzentrationen werden primär über den Ökonomischen Kapitalbedarf (ECAP) gemessen. So ist sichergestellt, dass sowohl hohe Volumina und ungünstige Ausfallwahrscheinlichkeiten als auch unvorteilhafte Korrelationen der Risiken untereinander Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse bilden eine zentrale Grundlage für die Steuerung des Kreditportfolios.

[4)] Das Zuweisungsgeschäft im Rahmen der Stützungsmaßnahmen für Griechenland über rund 15 Mrd. EUR ist vollständig durch eine Bundesgarantie abgesichert und wird daher nicht im Portfolio individuell wertgeminderter Finanzinstrumente ausgewiesen.

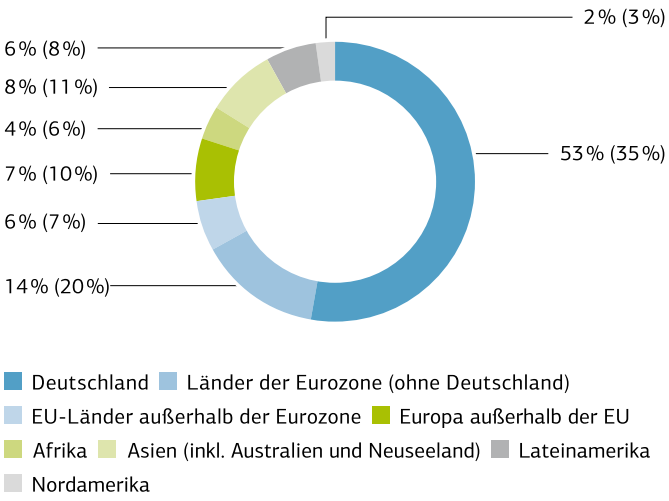
[5)] Hier werden die Sicherheiten so dargestellt, wie sie auch für die interne Steuerung für wirtschaftliche Risiken angerechnet werden. Partizipationswirkungen der Sicherheiten untereinander werden berücksichtigt, um den Ausweis von Doppelbesicherungen zu vermeiden. Darüber hinaus wurden die Vorjahreswerte angepasst, da das abgesicherte Exposure seit 2016 auch Absicherungen für Engagements mit politischem Risiko (bisher nur wirtschaftliches Risiko) berücksichtigt.

[6)] Das Kreditportfolio enthält hier den Bestand an Krediten und Finanzanlagen im performenden Geschäft, nur bei der Bonitätsdarstellung ist das Non-Performing-Portfolio berücksichtigt.

Regionen

Das Kreditportfolio des Konzerns entfällt per 31.12.2016 gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf zu 67% (31.12.2015: 55%) auf die Eurozone. Der Anstieg ist insbesondere methodisch getrieben. Diese methodischen Weiterentwicklungen (Neuparametrisierung der Korrelationen, eine verbesserte Methode der Berechnung/Verteilung einzelner ECAP-Beiträge) führten zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs speziell in Deutschland. Außerdem haben sich die Konzentrationsrisiken im Zuge der Fusion von zwei Hauptgeschäftspartnern erhöht. Außerhalb Deutschlands führten die methodischen Weiterentwicklungen trotz Neugeschäftsaufkommens speziell im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung und im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer zu einer Verringerung des Ökonomischen Kapitalbedarfs.

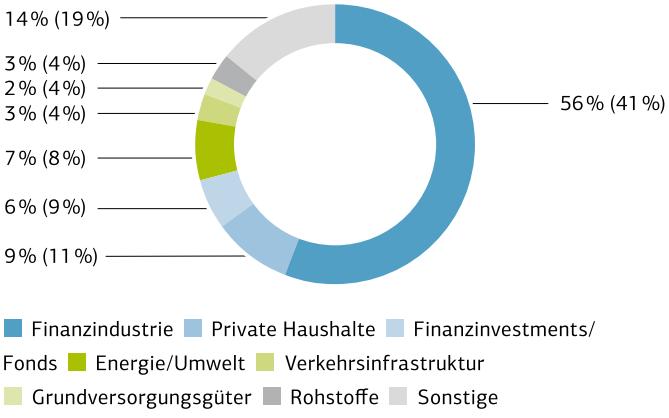
Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Regionen)
31.12.2016 (31.12.2015)



Branchen

Der hohe Anteil der Finanzindustrie am Gesamt-Kapitalbedarf für Kreditrisiken ist auf den Förderauftrag des Konzerns zurückzuführen. Der weit überwiegende Teil der inländischen Förderung erfolgt über bankdurchgeleitete Kredite. Insgesamt hat sich der Ökonomische Kapitalbedarf der Finanzindustrie durch höhere Konzentrationsrisiken im Zuge der oben genannten Fusion, Neugeschäfte hauptsächlich in guten Ratingklassen und die bereits beschriebenen methodischen Weiterentwicklungen erhöht: Durch den neuen ECAP-Verteilungsalgorithmus steigt bei konzentrierten Adressen der Kapitalbedarf – insbesondere Banken mit hohem Durchleitgeschäft sind betroffen. Bei allen anderen Branchenclustern führt vor allem die methodische Weiterentwicklung zu einer sinkenden Kapitalbindung.

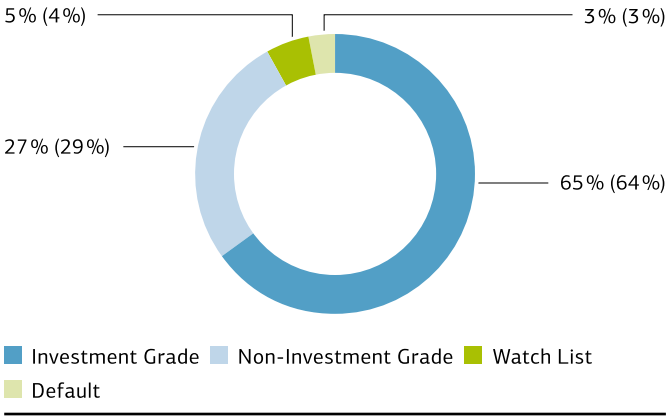
Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Branchen)
31.12.2016 (31.12.2015)



Bonität

Da die Bonität die Höhe des Ökonomischen Kapitalbedarfs stark beeinflusst, ist es bei der Analyse der Bonitätsstruktur sinnvoll, die Verteilung des Netto-Exposures[7)] nach Bonitätsklassen zu betrachten. Insgesamt ist der relative Anteil des Investment Grade am gesamten Netto-Exposure im Wesentlichen durch Neugeschäft in guten Bonitätsklassen leicht angestiegen. Ein gestiegener Watch-List-Anteil (im Wesentlichen im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung) lässt die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Konzern-Kreditportfolios gegenüber 2015 geringfügig ansteigen. Das Konzern-Kreditportfolio verfügt unverändert über eine gute Bonitätsstruktur.

Bonitätsstruktur nach Netto-Exposure
31.12.2016 (31.12.2015)



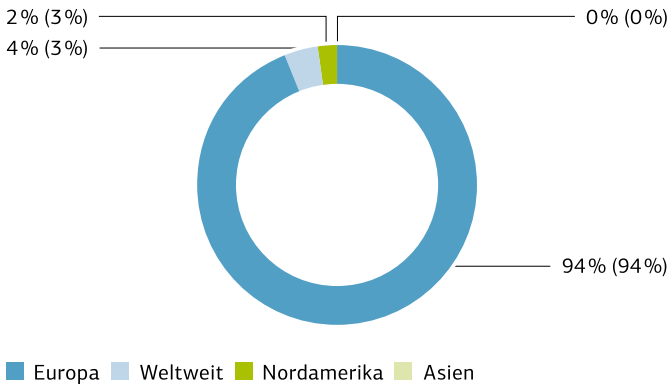
[7)] Das Netto-Exposure beschreibt den ökonomischen Verlust, der im Falle eines wirtschaftlichen oder politischen Ausfallereignisses voraussichtlich entsteht.

Strukturierte Produkte im Konzernportfolio

Asset Backed Securities (ABS)

Der Nominalwert der ABS-Papiere beträgt zum Stichtag 31.12.2016 rund 4,9 Mrd. EUR. Unter Berücksichtigung der Mark-to-Market-Bewertung für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Papiere sowie gebildete Wertberichtigungen beläuft sich der Bilanzwert (inkl. der anteiligen Zinsen) des Portfolios ebenso auf rund 4,9 Mrd. EUR. In den nachfolgenden Übersichten ist die Zusammensetzung des ABS-Portfolios nach Assetklassen, Ratingeinstufung und geografischer Verteilung der Forderungen in den Verbriefungsportfolios dargestellt.

Geografische Verteilung des Assetpools (gemessen am Nominalwert)
31.12.2016 (31.12.2015)



Darstellung des Exposures auf Basis von Nominalwerten

	CLO	RMBS	CMBS	CDO	ABS & Sonstige	Gesamt 31.12.2016	Gesamt 31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Investment Grade	57	880	9	5	3.841	4.792	4.098
Non-Investment Grade	0	38	3	15	0	56	53
Watch List	0	0	0	0	0	0	16
Default	58	0	0	0	0	58	75
	115	**918**	**12**	**20**	**3.841**	**4.906**	**4.242**

Das Portfoliovolumen ist gegenüber dem Wert per 31.12.2015 gestiegen (+0,7 Mrd. EUR nominal). Der Vergleich der Ratingstruktur des Portfolios zeigt einen Rückgang sowohl im Watch-List- als auch im Default-Bestand. Der Investment-Grade-Bestand hat sich um 0,7 Mrd. EUR erhöht. In der geografischen Verteilung des Assetpools im Vergleich zum 31.12.2015 zeigt sich der bestehende Schwerpunkt Europa unverändert. Insgesamt zeichnen sich europäische und damit auch deutsche Verbriefungen durch eine solide Performance aus. Die kumulierten Ausfallraten europäischer Verbriefungen liegen weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

MARKTPREISRISIKO

Der Konzern misst und steuert Marktpreisrisiken auf barwertiger Basis. Wesentliche Treiber des Marktpreisrisikos sind hierbei

- die Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken), insbesondere für die Währungsräume EUR und USD,
- Wechselkurse (Währungsrisiken),
- Basisspreads (Basisspread-Risiken) sowie
- emittentenabhängige Spreads bei Wertpapieren (Credit Spread-Risiken).

Insgesamt binden die Marktpreisrisiken im Konzern per 31.12.2016 Ökonomisches Kapital in Höhe von 5,5 Mrd. EUR. Dies ist gegenüber dem Stand per 31.12.2015 ein um 172 Mio. EUR höherer Betrag. Das Konzernmarktpreisrisiko setzt sich wie folgt zusammen:

Ökonomischer Kapitalbedarf für Marktpreisrisiken

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Zinsänderungsrisiken	3.066	3.356
Währungsrisiken	744	681
Basisspread-Risiken	1.350	1.057
Credit Spread-Risiken	290	183
Marktpreisrisiko	**5.450**	**5.278**

Zinsänderungsrisiken

Der Konzern geht begrenzte Zinsänderungsrisiken zur Nutzung langfristiger Ertragschancen ein. Im Rahmen der Erfassung von Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs werden alle bewertungsrelevanten Datenbestände bei der Erstellung von Zinsbindungsbilanzen berücksichtigt. Auf dieser Datengrundlage führt der Konzern zur Bewertung seiner Zinsrisikoposition regelmäßig Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes durch. Das Steuerungskonzept für Zinsänderungsrisiken unterstützt eine langfristig ausgelegte Steuerungsphilosophie. Zur Abfederung kurzfristiger zinsinduzierter Barwertschwankungen wird ein substanzieller Stop-Loss-Puffer vorgehalten. Zusätzlich zu diesem Puffer wird zur Berechnung der Risikotragfähigkeit ein Value-at-Risk zum Solvenzniveau 99,99 % für einen Zeitraum von zwei Monaten addiert. Die Wahl dieses Zeitraums folgt aus einer konservativen Annahme über eine maximale Schließungsdauer der gesamten Zinsrisikoposition unter adversen Zinsszenarien. Durch eine fortlaufende Überwachung der Risikoposition und die vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten wird sichergestellt, dass das allokierte Kapital auch auf Sicht eines Jahres zur Risikodeckung entsprechend dem einheitlich verwendeten Solvenzniveau von 99,99 % ausreicht. Ergänzt wird diese Berechnung durch regelmäßige Stresstests, durch die mögliche Verluste bei extremen Marktbedingungen untersucht werden. Neben der vorgegebenen parallelen Verschiebung der Zinsstrukturkurve werden Szenarien wie Drehungen der Zinsstrukturkurve und Verlängerung der Haltedauer einbezogen. Der Kapitalbedarf für Zinsänderungsrisiken ist zum Stichtag 31.12.2016 um 291 Mio. EUR gesunken. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahreswert resultiert im Wesentlichen aus einer Neuparametrisierung des Modells.

Währungsrisiken

Fremdwährungskredite werden weitgehend in gleicher Währung refinanziert oder über entsprechende Währungssicherungsinstrumente abgesichert. Fremdwährungsbeteiligungen der DEG und im geringen Umfang Förderinstrumente des Geschäftsbereiches KfW Entwicklungsbank werden nur dann in gleicher Währung refinanziert, wenn dies möglich und sinnvoll ist. Unterjährige Fremdwährungserträge aus dem Kreditgeschäft werden zeitnah verkauft. Der Ökonomische Kapitalbedarf für liquide Währungspositionen wird analog zum Zinsänderungsrisiko mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes als Summe aus einem Stop-Loss-Puffer und einem Zwei-Monats-Value-at-Risk zum Solvenzniveau 99,99 % berechnet. Für alle Währungen mit eingeschränkten Handels- und Hedging-Möglichkeiten wird ein Zwölf-Monats-Value-at-Risk verwendet. Die Klassifizierung der Einzelwährungen in liquide und illiquide Währungen nimmt das Marktpreis-Risiko-Komitee mindestens einmal jährlich vor. Der überwiegende Anteil des Währungsportfolios umfasst liquide Positionen. Zusätzlich werden regelmäßig Stresstests durchgeführt, um mögliche Verluste bei extremen Marktbedingungen abzuschätzen. Der Kapitalbedarf für Währungsrisiken ist zum 31.12.2016 um 62 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg ist auf die Aufwertung des USD (EUR/USD per 31.12.2015: 1,09 und 31.12.2016: 1,05), einen Positionsaufbau (Erhöhung Kreditvolumen und Refinanzierung in USD) sowie die Erhöhung des Stop-Loss-Puffers zurückzuführen.

Basisspread-Risiken

Basisspread-Risiken umfassen im Wesentlichen Tenor- und FX-Basisspread-Risiken. Der Ökonomische Kapitalbedarf für diese Risiken wird mit einem Varianz-Kovarianz-Ansatz zum Solvenzniveau 99,99 % und einer Haltedauer von zwölf Monaten ermittelt. Zum 31.12.2016 betrug der Kapitalbedarf für Basisspread-Risiken 1.350 Mio. EUR. Im Vorjahresvergleich ergibt sich hier ein Mehrbedarf in Höhe von 293 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert insbesondere aus höheren Beiträgen aus dem USD-Buch, was im Wesentlichen auf deutlich gestiegene Volatilitäten zurückzuführen ist.

Credit Spread-Risiken

Die Risikomessung erfolgt für das Wertpapierportfolio. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird mittels der Methode der historischen Simulation auf Basis von Credit Spread-Zeitreihen, welche die vergangenen drei Jahre umfassen (750 Handelstage), ermittelt. Zunächst wird der Value-at-Risk für einen Tag Haltedauer zum Konfidenzniveau 95 % aus historischen Credit Spread-Veränderungen bestimmt und dann auf einen Zeitraum von einem Jahr und auf das Solvenzniveau 99,99 % skaliert. Für ABS erfolgt die Risikomessung aufgrund der geringen Liquidität der Papiere auf Basis von ABS-Indizes. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Credit Spread-Risiken betrug zum 31.12.2016 290 Mio. EUR. Das Credit Spread-Risiko ist im Vorjahresvergleich um 107 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg des Risikos ist im Wesentlichen auf die Einführung eines Korrekturfaktors zurückzuführen. Dieser wurde eingeführt, da im Backtesting eine Unterschätzung des Risikos durch das Value-at-Risk-Modell festgestellt wurde. Das Modell wird 2017 grundlegend überarbeitet.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, fällige Zahlungen nicht zeitgerecht erfüllen zu können. Es wird zwischen

- dem Instituts-Liquiditätsrisiko (Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können),
- dem Refinanzierungsrisiko (Risiko, benötigte Zahlungsmittel nur zu höheren Kosten als dem risikoadäquaten Zinssatz aufnehmen zu können) und
- dem Markt-Liquiditätsrisiko (Risiko, Finanzpositionen nur zu niedrigeren Preisen als in einem normalen Umfeld adäquat veräußern zu können)

unterschieden.

Primäres Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Konzerns. Die KfW steht als Abschlusspartner für sämtliche Handelsgeschäfte ihrer Tochtergesellschaften und insbesondere deren Refinanzierung zur Verfügung. Aus diesem Grund sind die Liquiditätserfordernisse der Tochterunternehmen sowohl in der Refinanzierungsplanung des Konzerns als auch im Liquiditätssicherungskonzept enthalten.

Die Liquiditätsrisikomessung erfolgt auf Basis ökonomischer Szenarioanalysen sowie des Ausnutzungsgrads gemäß KfW-Gesetz. Zusätzlich werden die Liquiditätsgaps auf Basis des bereits kontrahierten Geschäfts sowie das bestehende Liquiditätspotenzial limitiert.

Eine wesentliche Komponente für die Einschätzung des Liquiditätsrisikos stellen vertragliche Zahlungsverpflichtungen (Kapitalrückzahlungen und Zinsverpflichtungen) des Konzerns aus Finanzinstrumenten dar, die in der folgenden Tabelle nach Laufzeiten gegliedert sind:

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern
31.12.2016[1)]

	Bis ein Monat	Mehr als ein Monat bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	18.481	2.944	603	3.221	8.828	34.076
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	30.398	36.185	50.879	235.095	91.766	444.323
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	–1.276	–2.503	–3.012	–13.632	–10.633	–31.057
darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	*14.921*	*19.589*	*28.398*	*137.634*	*50.427*	*250.969*
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	4	23	235	262
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	**47.603**	**36.626**	**48.473**	**224.707**	**90.195**	**447.604**
Eventualverbindlichkeiten	3.955	0	0	0	0	3.955
Unwiderrufliche Kreditzusagen	81.534	0	0	0	0	81.534
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	**85.489**	**0**	**0**	**0**	**0**	**85.489**
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	**133.092**	**36.626**	**48.473**	**224.707**	**90.195**	**533.093**

[1)] Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Der Anstieg der Zahlungsverpflichtungen im ersten Laufzeitband resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Unwiderruflichen Kreditzusagen, wovon 18,7 Mrd. EUR auf die Zunahme der inländischen Finanzierung zurückzuführen sind.

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern

31.12.2015[1)]

	Bis ein Monat	Mehr als ein Monat bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	21.281	1.625	1.097	3.205	10.842	38.050
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	24.634	30.837	60.363	225.338	97.156	438.328
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	–780	–1.298	–5.640	–15.273	–13.244	–36.236
darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	*20.522*	*20.327*	*40.608*	*128.039*	*62.049*	*271.546*
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	5	25	345	376
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	**45.134**	**31.164**	**55.825**	**213.295**	**95.099**	**440.518**
Eventualverbindlichkeiten	5.186	0	0	0	0	5.186
Unwiderrufliche Kreditzusagen	62.163	0	0	0	0	62.163
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	**67.349**	**0**	**0**	**0**	**0**	**67.349**
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	**112.483**	**31.164**	**55.825**	**213.295**	**95.099**	**507.867**

[1)] Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Die interne Liquiditätsrisikomessung basiert auf Szenariorechnungen. In diesem Ansatz werden zunächst die erwarteten Zahlungseingänge und alle Zahlungsausgänge für die nächsten zwölf Monate auf Basis des bereits kontrahierten Geschäfts als Ausgangspunkt betrachtet. Dieser Basis-Cashflow wird um geplante und geschätzte Zahlungen (zum Beispiel Kapitalmarktaufnahmen, liquiditätswirksame erwartete Kreditausfälle oder geplantes Neugeschäft) erweitert. Das Resultat stellt eine Übersicht über die benötigte Liquidität des Konzerns in den nächsten zwölf Monaten dar. Die benötigte Liquidität wird für verschiedene Szenarien berechnet. Hierbei werden marktweite und institutsspezifische Risikofaktoren gestresst und die Auswirkungen auf die Liquidität des Konzerns bewertet.

Parallel wird das vorhandene Liquiditätspotenzial bestimmt. Dieses besteht im Wesentlichen aus dem EZB-Sicherheiten-Konto der KfW, aktivischen Repos, dem Liquiditätsportfolio und dem am Markt regelmäßig platzierbaren Volumen an Commercial Papers. Das vorhandene Liquiditätspotenzial wird analog den anderen Cashflow-Komponenten Stressannahmen unterworfen. Für jedes Szenario wird das Verhältnis von kumulierter benötigter Liquidität zum kumulierten vorhandenen Liquiditätspotenzial berechnet. Diese Kennzahl darf den Wert 1 in allen Szenarien für unterschiedliche Zeiträume nicht überschreiten. Im Normal Case beträgt der vorgegebene Zeithorizont zwölf Monate, im Stress Case sechs Monate und in den zwei Worst-Case-Szenarien drei Monate. Die Szenarioannahmen werden jährlich validiert.

Die Ermittlung der Kennzahlen sowie das Reporting an das Marktpreis-Risiko-Komitee erfolgen monatlich. Folgende Tabelle zeigt die Risikokennzahlen für die unterschiedlichen Szenarien per 31.12.2016:

Liquiditätsrisikokennzahlen der KfW per 31.12.2016

	Kennzahl
Normal Case	0,09
Stress Case	0,24
Worst Case (institutsspezifisch)	0,30
Worst Case	0,52

Die internen Liquiditätskennzahlen lagen zu jedem Zeitpunkt des Jahres unter der zulässigen Höchstgrenze von 1.

Aktuelles Refinanzierungsumfeld

Die Entwicklung an den internationalen Kapitalmärkten war 2016 zum einen geprägt durch den unerwarteten Ausgang zweier politischer Großereignisse: die Abstimmung Großbritanniens zum Verbleib bzw. zum Austritt aus der Europäischen Union und die US-Präsidentschaftswahl. So zogen beispielsweise infolge der US-Wahl die Zinsen im Euroraum und in den USA deutlich an. Daneben wurden die Kapitalmärkte über das ganze Jahr hinweg durch die weiterhin sehr aktive Zentralbankpolitik sowohl der Europäischen Zentralbank als auch der US-Notenbank bestimmt. Während die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank weiterhin auf Expansionskurs war, hat im Gegensatz dazu die US-Notenbank zum Jahresende eine weitere Zinserhöhung vorgenommen und damit einen weiteren Schritt in Richtung restriktive Geldpolitik unternommen.

Hohe Flexibilität hinsichtlich Währungen, Instrumenten und Strukturen ermöglichten es der KfW, ihre Refinanzierungsaktivitäten in diesem volatilen Marktumfeld erfolgreich abzuschließen. Im Geschäftsjahr 2016 hat die KfW an den internationalen Kapital-

märkten insgesamt ein Volumen von 72,8 Mrd. EUR (2015: 62,6 Mrd. EUR) in 15 verschiedenen Währungen und 206 Einzeltransaktionen aufgenommen. Euro und US-Dollar blieben die beiden bedeutendsten Währungen für die langfristige Mittelaufnahme. Der Anteil der in US-Dollar denominierten Anleihen stieg 2016 auf ein Rekordhoch von 47 % (2015: 45 %). In Euro denominierte Anleihen summierten sich auf 36 % (2015: 37 %).

Die Refinanzierungsaktivitäten der KfW im Geldmarktsegment entwickelten sich 2016 ebenso positiv. Das Programmvolumen des für weltweite Investoren konzipierten „Euro Commercial Paper"(ECP)-Programms wurde im November 2016 von 50 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR erhöht. Das Emissionsvolumen im ECP-Programm war 2016 planmäßig höher als im Vorjahr. Das Ende 2016 ausstehende Volumen belief sich hier auf 37,8 Mrd. EUR (Ende 2015: 31,8 Mrd. EUR). Ebenso war das Emissionsvolumen im „US Commercial Paper"(USCP)-Programm im Jahr 2016 höher als im Vorjahr. Mit einem Programmvolumen von 10 Mrd. USD ist das USCP-Programm speziell für den US-amerikanischen Markt konzipiert. Die KfW deckt mit diesem Programm einen großen Teil ihres kurzfristigen Bedarfs in US-Dollar ab. Das Ende 2016 ausstehende Volumen betrug 8,7 Mrd. USD (Ende 2015: 8,1 Mrd. USD).

OPERATIONELLE RISIKEN UND BETRIEBLICHES KONTINUITÄTSMANAGEMENT (BETRIEBSRISIKEN)

Betriebsrisiken bilden im Konzern den Oberbegriff für Operationelle Risiken und Risiken aus der Geschäftsunterbrechung.

Wesentliche Merkmale der Organisationsstruktur sind die Aufteilung in dezentrale und zentrale Einheiten sowie die Anbindung an das Komitee für Operationelle Risiken. Das Management von Betriebsrisiken erfolgt dezentral in den Bereichen und den Tochtergesellschaften durch den jeweiligen Bereichsleiter bzw. Geschäftsführer. Dieser wird durch den jeweiligen Bereichskoordinator für Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement unterstützt. Das Betriebsrisiko-Management-Team nimmt die Aufgaben der Überwachung und der Kommunikation von Betriebsrisiken organisatorisch in den Bereichen Risikocontrolling (zentrales OpRisk-Controlling) und Compliance (zentrales Betriebliches Kontinuitätsmanagement) wahr. Es erarbeitet die Methoden und Instrumente zur Identifikation und Bewertung von Betriebsrisiken und überwacht ihre einheitliche Anwendung.

Das Management und Controlling Operationeller Risiken sowie das Betriebliche Kontinuitätsmanagement haben zum Ziel, potenzielle Schäden für den Konzern rechtzeitig zu erkennen und abzuwenden bzw. Notfälle und Krisen beherrschbar zu machen und die strukturelle Einsatzfähigkeit des Konzerns trotz des Ausfalls wesentlicher Ressourcen sicherzustellen.

In Anlehnung an Artikel 3 Satz 52 CRR definiert der Konzern das Operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Darüber hinaus werden folgende Risikounterarten des Operationellen Risikos definiert: Verhaltensrisiko, System- und Informations-und-Kommunikations-Technologie(IKT)-Risiko, Modellrisiko, Rechtsrisiko (inkl. Compliance-Risiko) sowie das Risiko aus Auslagerungen.

Das Rechtsrisiko (inkl. Compliance-Risiko) beschreibt die Gefahr von Verlusten, die durch Verletzung oder Nichtübereinstimmung mit Vorschriften in Rechtsstreitigkeiten oder anderen Aktionen zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten münden. Bei Vorschriften handelt es sich um Gesetze, Regeln, vorgeschriebene Praxis, interne Richtlinien und Verfahren, (ethische) Standards und Verhaltensregeln. Das Compliance-Risiko beschreibt die Gefahr juristischer oder regulatorischer Sanktionen oder finanzieller Verluste, die sich aus der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Regeln oder Marktstandards ergeben. Dem Rechtsrisiko begegnet der Konzern durch einen organisatorisch eigenständigen, zentralen Bereich Recht und insbesondere dessen frühzeitige Einbindung sowie durch die enge Zusammenarbeit des Bereichs Recht mit externen in- und ausländischen Rechtsberatern. Durch Rechtsänderungen entstehende Risiken begegnet der Konzern außerdem durch die regulatorische Compliance-Funktion und die von dieser etablierten Prozesse.

Das Modellrisiko ist der mögliche Verlust, den ein Institut als Folge von im Wesentlichen auf der Grundlage von Ergebnissen interner Modelle getroffenen Entscheidungen erleiden kann, die in der Entwicklung, Umsetzung oder Anwendung fehlerhaft sind.

Eingetretene Verluste werden im Konzern in einer OpRisk-Ereignisdatenbank erfasst. Nach jedem Quartal erfolgt ein ausführliches Detailreporting der erfassten Schadensereignisse und gegebenenfalls daraufhin eingeleiteter Maßnahmen an die jeweiligen Bereiche. Der Gesamtvorstand, der Verwaltungsrat und das Komitee für Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikoberichts monatlich bzw. vierteljährlich informiert. Ab einer festgelegten Schadenshöhe erfolgt zusätzlich ein Ad-hoc-Reporting.

Darüber hinaus erfolgt eine systematische Erfassung von Operationellen Risiken in den Risiko-Assessments, die konzernweit durchgeführt werden. Dabei werden auch neue Aktivitäten im Neue Produkte Prozess (NPP) sowie Änderungen betrieblicher Prozesse oder Strukturen hinsichtlich potenzieller Operationeller Risiken untersucht. Die Messung Operationeller Risiken innerhalb der Risiko-Assessments erfolgt auf der Basis von internen Daten oder Expertenschätzungen, die mit einer Verteilungsannahme für Schadenshäufigkeit und Schadenshöhe unterlegt werden. Die erhobenen Verlustpotenziale durchgeführter Risiko-Assessments werden nach Abschluss den jeweiligen Bereichs- und Abteilungsleitern und dem Gesamtvorstand berichtet. Zur unterjährigen Überwachung der im Risiko-Assessment festgestellten Verlustpotenziale oberhalb eines festgelegten Grenzwerts ist die Implementierung von Risikoindikatoren dezentral durch die jeweiligen Geschäftsbereiche zu prüfen. Die Bereiche prüfen im Rahmen des Risiko-Assessments die Implementierung

weiterer risikomitigierender Maßnahmen (zum Beispiel Kontrollen im Rahmen des Internen Kontrollsystems [IKS]).

Insgesamt binden die Operationellen Risiken im Konzern per 31.12.2016 Ökonomisches Kapital in Höhe von 1.033 Mio. EUR. Dies ist gegenüber dem Stand per 31.12.2015 ein um 77 Mio. EUR reduzierter Betrag, der auf die methodische Weiterentwicklung des Berechnungsmodells zurückzuführen ist.

Für den Eintritt einer Geschäftsunterbrechung aufgrund interner oder externer Ereignisse ist ein Betriebliches Kontinuitätsmanagement implementiert. Es handelt sich dabei um einen ganzheitlichen Managementprozess, der alle Aspekte für die vier wesentlichen Ausfallszenarien Standortausfall (Gebäude oder Infrastruktur), IT-Systemausfall, Personalausfall und Ausfall von Dienstleistern umfasst. Das Betriebliche Kontinuitätsmanagement berücksichtigt gleichermaßen präventive Komponenten (Notfallvorsorge) und reaktive Komponenten (Notfall- und Krisenbewältigung).

Zur Steuerung im Rahmen des Betrieblichen Kontinuitätsmanagements werden die Geschäftsprozesse analysiert, nach ihrer Kritikalität eingestuft und die jeweils unterstützenden Ressourcen betrachtet. Das Erkennen der kritischen Geschäftsprozesse und deren Abhängigkeiten von unterstützenden Ressourcen bildet die Grundlage für ein wirkungsvolles Betriebliches Kontinuitätsmanagement. Für diese Geschäftsprozesse und die unterstützenden Ressourcen werden individuelle Maßnahmen erarbeitet, die sicherstellen, dass die benötigte Verfügbarkeit gewährleistet wird und Risiken im wirtschaftlichen Rahmen reduziert werden. Dazu gehören Notfallarbeitsplätze, Notfallkonzepte, Kommunikationsinstrumente und Alarmierungstools. Der Krisenstab des Konzerns übernimmt bei nicht zu planenden Ereignissen die Leitung des gesamten Krisenmanagements. Er trainiert in regelmäßigen Krisenstabstests das Zusammenspiel der Notfall- und Krisenorganisation.

SONSTIGE RISIKEN

Beteiligungsrisiken

Bei der Steuerung von Beteiligungsrisiken im Konzern ist zwischen Risiken aus dem operativen und dem strategischen Beteiligungsgeschäft zu unterscheiden.

Operative Beteiligungen

Durch das Eingehen von operativen Beteiligungen erfüllt die Bank den staatlichen Auftrag, Fördermaßnahmen, insbesondere Finanzierungen, durchzuführen. Entsprechend gibt es Beteiligungen im Rahmen der inländischen und der europäischen Investitionsfinanzierung sowie in den Geschäftsbereichen Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und Export- und Projektfinanzierung. Die konzernweit grundsätzlichen Regelungen für operative Beteiligungen werden über einen „Ordnungsrahmen“ vorgegeben. Auf bestimmte Beteiligungssegmente abgestimmte und spezifische Regeln werden darüber hinaus in „Sub-Portfolio-Richtlinien“, Arbeitsanweisungen oder in Risikoleitplanken niedergelegt. Die Risikomessung erfolgt für operative Beteiligungen analog zu den Kreditrisiken auf Einzelengagementebene. In Bezug auf das Berichtswesen werden die Risiken des Beteiligungsportfolios zusätzlich in einem eigenen Bericht dargestellt.

Strategische Beteiligungen

Strategische Beteiligungen unterstützen den Auftrag der KfW, ein effizientes und nachhaltiges Förderangebot bereitzustellen. Neben der Verstärkung und dem Ausbau von Kernkompetenzen steht daher die Komplementierung von KfW-Geschäftsfeldern im Vordergrund. Mit dem strategischen Engagement ist in der Regel eine langfristige Haltedauer verknüpft. Daneben gibt es auch Beteiligungen, deren Grundlage §2 Abs. 4 KfW-Gesetz ist (Zuweisungsgeschäft). Diese Beteiligungen werden insbesondere aus übergeordneten strategischen Interessen eingegangen.
Die Betreuung der strategischen Beteiligungen erfolgt in einer dafür vorgesehenen Einheit auf Basis eines Beteiligungshandbuchs, das Rechtsgrundlagen, Strategien, Grundsätze, Verfahren und Zuständigkeiten des Beteiligungsmanagements abbildet. Zugang, Abgang und Veränderungen strategischer Beteiligungen unterliegen grundsätzlich definierten Due-Diligence-Prozessen und der Genehmigung durch den Gesamtvorstand sowie – gemäß KfW-Satzung – durch den Verwaltungsrat des Konzerns. Das Eingehen einer Beteiligung > 25 % erfordert zusätzlich eine Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen gemäß Bundeshaushaltsordnung (BHO). Die strategischen Beteiligungen und ihre individuellen Risiken werden laufend überwacht und im Rahmen eines jährlichen Beteiligungsberichts – sowie in anlassbezogenen Ad-hoc-Berichten – dem Gesamtvorstand vorgelegt. Die für die Beteiligungen individuell zu formulierenden Strategien werden jährlich aktualisiert. Darüber hinaus ist der Konzern bei strategischen Beteiligungen in der Regel in den Aufsichtsorganen vertreten.

Aufgrund der hohen Risikorelevanz für den Konzern sowie der einheitlichen Konzernsteuerung werden Risiken der KfW IPEX-Bank sowie der DEG im Rahmen der Konzernrisikosteuerung gemanagt – so werden zum Beispiel die Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften im Durchschau-Prinzip („Look-through“) auf die konzernweiten Limite angerechnet und in die Kapitalallokation des Konzerns einbezogen sowie Vertreter der Tochterunternehmen in die Konzern-Risikogremien eingebunden. Ferner überwacht der Konzern die DEG sowie die KfW IPEX-Bank auf Stand-alone-Ebene. Ein entsprechendes regelmäßiges Reporting erfolgt im Rahmen des Konzernrisikoberichts an den Vorstand.

Reputationsrisiko

Unter Reputationsrisiko wird die Gefahr einer längerfristigen Verschlechterung der Wahrnehmung des Konzerns aus Sicht der relevanten internen und externen Interessengruppen mit negativen Auswirkungen auf den Konzern verstanden. Diese Auswirkungen können zu Beeinträchtigungen der Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage führen (zum Beispiel Neugeschäftsrückgang)

oder nichtmonetärer Natur sein (zum Beispiel erschwerte Rekrutierung neuer Mitarbeiter). Reputationsrisiken können aus anderen Risikoarten erwachsen oder eigenständig auftreten.
Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden Reputationsrisiken dezentral gesteuert. Den Rahmen hierfür legen unter anderem das Nachhaltigkeitsmanagement mit konzernweit gültigen Nachhaltigkeitsleitsätzen, die unter anderem Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen vor der Finanzierungsentscheidung vorsehen, oder der nachhaltige Investmentansatz für das eigene Portfoliomanagement. Darüber hinaus werden neue Aktivitäten im Neue Produkte Prozess (NPP) sowie ausgelagerte Aktivitäten im Auslagerungsmanagement regelmäßig hinsichtlich potenzieller Reputationsrisiken untersucht.
Ergänzend dazu koordiniert das zentrale Reputationsrisikocontrolling im Rahmen der Risikoidentifikation das qualitative Reputationsrisiko-Assessment und erstellt ein Risikoprofil mit den größten Reputationsrisiken des Konzerns. Außerdem erfolgt eine fortlaufende Berichterstattung zu eingetretenen Reputationsrisikoereignissen.

Projektrisiko
Originäre Projektrisiken bestehen insbesondere aus sich nicht bestätigenden Planungsannahmen und haben Auswirkungen auf die Projektzielerreichung hinsichtlich Aufwand, Zeit und Qualität (zum Beispiel Unterschätzung von Umsetzungsaufwand, zeitliche Abhängigkeiten von Parallelprojekten). Projektrisiken entstehen im Konzern insbesondere im Zusammenhang mit den verschiedenen langfristig ausgelegten Großprojekten. Die Steuerung von Projektrisiken erfolgt im Rahmen des Projektmanagements sowohl während der Projektplanung als auch während der Projektdurchführung.

Das Zentrale Projektmanagementoffice (ZPMO) unterstützt die Großprojekte in ihrer Aufgabenerfüllung und bei der Zielerreichung. Als zentrale Stabsstelle für das Projektportfoliomanagement stellt es den methodischen Rahmen für die Durchführung der Großprojekte im Konzern zur Verfügung und schafft Transparenz auf Ebene des Gesamtprojektportfolios. Dadurch werden zielgerichtete Entscheidungen durch Projektboard und Vorstand ermöglicht. Das Setzen methodischer Vorgaben durch das ZPMO ermöglicht eine einheitlich hohe Umsetzungsqualität in den Projekten. Die Einhaltung der Rahmenbedingungen und Vorgaben durch die Großprojekte wird ebenfalls überwacht und unterstützt.

Interne Kontrollverfahren

Interne Revision
Die Interne Revision ist ein Instrument des Vorstands. Als prozessunabhängige Instanz prüft und beurteilt sie risikoorientiert grundsätzlich alle Prozesse und Aktivitäten des Konzerns und berichtet direkt an den Vorstand. Mit Blick auf die Prozesse des Risikomanagements hat die Interne Revision im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl dezentrale Risikomanagementprozesse als auch zentrale, bankweit relevante Aspekte des Risikomanagements und Risikocontrollings geprüft. Schwerpunkte lagen zum einen in projektbegleitenden Prüfungen der Großprojekte zum Markt- und Kreditrisiko und Meldewesen sowie in der IRBA-Selbstprüfung und der Prüfung des Kapitalplanungsprozesses. Bezüglich der dezentralen Risikomanagementprozesse waren unter anderem die Prozesse zum Risikomanagement von Finanzinstitutionen und Staaten im Prüfungsfokus.

Wie in den Vorjahren hat die Interne Revision darüber hinaus auch im Geschäftsjahr 2016 durch Teilnahme (Gaststatus) an Sitzungen von Entscheidungsgremien die Weiterentwicklung des Risikomanagements verfolgt.

Die Interne Revision der KfW ist auch eine Konzernrevision der Gruppe. Sie ist in die Prüfungsplanung der Revisionen der Tochtergesellschaften eingebunden und sie bezieht die Prüfungsergebnisse der Internen Revisionen der Tochtergesellschaften in die konzernweite Revisionsberichterstattung ein.

Compliance
Der Erfolg des Konzerns hängt maßgeblich vom Vertrauen der Anteilseigner, Kunden, Geschäftspartner, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in seine Leistungsfähigkeit und vor allem auch in seine Integrität ab. Dieses Vertrauen basiert nicht zuletzt auf der Umsetzung und Einhaltung der relevanten gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorschriften und sonstigen einschlägigen Gesetzen und Regeln. Die Compliance-Verantwortung für den Konzern liegt beim Vorstand der KfW. Der Vorstand delegiert die Wahrnehmung der damit verbundenen Aufgaben an den Bereich Compliance.

Die Ausgestaltung der Compliance-Organisation verfolgt den Ansatz des Three-Lines-of-Defence-Modells und orientiert sich als zweite Verteidigungslinie an den Anforderungen an eine MaRisk-Compliance-Funktion. Im Rahmen dessen existieren im Konzern seit Jahren Vorkehrungen zur Einhaltung von Datenschutzbestimmungen, zur Prävention von Insiderhandel, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen sowie zur Überwachung der rechtlichen Rahmenbedingungen und daraus resultierenden Umsetzungsmaßnahmen. Dies umfasst auch den Schutz von Informationen, Gebäuden, Personen und der IT-Infrastruktur sowie die Sicherstellung eines Betrieblichen Kontinuitätsmanagements. Entsprechend bestehen verbindliche Regelungen und Prozesse, die die gelebten Wertmaßstäbe und die Unternehmenskultur beeinflussen und kontinuierlich entsprechend den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Marktanforderungen angepasst werden.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konzerns finden regelmäßig Compliance- und Geldwäscheschulungen statt. Neben diesen Präsenzschulungen sind auch E-Learning-Programme zu den Themen Datenschutz, Informationssicherheit, Wertpapier-Compliance sowie Geldwäsche und Betrugsprävention verfügbar.

Internes Kontrollsystem (IKS)
Ziel des Internen Kontrollsystems (IKS) des Konzerns ist es, durch geeignete Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit und die Einhaltung der für den Konzern maßgeblichen rechtlichen Vorschriften, die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der externen und internen Rechnungslegung sowie den Schutz des Vermögens sicherzustellen.

In der KfW Bankengruppe bestehen ein konzernweit gültiger IKS-Regelkreis sowie konzernweit verbindliche Mindestanforderungen an das IKS. Das IKS des Konzerns orientiert sich dabei an den einschlägigen (bankaufsichts-)rechtlichen[8)] Vorgaben, insbesondere KWG und MaRisk, sowie an einem marktüblichen Standard, dem COSO-Modell[9)].

Entsprechend dem COSO-Modell besteht das IKS aus den fünf Komponenten Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollaktivitäten sowie Information/Kommunikation und Überwachung/Prüfung, die sich auf alle Unternehmenseinheiten sowie Unternehmensfunktionen und -prozesse des Konzerns erstrecken und die in wechselseitigen Beziehungen zueinander stehen. Das Kontrollumfeld bildet den Rahmen, innerhalb dessen der Konzern Regelungen einführt und anwendet. Im Rahmen der Risikobeurteilung erfolgt die Identifizierung, Analyse und Einschätzung der Risiken, die aus der Umsetzung der Unternehmensstrategie resultieren. Die Kontrollaktivitäten zielen darauf ab, dass die Unternehmensziele effektiv erreicht werden und Risiken aufgedeckt bzw. minimiert werden. Durch eine konsequente Informations- und Kommunikationspolitik im Konzern stehen den Beteiligten die für die zu treffenden Entscheidungen notwendigen Informationen umfassend zur Verfügung. Die Funktionsfähigkeit, Effektivität und Wirksamkeit des IKS wird durch entsprechende Überwachungs- und Prüfungsmechanismen festgestellt.

Grundlage des IKS bildet die schriftlich fixierte Ordnung. Sie setzt in Form verbindlicher Vorgaben den Rahmen für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation im Konzern.

Aufbauorganisatorische Vorkehrungen und Kontrollen in den Arbeitsabläufen stellen eine prozessintegrierte Überwachung sicher. Die prozessintegrierten Überwachungsmaßnahmen dienen der Vermeidung, Verringerung, Aufdeckung und/oder der Korrektur von Bearbeitungsfehlern oder Vermögensschäden. Vor wesentlichen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in den IT-Systemen werden die Auswirkungen der geplanten Veränderungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität analysiert.

Zur Minimierung des Fehlerrisikos im Einzel- und Konzernabschluss sowie zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen und verlässlichen internen und externen Rechnungslegung hat der Konzern rechnungslegungsbezogene Kontrollen implementiert. Die rechnungslegungsbezogenen Kontrollen sind Bestandteil des IKS.

Die Interne Revision prüft die ordnungsgemäße Durchführung der IKS-relevanten Kontrollen im Rahmen eines IKS-Kontrolltestings.

Das System wird ergänzt durch die Compliance, die auf Basis der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben/Rahmenbedingungen entsprechende Maßnahmen definiert und deren Einhaltung überwacht. Im Rahmen der Compliance-Funktion erfolgt eine regelmäßige prozessorientierte/-begleitende Überwachung der entsprechenden Teile des Internen Kontrollsystems. Des Weiteren werden die Ergebnisse der Risikocontrolling-Funktion (unter anderem OpRisk) berücksichtigt.

Die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS wird zudem von der Internen Revision auf Basis prozessunabhängiger und risikoorientierter Prüfungen beurteilt.

Die detaillierte Umsetzung des IKS in der KfW und den rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaften KfW IPEX-Bank und DEG richtet sich nach den zentralen Vorgaben sowie den jeweiligen Geschäftsfeldern und Risikostrategien.

Die Gesamtverantwortung für das Interne Kontrollsystem des Konzerns liegt beim Vorstand. Zudem sind für die KfW IPEX-Bank und DEG die jeweiligen Geschäftsführungen verantwortlich. Die Ausgestaltung und Umsetzung auf den verschiedenen Unternehmensebenen liegt entsprechend der Organisation in der Verantwortung der jeweiligen Führungskräfte. Gegenüber den Aufsichtsorganen im Konzern erfolgt eine jährliche Berichterstattung.

Um die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS zu gewährleisten, werden die gesetzten Standards und Konventionen regelmäßig hinterfragt und kontinuierlich weiterentwickelt. Außerdem wird eine nachhaltige Verankerung in den Bereichen des Konzerns sichergestellt.

[8)] Vgl. § 25 a Abs. 1 Nr. 1 KWG, MaRisk AT 4.3, §§ 289 HGB Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, 324 HGB, 264 d HGB
[9)] COSO = „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“

Prognose- und Chancenbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Entwicklungstrends

Die KfW erwartet für 2017 ein **globales Wachstum** von 3,4 % und damit etwas mehr Dynamik als im Jahr 2016.

Ein moderater Aufwärtstrend gilt sowohl für die **Industriestaaten** (Prognose für 2017: 1,7 %) als auch die **Entwicklungs- und Schwellenländer** (EL/SL, Prognose 4,6 %). In den USA wird sich die Konjunkturdynamik im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich moderat beschleunigen. Demgegenüber dürften sich in Großbritannien verstärkt negative Folgewirkungen des Brexit-Votums zeigen und zu einer merklichen Wachstumsverlangsamung führen. In der Gruppe der EL/SL stabilisiert sich vermutlich 2017 die Lage in den großen Krisenländern Brasilien und Russland, in China setzt sich die graduelle Abkühlung der Konjunktur fort, eine „harte Landung" ist unwahrscheinlich. Etliche weitere SL und auch viele ärmere EL lassen anhaltend solides Wachstum erwarten. Dieser Weltwirtschaftsausblick unterliegt allerdings deutlichen wirtschaftlichen und geopolitischen Risiken. Eine geldpolitische Wende, wie sie zum Beispiel die US-Notenbank inzwischen betreibt und fortsetzen dürfte, ist mit Anpassungsproblemen verbunden und strahlt auf andere Länder aus. Die Krise im Euroraum ist noch nicht überwunden.

Das Brexit-Votum, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und das gescheiterte Referendum in Italien sorgen für Verunsicherung bei Investoren in diesen Ländern, aber auch bei den Handelspartnern. Die Befürworter von Freihandel und Integration geraten in den USA und Europa zunehmend in die Defensive. Ein höheres und nachhaltiges Wirtschaftswachstum erfordert in Industriestaaten und EL/SL mehr Investitionen sowie Strukturreformen (zum Beispiel Arbeitsmarkt, Wettbewerb, Fiskalpolitik, Infrastruktur, Finanzsektor). Neben diesen wirtschaftlichen Risiken bestehen weiterhin geopolitische Risiken wie militärische Konflikte in vielen Weltregionen und damit zusammenhängend Gefahren des Terrorismus sowie Herausforderungen durch Flüchtlingsströme.

In den Mitgliedsländern der **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)** bleibt das Wachstum 2017 stabil, kommt aber über ein mäßiges Tempo nicht hinaus. Die wirtschaftliche Erholung fußt weiterhin auf dem privaten Konsum, der von der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt profitiert. Bei der Beschäftigungsquote ist das Niveau von 2008 wieder in Reichweite, allerdings geht der Abbau der Arbeitslosigkeit immer noch zu langsam vonstatten. Von Seiten der Fiskalpolitik ist allenfalls mit geringen stützenden Impulsen zu rechnen. Trotz erster Schritte hin zur Normalisierung sorgt die expansiv ausgerichtete Geldpolitik für niedrige Finanzierungskosten. Dies und die bereits hohe Kapazitätsauslastung sprächen für eine dynamischere Entwicklung der Unternehmensinvestitionen. Die aus fundamentaler Sicht guten Rahmenbedingungen treffen jedoch auf die oben bereits angerissenen politischen Risiken, die den Planungsprozess der Unternehmen merklich erschweren und eine deutliche Beschleunigung der bereits über Jahre hinweg schwachen Investitionstätigkeit konterkarieren. Insgesamt rechnet die KfW im Jahr 2017 in den Ländern der EWU mit einem Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von etwa 1,5 %. Trotz der intakten Erholung produziert die Wirtschaft der Eurozone damit pro Kopf immer noch weniger als vor zehn Jahren. Das trägt zu politischen Spannungen innerhalb des Währungsraums bei, zumal die Aufholprozesse in den von der Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten nur langsam vonstattengehen.

Die konjunkturelle Verfassung der **deutschen Wirtschaft** zu Beginn des Jahres 2017 ist alles in allem gut, zumal wenn man sich die schwierigen internationalen Rahmenbedingungen vor Augen führt. Die Binnennachfrage als wesentlicher Treiber der wirtschaftlichen Dynamik hat noch immer Kraft. Der Konsum dürfte 2017 erneut solide wachsen, da die Erwerbstätigkeit weiter zunimmt. Die steigende Inflationsrate wird allerdings die Reallohndynamik drücken, sodass die Konsumzuwächse voraussichtlich etwas weniger kräftig ausfallen werden als 2016. Das Gleiche gilt der Tendenz nach auch für den Wohnungsbau, bei dem sich die anziehenden Zinsen leicht bremsend auswirken sollten. Die hohe Auslastung der Industriekapazitäten spricht für sich genommen zwar für eine spürbare Ausweitung der Unternehmensinvestitionen. Dennoch dürfte der Anstieg wohl nur gedämpft ausfallen, da die Folgen des Brexit-Votums und der neue handelspolitische Kurs der USA noch nicht zuverlässig abzuschätzen sind. Das Risiko einer künftig weniger offenen Weltwirtschaft erschwert die Investitionsplanung insbesondere in den für Deutschland wichtigen Exportbranchen. Dessen ungeachtet sollten sich die Exporte etwas erholen, nicht zuletzt weil wichtige Schwellenländer wie Brasilien und Russland die Rezession wohl hinter sich lassen können. Alles in allem erwartet die KfW für 2017 ein Realwachstum von 1,3 %. Das wäre rund ein halber Prozentpunkt weniger als 2016, wobei der größere Teil des erwarteten Tempoverlusts auf erhebliche Schwankungen bei der Arbeitstagezahl zurückzuführen ist. Die Bandbreite der Ende 2016 öffentlich verfügbaren Konjunktureinschätzungen für das Jahr 2017 reicht von 0,9 bis 1,7 %.

Das **Finanzmarktumfeld** bleibt 2017 weiterhin von einer insgesamt sehr expansiven Ausrichtung der Geldpolitik geprägt. Die Europäische Zentralbank wird zwar ab April ihr Wertpapierankaufvolumen von monatlich 80 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR reduzieren. Sie wird dieses Programm aber bis mindestens Ende 2017 fortführen, was eine weitere deutliche Ausweitung der Zentralbankbilanz impliziert. Auch der negative Einlagensatz wird in der

Eurozone vermutlich noch für längere Zeit beibehalten werden. Demgegenüber befindet sich die US-Notenbank bereits seit Ende 2015 im monetären Straffungszyklus. Bislang hat sie die Leitzinsen aber nur sehr moderat erhöht und wird diesen behutsamen Kurs voraussichtlich auch 2017 fortsetzen. Vor diesem Hintergrund bleibt das Zinsanstiegspotenzial insbesondere in der Eurozone begrenzt.

Für Unruhe an den Finanzmärkten könnten 2017 erneut politische Ereignisse sorgen. Neben wichtigen Wahlentscheidungen in einigen Euro-Mitgliedsländern und dem wahrscheinlichen Beginn der Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens besteht zu Jahresbeginn 2017 insbesondere bezüglich des wirtschaftspolitischen Kurses des neuen US-Präsidenten erhebliche Unsicherheit. Im Falle starker fiskalpolitischer Impulse und damit einhergehend deutlich anziehender Inflationserwartungen könnte sich die US-Notenbank zu schnelleren und stärkeren Zinsstraffungen veranlasst sehen als von den meisten Finanzmarktteilnehmern derzeit angenommen – mit entsprechend negativen Implikationen für Drittländer und für die Finanzmärkte.

Risikoseitige Prognose – Risikolage und Risikotragfähigkeit

Aus Risikosicht sind die wirtschaftlichen Entwicklungen für 2017 nach dem Wahlausgang in den USA schwer prognostizierbar: Während für die USA von der versprochenen expansiven Fiskal- und Steuerpolitik der neuen US-Regierung Konjunkturimpulse ausgehen könnten, sind die weltwirtschaftlichen Auswirkungen einer derartigen Veränderung der Wirtschaftspolitik in den USA schwer abzuschätzen. Historische Erfahrungen mit dieser an die sogenannte Reaganomics – Steuersenkungen und Erhöhung der Staatsausgaben – erinnernden Wirtschaftspolitik waren recht ernüchternd und führten zu einer kräftigen Erhöhung der Staatsverschuldung und einem kräftigen Zinsanstieg. Zudem war diese Phase durch eine starke Volatilität des US-Dollar geprägt. Hinzu kommt, dass bei konsequenter Umsetzung der verkündeten protektionistischen Außenwirtschaftspolitik mittelfristig das Konfliktpotenzial auch in anderen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit (zum Beispiel Umwelt, Sicherheit) zunimmt. Betroffen von Handelsrestriktionen wären in erster Linie die NAFTA-Partner Mexiko und Kanada, aber auch China und die Eurozone (insbesondere Deutschland). Insgesamt ergibt sich somit grundsätzlich das Potenzial für neue weltwirtschaftliche Turbulenzen.

Die Wachstumsaussichten für die **Industrieländer** für 2017 bleiben insbesondere aufgrund anhaltender struktureller Probleme in der Eurozone durchwachsen. Die Konjunkturdynamik in Großbritannien wird aller Voraussicht nach vor dem Hintergrund der Brexit-Perspektive nachlassen. Die Wachstumsaussichten für Japan bleiben auf niedrigem Niveau. In der Gruppe der **Schwellenländer,** von denen einige große Länder, wie zum Beispiel China, Mexiko, Nigeria und Südafrika, im Jahr 2016 teilweise deutliche Rückgänge ihres Wachstums sowie Abwertungen ihrer Währungen hinnehmen mussten, bleibt die Anfälligkeit für neue Schocks unverändert hoch. Hinzu kommt, dass nach wie vor ein beträchtliches Rückschlagpotenzial durch geopolitische Spannungen oder erneute Unruhe an den **Finanzmärkten** besteht. Entsprechend bleiben die Risiken für die Weltkonjunktur weiterhin signifikant.

Wie bereits im vergangenen Jahr wird auch 2017 das anhaltende Niedrigzinsniveau Druck auf die Profitabilität des **deutschen Bankensektors** ausüben und vor allem Banken mit stark zinsabhängigen Geschäftsmodellen vor zunehmende Herausforderungen stellen. Der hohe Margendruck, neue Wettbewerber (wie Fintechs) und steigende regulatorische Anforderungen werden die Banken zu weiteren Kosteneinsparungen veranlassen und könnten den Konsolidierungsprozess beschleunigen. Die **Kapitalisierung der EU-Banken** hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Trotzdem weisen Banken in den südeuropäischen Staaten eine unterdurchschnittliche harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) aus, sodass für diese die Kapitalstärkung auch 2017 von hoher Bedeutung sein wird. Auch in den kommenden Jahren werden durch die Basel III-Umsetzung, die Erfüllung von **Total Loss Absorbing Capacity/Minimum Requirement for Eligible Liabilities** (TLAC/MREL) sowie die neuen, vor allem die Berechnung der Risikoaktiva betreffenden Anforderungen (Basel IV) viele Banken, insbesondere die nordischen, deutschen, niederländischen und Schweizer Institute, voraussichtlich mit weiter steigenden Eigenmittelanforderungen konfrontiert. Die Unsicherheitsfaktoren bleiben insgesamt für die **europäischen Banken** 2017 signifikant. Neben der noch nicht gelösten Bankenkrise in Italien können auch die Wahlausgänge in den Niederlanden, Frankreich oder Deutschland sowie die Verhandlungen mit Großbritannien (Brexit) die Finanzmärkte und damit auch die Banken belasten. Für den **US-amerikanischen Bankenmarkt** fällt der Ausblick 2017 positiv aus, da sich die Ertragskraft infolge weiterer Leitzinserhöhungen der Fed, eines fortgesetzten Kreditwachstums sowie erwarteter Erleichterungen bei der Bankenregulierung verbessern dürfte. Die Kehrseite höherer Zinsen in den USA sowie einer weiteren möglichen Aufwertung des US-Dollar werden jedoch einige **Bankenmärkte in den Entwicklungs- und Schwellenländern** zu spüren bekommen. Dies betrifft einerseits Länder, die auf ausländische Refinanzierung angewiesen sind, wie beispielsweise die Türkei, aber auch Länder, in denen Banken einen Großteil ihrer Kredite in US-Dollar vergeben haben, wie einige Länder der GUS und einzelne Länder Lateinamerikas.

Für den deutschen **Unternehmenssektor** wird für 2017 vor dem Hintergrund einer stabilen Binnennachfrage und anziehender Exporte eine positive Gesamtentwicklung erwartet. Aufgrund ungewisser politischer Entwicklungen vor allem in Europa und den USA bestehen allerdings auch hier erhöhte Unsicherheiten.

Auf dem deutschen **Beteiligungsmarkt** hat sich die positive Stimmung nach einer kurzzeitig verhalteneren Phase nun auf hohem Niveau gefestigt. Sowohl das Fundraising- als auch das Exitklima gestalten sich gut. Die Private-Equity-Szene profitiert von dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und dem dadurch ungebrochenen Investoreninteresse an alternativen Finanzanlagen. Die Bundesregierung setzt zusätzlich Signale zur Verbesserung

der politischen und steuerlichen Rahmenbedingungen, sodass auch für das Jahr 2017 der Marktausblick freundlich erscheint. Eine Eintrübung könnte sich allerdings je nach Entwicklung des allgemeinen politisch-wirtschaftlichen Umfeldes ergeben.

Die Performance europäischer **Verbriefungen** wird trotz verschiedener Unsicherheiten im politisch-wirtschaftlichen Umfeld auch 2017 stabil auf gutem Niveau erwartet. Grund dafür sind die belastbar abgesicherten Strukturen, auch der Verbriefungen aus Süd- und Südwesteuropa.

Aus den erwarteten Entwicklungen in den risikorelevanten Segmenten des KfW-Konzerns werden insgesamt keine materiellen Auswirkungen auf die Risikolage erwartet.

Die im Rahmen des internen Kapitaladäquanzprozesses erstellten Prognosen der **(harten) Kern- und Gesamtkapitalquote des KfW-Konzerns** zeigen, dass die für 2017 erwarteten aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen deutlich erfüllt werden.

Für die Ökonomische Risikotragfähigkeit (Solvenzniveau 99,99 %) des Konzerns wird im Geschäftsjahr 2017 insgesamt eine stabile Entwicklung erwartet.

Sich gegebenfalls ändernde wirtschaftliche, politische sowie (aufsichts-)rechtliche Rahmenbedingungen können einen deutlichen Einfluss auf die Kapitalquoten und die Ökonomische Risikotragfähigkeit haben. Die Prognosen für das Jahr 2017 sind daher mit erheblicher Unsicherheit verbunden.

Das Jahr 2016 wies eine stabile **Liquiditätssituation** auf. Das Refinanzierungsvolumen entsprach den Planwerten. Der Refinanzierungsbedarf 2017 liegt bei circa 75 Mrd. EUR aufgrund geringerer liquiditätswirksamer Rückflüsse sowie gegenüber 2016 gestiegener Mittelabflüsse über dem Vorjahresniveau. Die außerplanmäßigen Tilgungen werden vermutlich auf hohem Niveau verharren. Aufgrund der weiterhin stabilen Refinanzierungssituation werden keine signifikanten Veränderungen des Liquiditätsrisikos erwartet.

Neugeschäftsplanung

Überblick

Für das Jahr 2017 plant die KfW Bankengruppe ein **Fördervolumen** in Höhe von 75,5 Mrd. EUR. Darin reflektiert ist zum einen die Fortsetzung eines moderaten Wachstumskurses der Auslandsgeschäftsfelder, zum anderen eine stabile Inlandsförderung auf hohem Niveau. Der Rückgang im Vergleich zum Jahr 2016 geht auf Sonderfaktoren zurück, die im Jahr 2016 insbesondere in den Förderschwerpunkten Wohnen und Infrastruktur im Geschäftsfeld Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute zu einem höheren Zusagevolumen führten. Zur Umsetzung des Strategischen Zielsystems des KfW-Konzerns enthalten die Pläne der Geschäftsfelder Maßnahmen zur strategischen Fokussierung auf Förderqualität und eine Ausrichtung der Geschäftsaktivitäten entlang der thematischen Schwerpunkte „Klimawandel & Umwelt", „Globalisierung & technischer Fortschritt" und „Demografische Entwicklung". Durch ihre Förderung unterstützt die KfW die digitale Transformation der Wirtschaft. Mit einem geplanten Anteil der Klima- und Umweltschutzfinanzierungen am Fördervolumen von 35 % wird die Vorgabe des Strategischen Zielsystems (rund 35 %) erreicht. Die Mittelstandsquote entwickelt sich weiterhin stabil, hier wird ein Anteil der geplanten Mittelstandsfinanzierungen an der inländischen Förderung von 45 % auf dem Niveau des Strategischen Zielsystems (rund 45 %) erwartet.
Im inländischen Fördergeschäft wird der Fokus weiterhin auf der Mittelstandsfinanzierung und der Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen liegen. Die internationalen Geschäftsbereiche der KfW verstetigen ihren mittelfristigen Wachstumskurs zur Unterstützung der Internationalisierung deutscher Unternehmen im Rahmen der Globalisierung.

Inlandsgeschäft

Im Inlandsgeschäft unterstützt die KfW die Wirtschaft in Deutschland mit den Förderprogrammen der Geschäftsfelder Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute. Hier fördert sie Investitionen von Privatpersonen, Unternehmen, Städten, Gemeinden sowie gemeinnützigen und sozialen Organisationen.

Die **Mittelstandsbank** sieht sich auch in Zukunft als verlässlicher und umsetzungsstarker Partner des deutschen Mittelstands, der Ministerien sowie der Finanzierungspartner. Durch die günstige, langfristige Finanzierung von Investitions- und Gründungsvorhaben sowie Unternehmensnachfolgen leistet sie einen mittelbaren Beitrag zum Erhalt der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Neuausrichtung der Beteiligungsfinanzierung wurde mit Etablierung der ERP-Venture Capital-Fondsinvestments und Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit des Co-Investitionsfonds coparion erfolgreich umgesetzt. Mit mehr als 40 % ihres Zusagevolumens bleibt die Mittelstandsbank ein wichtiger Finanzierungspartner im Bereich Klima- und Umweltschutz, insbesondere im Rahmen der Energiewende. Bis Ende 2016 war der 2011 aufgelegte KfW-Aktionsplan Energiewende mit einem Finanzierungsvolumen von insgesamt über 100 Mrd. EUR erfolgreich umgesetzt. Bereits 2016 wurde durch die Einführung des Programmteils „Abwärme" im Bereich der Energieeffizienz sowie durch die Erweiterung der Produktgruppe Erneuerbare Energien um neue Verwendungszwecke (insbesondere Flexibilisierung des Stromsystems, Digitalisierung der Energiewende) das Förderangebot in diesem Bereich nochmals deutlich verbessert. Für die Mittelstandsbank sind die folgenden Marktentwicklungen wesentliche externe Einflussfaktoren:

1. Die erwartete weiter andauernde Niedrigzinsphase wird den Banken weiterhin eine gute Liquiditätsausstattung ermöglichen.
2. Die Digitalisierung verändert die ökonomischen Rahmenbedingungen für den Mittelstand nachhaltig (Industrie 4.0). Innovationsfähigkeit und -geschwindigkeit sind damit weiterhin wesentliche Erfolgsfaktoren für Unternehmen und Volkswirtschaften in Deutschland und bleiben primärer förderpolitischer Fokus der Bundesregierung (unter anderem „Digitale Strategie 2025", „Hightech-Strategie" der Bundesregierung).
3. Die Unterstützung der Energiewende ist als eines der zentralen wirtschafts- und umweltpolitischen Vorhaben der Bundesre-

gierung weiterhin von hoher Relevanz. Die Dringlichkeit, die politisch gesetzten Ziele zur Treibhausgasreduktion zu erreichen, wurde mit dem Bekenntnis der Bundesregierung zum Pariser Klimaschutzabkommen nochmals bestärkt. Der Bereich der Klima- und Umweltschutzfinanzierungen ist dabei weiterhin stark von regulatorischen Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene geprägt.

Für 2017 plant die Mittelstandsbank mit einem Fördervolumen von insgesamt 20,7 Mrd. EUR die Förderung auf dem Niveau von 2016 fortzuführen. Dabei stehen folgende Weiterentwicklungen im Vordergrund:

- Die relevanten Energie- und Umweltprodukte werden im KfW-Aktionsplan Energiewende gebündelt und vermarktet.
- Das Produktangebot in der Beteiligungsfinanzierung mit den drei Säulen High-Tech Gründerfonds, ERP-Venture Capital-Fondsinvestments und dem Co-Investitionsfonds coparion wird verstetigt.
- Im Kontext der Erweiterung der Förderangebote für „Digitalisierung/Industrie 4.0" erfolgt eine Ausrichtung der Innovationsförderung auf den Zukunftstrend Digitalisierung.
- Als zentrales mittelfristiges strategisches Ziel der Mittelstandsbank wird die konsequente Digitalisierung des Fördergeschäfts in allen Dimensionen (Produkte, Vertrieb, Prozesse) angestrebt. Seit Mitte 2016 erfolgt dazu der Einstieg in die vollständige digitale Beantragung und Zusage gewerblicher Förderprodukte mit Öffnung der Vertriebsplattform „BDO 2.0" für die ersten Produkte sowie einem Pilot-Vertriebspartner. 2017 wird sukzessive auf weitere Vertriebspartner und Produkte in der Bankendurchleitung erweitert.

Die **Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute** fokussiert ihre Förderaktivitäten weiterhin auf die beiden Megatrends „Klimawandel & Umwelt" und „Demografische Entwicklung". Ziel ist die Beibehaltung hoher Förderanteile innerhalb dieser Megatrends und eines hohen Niveaus der Förderqualität der Förderprodukte.
Langfristiges Ziel des Geschäftsfelds neben der Fokussierung auf Privatkunden bleibt zudem, verlässlicher Partner der Kommunen und kommunalnahen Unternehmen sowie der Landesförderinstitute (LFI) zu sein. Zudem wird die große Bedeutung der Kundengruppe Mittelstand insbesondere durch die Unterstützung von Leasinginvestitionsfinanzierungen adressiert.
Im Geschäft mit Privatkunden führen vier wesentliche Faktoren auf mittlere Sicht zu anhaltend hoher Nachfrage:

1. Das anhaltend niedrige Zinsniveau und steigende Einkommen begünstigen Investitionen in Wohnimmobilien.
2. Klimawandel und Energiewende wirken nachfragestärkend in den wohnwirtschaftlichen Programmen für Energieeffizientes Bauen und Sanieren.
3. Die demografische Entwicklung erfordert zunehmende Investitionen für die bedarfsgerechte Entwicklung von Wohnraum.
4. Die Erhöhung der Bildungsintensität und die Qualifizierung von Fachkräften führen zu einer Aufrechterhaltung des Förderbedarfs in Bildungsprogrammen für Schüler, Studenten und Berufsqualifizierer.

Insbesondere die Programme zum Energieeffizienten Bauen und Sanieren positionieren die KfW als zentralen Förderer von Umweltschutz für Privatkunden und Standardsetzer für Energieeffizienz in Wohngebäuden. Das strategische Ziel „Demografische Entwicklung" wird im Rahmen der Förderaktivitäten durch Programme zum barrierereduzierenden Umbau von Bestandsimmobilien sowie durch ein verlässliches und kundenorientiertes Angebot zur Finanzierung von Wohneigentum verfolgt. Zudem wird dieses strategische Ziel über die Weiterführung des seit zehn Jahren am Markt erfolgreich etablierten Studienkredits sowie flankierender Bildungsangebote zur schulischen und beruflichen Qualifizierung unterstützt. Die beiden Basisprogramme „IKK – Investitionskredit Kommunen" und „IKU – Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen" dienen dazu, die KfW als verlässlichen Partner der Kommunen und kommunalnahen Unternehmen zu positionieren. Als Finanzierungspartner der LFI will das Geschäftsfeld das Geschäftsvolumen der programmbasierten Globaldarlehen auf dem bestehenden hohen Niveau sichern. Auch in der „Allgemeinen Refinanzierung" soll das Geschäftsvolumen auf hohem Niveau beibehalten werden. Die klassische inländische Förderung des Geschäftsfelds wird aufgrund der großen Bedeutung der KfW-Kundengruppe „Mittelstand" im Wesentlichen durch Globaldarlehen für Leasing-Finanzierungen und Globaldarlehen an europäische Geschäfts- und Förderbanken für KMU- bzw. Energieeffizienzfinanzierungen ergänzt.

Nach der Automatisierung der Online-Antragsbearbeitung („BDO 2.0") für wohnwirtschaftliche Förderprogramme wird die Digitalisierungsstrategie weiter vorangetrieben, insbesondere durch den sukzessiven Ausbau des neu eingeführten Zuschussportals der KfW.

Die Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute plant für das Jahr 2017 ein Fördervolumen in Höhe von 28,5 Mrd. EUR.

Finanzmärkte

Das Geschäftsfeld **Finanzmärkte** unterstützt mit Investitionen in Verbriefungstransaktionen die Verbesserung der Kreditversorgung über Kapitalmarktinstrumente. So leistet die KfW einen Beitrag zur Diversifizierung und Stabilisierung der Refinanzierungsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmen in Deutschland und Europa. Für 2017 sind Investitionen in Höhe von rund 1,3 Mrd. EUR geplant, davon bis zu 500 Mio. EUR mit europäischem KMU-Bezug. Unter Federführung von KfW und Europäischem Investitionsfonds (EIF) wurde 2016 mit weiteren nationalen Förderinstitutionen (National Promotional Institutes, NPI) aus europäischen Ländern die „EIF-NPI Securitisation Initiative" (ENSI) gegründet. Sie hat das Ziel, durch gemeinsame Beteiligungen an Verbriefungstransaktionen den Markt zu revitalisieren und somit die Refinanzierungsmöglichkeiten für mittelständische Unternehmen in Europa zu verbessern. Die Zusammenarbeit von KfW mit EIF und nationalen Förderinstitutionen wird im kommenden Jahr im Rahmen von ENSI weiter intensiviert. Über ENSI soll zukünftig die kapitalmarktgestützte Mittelstandsfinanzierung im Sinne des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (sogenannter „Juncker-Plan") gestärkt werden.

Unter dem im Frühjahr 2015 durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit erteilten Förderauftrag wird durch den Ankauf von Green Bonds ein Beitrag zur Finanzierung geeigneter Klima- und Umweltschutzprojekte sowie zur Weiterentwicklung des Green-Bond-Marktes geleistet. In den nächsten zwei bis drei Jahren ist geplant, das Green-Bond-Portfolio auf ein Volumen von 1 Mrd. EUR auszubauen. Für 2017 sind Neuinvestitionen in Höhe von rund 300 Mio. EUR vorgesehen.

Für das Geschäftsjahr 2017 plant das Geschäftsfeld Finanzmärkte ein Fördervolumen in Höhe von insgesamt 1,6 Mrd. EUR.

Auslandsgeschäft

Ziel des Geschäftsfeldes **Export- und Projektfinanzierung** ist es weiterhin, als Spezialfinanzierer und verlässlicher Partner die deutsche und europäische Wirtschaft zu stärken. Die wirtschaftliche Entwicklung in den für das Geschäftsfeld wesentlichen Märkten in Deutschland ist solide und in den OECD-Staaten insgesamt befriedigend. In den relevanten Entwicklungs- und Schwellenländern zeigen sich wenige Regionen mit Wachstumspotenzial, zum Beispiel Indonesien, Länder der Andenregion und Mexiko. Herausforderungen zeigen sich in wichtigen Märkten wie Brasilien, Russland und Türkei. Insgesamt besteht ausreichend Potenzial für deutsche und europäische Exporteure und Unternehmen, die in ihre Wettbewerbsfähigkeit investieren, und damit gibt es auch Ansätze für das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung. Das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung (das heißt sowohl das Fördergeschäft in der Bilanz der KfW als auch das Marktgeschäft der Tochter KfW IPEX-Bank) ist auf die nachhaltige Unterstützung der deutschen und europäischen Wirtschaft mittels Export- und Projektfinanzierung zum Erhalt und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Internationalisierung ausgerichtet. Zur Erreichung der strategischen Ziele verfolgt das Geschäftsfeld einen kontinuierlichen Ausbau seiner Strukturierungskompetenz. Konkret werden hier strategische Optionen geprüft und weiterentwickelt, um den Kunden marktgerechte Produkte zu wettbewerbsfähigen Konditionen anzubieten. Dazu gehören eigenkapitalschonende Produkte wie „Private Risk Insurance“ (PRI), die Übernahme ausgewählter Rollen bei Kapitalmarktgeschäften wie Project Bonds und strukturierten Corporate Bonds sowie das Ausplatzieren großer selbst strukturierter Finanzierungen. Zur nachhaltigen Stabilisierung der Erträge kommt der weiteren Verbesserung der Risikodiversifizierung hohe Bedeutung zu. Schwerpunkte bilden dabei die stärkere Fokussierung des Vertriebs auf Risikogewichtete Aktiva-schonendes Geschäft und die Prüfung des verstärkten Einsatzes von Absicherungsinstrumenten und Risikoausplatzierungen (PRI und Syndizierung) sowie die verstärkte Identifizierung und Steuerung verdeckter Konzentrationsrisiken (Fokus-Portfolios). Insgesamt soll dies zu weniger volatilen und begrenzten Risikokosten führen. Zur kontinuierlichen Weiterentwicklung des Geschäftsfelds sind darüber hinaus diverse Projekte in der strategischen Initiative IPEXnext gebündelt.
Nach der Normalisierung der Zusageentwicklung 2016 plant das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung in Fortsetzung seines vom Vorstand verabschiedeten Wachstumskurses für das Geschäftsjahr 2017 ein Fördervolumen von 15,9 Mrd. EUR.

Im Geschäftsfeld **Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer** sind die Geschäftsaktivitäten der KfW Entwicklungsbank und der DEG zusammengefasst.

Die **KfW Entwicklungsbank** erwartet auch in den kommenden Jahren eine dynamische Geschäftsentwicklung: Vor dem Hintergrund einer positiven Konjunkturentwicklung in Deutschland, im Flüchtlings- und Krisenkontext sowie angesichts des anhaltenden Bedarfs in der Klimafinanzierung wird der hohe deutsche ODA-Beitrag (Official Development Assistance) fortgesetzt. Schwerpunkte sind die Themenbereiche Krise/Flucht, Berufsbildung/Beschäftigung, Klimafinanzierung und Stadtentwicklung. Im Rahmen des Flüchtlings- und Krisenkontextes hat die EU-Kommission einen EU-externen Investitionsplan zur Bekämpfung von Migrationsursachen angekündigt.
Neben den Ergebnissen des Klimagipfels 2015 sowie deren Konkretisierung und Operationalisierung bei der diesjährigen COP 22 wird die Implementierung der ambitionierten „Sustainable Development Goals“ (SDG) in Zukunft das Geschäftsmodell von bi- und multilateralen Entwicklungsbanken als wesentliche Quellen von Finanzierung und Know-how stärken. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Wirkungsberichterstattung, um Fortschritte messbar zu machen. Die meisten Entwicklungsbanken – allen voran die Asian Development Bank (ADB), die Agence Française de Développement (AFD) und die Weltbank – steigern ihre Finanzierungsvolumina und bauen ihre Kooperationen mit regionalen und nationalen Entwicklungsbanken besonders in Afrika weiter aus. Flankiert durch die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) und New Development Bank (NDB) können diese neuen Akteure und Allianzen die Wachstumsziele unterstützen, erhöhen parallel aber auch die Gefahren eines Abwärtswettlaufs bei der Qualität von Projekten. Komplementär dazu differenzieren die Entwicklungsbanken ihre Produkte (zum Beispiel Non-sovereign Loans, Lokalwährungsfinanzierungen, eigene Garantiemechanismen) und streben eine wachsende Rolle der Privatwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit an. Zur Unterstützung des Bundes beim Ausbau und bei der internationalen Positionierung der deutschen Finanziellen Zusammenarbeit will die KfW Entwicklungsbank die zusätzlichen Haushaltsmittel zügig umsetzen und das Fördervolumen entsprechend steigern. Dabei wird sie ihre internationale Klimafinanzierung unter anderem mit der Umsetzung neuer innovativer Förderansätze (zum Beispiel Klimarisikoversicherungen) und der Weiterentwicklung des Klimaanpassungs-Portfolios (zum Beispiel im Wassersektor oder in der Stadtentwicklung) weiter ausbauen. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Schwellenländern stehen Finanzierung und Technologietransfer zugunsten des Klimaschutzes im Fokus.
Die KfW strebt an, die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern gezielt auszubauen. Im Rahmen des von der EU initiierten „External Investment Plan“ hat die KfW in enger Kooperation mit bilateralen europäischen Förderinstituten (zum Beispiel AFD) maßgebliche Vorschläge eingebracht, unter anderem zur Entwicklung eines europäischen Besicherungsinstruments. Neben einer intensiven Zusammenarbeit im europäischen Kontext werden ausgewählte Kooperationen mit relevanten internationalen Akteuren umgesetzt.

Die KfW Entwicklungsbank leistet einen signifikanten Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise mit direkten Auswirkungen auf Deutschland durch die Umsetzung von Projekten in Krisengebieten sowie durch die Minderung der Folgen aus Klimaveränderung, Globalisierung und demografischer Entwicklung.
Die KfW Entwicklungsbank plant für 2017 ein Zusagevolumen von 7,2 Mrd. EUR.
Als Förderer der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern leistet die DEG signifikante Beiträge zu den beiden Primärzielen „Globalisierung & technischer Fortschritt" sowie „Klimawandel & Umwelt".
Vor dem Hintergrund eines veränderten Umfeldes – insbesondere im Hinblick auf die volatile, heterogene Entwicklung der Märkte, gewachsene Stakeholdererwartungen an die Beiträge der Privatwirtschaft zur Erreichung der neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) und die Begleitung deutscher, insbesondere mittelständischer Unternehmen sowie steigende regulatorische Anforderungen – hat die DEG ihre Strategie weiter optimiert. Sie setzt dabei auf ihre Kernkompetenzen in der Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern durch das Angebot umfassender Finanzierungs- und Beratungsleistungen. Im Zentrum ihrer Aktivitäten steht der nachhaltige und erfolgreiche Kunde, der durch seine Aktivitäten lokale Entwicklungen katalysiert und somit zur Umsetzung der SDG beiträgt. Zentrale Beiträge sind die Schaffung guter und fairer Beschäftigung, die Generierung lokalen Einkommens sowie das Angebot innovativer Produkte und Dienstleistungen bei gleichzeitiger Berücksichtigung positiver Klima- und Umwelteffekte und des Nutzens für die Menschen und Gemeinden im Umfeld. Zur Unterstützung des Engagements deutscher, insbesondere mittelständischer Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern werden die bisherigen Finanzierungs- und Förderangebote erweitert. Ziel ist es, den Zugang zu lokalen Finanzierungen für deutsche Kunden und ihre Geschäftspartner zu verbessern und verstärkt deutsche private Mittel zu mobilisieren.
Ein nachhaltiger Ertrag sichert die Risikotragfähigkeit der DEG und das Wachstum aus eigener Kraft. Gewinne werden thesauriert, stützen so die Kapitalbasis und das qualitative Wachstum des Finanzierungsgeschäfts der DEG. Voraussetzung sind eine risikoadäquate Verzinsung und professionelles Portfoliomanagement. Ökonomischer Erfolg ist zudem wichtig, um als Pionierinvestor in Entwicklungs- und Schwellenländern Hebelwirkung zu entfalten. Als Risikokapitalanbieter mit entsprechender Signalfunktion und Anbieter langfristiger und subsidiärer Darlehen zielt die DEG zunehmend auf die Finanzierung von Unternehmen in „International Development Association"(IDA)- und (Post-)Konfliktländern. Mit der wachsenden Sichtbarkeit der Bedeutung der Privatwirtschaft für die Umsetzung der neuen Entwicklungsagenda nimmt auch das Finanzierungsangebot in diesem Bereich zu. Die DEG setzt auf die ständige Weiterentwicklung ihres „Finanzierung+"-Ansatzes, mit dem den Kunden individuelle, nachfrageorientierte Finanzierungen und Beratungsleistungen angeboten werden.
Für das Geschäftsjahr 2017 plant die DEG ein Fördervolumen von 1,6 Mrd. EUR.

Privatisierungsgeschäfte mit dem Bund
Im Zuge der **Privatisierungsgeschäfte** des Bundes ist die KfW auch im Jahr 2017 grundsätzlich darauf vorbereitet, weitere Privatisierungstransaktionen unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktbedingungen und strategischer Vorgaben des Bundes durchzuführen.

Refinanzierungsplanung

Die KfW begibt als eine der größten nicht-staatlichen Emittentinnen Anleihen weltweit und verfügt mit der expliziten, direkten Garantie des Bundes über eine erstklassige Kreditqualität. Mit einer gut diversifizierten und langfristig ausgerichteten Refinanzierungsstrategie ist die KfW am **Kapitalmarkt** stabil aufgestellt. Sie genießt einen exzellenten Ruf bei den internationalen Marktteilnehmern und kann flexibel auf sich schnell ändernde Marktgegebenheiten reagieren. Mit dieser exponierten Stellung wird die KfW auch in Zukunft sehr verantwortungsvoll und behutsam umgehen, um die Refinanzierung des KfW-Fördergeschäfts sicherzustellen. Für die beiden kommenden Jahre rechnet die KfW mit einem Refinanzierungsvolumen auf hohem Niveau. Das Refinanzierungsvolumen über die Kapitalmärkte wird 2017 bei circa 75 Mrd. EUR liegen.

Die Emissionsstrategie der KfW basiert auf verlässlichem und vorausschauendem Handeln unter Berücksichtigung der Investorenbedürfnisse und Marktgegebenheiten. Die KfW richtet ihr Angebot und die Produktvielfalt im Emissionsgeschäft an den Bedürfnissen der Nachfrageseite aus und trifft damit auf eine gute Resonanz bei Investoren weltweit. Die drei wichtigsten Säulen der KfW-Refinanzierungsstrategie bleiben unverändert hochliquide Benchmark-Anleihen in Euro und US-Dollar, öffentliche Anleihen und Privatplatzierungen. Die Nachhaltigkeitsstrategie im Kapitalmarkt wird auch zukünftig konsequent durch die Emission von „Green Bonds – Made by KfW" in verschiedenen Währungen fortgeführt. Nach der erfolgreichen Rückkehr an den Kapitalmarkt mit einer Anleihe-Emission in Singapur-Dollar und in Hongkong-Dollar im Jahr 2016 erhofft sich die KfW neue Impulse durch weitere Emissionen in Lokalwährungsmärkten.

Ergebnisplanung

In der aktuellen Ergebnisplanung für den Konzern geht die KfW für das Jahr 2017 aufgrund der erwarteten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von einem Konzerngewinn vor IFRS-Effekten von circa 1 Mrd. EUR aus. Das erwartete Ergebnis liegt damit auf dem Niveau der strategischen Zielgröße. Die Beiträge aus dem Zinsüberschuss und dem Provisionsüberschuss (jeweils vor Förderleistung) bewegen sich wie in den Vorjahren auf hohem Niveau. Allerdings kann das andauernde Niedrigzinsumfeld das Potenzial für zusätzliche Ergebnisbeiträge aus Zins- und Liquiditätsfristentransformation einschränken und in den Folgejahren den Gesamtzinsüberschuss dadurch zunehmend belasten.

Der geplante Verwaltungsaufwand für das Jahr 2017 steigt im Vergleich zum Wert aus 2016 moderat an. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Kostenanstiege aus Modernisierung und Regulatorik, das Wachstum in den Auslandsgeschäftsfeldern sowie tariflich bedingte Personalkostensteigerungen zurückzuführen. Dadurch verändert sich die erwartete Cost-Income-Ratio (CIR) vor Förderleistung nur gering.

Ergebnismindernd wirken die im Plan angesetzten Standardrisikokosten, die als langjähriger historischer Durchschnitt für das Jahr 2017 deutlich höher ausfallen als der tatsächliche Risikovorsorgeaufwand im Jahr 2016. Sofern die Marktgegebenheiten es zulassen, erwartet die KfW auch im Jahr 2017 eine Förderleistung, die sich annähernd auf dem alten Planniveau bewegt.

Das Geschäftsmodell der KfW ist mittel- bis langfristig ausgerichtet, insbesondere die Erträge aus dem Kreditgeschäft (Zinsmargen und Provisionsüberschüsse) sind sehr stabil. **Chancen und Risiken** für den Konzerngewinn können sich vor allem für das Dispositionsergebnis aus abweichenden Marktbedingungen in Verbindung mit der Positionierung der KfW sowie für die Bewertungen aus einer von der Planannahme abweichenden Risikovorsorge und aus temporären Ergebniseffekten aus der Bewertung von wirtschaftlich effektiven Sicherungszusammenhängen (IFRS-bedingte Ergebniseffekte) ergeben. Letztere sind ökonomisch nicht begründet und werden aus diesem Grund auch nicht explizit geplant.

Personalstrategie/Entwicklung Personalbestand

Eine wichtige Voraussetzung zur Umsetzung der Geschäftsstrategie ist eine adäquate **Personalausstattung.** In der KfW wird die kurz- und mittelfristige Planung perspektivisch ergänzt durch eine strategische Personalplanung. Diese ist derzeit insbesondere für die strategischen Großprojekte in Entwicklung und hat das Ziel, absehbar notwendige Veränderungen der Belegschaft hinsichtlich Qualifikation frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen zur Kompensation dieser Effekte einzuleiten (zum Beispiel gezielte Umschulung der von einem Abbau betroffenen Mitarbeiter).

Im Hinblick auf den demografischen Wandel und die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die auch die KfW betreffen, wird durch die Spezialisierung des Recruitings die Voraussetzung geschaffen, auch zukünftig – sofern erforderlich – Personalbedarf von extern zu decken. Um Bedarfsänderungen bei bestehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht zu werden, ist eine der Kernaufgaben der **Personalentwicklung** das ganzheitliche Talent- und Kompetenzmanagement. Dazu gehören neben den bestehenden Formaten zu Auswahl und Entwicklung von Führungskräften auch die Ausweitung der Talentdefinition und damit des Nachfolgemanagements auf Ebene der Spezialisten, neue Laufbahnmodelle wie zum Beispiel für Projektleiterinnen und Projektleiter sowie das bereits bestehende umfangreiche Weiterbildungsangebot. Mit einem professionalisierten und erweiterten Angebot an Changemanagement begleitet der Personalbereich die zahlreichen tiefgreifenden, unter anderem durch die Digitalisierung des Arbeitsumfelds getriebenen Veränderungsprozesse und Großprojekte der Bank.

Die KfW unterstützt ihre Mitarbeiter im Sinne von Gender Balance insbesondere bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch bei einer flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit. Diversity wird als neuer Schwerpunkt in den nächsten Jahren aufgenommen.

Zum 01.01.2017 wurde der Bereich Human Resources (HR) neu ausgerichtet mit dem wesentlichen Ziel einer zukunftsgerichteten Leistungserbringung, ausgerichtet an der KfW-Strategie, den Anforderungen der Kunden des Bereichs HR und der Wettbewerbssituation am Markt.

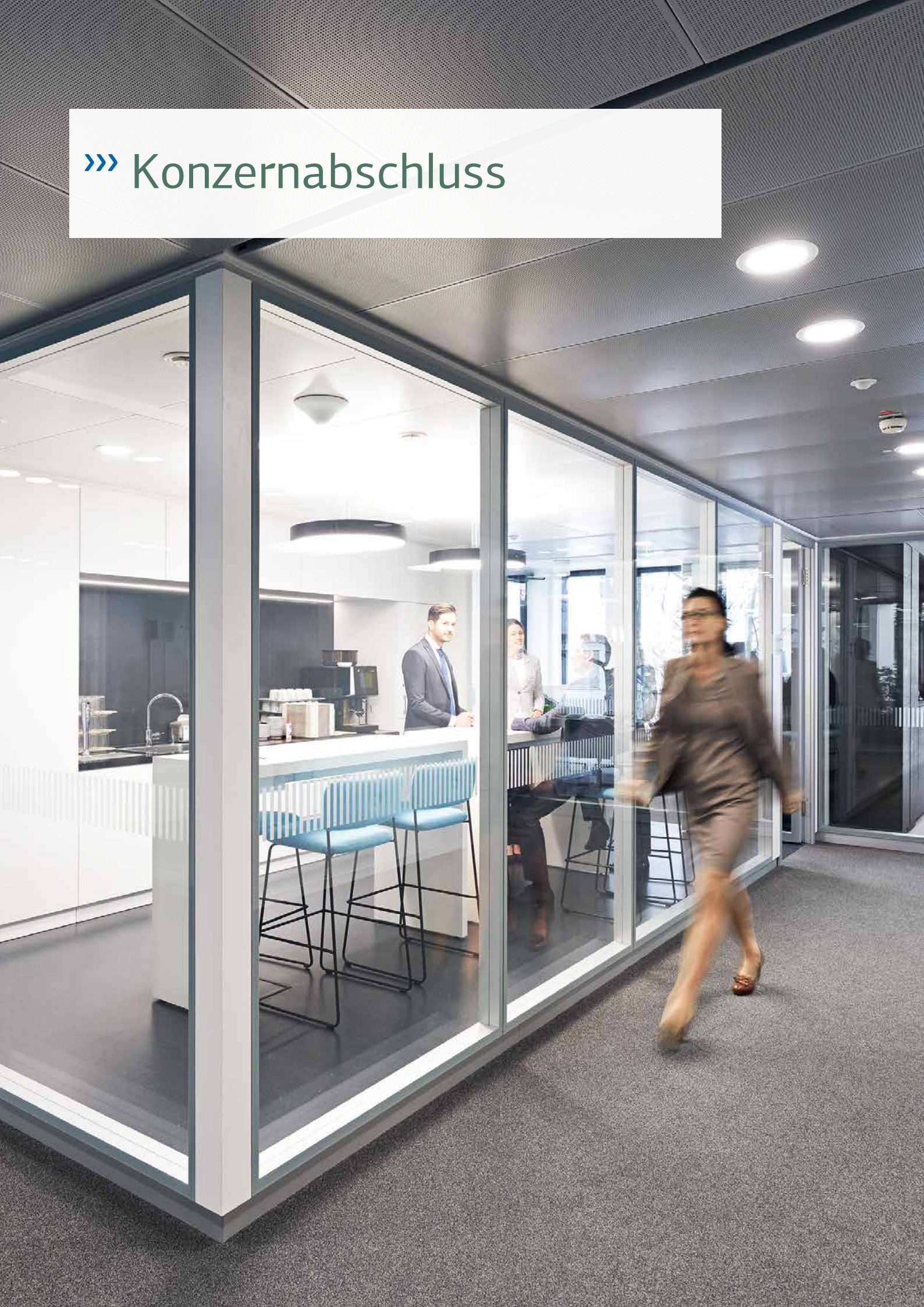
Digitalisierung als Chance

Die **Digitalisierung** der Wirtschaft ist ein Treiber von Produktivität, Innovationen und neuen Geschäftsmodellen. Gleichzeitig stellt sie Unternehmen und Politik vor große Herausforderungen. Damit die digitale Wende gelingt, bedarf es Investitionen in die digitale Infrastruktur, adäquate Datensicherheits- und Datenschutzkonzepte und entsprechende Qualifikationen bei den Beschäftigten. Einerseits unterstützt die KfW durch ihre Förderung die digitale Transformation der Wirtschaft, andererseits ist durch den Trend zur Digitalisierung schon heute und in Zukunft noch deutlicher das Bankenumfeld – darunter auch die KfW mit ihrem einzigartigen Geschäftsmodell – von erheblichen Veränderungen betroffen. Die KfW hat frühzeitig die Notwendigkeit erkannt, die digitale Transformation der KfW zielgerichtet überall dort voranzutreiben, wo sich für die KfW ein strategischer und/oder quantifizierbarer Nutzen ergibt. Hierzu wurde 2016 ein „Digital Office“ geschaffen, das die Aufgabe hat, die digitale Transformation in der KfW kontinuierlich weiterzuentwickeln, ein breites technologisches Verständnis von Digitalisierung zu schaffen und den notwendigen kulturellen Wandel voranzutreiben. Zur Steigerung der Innovationskraft im digitalen und nicht-digitalen Bereich sowie zur aktiven Vernetzung nach außen wurde zudem das „Innovation Lab“ geschaffen.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand und der Verwaltungsrat der KfW haben beschlossen, die Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) für die KfW anzuerkennen. Die Entsprechenserklärung zur Einhaltung der Empfehlungen des PCGK enthält der Corporate Governance Bericht der KfW.

Konzernabschluss



Gesamtergebnisrechnung 84

Bilanz 86

Entwicklung des Eigenkapitals 87

Kapitalflussrechnung 91

Anhang 93

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 94
(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung 94
(2) Ermessensentscheidungen und Schätzungen 95
(3) Beurteilung der Auswirkungen von erstmals angewandten neuen oder geänderten IFRS/IFRIC sowie von zukünftig anzuwendenden neuen oder geänderten IFRS/IFRIC 96
(4) Beurteilung der für den Konzern wesentlichen vom International Accounting Standards Board (IASB) bereits veröffentlichten neuen oder geänderten Standards, die bis zum Abschlussstichtag von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen wurden 98
(5) Konsolidierungskreis 99
(6) Konsolidierungsgrundsätze 99
(7) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung 100
(8) Finanzinstrumente: Bewertungsverfahren 104
(9) Förderkreditgeschäft der KfW 106
(10) Finanzderivate und Abbildung von Sicherungsbeziehungen 107
(11) Behandlung von eingebetteten Derivaten 108
(12) Kreditderivate 109
(13) Währungsumrechnung 109
(14) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden 109
(15) Risikovorsorge 110
(16) Finanzanlagen 111
(17) Pensionsgeschäfte 112
(18) Sachanlagen 112
(19) Immaterielle Vermögenswerte 112
(20) Ertragsteuern 113
(21) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten 113
(22) Rückstellungen 114
(23) Nachrangkapital 115
(24) Eigenkapital 115
(25) Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen 116
(26) Treuhandgeschäfte 116
(27) Leasinggeschäfte 116

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung 117
(28) Zinsüberschuss 117
(29) Risikovorsorge im Kreditgeschäft 118
(30) Provisionsüberschuss 119
(31) Ergebnis aus dem Hedge Accounting 119
(32) Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente 121
(33) Ergebnis aus Finanzanlagen 122
(34) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen 123
(35) Verwaltungsaufwand 124
(36) Sonstiges betriebliches Ergebnis 124
(37) Ertragsteueraufwand 125
(38) Erläuterungen zum Sonstigen Ergebnis 126

Segmentberichterstattung **127**
(39) Segmentbericht nach Geschäftsfeldern 127
(40) Segmentbericht nach Regionen 131

Erläuterungen zur Bilanz **132**
(41) Barreserve 132
(42) Forderungen an Kreditinstitute 132
(43) Forderungen an Kunden 133
(44) Risikovorsorge im Kreditgeschäft 134
(45) Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting 135
(46) Derivate im Hedge Accounting 135
(47) Sonstige Derivate 136
(48) Finanzanlagen 136
(49) Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen 137
(50) Sachanlagen 137
(51) Immaterielle Vermögenswerte 138
(52) Ertragsteueransprüche 139
(53) Sonstige Aktiva 140
(54) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 140
(55) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 141
(56) Verbriefte Verbindlichkeiten 141
(57) Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting 141
(58) Derivate im Hedge Accounting 142
(59) Sonstige Derivate 142
(60) Rückstellungen 143
(61) Ertragsteuerverpflichtungen 147
(62) Sonstige Passiva 148
(63) Nachrangkapital 148
(64) Eigenkapital 149

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten **150**
(65) Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien 150
(66) Bilanz für Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien 152
(67) Angaben aus der Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten 156
(68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten 157
(69) Angaben zu den im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert genutzten Verfahren 158
(70) Zusätzliche Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 175
(71) Zusätzliche Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 176
(72) Zusätzliche Angaben zu Verbrieften Verbindlichkeiten 176
(73) Zusätzliche Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten 177
(74) Zusätzliche Angaben zu Derivaten 177
(75) Zusätzliche Angaben zu den Verbriefungsplattformen PROMISE/PROVIDE 178
(76) Angaben zu Pensionsgeschäften 179
(77) Angaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten 180

Sonstige Erläuterungen **183**
(78) Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen 183
(79) Treuhandgeschäfte und Verwaltungskredite 183
(80) Leasinggeschäfte als Leasingnehmer 184
(81) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer 184
(82) Vergütungsbericht 185
(83) Berichterstattung über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen 192
(84) Honorar des Abschlussprüfers 193
(85) Angaben zu nicht konsolidierten Strukturierten Unternehmen 193
(86) Angaben zum Anteilsbesitz 196

Gesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung

	Anhang	2016	2015	Veränderung
		Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinserträge	(28)	8.420	9.691	–1.271
Zinsaufwendungen	(28)	5.810	7.090	–1.280
Zinsüberschuss		**2.610**	**2.601**	**9**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(15), (29)	–150	–48	–103
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		**2.460**	**2.553**	**–94**
Provisionserträge	(30)	336	336	0
Provisionsaufwendungen	(30)	79	80	0
Provisionsüberschuss		**257**	**257**	**0**
Ergebnis aus dem Hedge Accounting	(10), (11)	294	175	119
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	(11), (12), (32)	55	303	–248
Ergebnis aus Finanzanlagen	(16), (33)	–10	25	–35
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	(6), (34)	21	18	3
Verwaltungsaufwand	(35)	1.199	1.136	63
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(36)	102	107	–5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**1.980**	**2.302**	**–322**
Ertragsteueraufwand	(20), (37)	–21	130	–152
Konzerngewinn		**2.002**	**2.171**	**–170**

Gesamtergebnisrechnung

	Anhang	2016	2015	Veränderung
		Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Konzerngewinn		**2.002**	**2.171**	**–170**
Sonstiges Ergebnis aus Sachverhalten, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können		**60**	**–41**	**101**
Sonstiges Ergebnis aus Finanzinstrumenten	(16), (38)	59	–42	101
Sonstiges Ergebnis aus latenten Steuern auf Finanzinstrumente	(20), (38)	0	1	0
Sonstiges Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	(6), (38)	0	0	0
Sonstiges Ergebnis aus Sachverhalten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		**–207**	**221**	**–428**
Sonstiges Ergebnis aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	(22)	–221	231	–453
Sonstiges Ergebnis aus latenten Steuern auf leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	(20)	15	–10	25
Sonstiges Ergebnis gesamt		**–147**	**180**	**–327**
Konzernergebnis		**1.855**	**2.351**	**–496**

Das Sonstige Ergebnis enthält die erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen erfassten Sachverhalte. Darunter fallen Erträge und Aufwendungen aus Finanzinstrumenten der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte,* Veränderungen der versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen und Veränderungen der in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt gebildeten latenten Steuern.

Darstellung der enthaltenen Umgliederungen in der Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Umgliederungen aus Finanzinstrumenten	8	17	–10
Umgliederungen aus latenten Steuern auf Finanzinstrumente	0	0	0
Umgliederungen aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0	0	0
Gesamt	**8**	**17**	**–10**

Die dargestellten Umgliederungen resultieren aus Erträgen und Aufwendungen, die in der Berichtsperiode erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt wurden und die zuvor erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen erfasst waren. Darunter fällt auch die Amortisierung von Neubewertungsrücklagen aus der Umgliederung von Finanzanlagen aus der Bewertungskategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* in die Bewertungskategorie *Kredite und Darlehen.* In der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmte Erträge sind mit negativem Vorzeichen ausgewiesen, Aufwendungen weisen ein positives Vorzeichen auf.

Bilanz

Aktiva

	Anhang	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
		Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Barreserve	(41)	11.573	460	11.113
Forderungen an Kreditinstitute	(9), (14), (15), (42)	275.922	277.050	–1.127
Forderungen an Kunden	(9), (14), (15), (43)	136.704	134.708	1.996
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(15), (44)	–1.610	–1.743	133
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	(10), (45)	13.917	14.420	–503
Derivate im Hedge Accounting	(10), (46)	27.464	34.641	–7.178
Sonstige Derivate	(10), (11), (12), (47)	7.344	9.014	–1.670
Finanzanlagen	(16), (17), (48)	32.715	31.634	1.080
Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	(6), (49)	346	290	56
Sachanlagen	(18), (50)	931	919	12
Immaterielle Vermögenswerte	(19), (51)	235	206	29
Ertragsteueransprüche	(20), (52)	540	410	130
Sonstige Aktiva	(53)	932	962	–31
Gesamt		**507.013**	**502.973**	**4.040**

Passiva

	Anhang	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
		Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(12), (21), (54)	19.837	24.004	–4.166
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(12), (21), (55)	11.634	9.624	2.010
Verbriefte Verbindlichkeiten	(21), (56)	422.574	415.200	7.374
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	(10), (57)	127	132	–6
Derivate im Hedge Accounting	(10), (58)	18.451	21.892	–3.442
Sonstige Derivate	(10), (11), (12), (59)	3.007	2.626	380
Rückstellungen	(9), (15), (22), (60)	2.865	2.598	268
Ertragsteuerverpflichtungen	(20), (61)	324	284	41
Sonstige Passiva	(23), (62)	938	1.113	–175
Nachrangkapital	(23), (63)	200	300	–100
Eigenkapital	(24), (64)	27.055	25.200	1.855
Eingezahltes gezeichnetes Kapital		3.300	3.300	0
Kapitalrücklage		8.447	8.447	0
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens		1.191	1.191	0
Gewinnrücklagen		14.092	12.091	2.002
Fonds für allgemeine Bankrisiken		600	600	0
Neubewertungsrücklagen	(6), (16), (22), (60)	–576	–429	–147
Gesamt		**507.013**	**502.973**	**4.040**

Entwicklung des Eigenkapitals

Entwicklung des Eigenkapitals im Geschäftsjahr 2016

	Stand 01.01.2016	Veränderungen im Konsolidierungskreis	Eigentümerbezogene Kapitalveränderungen	Verwendung Konzernergebnis 2016	Stand 31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital	3.750	0	0	0	3.750
abzüglich ausstehender nicht eingeforderter Einlagen	–450	0	0	0	–450
Kapitalrücklage	8.447	0	0	0	8.447
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	*7.150*	*0*	*0*	*0*	*7.150*
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	0	0	0	1.191
Gewinnrücklagen	12.091	0	0	2.002	14.092
Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	*1.875*	*0*	*0*	*0*	*1.875*
Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	*7.022*	*0*	*0*	*1.290*	*8.312*
Sonderrücklage abzgl. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes	*21*	*0*	*0*	*0*	*21*
Andere Gewinnrücklagen	*3.173*	*0*	*0*	*712*	*3.885*
Fonds für allgemeine Bankrisiken	600	0	0	0	600
Neubewertungsrücklagen	–429	0	0	–147	–576
Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten (nach Steuern)	*15*	*0*	*0*	*60*	*75*
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen (nach Steuern)	*–443*	*0*	*0*	*–207*	*–650*
Eigenkapital	**25.200**	**0**	**0**	**1.855**	**27.055**

Mit dem Jahresüberschuss der KfW in Höhe von 1.290 Mio. EUR wurde die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz erhöht.

Der Unterschiedsbetrag zum Konzernergebnis wird den Anderen Gewinnrücklagen bzw. – soweit erfolgsneutral abzubilden – den Neubewertungsrücklagen zugeordnet.

Entwicklung der Neubewertungsrücklagen aus Finanzinstrumenten einschließlich zugehöriger latenter Steuern und nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen im Geschäftsjahr 2016

	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Effekte aus latenten Steuern	Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	Summe
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	**15**	**0**	**0**	**0**	**0**	**15**
A. Erfolgswirksame Veränderung						
Minderung wegen Abgängen	–3	0	0	0	0	–3
Erhöhung wegen Abgängen	0	0	0	0	0	0
Entnahmen wegen Wertminderungen (Impairment)	0	0	0	0	0	0
Amortisierung nach Umwidmungen	11	0	0	0	0	11
Veränderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0
Summe erfolgswirksame Veränderung	**8**	**0**	**0**	**0**	**0**	**8**
B. Erfolgsneutrale Veränderung						
Veränderungen der Neubewertungsrücklagen wegen Zuschreibungen (Impairment Reversal) nur für Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	0	0	0
Veränderungen der Neubewertungsrücklagen aufgrund von Veränderungen beizulegender Zeitwerte	52	0	0	0	0	52
Summe erfolgsneutrale Veränderung	**52**	**0**	**0**	**0**	**0**	**52**
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2016	**75**	**0**	**0**	**0**	**0**	**75**

Entwicklung der Neubewertungsrücklagen aus versicherungsmathematischen Gewinnen bzw. Verlusten bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen einschließlich zugehöriger latenter Steuern im Geschäftsjahr 2016

	Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	Effekte aus latenten Steuern	Summe
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	**–463**	**20**	**–443**
Erfolgsneutrale Veränderung			
Veränderung der Neubewertungsrücklagen aufgrund von Veränderungen der versicherungsmathematischen Bewertungsparameter	–221	15	–207
Stand 31.12.2016	**–685**	**35**	**–650**

Entwicklung des Eigenkapitals im Geschäftsjahr 2015

	Stand 01.01.2015	Veränderungen im Konsolidierungskreis	Eigentümerbezogene Kapitalveränderungen	Verwendung Konzernergebnis 2015	Stand 31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital	3.750	0	0	0	3.750
abzüglich ausstehender nicht eingeforderter Einlagen	–450	0	0	0	–450
Kapitalrücklage	7.197	0	1.250	0	8.447
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	*5.900*	*0*	*1.250*	*0*	*7.150*
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	0	0	0	1.191
Gewinnrücklagen	10.019	0	0	2.071	12.091
Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	*1.875*	*0*	*0*	*0*	*1.875*
Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	*5.690*	*0*	*0*	*1.331*	*7.022*
Sonderrücklage abzgl. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes	*21*	*0*	*0*	*0*	*21*
Andere Gewinnrücklagen	*2.432*	*0*	*0*	*740*	*3.173*
Fonds für allgemeine Bankrisiken	500	0	0	100	600
Neubewertungsrücklagen	–608	0	0	180	–429
Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten (nach Steuern)	*56*	*0*	*0*	*–41*	*15*
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen (nach Steuern)	*–664*	*0*	*0*	*221*	*–443*
Eigenkapital	**21.598**	**0**	**1.250**	**2.351**	**25.200**

Entwicklung der Neubewertungsrücklagen aus Finanzinstrumenten einschließlich zugehöriger latenter Steuern und nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen im Geschäftsjahr 2015

	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Effekte aus latenten Steuern	Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	Summe
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2015	**52**	**0**	**5**	**–1**	**0**	**56**
A. Erfolgswirksame Veränderung						
Minderung wegen Abgängen	0	0	0	0	0	0
Erhöhung wegen Abgängen	0	0	0	0	0	0
Entnahmen wegen Wertminderungen (Impairment)	2	0	0	0	0	2
Amortisierung nach Umwidmungen	15	0	0	0	0	15
Veränderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0
Summe erfolgswirksame Veränderung	**17**	**0**	**0**	**0**	**0**	**17**
B. Erfolgsneutrale Veränderung						
Veränderungen der Neubewertungsrücklagen wegen Zuschreibungen (Impairment Reversal) nur für Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	0	0	0
Veränderungen der Neubewertungsrücklagen aufgrund von Veränderungen beizulegender Zeitwerte	–54	0	–5	1	0	–58
Summe erfolgsneutrale Veränderung	**–54**	**0**	**–5**	**1**	**0**	**–58**
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2015	**15**	**0**	**0**	**0**	**0**	**15**

Entwicklung der Neubewertungsrücklagen aus versicherungsmathematischen Gewinnen bzw. Verlusten bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen einschließlich zugehöriger latenter Steuern im Geschäftsjahr 2015

	Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	Effekte aus latenten Steuern	Summe
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2015	**–695**	**30**	**–664**
Erfolgsneutrale Veränderung			
Veränderung der Neubewertungsrücklagen aufgrund von Veränderungen der versicherungsmathematischen Bewertungsparameter	231	–10	221
Stand 31.12.2015	**–463**	**20**	**–443**

Kapitalflussrechnung

	2016	2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Konzerngewinn	**2.002**	**2.171**
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen sowie Veränderungen der Rückstellungen im Kreditgeschäft	451	362
Veränderung der sonstigen Rückstellungen	172	143
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge:		
Gewinn und Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	5	–23
Sonstige Anpassungen	–3.089	–2.803
Zwischensumme	**–460**	**–150**
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	1.359	3.024
Forderungen an Kunden	–2.475	–15.285
Wertpapiere	–967	–930
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	9.751	–750
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–4.166	6.052
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.010	–458
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.374	11.203
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	–3.349	–4.410
Erhaltene Zinsen und Dividenden	7.960	9.145
Gezahlte Zinsen	–5.618	–6.787
Ertragsteuerzahlungen	–34	–151
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	**11.384**	**504**
Sachanlagevermögen:		
Einzahlungen aus der Veräußerung	1	2
Auszahlungen für den Erwerb	–149	–122
Finanzanlagen (Beteiligungen):		
Ein-/Auszahlungen für Veräußerung/Erwerb	–123	–113
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**–271**	**–233**
Ein- und Auszahlungen aus Kapitalveränderungen	0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	0	–597
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**0**	**–597**
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	**460**	**786**
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	11.384	504
Cashflow aus Investitionstätigkeit	–271	–233
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	–597
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	**11.573**	**460**

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand bei der Darstellung der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 entspricht dem Bilanzposten Barreserve und umfasst somit den Kassenbestand sowie die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres durch die Zahlungsströme aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit dargestellt. Der Posten Sonstige Anpassungen enthält im Wesentlichen die Bereinigung um den Zinsüberschuss in Höhe von –2.610 Mio. EUR (2015: –2.601 Mio. EUR), Bewertungsergebnisse in Höhe von –352 Mio. EUR (2015: –305 Mio. EUR) sowie Wechselkursänderungen in Höhe von +27 Mio. EUR (2015: +89 Mio. EUR).

Hinsichtlich des Liquiditätsrisikomanagements des KfW-Konzerns wird auf die Ausführungen zum Liquiditätsrisiko im Konzernlagebericht verwiesen.

››› Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die KfW ist die Förderbank der Bundesrepublik Deutschland und wurde 1948 als eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet.

Für die Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts ist der Vorstand der KfW verantwortlich; nach Empfehlung durch den Prüfungsausschuss erfolgt die Billigung durch den Verwaltungsrat der KfW. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Abschlussstichtag (31.12.2016) eingetreten sind, liegen nicht vor (Stichtag 28.02.2017)[1)].

Die KfW bildet zum Abschlussstichtag zusammen mit fünf Tochtergesellschaften, die voll konsolidiert werden, den Konzern. Ein Gemeinschaftsunternehmen und vier assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode einbezogen.

Der Konzernabschluss zum 31.12.2016 ist gemäß § 315 a Abs. 1 HGB nach den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) als verpflichtender Konzernabschluss gemäß Art. 4 der Verordnung (EG) Nummer 1606/2002 (IAS-Verordnung) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.07.2002 sowie weiteren Verordnungen zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards aufgestellt. Maßgeblich sind diejenigen Standards und Interpretationen, die zum Abschlussstichtag veröffentlicht und von der EU übernommen wurden.

Die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften, die auch für den IFRS-Konzernabschluss gelten, werden berücksichtigt. Der Konzernlagebericht gemäß § 315 HGB beinhaltet den Risikobericht mit den risikoorientierten Angaben zu Finanzinstrumenten nach IFRS 7, die Angabe wesentlicher Ereignisse nach dem Bilanzstichtag gemäß IAS 10 sowie die Angaben zum Kapital und Kapitalmanagement nach IAS 1.134.

Der Konzernabschluss wird nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt und basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung. Die einbezogenen Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31.12.2016 aufgestellt, sofern nicht bei nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen Abschlüsse vom 30.09.2016 herangezogen werden. Bei Letzteren werden wesentliche Ereignisse bis zum Abschlussstichtag ebenfalls berücksichtigt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss wurden stetig angewandt.

[1)] Datum der Genehmigung zur Veröffentlichung durch den Vorstand

Die Berichtswährung und funktionale Währung ist der Euro. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. EUR) angegeben.

Die Bewertung zum Abschlussstichtag erfolgt grundsätzlich auf Basis der (fortgeführten) Anschaffungskosten mit Ausnahme der folgenden Finanzinstrumente:

- designierte Finanzinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden
- als zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

(2) Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Der Konzernabschluss enthält Werte unter Verwendung von Ermessensentscheidungen bzw. Schätzungen und Annahmen, die im Einklang mit dem jeweiligen Rechnungslegungsstandard bestmöglich ermittelt werden. Die zukünftig tatsächlich realisierten Beträge können von diesen Schätzungen abweichen. Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen sind insbesondere erforderlich bei der Ermittlung der Risikovorsorge (inkl. Risikovorsorge für Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen), dem Ansatz und der Bewertung von Rückstellungen (im Wesentlichen für Pensionsverpflichtungen sowie Rechtsrisiken), bei der auf Bewertungsmodellen basierenden Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert (einschließlich der Bestimmung des Vorliegens eines aktiven Marktes), der Beurteilung und der Bemessung von außerplanmäßigen Abschreibungen von Vermögenswerten sowie der Beurteilung der Realisierbarkeit von aktiven latenten Steuern. Die Schätzungen und deren zugrunde liegende Annahmen werden fortlaufend überprüft und basieren unter anderem auf Erfahrungswerten, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen als wahrscheinlich erscheinen. Sofern Ermessensentscheidungen sowie Schätzungen und deren zugrunde liegende Annahmen erforderlich waren, sind die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten dargestellt.

Die KfW geht davon aus, dass es grundsätzlich zu keinen Abweichungen bzw. Schätzunsicherheiten kommt, aus denen wesentliche Anpassungen der betreffenden Vermögenswerte bzw. Schulden innerhalb des nächsten Geschäftsjahres resultieren. Im Hinblick auf die besonderen Abhängigkeiten von der Entwicklung der Wirtschaftslage sowie der Finanzmärkte kann dies allerdings nicht vollständig ausgeschlossen werden. Da Bewertungsmodelle – insbesondere unter Verwendung nicht am Markt beobachtbarer Daten – zum einen nur bei der Bewertung von geringen Teilen der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzanlagen sowie Mittelaufnahmen zum Einsatz kommen und zum anderen lediglich bei der Wertermittlung eines kleinen Anteils von Finanzderivaten herangezogen werden, die der wirtschaftlichen Absicherung von Risiken dienen, sind diese Risiken als gering einzuschätzen.

Weitere wesentliche Entscheidungen bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden betreffen die freiwillige vorzeitige Anwendung neuer oder geänderter IFRS/IFRIC, die Festlegung des Konsolidierungskreises, die Nutzung der *Fair-Value-Option* bei der Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen, die Anwendung der geltenden Umwidmungsmöglichkeiten finanzieller Vermögenswerte des IAS 39, die bilanzielle Abbildung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen sowie die Bildung von Klassen im Rahmen der Offenlegung von Angaben zu Finanzinstrumenten.

(3) Beurteilung der Auswirkungen von erstmals angewandten neuen oder geänderten IFRS/IFRIC sowie von zukünftig anzuwendenden neuen oder geänderten IFRS/IFRIC

A. Auswirkungen im Geschäftsjahr 2016 erstmals angewandter neuer oder geänderter IFRS/IFRIC

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen des Standards IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ (November 2013, Leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge) haben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen von verschiedenen Standards aufgrund der jährlichen Verbesserungen der IFRS 2010–2012 (Dezember 2013) haben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen des Standards IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ (Mai 2014, Bilanzierung von Erwerben von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten) haben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen der Standards IAS 16 „Sachanlagen“ und IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ (Mai 2014, Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden) haben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen der Standards IAS 16 „Sachanlagen“ und IAS 41 „Landwirtschaft“ (Juni 2014, Landwirtschaft: Fruchttragende Pflanzen) haben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen des Standards IAS 27 „Einzelabschlüsse“ (August 2014, Equity-Methode in Einzelabschlüssen) haben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen von verschiedenen Standards aufgrund der jährlichen Verbesserungen der IFRS 2012–2014 (September 2014) haben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen des Standards IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ (Dezember 2014, Initiative zu Angaben) haben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

B. Auswirkungen zukünftig anzuwendender neuer oder geänderter IFRS/IFRIC, die bis zum Abschlussstichtag von der EU in europäisches Recht übernommen wurden

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB den IFRS 9 „Finanzinstrumente", der den IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung" ersetzen wird. Der Standard, der im November 2016 in europäisches Recht übernommen wurde, ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 01.01.2018 beginnen. Der IFRS 9 beinhaltet neue Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zur Bilanzierung von Wertminderungen sowie Sicherungsbeziehungen.

Die Regelungen zu Kategorisierung und Bewertung führen unter IFRS 9 zu einer veränderten Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten. Die Kategorisierung und die damit einhergehende Folgebewertung leitet sich aus dem Geschäftsmodell und den Charakteristika der vertraglichen Zahlungsströme ab. Da die KfW in ihrem Geschäftsmodell durchgängig auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit und nicht auf kurzfristige Gewinnerzielungsabsicht und damit Fair-Value-Realisierung ausgerichtet ist, wird das Kerngeschäft grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Ausnahmen bilden zum einen das Syndizierungsgeschäft der KfW IPEX-Bank, das aufgrund des Geschäftsmodells erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten ist. Zum anderen erfolgt künftig eine Fair-Value-Bewertung von Beteiligungen sowie der Beteiligungsfinanzierung, da bei diesen das Zahlungsstromkriterium nicht erfüllt ist.

Die Vorschriften für finanzielle Verbindlichkeiten bleiben hingegen weitgehend unverändert. Allerdings sind bei Nutzung der *Fair-Value-Option* die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts, die sich aus den Änderungen des eigenen Kreditrisikos ergeben, künftig erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage zu erfassen.

Als weiteres wesentliches Bewertungsthema ergeben sich Änderungen aus den neuen Vorschriften zur Bilanzierung von Wertminderungen. Durch die Abkehr vom „Incurred-Loss-Modell" hin zu einem „Expected-Loss-Modell" ändern sich die Wertminderungsvorschriften umfassend. Bei der Bestimmung der Erwarteten Verluste ist zukünftig auf die Veränderung des Kreditrisikos seit Zugang eines Finanzinstruments abzustellen. Sofern eine signifikante Verschlechterung bei einem impairment-relevanten Finanzinstrument vorliegt, sind für dieses die Erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit zu erfassen. Anderenfalls sind nur die über die Laufzeit des Instruments Erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate resultieren.

Im Themenfeld zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen werden keine wesentlichen Implikationen für den Konzernabschluss erwartet, da von der Option Gebrauch gemacht wird, die Hedge-Accounting-Vorschriften des IAS 39 so lange weiter anzuwenden, bis die Regelungen zum Macro Hedge Accounting in Kraft treten.

Im Rahmen des Übergangs auf IFRS 9 wird darüber hinaus von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, im Konzernabschluss 2018 auf Vergleichszahlen zu verzichten. Die Möglichkeit zum Zeitpunkt der Erstanwendung und an allen folgenden Berichtsstichtagen für alle bestehenden Finanzinstrumente die Erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit zu ermitteln, sofern die Instrumente kein niedriges Kreditrisiko aufweisen, wird hingegen nicht in Anspruch genommen.

Die genauen Auswirkungen des IFRS 9 auf die zukünftige Ertragsentwicklung können noch nicht verlässlich abgeschätzt werden. Zum Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS 9 ist ein Erstanwendungseffekt insbesondere aus den Finanzinstrumenten zu erwarten, die seit Zugang eine signifikante Kreditverschlechterung erfahren haben und für die nach den neuen Anforderungen zur Bilanzierung von Wertminderungen eine Risikovorsorge in Höhe der Erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit zu ermitteln ist.

In Bezug auf die Implementierung der neuen Bilanzierungsanforderungen im KfW-Konzern ist die fachliche Konzeption im Wesentlichen abgeschlossen. Die laufenden Diskussionen des „IFRS Interpretations Committee" (IFRS IC) und anderer Organisationen (zum Beispiel „Institut der Wirtschaftsprüfer" [IDW] oder „European Banking Authority" [EBA]) werden eng verfolgt und bei Relevanz entsprechend berücksichtigt. Aktuell befindet sich die KfW in der technischen und prozessualen Umsetzung der IFRS 9-Anforderungen.

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB den IFRS 15 „Erlöse aus Verträgen mit Kunden", der die Standards IAS 11 „Fertigungsaufträge", IAS 18 „Erlöse", IFRIC 13 „Kundenbindungsprogramme", IFRIC 15 „Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien", IFRIC 18 „Übertragungen von Vermögenswerten von Kunden" sowie SIC-31 „Erträge – Tausch von Werbeleistungen" ersetzen wird. Der Standard ist erstmals verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2018 beginnen, retrospektiv anzuwenden.

Der IFRS 15 definiert die Art, die Höhe und den Zeitpunkt bzw. den Zeitraum der Vereinnahmung von Erträgen mit Kunden. Darunter fallen Gebühren und Entgelte, die nicht wesentliche Bestandteile der Effektivverzinsung darstellen und grundsätzlich im Provisionsergebnis auszuweisen sind. In diesem Zusammenhang ist auf entsprechende Kundenvereinbarungen ein auf Prinzipien basierendes fünfstufiges Modell anzuwenden. Darüber hinaus sind umfangreiche, detaillierte Angaben im Anhang aufzunehmen. Gebühren und Entgelte, die einen integralen Bestandteil der Effektivverzinsung darstellen, fallen in den Regelungsbereich des IFRS 9 und sind somit vom IFRS 15 ausgenommen. Die Regelungen zu Entgelten aus Finanzdienstleistungen des IFRS 9 entsprechen weitgehend den Anforderungen aus IAS 18.

Die KfW hat in diesem Zusammenhang ein Projekt aufgesetzt, in dem insbesondere die Erträge und Gebühren mit Kunden untersucht werden, um die künftigen Auswirkungen auf den Konzern zu analysieren. Aus derzeitiger Sicht rechnet die KfW mit keinen materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

(4) Beurteilung der für den Konzern wesentlichen vom International Accounting Standards Board (IASB) bereits veröffentlichten neuen oder geänderten Standards, die bis zum Abschlussstichtag von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen wurden

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB den IFRS 16 „Leasingverhältnisse", der die Standards IAS 17 „Leasingverhältnisse", IFRIC 4 „Beurteilung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält", SIC-15 „Mietleasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen" und SIC-27 „Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen" ersetzen wird. Der Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2019 beginnen, anzuwenden.

Die Einführung des neuen Bilanzierungsmodells führt bei Leasingnehmern dazu, dass zukünftig für alle Leasingvereinbarungen das jeweilige Nutzungsrecht als Vermögenswert und die dazugehörige Leasingverpflichtung als Verbindlichkeit in der Bilanz zu erfassen ist. Ansatzwahlrechte bestehen für Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von weniger als zwölf Monaten oder mit geringwertigen Leasinggütern.

Die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des KfW-Konzerns sind im Wesentlichen durch das Leasinggut „Gebäude“ geprägt, das zukünftig in der Bilanz zu erfassen ist. Aktuell erfolgt gemäß IAS 17 eine Einstufung als Operating Lease und dementsprechend eine Erfassung des Leasingaufwands in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Eine freiwillige frühzeitige Anwendung des IFRS 16 gemeinsam mit IFRS 15 ist nicht geplant.

(5) Konsolidierungskreis

Alle wesentlichen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen werden in den Konzernabschluss einbezogen.

Tochterunternehmen sind alle Unternehmenseinheiten (inkl. Strukturierter Unternehmen), über die der Konzern Beherrschung/Kontrolle (control) ausübt. Beherrschung liegt vor, wenn der Konzern durch sein Engagement variablen Rückflüssen ausgesetzt ist bzw. Anspruch darauf hat sowie die Möglichkeit hat, seine Verfügungsgewalt zu nutzen, um die Höhe der Rückflüsse zu beeinflussen. Tochterunternehmen werden von dem Zeitpunkt an in den Konzernabschluss einbezogen (Vollkonsolidierung), zu dem die Kontrolle auf den Konzern übergegangen ist. Sie werden zu dem Zeitpunkt entkonsolidiert, zu dem die Kontrolle endet.

Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen werden gemäß IFRS 11/IAS 28 einbezogen, sofern eine gemeinschaftliche Vereinbarung oder ein maßgeblicher Einfluss besteht.

Die Zusammensetzung des Konsolidierungskreises ist im Anhang unter den „Angaben zum Anteilsbesitz“ dargestellt.

(6) Konsolidierungsgrundsätze

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Tochterunternehmen unabhängig von der Anteilsquote zum Zeitpunkt des Erwerbs neu bewertet und in die Konzernbilanz übernommen. Die aufgedeckten Stillen Reserven und Lasten werden entsprechend den anzuwendenden Standards bilanziert. Verbleibt nach der Neubewertung ein aktivischer Unterschiedsbetrag, wird dieser als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Derzeit besteht kein Geschäfts- oder Firmenwert.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge aus Geschäften zwischen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften werden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung bzw. Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Ebenso werden Zwischenergebnisse, die zwischen den voll konsolidierten Unternehmen angefallen sind, herausgerechnet.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert. Der Anteil an den Ergebnissen assoziierter Unternehmen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung in einem gesonderten Posten gezeigt.

Minderheitenanteile bestehen nicht.

(7) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Die nachfolgenden Erläuterungen geben eine Übersicht darüber, wie die Vorschriften des IAS 39 umgesetzt werden.

Der erstmalige Ansatz erfolgt bei originären Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag, bei Derivaten zum Handelstag.

Finanzinstrumente sind im Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes einer der nachstehend aufgeführten Kategorien zuzuordnen. Die Folgebewertung ist abhängig von dieser Kategorisierung vorzunehmen:

A. Kredite und Forderungen (loans and receivables)
B. bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (held to maturity)
C. erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (at fair value through profit or loss)
  a. designierte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (designated at fair value through profit or loss, Fair-Value-Option)
  b. als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (held for trading)
D. zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (available for sale)
E. andere Verbindlichkeiten (other liabilities)

Unter die Kategorie *Kredite und Forderungen* fallen nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, sofern für diese kein aktiver Markt besteht. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Im Konzern fällt hierunter vor allem das unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ausgewiesene Kreditgeschäft. Zu jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung (Ausfallkriterien) vorliegen. Der Konzern greift im Kreditgeschäft bei der Selektion der Ausfallkriterien auf die Baseler Definition zurück und verwendet eine konzernweit einheitliche Ausfalldefinition. Als Ausfallkriterien gelten: Zahlungsverzug um mehr als 90 Tage (unter Beachtung einer Marginalitätsgrenze), drohende Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen oder der Verkauf einer Forderung mit einem erheblichen Verlust aufgrund bonitätsbedingter Verschlechterung des Kreditnehmers.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen sind nichtderivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Fälligkeit, die mit der Absicht und Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Diese Bewertungskategorie wird im Wertpapierportfolio des Konzerns einzelfallbezogen bei Erwerb genutzt. Der Ausweis erfolgt unter den Finanzanlagen, zu erfassende Wertminderungen und Wertaufholungen sind im Finanzanlageergebnis erfasst. Die Amortisierung von Agien und Disagien nach der Effektivzinsmethode wird erfolgswirksam im Zinsergebnis ausgewiesen.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten kann bei Zugang unwiderruflich die *Fair-Value-Option* genutzt werden, wenn

- durch die Einstufung Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz *(Accounting Mismatch)* beseitigt oder erheblich verringert werden können, die sich aus der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Verbindlichkeiten oder der Erfassung von Gewinnen oder Verlusten nach unterschiedlichen Bewertungsmethoden ergeben, oder
- eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und/oder finanziellen Verbindlichkeiten gemäß der dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie gesteuert und ihre Wertentwicklung auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts beurteilt wird und die Informationen an Personen in Schlüsselpositionen weitergereicht werden oder
- ein Vertrag ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält, die die Zahlungsströme des Vertrags erheblich ändern, oder wenn nicht ohne Analyseaufwand ersichtlich ist, dass eine Trennung des eingebetteten Derivats bzw. der eingebetteten Derivate unzulässig ist.

Die *designierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten* werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Konzern wendet die *Fair-Value-Option* zur Darstellung von wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen, zur Bilanzierung strukturierter Produkte, zur bilanziellen Abbildung von Verbriefungstransaktionen sowie im Beteiligungsgeschäft an. Diese Finanzinstrumente werden insbesondere unter den Posten Finanzanlagen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten ausgewiesen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst, Zinserträge bzw. -aufwendungen sind im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Die Finanzinstrumente der Kategorie *als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten* werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Darunter fallen neben originären Finanzinstrumenten, die mit kurzfristiger Gewinnerzielungs- bzw. Veräußerungsabsicht kontrahiert werden, auch Derivate. Der Konzern betreibt keine Geschäfte mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht. Eine kurzfristige Veräußerungsabsicht liegt im Konzern im Rahmen des Export- und Projektfinanzierungskreditgeschäfts vor, sofern eine bei der Kreditgewährung vorgesehene Ausplatzierung von Kreditanteilen (Syndizierung) noch nicht erfolgt ist. Der Ausweis erfolgt in diesen Fällen unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden. Die Zinserträge sind im Zinsüberschuss enthalten, während die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente ausgewiesen werden. Die ausschließlich zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Derivate werden grundsätzlich dieser Kategorie zugeordnet, sofern sie nicht im Hedge Accounting nach IAS 39 verwendet werden. Der Ausweis erfolgt unter dem Posten Sonstige Derivate. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst. Derivate im Hedge Accounting werden grundsätzlich im gleichnamigen Posten ausgewiesen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus dem Hedge Accounting erfasst. Zinserträge bzw. -aufwendungen aus Derivaten werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Alle übrigen finanziellen Vermögenswerte fallen unter die Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.* Der Unterschiedsbetrag zwischen beizulegendem Zeitwert und (fortgeführten) Anschaffungskosten wird so lange erfolgsneutral in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals ausgewiesen, bis der Vermögenswert veräußert wird oder eine erfolgswirksam zu erfassende Wertminderung eingetreten ist. Dies ist bei Fremdkapitaltiteln der Fall, sofern objektive Hinweise („Trigger") für eine Wertminderung vorliegen und diese sich auf die erwarteten künftigen Cashflows auswirken. In Abhängigkeit von der Art des Finanzinstruments sind spezifische Trigger definiert worden. Beispielsweise können Ereignisse wie Zahlungsverzug ab 30 Tagen, ein Absinken des internen Ratings auf die Klasse für Non-Performing-Loans oder ein deutliches Absinken des Kurswerts als objektive Hinweise auf eine mögliche Wertminderung gelten. Darüber hinaus ist bei Eigenkapitalinstrumenten bei einem dauerhaften oder signifikanten Unterschreiten der Anschaffungskosten eine Wertminderung erfolgswirksam zu erfassen. Bei einem börsennotierten Eigenkapitalinstrument wird eine dauerhafte Wertminderung angenommen, sofern der beizulegende Zeitwert in einem Zeitraum von neun Monaten dauerhaft die historischen Anschaffungskosten unterschreitet. Eine signifikante Wertminderung wird bei diesen Finanzinstrumenten unterstellt, wenn der beizulegende Zeitwert zum Bewertungsstichtag um mindestens 20 % unter den historischen Anschaffungskosten liegt. Die Wertminderung eines in diese Kategorie eingestuften Fremdkapitalinstruments wird erfolgswirksam rückgängig gemacht, wenn die objektiven Hinweise für eine Wertminderung nicht mehr vorliegen. Wertminderungen von in diese Kategorie eingestuften Eigenkapitalinstrumenten dürfen nur erfolgsneutral rückgängig gemacht werden. Eigenkapitalinstrumente, für die eine verlässliche Bewertung zum beizulegenden Zeitwert nicht möglich ist, werden zu Anschaffungskosten bewertet. Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst. Wertaufholungen werden in diesem Fall nicht berücksichtigt. Im Konzern werden die *zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte* im Posten Finanzanlagen ausgewiesen. Veräußerungserfolge, erfolgswirksam zu erfassende Wertminderungen und Wertaufholungen aus Fremdkapitaltiteln sind im Finanzanlageergebnis erfasst. Die Amortisierung von Agien und Disagien erfolgt nach der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im Zinsergebnis.

Sämtliche originären finanziellen Verbindlichkeiten, für die nicht die *Fair-Value-Option* genutzt wird, sind als *andere Verbindlichkeiten* kategorisiert. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Im Konzern fallen hierunter Mittelaufnahmen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, den Verbrieften Verbindlichkeiten und dem Nachrangkapital ausgewiesen werden.

Der bilanzielle Abgang erfolgt bei Derivaten zum Handelstag, bei allen anderen finanziellen Vermögenswerten zum Erfüllungstag. Eine Ausbuchung erfolgt dann, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind, die Verfügungsmacht bzw. die Kontrolle übertragen wurde oder die Chancen und Risiken im Wesentlichen auf einen konzernfremden Dritten übergegangen sind.
Finanzielle Verpflichtungen werden ausgebucht, wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind.

Für Zuweisungsgeschäfte der Bundesregierung gemäß § 2 Abs. 4 KfW-Gesetz werden die allgemeinen Ansatzverfahren des Konzerns für die entsprechenden Finanzinstrumente angewandt; die Bewertung erfolgt unter Beachtung der jeweiligen einzelvertraglichen Regelungen hinsichtlich der Risikoverteilung.

Mit der Ergänzung des IAS 39 in der Fassung vom 13.10.2008 wurden die Möglichkeiten zur Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten ausgeweitet. Es war demnach möglich, bis zum 31.10.2008 rückwirkend zum 01.07.2008 und danach prospektiv ab dem Zeitpunkt des Beschlusses Vermögenswerte der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* in die Kategorie *Kredite und Forderungen* umzuwidmen, sofern die Absicht und Fähigkeit bestand, die betreffenden Finanzinstrumente in vorhersehbarer Zukunft bzw. bis zur Endfälligkeit zu halten, und sofern die allgemeinen Kategorisierungskriterien der Kategorie *Kredite und Forderungen* zum Umwidmungszeitpunkt erfüllt waren.

Der Konzern hat die Nutzung dieser Möglichkeit am 31.10.2008 rückwirkend zum 01.07.2008 für die forderungsbesicherten Wertpapiere beschlossen, für die im Zuge der allgemeinen Vertrauenskrise an den Finanzmärkten zum Zeitpunkt des Beschlusses kein aktiver Markt mehr bestand – also keine aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten beobachtbar waren – und die bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollten.
Zudem wurden mit Beschluss vom 17.02.2009 Teile von den im Konzern der Liquiditätssicherung – durch Verwendung im Rahmen von Pensionsgeschäften bzw. Offenmarktgeschäften der Europäischen Zentralbank – dienenden Wertpapieren unter Nutzung dieser Möglichkeit mit prospektiver Wirkung umgewidmet. Für diese Wertpapiere, die in vorhersehbarer Zukunft gehalten werden sollten, bestand im Zuge der allgemeinen Vertrauenskrise an den Finanzmärkten zum Zeitpunkt des Beschlusses kein aktiver Markt mehr.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmung beizulegende Zeitwert stellt die neuen Anschaffungskosten des umgegliederten finanziellen Vermögenswerts dar, die Amortisierung erfolgt nach der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im Zinsertrag. Der bis zum Zeitpunkt der Umwidmung erfolgsneutral erfasste Unterschiedsbetrag zwischen beizulegendem Zeitwert und (fortgeführten) Anschaffungskosten wird weiterhin erfolgsneutral in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals ausgewiesen. Die Amortisierung nach der Effektivzinsmethode wird erfolgswirksam im Zinsertrag ausgewiesen.

Die Klassenbildung für die Anhangangaben erfolgt überwiegend in Übereinstimmung mit dem vor allem auf das – zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete – Kreditgeschäft ausgerichteten Geschäftsmodell des Konzerns auf Basis von Produkten (zum Beispiel werden die Forderungen an Kreditinstitute getrennt nach Geldmarktgeschäften und Krediten und Darlehen) bzw. den diese zusammenfassenden Bilanzposten. Vor dem Hintergrund der Zins- und Währungsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene (Zusammenspiel von originären Finanzinstrumenten und derivativen Absicherungsgeschäften) geben die zusammenfassenden Bilanzposten dabei grundsätzlich eine an den jeweils enthaltenen wesentlichen Risiken orientierte Sichtweise wieder. Informationen über die Art und das Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, werden auch im Risikobericht des Konzernlageberichts offengelegt.

(8) Finanzinstrumente: Bewertungsverfahren

Der erstmalige Ansatz eines Finanzinstruments im Konzern erfolgt zum beizulegenden Zeitwert.

Die Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten basiert im Konzern auf dem beizulegenden Zeitwert bei Erstbewertung unter Berücksichtigung von Tilgungen und etwaigen Wertminderungen. Die Amortisierung von Agien und Disagien, Transaktionskosten und Entgelten erfolgt unter Verwendung der Effektivzinsmethode auf Basis der vertraglichen Zahlungsströme. Die Amortisierung von Disagien im Förderkreditgeschäft erfolgt bis zum Ablauf der ersten Zinsbindung (in der Regel fünf oder zehn Jahre).

Die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert – in Abhängigkeit von der Bewertungskategorie regelmäßig für den bilanziellen Ansatz oder für Angaben zu Finanzinstrumenten im Anhang ermittelt – richtet sich im Konzern nach folgender Hierarchie:

A. Aktiver Markt (mit Zuordnung in die Klasse „Quotierter Marktpreis“)
Auf einem aktiven Markt notierte Preise sind der bestmögliche objektive Nachweis für den beizulegenden Zeitwert. Ein Finanzinstrument gilt als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle – das heißt am Abschlussstichtag oder kurz davor gehandelte – und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Berücksichtigt werden bei dieser Beurteilung neben den gehandelten Nominalvolumina, den Kontraktgrößen und der Kontraktanzahl vor allem auch die beobachteten Geld-Brief-Spannen, die bei einer deutlichen Ausweitung auf einen inaktiven Markt hindeuten.

B. Kein aktiver Markt – Bewertungsverfahren (mit Zuordnung in die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten [modellhaft]“ oder „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten“)
Wird das Finanzinstrument nicht an einem aktiven Markt notiert, werden Bewertungsverfahren verwendet. Genutzte Bewertungsverfahren sind insbesondere die Discounted-Cashflow-Methode und Optionspreismodelle sowie der Vergleich mit dem beizulegenden Zeitwert eines Finanzinstruments mit fast identischen Charakteristika (beispielsweise Multiplikatorenmodelle). Die Bewertungsverfahren berücksichtigen alle Parameter, die die Marktteilnehmer bei der Preisbildung einbeziehen würden, beispielsweise Marktzinssätze, risikolose Zinssätze, Bonitätsspreads oder Swapkurven. Da diese Daten grundsätzlich am Markt beobachtbar und größtenteils bei der Bewertung der mittels Bewertungsverfahren zu bewertenden Finanzinstrumente auch ausschließlich maßgeblich sind, erfolgt bei den Angaben zu genutzten Bewertungsverfahren bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten daher im Regelfall eine Zuordnung in die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“. Diese Zuordnung gilt im Regelfall auch für durch Preisserviceagenturen zur Verfügung gestellte Preisquotierungen auf nicht aktiven Märkten.
Werden hingegen bei der Bewertung maßgebliche nicht am Markt beobachtbare Daten wie beispielsweise erwartete risikolose Kundenmargen oder Kapitalkosten herangezogen, erfolgt eine Zuordnung in die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten“.

Sofern durch die Anwendung eines Bewertungsverfahrens, das in signifikantem Umfang nicht am Markt beobachtbare Parameter berücksichtigt, Differenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem Modellwert im Zugangszeitpunkt bestehen, wird analysiert, ob es wirtschaftliche Gründe für diese Initialdifferenzen gibt (wie beispielsweise den Abschluss eines Geschäfts auf einem Markt, der nicht der Hauptmarkt für dieses Geschäft ist). Im Konzern treffen diese wirtschaftlichen Gründe ausschließlich auf einen kleinen Teil des Derivateportfolios zu, der in Verbindung mit dem und in Bezug auf das Export- und Projektfinanzierungskreditgeschäft als Sicherungsgeschäft für Kunden besteht. Die diesbezüglichen marktgerecht ausgestalteten OTC-Derivate werden nicht auf dem bewertungsrelevanten Hauptmarkt (OTC-Interbanken-Markt) abgeschlossen.

Die bei Abschluss dieser Derivate festzustellenden Initialdifferenzen werden über die Laufzeit der Finanzinstrumente amortisiert, da in das Bewertungsverfahren maßgeblich nicht am Markt beobachtbare Bewertungsparameter einfließen. Die Zuverlässigkeit des Bewertungsverfahrens ist durch regelmäßige Modellvalidierungen sichergestellt.

C. Kein aktiver Markt – Eigenkapitalinstrumente (mit Zuordnung in die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten")
Ist eine zuverlässige Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Eigenkapitalinstrumenten, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind, mit Bewertungsmodellen in Ausnahmefällen nicht möglich, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Der beizulegende Zeitwert ist nicht zuverlässig ermittelbar, wenn die Bandbreite der vernünftigen Schätzung des beizulegenden Zeitwerts für dieses Instrument erheblich ist und die Eintrittswahrscheinlichkeiten nicht auf angemessene Weise beurteilt werden können.

Diese Hierarchie wird grundsätzlich wie folgt im Konzern angewandt:

Beizulegende Zeitwerte aus aktiven Märkten finden insbesondere Anwendung bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren – soweit keine inaktiven Märkte vorliegen und daher Bewertungsverfahren bzw. durch Preisserviceagenturen zur Verfügung gestellte Preisquotierungen auf nicht aktiven Märkten zum Einsatz kommen – und bei passivisch ausgewiesenen eigenen Emissionen. Bewertungsverfahren für originäre Finanzinstrumente werden allerdings vor allem bei den in den Posten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und Verbriefte Verbindlichkeiten ausgewiesenen Produkten angewandt. Auch für die OTC-Derivate werden Bewertungsverfahren herangezogen. Im Einzelnen wird bei bestimmten Produktgruppen wie folgt vorgegangen:

Die Untersuchung, ob ein Finanzinstrument an einem aktiven Markt notiert wird, erfolgt bei den Wertpapieren im Finanzanlagebestand des Konzerns auf Basis homogener Portfolios. Die Prüfung der Marktaktivität erfolgt dabei anhand der nachfolgenden Kriterien:

– Es existieren mehrere Preissteller.
– Es werden regelmäßig Preise gestellt.
– Preise zwischen den Preisstellern weichen nur geringfügig voneinander ab.
– Die Geld-Brief-Spanne ist gering.

Zum Abschlussstichtag werden bei den aktivischen Wertpapieren des Konzerns grundsätzlich Preise auf aktiven Märkten zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts herangezogen. Darüber hinaus werden bei Teilen des Portfolios Preise von Preisserviceagenturen verwendet, die nicht als quotierte Preise auf aktiven Märkten zu qualifizieren sind. Liegen diese im Einzelfall nicht vor, werden stattdessen Bewertungsverfahren zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts genutzt, die die am Markt beobachtbaren Parameter berücksichtigen. Die genutzten Bewertungsmethoden preisen dabei insbesondere die Veränderungen von Bonitäten und risikolosen Zinssätzen ein, berücksichtigen aber auch die allgemeine und die für das jeweilige, spezifische Finanzinstrument resultierende Markteinengung aufgrund geringerer Liquidität.

Bei den OTC-Derivaten werden Bewertungsverfahren verwendet, die insbesondere auch die kontrahentenspezifischen Ausfallrisiken unter Anrechnung vorhandener Sicherheiten berücksichtigen. Die Ausfallrisiken werden hierbei nicht gesondert für jedes Geschäft, sondern für den einem Rahmenvertrag zugrunde liegenden Geschäftsbestand auf Portfoliobasis berechnet. Die daraus resultierenden Kreditrisikoanpassungsbeträge liegen auf einem sehr niedrigen Niveau, da der KfW im Regelfall Sicherheiten für positive Marktwerte entsprechend getroffenen Sicherheitenvereinbarungen gestellt werden. Für die Bewertung eines wesentlichen Teils des Derivateportfolios mit Besicherungsvereinbarungen werden den Marktusancen entsprechend risikofreie Übernachtzinssätze herangezogen.

Eine Bewertung zu Anschaffungskosten erfolgt bei Beteiligungen und Aktien, bei denen eine verlässliche Bewertung zum beizulegenden Zeitwert nicht möglich ist.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Darlehen an Kreditinstitute und Kunden erfolgt anhand der Discounted-Cashflow-Methode, basierend auf der Abzinsung der risikoadjustierten Cashflows. Hierbei wird der zum jeweiligen Bewertungsstichtag ermittelte Erwartete Verlust als Korrektiv zu den vertragsgemäßen Zahlungsströmen berücksichtigt.

Aus der Haftung des Bundes für bestimmte Verpflichtungen der KfW entsprechend § 1 a KfW-Gesetz ergeben sich vorteilhafte Auswirkungen auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW. Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte für die Verbindlichkeiten der KfW wird der Effekt aus dieser expliziten, direkten Staatsgarantie ebenfalls berücksichtigt. Die Staatsgarantie stellt kein eigenständiges Bilanzierungsobjekt dar.

Der beizulegende Zeitwert täglich fälliger Finanzinstrumente wie der Barreserve und von täglich fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten entspricht dem Buchwert.

In Fällen, in denen keine Preise liquider Märkte bzw. durch Preisserviceagenturen zur Verfügung gestellte Preisquotierungen auf nicht aktiven Märkten verfügbar sind, wird auf anerkannte Modelle und Methoden zur Bewertung zurückgegriffen. Im Fall von Wertpapieren, Swaps, Devisen- und Geldmarktgeschäften ohne eingebettete Optionen sowie ohne komplexe Kupons handelt es sich um die Discounted-Cashflow-Methode. Eigenständige Optionen sowie Derivate mit eingebetteten Optionen, Triggern, Zinsgarantien und/oder komplexen Kuponvereinbarungen werden, soweit sie nicht börsennotiert sind, mittels anerkannter Modelle (beispielsweise Hull & White) bewertet.
Die Kalibrierung vorgenannter Modelle erfolgt – soweit möglich – an beobachtbaren Marktdaten von in Geschäftstyp, Restlaufzeit und Bonität vergleichbaren Instrumenten.

(9) Förderkreditgeschäft der KfW

Für das im Rahmen des gesetzlichen Förderauftrags der KfW getätigte Förderkreditgeschäft ist der allgemeine Förderkreditmarkt maßgeblich, der sich vom Markt für das allgemeine Kreditgeschäft unterscheidet. Der allgemeine Förderkreditmarkt ist dadurch gekennzeichnet, dass Förderbanken im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags bei förderfähigen Vorhaben die Vorteile bei der Refinanzierung vollständig an ihre Endkreditnehmer weitergeben. Die KfW zieht bei der Konditionierung von entsprechenden Förderdarlehen ihre aktuellen laufzeitdifferenzierten Refinanzierungskosten heran.

Beim erstmaligen Ansatz von derartigen Krediten entspricht der beizulegende Zeitwert damit dem Transaktionswert.

Darüber hinaus gewährt die KfW auch Förderkredite, bei denen während der ersten Zinsbindungsperiode zusätzliche Förderbeiträge in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW gewährt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser Förderkredite – bewertet mit den Parametern des allgemeinen Förderkreditmarktes – entspricht beim erstmaligen Ansatz damit nicht dem Transaktionswert, da in diesem Fall eine Unterverzinslichkeit vorliegt.

Der sich daraus im Regelfall bereits bei der Kreditzusage ergebende Differenzbetrag – als Barwert der nominalen Plan-Zinsverbilligungsleistungen während der ersten Zinsbindungsperiode – wird erfolgswirksam zu Lasten des Zinsaufwands erfasst und als Korrektivposten zu den Krediten und Darlehen unter den Posten Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Der Korrektivposten wird effektivzinskonstant im Zinsüberschuss amortisiert. Im Falle einer vollständigen außerplanmäßigen Tilgung wird dieser sofort erfolgswirksam im Zinsertrag vereinnahmt.

Differenzbeträge, die sich auf Unwiderrufliche Kreditzusagen beziehen, werden unter den Rückstellungen ausgewiesen. Bestandsveränderungen werden saldiert über die aktivisch ausgewiesenen Korrektivposten bereits ausgezahlter Förderkredite abgebildet.

(10) Finanzderivate und Abbildung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der wirtschaftlichen Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken, die insbesondere im Zusammenhang mit der Refinanzierung sowie dem Kredit- und Wertpapiergeschäft stehen, werden im Konzern Finanzderivate eingesetzt.

Die bilanzielle Abbildung der wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen erfolgt – soweit nach den strengen Regularien der IFRS möglich – im Rahmen des Hedge Accounting sowie durch die Nutzung der *Fair-Value-Option*. Auch durch die Abspaltung trennungspflichtiger eingebetteter Derivate mit erfolgswirksamer Bewertung werden wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen bilanziell wirksam. Sofern die Sicherungsbeziehungen wirtschaftlich effektiv ausgestaltet sind, führen die entsprechenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften in diesen Fällen hinsichtlich des abgesicherten Risikos zu sich im Wesentlichen kompensierenden Bewertungseffekten aus den Sicherungsinstrumenten und den abgesicherten Grundgeschäften, sodass die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns die risikomindernde Wirkung dieser wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen weitestgehend widerspiegelt.

Allerdings werden damit nicht sämtliche wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen erfasst, sodass bilanzierte Sicherungsderivate verbleiben, deren risikomindernde Wirkung sich nicht im Abschluss niederschlägt, da die Grundgeschäfte nach IFRS nicht hinsichtlich des gesicherten Risikos erfolgswirksam bewertet werden. Die entsprechenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften können somit trotz wirtschaftlich effektiver Ausgestaltung der Sicherungsbeziehung zu einseitigen – und von Abschlussperiode zu Abschlussperiode schwankenden – Bewertungsergebnissen aus den Sicherungsderivaten in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns führen.

Im Konzern erfolgt das Hedge Accounting zur Darstellung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen ausschließlich in Form von Fair Value Hedges. Die Abbildung der Absicherung erfolgt zum einen auf Einzelgeschäfts- und Gruppenebene in Form von Micro Fair Value Hedge Accounting und zum anderen auf Portfoliobasis im Rahmen des Macro Fair Value Hedge Accounting. Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen auf Gruppenebene werden ausschließlich zur Absicherung von Fremdwährungspositionen gebildet. Sofern bei der Bewertung der Derivate risikofreie Übernachtzinssätze herangezogen werden, wird diese Marktusance bezogen auf die abgesicherten Risiken auch im Micro Fair Value Hedge Accounting berücksichtigt. Im Macro Fair Value Hedge Accounting orientiert sich das abgesicherte Risiko grundsätzlich an der variablen Verzinsung des Derivateportfolios. Die Effektivität der Sicherungsbeziehungen wird durch die Dollar-Offset-Methode und die Regressionsanalyse nachgewiesen.

Im Micro Fair Value Hedge Accounting werden Zinsänderungs- und Währungsrisiken aus Schuldverschreibungen des Finanzanlagebestands (der Kategorien *Kredite und Forderungen* sowie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*) sowie vor allem aus Mittelaufnahmen (der Kategorie *andere Verbindlichkeiten*) abgesichert. Bei den Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen auf Einzelgeschäftsebene werden die beizulegenden Zeitwerte hinsichtlich der gesicherten Risiken in den abgesicherten Grundgeschäften bilanziell bei den Grundgeschäften ausgewiesen und deren Veränderungen im Ergebnis aus dem Hedge Accounting erfasst. Die hierfür eingesetzten Sicherungsinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert unter dem Posten Derivate im Hedge Accounting ausgewiesen. Auch ihre Wertänderungen werden im Posten Ergebnis aus dem Hedge Accounting gezeigt und kompensieren somit weitestgehend die Ergebniseffekte aus den Bewertungen der Grundgeschäfte. Die währungsinduzierten Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte aus Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen auf Gruppenebene werden im Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente ausgewiesen. Die Amortisierung der beizulegenden Zeitwerte der gesicherten Risiken aus Sicherungsbeziehungen, die die strikten Voraussetzungen des Hedge Accounting nicht mehr erfüllen, erfolgt über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung im Ergebnis aus dem Hedge Accounting.

Im Macro Fair Value Hedge Accounting werden Zinsänderungsrisiken vor allem aus Kreditforderungen (der Kategorie *Kredite und Forderungen*) abgesichert. Die beizulegenden Zeitwerte hinsichtlich der gesicherten Risiken in den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios der Kategorie *Kredite und Forderungen* werden aktivisch im Posten Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting bilanziert. Die Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte der gesicherten Risiken aus den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios werden im Ergebnis aus dem Hedge Accounting gezeigt.
Die Sicherungsinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert im Posten Derivate im Hedge Accounting bilanziell erfasst. Auch ihre Wertänderungen werden im Posten Ergebnis aus dem Hedge Accounting gezeigt und kompensieren somit weitestgehend die Ergebniseffekte aus den Bewertungen der Grundgeschäftsportfolios.
Die Grundgeschäftsportfolios werden monatlich im Rahmen eines dynamischen Hedgedesignations- und -auflösungsprozesses bestimmt. Die Amortisierung der daraus jeweils resultierenden Wertanpassungsposten erfolgt über die Restlaufzeit des Laufzeitbandes im Ergebnis aus dem Hedge Accounting. Bei Abgängen von Grundgeschäften aus den gesicherten Portfolios erfolgt eine anteilige Auflösung der zugehörigen Wertanpassung im Ergebnis aus dem Hedge Accounting. Bei Abgängen von Sicherungsgeschäften und Substitution durch neue Grundgeschäfte während des Sicherungszeitraums erfolgt die weitere Amortisierung der zugehörigen Wertanpassungsposten aus den gesicherten Portfolios im Zinsüberschuss.

Sind im Konzern für die Darstellung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen zwischen Derivaten und finanziellen Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten die strikten Vorschriften des Hedge Accounting nicht erfüllt, wird unter bestimmten Voraussetzungen die *Fair-Value-Option* genutzt. Die beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsinstrumente werden unter dem Posten Sonstige Derivate ausgewiesen und deren Veränderungen erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst. Durch die Bewertungseffekte aus den abgesicherten Grundgeschäften werden diese weitestgehend kompensiert.

Darüber hinaus werden zur Absicherung von Risiken weitere derivative Finanzinstrumente eingesetzt, deren wirtschaftliche Sicherungswirkung bilanziell nicht abgebildet wird. Die beizulegenden Zeitwerte dieser Sicherungsinstrumente werden ebenfalls unter dem Posten Sonstige Derivate ausgewiesen und deren Veränderungen erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente ausgewiesen.

Derivate zu Handelszwecken sowie Derivate im Auftrag Dritter als Makler bzw. Vermittler werden nicht kontrahiert.

(11) Behandlung von eingebetteten Derivaten

Derivative Finanzinstrumente können als eingebettete Derivate Bestandteil eines zusammengesetzten Finanzinstruments sein. Unter bestimmten Voraussetzungen sind diese getrennt vom Basisvertrag wie ein freistehendes Derivat zu bilanzieren. Die Trennungspflicht besteht, wenn unter anderem die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrags verbunden sind. Der Basisvertrag ist in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bilanzieren.

Der Konzern schließt Verträge mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten insbesondere bei Mittelaufnahmen ab. Bei der Nutzung der *Fair-Value-Option* bilanziert die KfW diese zusammengesetzten Finanzinstrumente insgesamt zum beizulegenden Zeitwert. Bei bestimmten Produkten hingegen erfolgt eine Abspaltung und eigenständige Bilanzierung der trennungspflichtigen eingebetteten Derivate. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden dabei im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente unter dem Ergebnis aus Finanzderivaten (die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren) erfasst und wirken dort kompensatorisch zur Bewertung der Sicherungsderivate.

Im Beteiligungsfinanzierungsgeschäft des Konzerns vereinbarte Nebenabreden werden als trennungspflichtige eingebettete Derivate erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Sonstigen Derivaten ausgewiesen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente unter dem Ergebnis aus Finanzderivaten (die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren) erfasst. Die Kreditforderungen werden unter den Forderungen an Kunden bilanziert.

Im Förderkreditgeschäft regelmäßig gewährte außerplanmäßige Kündigungsrechte sind keine trennungspflichtigen eingebetteten Derivate, da die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken der Kündigungsrechte eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken der Darlehen verbunden sind und eine vorzeitige Rückzahlung annähernd zu den fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt.

(12) Kreditderivate

Der Konzern bietet im Rahmen seines Förderkreditgeschäfts über die beiden standardisierten Plattformen PROMISE (Programm für die Verbriefung von Mittelstandskrediten) bzw. PROVIDE (Programm für die Verbriefung von Wohnungsbaukrediten) Geschäftsbanken die Möglichkeit, ihre Kreditrisiken im Rahmen einer synthetischen Verbriefung am Kapitalmarkt zu platzieren. In einem ersten Schritt werden die Ausfallrisiken des Referenzportfolios über Portfolio-CDS durch den Konzern übernommen, gleichzeitig werden die Risiken über Portfolio-CDS bzw. Credit-Linked Schuldscheine an Dritte weitergegeben. Zur bilanziellen Abbildung wird teilweise die *Fair-Value-Option* genutzt. Die beizulegenden Zeitwerte werden unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen. Änderungen der beizulegenden Zeitwerte werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst. Die laufenden Risikoprämien werden im Provisionsüberschuss ausgewiesen.
Bei den Transaktionen, für die in Übereinstimmung mit den einzelvertraglichen Regelungen die *Fair-Value-Option* zur Vermeidung eines *Accounting Mismatch* nicht genutzt wird, werden die Portfolio-CDS als begebene bzw. erhaltene Finanzgarantien bilanziell nach der für diese Finanzinstrumente allgemein gültigen Vorgehensweise abgebildet. Die Credit-Linked Schuldscheine mit nicht trennungspflichtiger eingebetteter Finanzgarantie werden entsprechend den Grundsätzen zur Abbildung von Mittelaufnahmen der Kategorie *andere Verbindlichkeiten* bilanziert.

(13) Währungsumrechnung

Die funktionale Währung der KfW sowie der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften ist der Euro.
Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, werden zum Kassakurs des Bilanzstichtages umgerechnet.
Nichtmonetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, werden grundsätzlich mit historischen Kursen umgerechnet, soweit sie zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertet werden.
Die Umrechnung erfolgt mit den Referenzkursen der Europäischen Zentralbank. Aufwendungen und Erträge werden grundsätzlich zum Monatsdurchschnittskurs umgerechnet.

Das Ergebnis aus der Währungsumrechnung wird erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst.

(14) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Unter dem Posten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind das zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kreditgeschäft des Konzerns sowie das noch nicht ausplatzierte und zum beizulegenden Zeitwert bewertete Syndizierungsgeschäft in der Export- und Projektfinanzierung ausgewiesen. Inhalt dieses Postens ist im Wesentlichen das Förderkreditgeschäft, das zum überwiegenden Teil über akkreditierte Geschäftsbanken sowie Versicherungen an die Endkreditnehmer ausgereicht wird. Diese Forderungen werden unter den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen, sofern die

Geschäftsbanken einen Teil der Haftung übernehmen. Bankdurchgeleitetes Förderkreditgeschäft ohne Haftung der Geschäftsbanken wird unter dem Posten Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Laufende Zinsen und zinsähnliche Erträge werden grundsätzlich im Zinsertrag erfasst. Sofern infolge des Niedrigzinsumfeldes negative Zinsen aus einem finanziellen Vermögenswert resultieren, werden diese im Zinsaufwand berücksichtigt. Die Amortisierung von Agien, Disagien, Bearbeitungsgebühren und Entgelten erfolgt mittels der Effektivzinsmethode im Zinsertrag. Nicht nach der Effektivzinsmethode zu amortisierende Bearbeitungsgebühren werden im Provisionsertrag vereinnahmt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthalten auch von der KfW im Rahmen der ERP-Wirtschaftsförderung gewährte Kredite mit einem Förderbeitrag (Zinsverbilligungsleistung). Die der KfW durch das ERP-Sondervermögen auf Basis des ERP-Wirtschaftsplangesetzes jährlich zweckgebunden zur Durchführung der ERP-Wirtschaftsförderung gewährten Förderzuschüsse werden bilanziell als passiver Rechnungsabgrenzungsposten – im Posten Sonstige Passiva – erfasst und mit dem über die Laufzeit erfolgswirksamen Entstehen der zugrunde liegenden Förderlasten aus den gewährten Krediten im Zinsertrag abgegrenzt.

(15) Risikovorsorge

Der Gesamtbestand der Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich zusammen aus der in einem gesonderten Aktivposten ausgewiesenen Risikovorsorge für Kreditforderungen und Forderungen aus Geldmarktanlagen einschließlich Pensionsgeschäften (Reverse-Repos) sowie der auf der Passivseite unter den Rückstellungen ausgewiesenen Risikovorsorge für Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen.

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch die erfolgswirksame Bildung von Einzel- und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Einzelwertberichtigungen werden für festgestellte Adressenausfallrisiken aus individuell auf Werthaltigkeit geprüften Kreditforderungen gebildet. Die Höhe der Einzelwertberichtigung entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits und dem Barwert der erwarteten Rückflüsse aus Zins- und Tilgungsleistungen sowie Zahlungsströmen aus der Verwertung von Sicherheiten. Die periodengerechte Vereinnahmung der Zinserträge gemäß den ursprünglichen Vertragsbedingungen wird ab dem Stichtag der erstmaligen Bildung einer Einzelwertberichtigung beendet. In der Folgebewertung wird der Effekt aus der Aufzinsung des Barwerts erwarteter Rückflüsse unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes ermittelt und als Zinsertrag erfasst (Unwinding). Um diesen Betrag reduziert sich der Risikovorsorgebestand. Bei Verringerung des Wertberichtigungsbedarfs werden die Einzelwertberichtigungen erfolgswirksam aufgelöst.

Kleinere und standardisierte Kredite werden zu homogenen Teilportfolios zusammengefasst und auf Basis des festgestellten Ausfallrisikos pauschaliert einzelwertberichtigt. Bei Verringerung des Wertberichtigungsbedarfs werden die Wertberichtigungen erfolgswirksam aufgelöst.

Bei nicht einzelwertberichtigten Kreditforderungen (Performing Loans) wird dem Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen. Für die Berechnung werden hierbei das wirtschaftliche Risiko und das Transferrisiko betrachtet. Wesentliche Parameter sind insbesondere das ausstehende Kreditvolumen (der Buchwert) zum Stichtag, die erwartete Verlustquote sowie Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten (bei einem LIP-Faktor [Loss Identification Period] von 1). Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden aus der Kreditrisikosteuerung übernommen, ebenso die Verlustquoten, Letztere allerdings um die kalkulatorischen Kosten bereinigt. Die zugrunde

liegenden Annahmen zu den Erwarteten Verlusten werden regelmäßig mit den tatsächlich eintretenden Ausfällen abgeglichen (Backtesting).

Den individuell festgestellten Risiken aus Eventualverpflichtungen und Unwiderruflichen Kreditzusagen wird durch die erfolgswirksame Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Den individuell noch nicht identifizierten Wertminderungen bei Unwiderruflichen Kreditzusagen wird durch die Bildung mittels Portfoliomodellen bestimmter Rückstellungen Rechnung getragen.

Wertgeminderte Forderungen werden unter Verbrauch von bestehenden Einzelwertberichtigungen (teil-)abgeschrieben, wenn sich die teilweise oder volle Uneinbringlichkeit der Forderung herausstellt. Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen bestehen, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden im Risikovorsorgeergebnis erfolgswirksam vereinnahmt.

(16) Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden im Wesentlichen von der KfW und ihren Tochtergesellschaften in Wertpapierportfolios gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Beteiligungen ausgewiesen.

Die Wertpapierportfolios dienen überwiegend der Liquiditätssicherung bzw. werden mit dem Ziel der langfristigen Stabilisierung und nachhaltigen Gewährleistung der Förderfähigkeit des Konzerns eingesetzt.
Zur einheitlichen Bilanzierung von Beteiligungen mit und ohne maßgeblichen Einfluss werden einzelne Geschäftsbereiche des Konzerns, die im Rahmen ihres Förderauftrags die Beteiligungsfinanzierung betreiben und die Voraussetzungen hierfür erfüllen, für bilanzielle Zwecke als Venture-Capital-Organisationen eingestuft. Diese Beteiligungen werden wie auch die übrigen Beteiligungen unter dem Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Die Finanzanlagen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und in der Folgebewertung abhängig von der Zuordnung zu einer Bewertungskategorie bilanziert.

Bei der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von nicht börsennotierten Beteiligungen wird der Illiquidität angemessen Rechnung getragen. So werden bei Verwendung von Discounted-Cashflow-Modellen Fungibilitätszuschläge im Diskontierungszinssatz berücksichtigt. Sofern der beizulegende Zeitwert von nicht börsennotierten Beteiligungen nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen.

Die Wertänderungen aus *erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten* werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente ausgewiesen. Realisierte Erfolge und Wertminderungen aus Beständen der Kategorien *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, Kredite und Forderungen* sowie *bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen* werden im Finanzanlageergebnis erfasst; bei Beständen der Kategorien *Kredite und Forderungen* sowie *bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen* ist die Vorsorge für das Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen enthalten, die auf dem einjährigen Erwarteten Verlust basiert. Unrealisierte Erfolge aus Beständen der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* werden erfolgsneutral im Eigenkapital als Neubewertungsrücklagen bilanziert. Laufende Zinszahlungen und Dividenden werden im Zinsertrag erfasst.

(17) Pensionsgeschäfte

Der Konzern schließt Pensionsgeschäfte in Form von standardisierten Repos bzw. Reverse-Repos ab. Hierbei handelt es sich um Kombinationen aus gleichzeitigen Kassa- und Termingeschäften über Wertpapiere mit demselben Kontrahenten. Die Bedingungen und Modalitäten der Besicherung bzw. der Verwendung von Sicherheiten folgen den marktüblichen Usancen. Für Offenmarktgeschäfte können außerdem hinterlegte Kreditforderungen genutzt werden.

Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden weiterhin als Wertpapierbestand bilanziert und bewertet. In Höhe der zugeflossenen Liquidität wird die Rückzahlungsverpflichtung als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder Kunden ausgewiesen. Zinsen werden laufzeitgerecht im Zinsaufwand erfasst.

In Höhe der bei Reverse-Repos abgeflossenen Liquidität wird ein Rückzahlungsanspruch als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert und bewertet. Die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassakauf) werden nicht bilanziert und bewertet. Zinsen werden laufzeitgerecht im Zinsertrag erfasst.

(18) Sachanlagen

Die im Konzernabschluss ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die – im Verwaltungsaufwand ausgewiesenen – planmäßigen linearen Abschreibungen und Wertminderungen, angesetzt. Eine außerplanmäßige Abschreibung wird entsprechend den Vorgaben des IAS 36 vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert des Vermögenswerts den sogenannten erzielbaren Betrag, das heißt den Nettoveräußerungspreis bzw. den Nutzungswert, übersteigt. Die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer erfolgt unter der Beachtung der voraussichtlichen Abnutzung. Der Konzern geht von einer geschätzten Nutzungsdauer von 40 bis 50 Jahren für Gebäude, von vier Jahren für EDV-Arbeitsplatzausstattungen bzw. von fünf bis 15 Jahren für andere Sachanlagen aus. Ergebnisse aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau werden unter den Sonstigen Sachanlagen ausgewiesen; planmäßige Abschreibungen werden nicht vorgenommen.

(19) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den Immateriellen Vermögenswerten bilanziert der Konzern erworbene und selbst erstellte Software zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die – im Verwaltungsaufwand ausgewiesenen – planmäßigen linearen Abschreibungen und Wertminderungen. Die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen Abnutzung. Der Konzern geht von einer Nutzungsdauer von fünf Jahren aus.
Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert des Vermögenswerts den sogenannten erzielbaren Betrag übersteigt. Sofern Anzeichen vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

In Entwicklung befindliche selbst erstellte Software wird unter den Anderen Immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen; planmäßige Abschreibungen werden nicht vorgenommen.

(20) Ertragsteuern

Die KfW ist subjektiv steuerbefreit. Für die steuerpflichtigen Tochtergesellschaften und deren steuerliche Betriebsstätten erfolgt die Ermittlung der Ertragsteuern gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen im Sitzland. Die tatsächlichen Ertragsteueraufwendungen sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Veränderung latenter Steuern werden in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt als Steuern vom Einkommen und Ertrag erfolgswirksam oder erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen im Eigenkapital ausgewiesen. Der Ausweis in der Bilanz erfolgt für tatsächliche sowie latente Steueransprüche und -verpflichtungen unter gesonderten Posten. Die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden saldiert, sofern die Voraussetzungen dafür vorliegen.

Tatsächliche Steuern vom Einkommen und Ertrag werden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen eines Vermögenswerts oder einer Verpflichtung und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz, wenn hieraus in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte resultieren (temporäre Unterschiede). Aktive latente Steuern auf steuerlich noch nicht genutzte Verlustvorträge werden nur angesetzt, wenn mit hinreichender Sicherheit angenommen werden kann, dass das betreffende Steuersubjekt in den Folgeperioden ausreichend steuerpflichtiges Einkommen zur Nutzung des Verlustvortrags erzielen wird.

(21) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten

Unter dem Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sind im Wesentlichen die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten längerfristigen Mittelaufnahmen und Geldmarktgeschäfte des Konzerns ausgewiesen. Unter den Verbrieften Verbindlichkeiten sind emittierte Anleihen, Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere erfasst. Am Markt zurückgekaufte eigene Emissionen werden zum Zeitpunkt des Rückkaufs passivisch abgesetzt.

Bei strukturierten Verbindlichkeiten wird die *Fair-Value-Option* genutzt oder es erfolgt bei bestimmten Produkten eine Abspaltung der eingebetteten trennungspflichtigen Derivate mit deren eigenständiger Bilanzierung.

Der Ausweis der unterschiedlichen Mittelaufnahmeformen erfolgt unabhängig von deren Kategorisierung bzw. einer Einbeziehung in das Hedge Accounting. Die Bewertung der Posten ergibt sich aus der jeweiligen Kategorisierung.

Laufende Zinsen werden grundsätzlich im Zinsaufwand erfasst. Sofern infolge des Niedrigzinsumfeldes negative Zinsen aus einer finanziellen Verbindlichkeit resultieren, werden diese im Zinsertrag berücksichtigt. Die Amortisierung von Agien und Disagien erfolgt mittels der Effektivzinsmethode über die Laufzeit im Zinsaufwand. Die Wertänderungen der zum beizulegenden Zeitwert kategorisierten Verbindlichkeiten werden erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst und wirken dort kompensatorisch zur Bewertung der Sicherungsderivate. Ergebnisse aus der Rücknahme eigener Emissionen der Kategorie *andere Verbindlichkeiten* werden zum Zeitpunkt des Rückkaufs im Sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

(22) Rückstellungen

Rückstellungen werden für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, Kreditrisiken, im Förderkreditgeschäft zu Lasten der Ertragslage der KfW gewährte Zinsverbilligungsleistungen aus Unwiderruflichen Kreditzusagen sowie andere bezüglich ihrer Höhe oder Fälligkeit ungewisse Verpflichtungen mit wahrscheinlicher Inanspruchnahme gebildet.

Die Mitarbeiter des KfW-Konzerns sind in eine betriebliche Altersversorgung eingebunden, die in Form von Alters-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten gezahlt wird. Konzernweit existieren unterschiedliche ausschließlich leistungsorientierte Pensionspläne. Die Höhe der Ansprüche ist im Wesentlichen abhängig von der Unternehmenszugehörigkeit und der Höhe der Gehaltszahlungen. Bei dem Pensionsplan, der für Neueintritte bis 1985 angewandt wurde, handelt es sich um eine sogenannte Gesamtversorgung, bei der ein bestimmter Teil des vor Eintritt des Versorgungsfalls bezogenen Einkommens als Versorgungsleistung zugesagt wird, wobei die Sozialversicherungsrente entsprechend angerechnet wird. Neben den arbeitgeberfinanzierten Pensionsplänen gibt es auch Regelungen mit Eigenbeiträgen der Mitarbeiter.

Die Pensionspläne des KfW-Konzerns unterliegen insbesondere den folgenden Risiken: Langlebigkeits-, Zinsänderungs- und Rentenanpassungsrisiko sowie dem Risiko künftiger Änderungen der Bemessungsgrundlagen.

Das Langlebigkeitsrisiko ist das Risiko, dass höhere Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung dadurch entstehen, dass die Rentenberechtigten länger als prognostiziert leben. Grundsätzlich wird dieses Risiko über die Gesamtheit aller Rentenberechtigten ausgeglichen und würde sich nur auswirken, wenn die Lebenserwartung zukünftig schneller steigt als angenommen.

Aufgrund der langen Laufzeit der betrieblichen Altersversorgung unterliegen die Rückstellungen für die Pensionsverpflichtungen den allgemeinen Zinsänderungsrisiken.

Das Rentenanpassungsrisiko bezieht sich im Wesentlichen auf den Pensionsplan, der als Gesamtversorgung ausgestaltet ist. Hier wird eine Neuberechnung der Versorgungsleistungen vorgenommen, sobald sich das zugrunde liegende versorgungsfähige Einkommen oder die anzurechnende Sozialversicherungsrente ändert. Für einen anderen Pensionsplan besteht die Pflicht, regelmäßig die prognostizierten und tatsächlichen Rentenanpassungen zu überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Die Höhe der im KfW-Konzern im Rahmen der bestehenden Pensionspläne zugesagten Leistungen ist unter anderem von der Entwicklung der versorgungsfähigen Einkommen und der Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherungsrente abhängig. Es besteht das Risiko, dass sich die Bemessungsgrundlagen anders als angenommen entwickeln.

Die Pensionsverpflichtungen werden von einem unabhängigen qualifizierten Gutachter nach dem Anwartschaftsansammlungsverfahren (Projected Unit Credit Method) auf Grundlage konzerneinheitlicher Parameter wie Alter, Unternehmenszugehörigkeit oder Gehalt ermittelt. Der Ansatz der Pensionsverpflichtungen erfolgt zum Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation). Hierbei orientiert sich der Abzinsungsfaktor an aktuellen Marktkonditionen für ein Portfolio hochwertiger Industrieanleihen/Anleihen von supranationalen Emittenten mit einer der Fristigkeit der Verpflichtung vergleichbaren Laufzeit. Die Zusammensetzung des Portfolios erfolgt unter Berücksichtigung aktueller Marktgegebenheiten. Weitere demografische Faktoren (unter anderem Heubeck-Richttafeln 2005 G) und versicherungsmathematische Annahmen (unter anderem Anwartschafts- und Rentendynamik, Fluktuationsrate) werden berücksichtigt.

Für die Pensionsverpflichtungen des KfW-Konzerns wurde kein Planvermögen (Plan Assets) definiert, sodass die speziellen Regelungen hierzu keine Berücksichtigung finden. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind innenfinanziert, diesen stehen ausreichende Vermögenswerte mit entsprechenden Laufzeiten gegenüber.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden sofort im Zeitpunkt des Entstehens erfasst. Sie entstehen durch die Neubewertung der Pensionsverpflichtungen am Bilanzstichtag im Vergleich zu den am Jahresanfang prognostizierten Werten.

Bei den erfolgswirksamen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen wird nach Dienstzeitaufwand und Zinsaufwand unterschieden. Der Dienstzeitaufwand wird in dem Posten Verwaltungsaufwand erfasst, der Zinsaufwand unter dem Sonstigen Zinsaufwand ausgewiesen. Die erfolgsneutralen Veränderungen der Pensionsrückstellungen umfassen die in den Neubewertungsrücklagen ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, diese werden im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen Zusagen für Deferred Compensation, Vorruhestand und Altersteilzeit. Für diese Verpflichtungen werden ebenfalls versicherungsmathematische Gutachten erstellt und auf dieser Basis entsprechende Rückstellungen gebildet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste entstehen nicht.

Andere Rückstellungen werden unter anderem für Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und für Prüfungs- und Beratungsleistungen in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahmen gebildet; langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Zinseffekt wesentlich ist. Hinzu kommen die Verpflichtungen aus der Übernahme der Aufgaben der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (Anstalt), denen Forderungen an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in gleicher Höhe gegenüberstehen, die unter dem Posten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden.

(23) Nachrangkapital

Unter diesem Posten werden nachrangige Verbindlichkeiten gegenüber dem ERP-Sondervermögen ausgewiesen.

Die Mittel werden in die Kategorie *andere Verbindlichkeiten* eingestuft und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Zinsabgrenzungen sowie Wertanpassungen aus der Berücksichtigung im Micro Fair Value Hedge Accounting werden unter dem Posten Sonstige Passiva ausgewiesen. Laufende Zinsaufwendungen werden im Zinsaufwand ausgewiesen.

(24) Eigenkapital

Die Struktur des Eigenkapitals wird insbesondere durch das KfW-Gesetz und die Regelungen der IFRS geprägt.

Der nach den Regeln des HGB ermittelte Jahresüberschuss der KfW wird nach § 10 Abs. 2 und Abs. 3 KfW-Gesetz in die Rücklagen eingestellt und unter IFRS in das Konzerneigenkapital übernommen.

Der Konzern führt einen Fonds für allgemeine Bankrisiken. Zuführungen zu bzw. Entnahmen aus dem Fonds erfolgen unter IFRS im Rahmen der Ergebnisverwendung.

Ein verbleibender Konzernüberschuss wird unter IFRS periodengleich in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Die Neubewertungsrücklagen enthalten unter IFRS erfolgsneutral zu erfassende Sachverhalte. Darunter fallen Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* und versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen. Hinzu kommen die in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt gebildeten latenten Steuern.

(25) Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen

Der Konzern geht Eventualverpflichtungen vor allem in Form von Bürgschaften (Finanzgarantien) ein. Alle Eventualverpflichtungen des Konzerns werden im Anhang in Höhe der Nominalwerte, verringert um gebildete Rückstellungen, aufgeführt.

Im Zuge der Veräußerung der Anteile an der IKB im Geschäftsjahr 2008 hat sich die KfW zur Freistellung der IKB von bestimmten Rechtsrisiken in bestimmter Höhe bereit erklärt. Zum Ende des Berichtszeitraums sind in diesem Zusammenhang keine relevanten Verfahren gegen die IKB anhängig.

Unwiderrufliche Kreditzusagen sind feste Zusagen des Konzerns zur Gewährung eines Kredits unter vertraglich fixierten Bedingungen. Darin enthalten sind auch Kreditzusagen für Kredite, die im Rahmen von Syndizierungsgeschäften zur Ausplatzierung vorgesehen sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden im Anhang in Höhe der Nominalwerte, verringert um gebildete Rückstellungen, aufgeführt.

(26) Treuhandgeschäfte

Vermögenswerte und Schulden, die im Konzern im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, sind nicht zu bilanzieren. Dies betrifft insbesondere Kredite im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) zur Förderung der Entwicklungsländer, die aus Mitteln und unter Haftung des Bundeshaushalts gewährt werden. Die im Rahmen dieser Geschäfte angefallenen Vergütungen werden im Provisionsertrag vereinnahmt.

(27) Leasinggeschäfte

Leasingverhältnisse werden in Abhängigkeit von mit dem Eigentum an einem Vermögenswert verbundenen Chancen und Risiken als Operating-Leasing oder Finanzierungsleasing eingestuft. Aus dieser Klassifizierung resultiert die bilanzielle Abbildung.

Die Leasingnehmerverträge (einschließlich Immobilienleasing) des Konzerns werden im Wesentlichen als Operating-Leasing klassifiziert; die entsprechenden Mietzahlungen sind im Verwaltungsaufwand enthalten.

Die nur in geringem Umfang als Leasinggeber abgeschlossenen Kontrakte werden als Operating-Leasing klassifiziert; die entsprechenden Mieteinnahmen sind im Sonstigen betrieblichen Ertrag enthalten.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

(28) Zinsüberschuss

Aufgliederung des Zinsüberschusses nach Klassen

	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Zins- und zinsähnliche Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute/Kunden	7.849	8.544	–695
Zinsähnliche Erträge aus Avalen und Bürgschaften	25	33	–8
Zinserträge aus Finanzanlagen	378	461	–83
Zinserträge aus Derivaten	–292	91	–383
Sonstige Zinserträge	460	561	–101
Zinserträge	**8.420**	**9.691**	**–1.271**
Zins- und zinsähnliche Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	383	439	–55
Zinsaufwendungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	7.587	8.561	–974
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	3	5	–2
Zinsaufwendungen aus Derivaten	–2.442	–2.308	–135
Sonstiger Zinsaufwand	279	394	–114
Zinsaufwendungen	**5.810**	**7.090**	**–1.280**
Gesamt	**2.610**	**2.601**	**9**

Die Aufwendungen aus der Gewährung von – aufgrund zusätzlicher Förderbeiträge in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW – unterverzinslichen Förderkrediten belaufen sich auf 193 Mio. EUR (2015: 304 Mio. EUR) und sind im Sonstigen Zinsaufwand ausgewiesen. Neben den Belastungen aus dem Barwert der nominalen Plan-Zinsverbilligungsleistungen im Kreditneugeschäft sind darin auch die Aufwendungen aus der effektivzinskonstanten Amortisierung enthalten. Die Zins- und zinsähnlichen Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute/Kunden umfassen auch die Erträge aus der periodengerechten Amortisierung in Höhe der zeitanteiligen nominalen Plan-Zinsverbilligungsleistungen dieser Förderkredite in Höhe von 421 Mio. EUR (2015: 473 Mio. EUR).

Die Erträge aus dem Unwinding in Höhe von 32 Mio. EUR (2015: 32 Mio. EUR) werden unter Zins- und zinsähnlichen Erträgen aus Forderungen an Kreditinstitute/Kunden ausgewiesen.

Im Posten Zins- und zinsähnliche Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute/Kunden sind 51 Mio. EUR (2015: 21 Mio. EUR) aus passivischen Geldmarktgeschäften und im Posten Zins- und zinsähnliche Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden 112 Mio. EUR (2015: 45 Mio. EUR) aus aktivischen Geldmarktgeschäften und Platzhaltergeschäften für den Bund enthalten. Zurückzuführen ist dies auf negative Zinsbeiträge aufgrund des Niedrigzinsniveaus.

Das Zinsergebnis aus Derivaten umfasst unabhängig von einer Berücksichtigung im Hedge Accounting die Zinserträge und -aufwendungen aller Derivate. Der Ausweis der Zinserträge und -aufwendungen aus den Derivaten, die im direkten Zusammenhang mit einzelnen aktivischen bzw. passivischen Finanzinstrumenten abgeschlossen wurden und die nicht im Rahmen des Macro Fair Value Hedge Accounting bilanziert werden, erfolgt in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Grundgeschäft in den Zinserträgen aus Derivaten (bei zugehörigen aktivischen Finanzinstrumenten) bzw. in den Zinsaufwendungen aus Derivaten (bei zugehörigen passivischen Finanzinstrumenten). Unter Berücksichtigung der Zinserträge bzw. -aufwendungen aus den zugehörigen Grundgeschäften folgt die Darstellung damit dem wirtschaftlichen Wesensgehalt der gesicherten Finanzaktiva (variabel verzinsliche Vermögenswerte) bzw. gesicherten Finanzpassiva (variabel verzinsliche Verbindlichkeiten).

Aufgliederung der Zinserträge aus Finanzanlagen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	318	415	–97
Laufende Erträge aus Beteiligungen	51	46	5
Laufende Erträge aus Anteilen an nicht konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen	9	0	9
Gesamt	**378**	**461**	**–83**

(29) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Aufgliederung der Risikovorsorge nach Geschäftsvorgängen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Aufwendungen aus Zuführungen zur Risikovorsorge	667	687	–20
Direktabschreibungen	78	73	4
Aufwendungen für Risikovorsorge	**744**	**760**	**–16**
Erträge aus der Auflösung von Risikovorsorge	378	431	–53
Erträge aus Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen	216	281	–66
Erträge aus der Risikovorsorge	**594**	**712**	**–118**
Gesamt	**–150**	**–48**	**–103**

(30) Provisionsüberschuss

Aufgliederung des Provisionsüberschusses nach Klassen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Provisionserträge aus dem Kreditgeschäft	133	126	7
Sonstige Provisionserträge	203	210	–7
Erträge aus dem Treuhandgeschäft	1	1	0
Provisionserträge	**336**	**336**	**0**
Provisionsaufwendungen aus dem Kreditgeschäft	50	46	4
Provisionsaufwendungen aus Kreditderivaten	1	0	0
Sonstige Provisionsaufwendungen	29	34	–5
Provisionsaufwendungen	**79**	**80**	**0**
Gesamt	**257**	**257**	**0**

Das Provisionsergebnis aus dem Kreditgeschäft beinhaltet auch die laufenden Prämien und Gebühren aus den Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE.

Die Sonstigen Provisionserträge beinhalten das Entgelt für die Abwicklung der Finanziellen Zusammenarbeit zur Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer in Höhe von 175 Mio. EUR (2015: 181 Mio. EUR).

(31) Ergebnis aus dem Hedge Accounting

Aufgliederung des Ergebnisses aus dem Hedge Accounting nach Art der Sicherungsbeziehung

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting	45	–26	71
Ergebnis aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	249	202	48
Gesamt	**294**	**175**	**119**

Das Ergebnis aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting umfasst die Bewertung der Sicherungsgeschäfte in Höhe von –2.904 Mio. EUR (2015: 733 Mio. EUR) sowie die Bewertung der gesicherten Risiken aus den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios. Hinzu kommt neben der Amortisierung der Wertanpassungsposten aus dem dynamischen Hedgedesignations- und -auflösungsprozess und der anteiligen Auflösung von Wertanpassungen bei Abgängen aus den Grundgeschäftsportfolios auch der Restlaufzeiteneffekt der Sicherungsderivate.

Nettodarstellung des Gesamtergebnisses aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting nach gesicherten Produkten

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus der Sicherung von Finanzanlagen	1	2	–2
Ergebnis aus der Sicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	–1	–1	0
Ergebnis aus der Sicherung von Verbrieften Verbindlichkeiten	44	–29	73
Zwischensumme: Ergebniseffektivität der Sicherungsbeziehungen	**44**	**–27**	**70**
Ergebnis aus der Amortisierung von Wertanpassungen	1	1	0
Gesamt	**45**	**–26**	**71**

Bruttodarstellung des Bewertungsergebnisses aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting: Gegenüberstellung der Grund- und Sicherungsgeschäfte im Geschäftsjahr 2016

	Grund-geschäfte	Sicherungs-geschäfte	Ergebnis-effektivität der Sicherungs-beziehung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus der Sicherung von Finanzanlagen	–120	120	1
Ergebnis aus der Sicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	–13	12	–1
Ergebnis aus der Sicherung von Verbrieften Verbindlichkeiten	2.286	–2.243	44
Ergebnis aus der Sicherung von Nachrangkapital	5	–4	0
Gesamt	**2.158**	**–2.115**	**44**

Bruttodarstellung des Bewertungsergebnisses aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting: Gegenüberstellung der Grund- und Sicherungsgeschäfte im Geschäftsjahr 2015

	Grund-geschäfte	Sicherungs-geschäfte	Ergebnis-effektivität der Sicherungs-beziehung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus der Sicherung von Finanzanlagen	–211	213	2
Ergebnis aus der Sicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	100	–101	–1
Ergebnis aus der Sicherung von Verbrieften Verbindlichkeiten	3.324	–3.353	–29
Ergebnis aus der Sicherung von Nachrangkapital	3	–3	0
Gesamt	**3.217**	**–3.244**	**–27**

(32) Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente

Aufgliederung des Ergebnisses aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente nach Klassen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus Finanzanlagen	74	98	–24
Ergebnis aus Vermögenswerten	**74**	**98**	**–24**
Ergebnis aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	–15	48	–63
Ergebnis aus Verbrieften Verbindlichkeiten	122	698	–576
Ergebnis aus Verbindlichkeiten	**107**	**747**	**–639**
Ergebnis aus Finanzderivaten, die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren	–128	–620	492
Ergebnis aus Kreditderivaten	2	28	–26
Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten	**–126**	**–592**	**466**
Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung	0	50	–50
Gesamt	**55**	**303**	**–248**

Das Ergebnis aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden enthält das Ergebnis aus im Rahmen der Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE emittierten Credit-Linked Schuldscheinen. Das Ergebnis aus Kreditderivaten enthält das Ergebnis aus den hierunter abgeschlossenen Portfolio-CDS.

Das Ergebnis aus Finanzderivaten, die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren, resultiert insbesondere aus Derivaten in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen, die durch die Nutzung der *Fair-Value-Option* zur Kategorisierung der abgesicherten Grundgeschäfte bilanziell abgebildet werden. Zu den gesicherten Grundgeschäften gehören vor allem Mittelaufnahmen in Form von Verbrieften Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Finanzanlagen.

Darüber hinaus enthält das Ergebnis aus Finanzderivaten, die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren, Wertveränderungen von trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten aus dem Kredit- und Beteiligungsfinanzierungsgeschäft. Des Weiteren werden hierunter die Ergebnisse aus getrennt bilanzierten eingebetteten Derivaten, die im Zusammenhang mit finanziellen Verbindlichkeiten stehen, ausgewiesen; die Ergebnisse aus der Bewertung der zugehörigen Sicherungsderivate werden somit kompensiert.

Aufgliederung des Ergebnisses aus der Fair-Value-Bewertung von Finanzanlagen nach Produkten

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	–4	–5	1
Ergebnis aus Beteiligungen	78	102	–25
Gesamt	**74**	**98**	**–24**

Aufgliederung des Ergebnisses aus der Fair-Value-Bewertung von Kreditderivaten und im Rahmen der Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE emittierten Credit-Linked Schuldscheinen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus CDS	2	28	–26
Ergebnis aus emittierten Credit-Linked Schuldscheinen	–2	–28	26
Gesamt	**0**	**0**	**0**

Bruttodarstellung des Ergebnisses aus wirtschaftlich gesicherten Mittelaufnahmen: Gegenüberstellung der Grund- und Sicherungsgeschäfte

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus Mittelaufnahmen	110	775	–665
Ergebnis aus Sicherungsgeschäften	74	–796	870
Gesamt (Ergebniseffektivität der wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen)	**183**	**–22**	**205**

(33) Ergebnis aus Finanzanlagen

Aufgliederung des Ergebnisses aus Finanzanlagen nach Klassen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	23	43	–20
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0	0
Ergebnis aus Beteiligungen	–25	–18	–7
Ergebnis aus Anteilen an nicht konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen	–8	0	–8
Gesamt	**–10**	**25**	**–35**

Das Ergebnis aus den Finanzinstrumenten enthält realisierte Gewinne und Verluste aus dem Verkauf von Finanzanlagen sowie Wertberichtigungen bei Finanzanlagen der Kategorien *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, Kredite und Forderungen* bzw. *bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen.*

Im Berichtsjahr sind Eigenkapitalinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht zuverlässig ermittelt werden konnte, mit einem Buchwert von 106 Mio. EUR (2015: 56 Mio. EUR) abgegangen. Daraus entstand ein realisiertes Ergebnis von –8 Mio. EUR (2015: 22 Mio. EUR), das im Ergebnis aus Beteiligungen enthalten ist.

Angaben zu Wertminderungen aus Finanzanlagen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Finanzanlagen	32	47	–15
davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	*3*	*3*	*0*
davon Beteiligungen	*20*	*44*	*–24*
davon aus Anteilen an nicht konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen	*9*	*0*	*9*

Angaben zu Wertaufholungen nach Wertminderungen aus Finanzanlagen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Finanzanlagen	23	46	–23
davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	*23*	*46*	*–23*

(34) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	21	18	3

(35) Verwaltungsaufwand

Aufgliederung der Verwaltungsaufwendungen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Löhne und Gehälter	506	495	11
Soziale Abgaben	68	65	3
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	61	71	–10
Personalaufwand	**634**	**630**	**4**
Andere Verwaltungsaufwendungen	456	441	15
Abschreibungen und Wertminderungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte	108	64	44
Sachaufwand	**565**	**506**	**59**
Gesamt	**1.199**	**1.136**	**63**

Die Anderen Verwaltungsaufwendungen umfassen Mietaufwendungen aus Operating-Leasing-Verhältnissen in Höhe von 13 Mio. EUR (2015: 12 Mio. EUR).

(36) Sonstiges betriebliches Ergebnis

Aufgliederung des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstiger betrieblicher Ertrag	135	146	–10
Sonstiger betrieblicher Aufwand	33	38	–5
Gesamt	**102**	**107**	**–5**

Im Sonstigen betrieblichen Ertrag bilanziert werden Erträge aus dem Erlass der Rückzahlung eines Teils des ERP-Nachrangdarlehens in Höhe von 100 Mio. EUR (2015: 100 Mio. EUR), Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen und abgegrenzter Schulden in Höhe von 18 Mio. EUR (2015: 22 Mio. EUR) sowie Erträge aus dem Rückkauf von Eigenemissionen in Höhe von 1 Mio. EUR (2015: 5 Mio. EUR).

Der Sonstige betriebliche Aufwand umfasst die von der KfW IPEX-Bank GmbH an den Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute zu entrichtenden Beiträge in Höhe von 11 Mio. EUR (2015: 8 Mio. EUR). Die KfW ist gemäß §2 Restrukturierungsfondsgesetz nicht beitragspflichtig.

(37) Ertragsteueraufwand

Aufgliederung des Ertragsteueraufwands nach Verpflichtungscharakter

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und Ertrag	36	141	–104
Latente Steuern	–58	–10	–47
Gesamt	**–21**	**130**	**–152**

Im Zusammenhang mit Steuerlatenzen ergab sich ein Steuerertrag in Höhe von 58 Mio. EUR (2015: 10 Mio. EUR Ertrag). Dieser resultiert aus der Veränderung des Ansatzes temporärer Differenzen bzw. aus der Aktivierung von Verlustvorträgen.

Die Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem rechnerischen Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr und den ausgewiesenen Steuern vom Einkommen und Ertrag.

Überleitung der Ertragsteuern

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Steuern)	1.980	2.302	–322
Konzernertragsteuersatz	0%	0%	0%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	**0**	**0**	**0**
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze gegenüber dem Konzernertragsteuersatz	9	78	–69
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	0	0	0
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	2	–11	13
Auswirkungen nicht anrechenbarer Ertragsteuern	7	26	–19
Auswirkungen von nicht abziehbaren Betriebsausgaben	12	30	–18
Auswirkungen steuerfreier Erträge	16	–8	24
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	1	1	0
Auswirkungen permanenter Differenzen	0	0	0
Auswirkungen von Ansatzkorrekturen aktiver latenter Steuern	–68	14	–82
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand	**–21**	**130**	**–152**

Der für die Überleitungsrechnung zugrunde liegende Konzernertragsteuersatz von 0% trägt dem Steuerstatus der KfW als persönlich steuerbefreite Anstalt des öffentlichen Rechts und ihrem bestimmenden Anteil am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Rechnung.

Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze ergeben sich durch die subjektive Steuerpflicht und damit verbundene unterschiedliche Steuersätze einzelner Konzerngesellschaften. Die Steuersätze betragen unverändert zwischen 0% und 32%.

(38) Erläuterungen zum Sonstigen Ergebnis

Aufgliederung des Sonstigen Ergebnisses nach Klassen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstiges Ergebnis aus Sachverhalten, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können	**60**	**–41**	**101**
Sonstiges Ergebnis aus Finanzinstrumenten	59	–42	101
davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	*59*	*–37*	*96*
davon Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	*0*	*0*	*0*
davon Beteiligungen	*0*	*–5*	*5*
Sonstiges Ergebnis aus latenten Steuern auf Finanzinstrumente	0	1	0
Sonstiges Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0	0	0
Sonstiges Ergebnis aus Sachverhalten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	**–207**	**221**	**–428**
Sonstiges Ergebnis aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	–221	231	–453
Sonstiges Ergebnis aus latenten Steuern auf leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	15	–10	25
Gesamt	**–147**	**180**	**–327**

Das Sonstige Ergebnis enthält die erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen erfassten Sachverhalte. Darunter fallen Erträge und Aufwendungen aus Finanzinstrumenten der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*, Veränderungen der versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen und Veränderungen der in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt gebildeten latenten Steuern.

Aufgliederung der Umgliederungen in die Gewinn- und Verlustrechnung nach Klassen

	2016	2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Umgliederungen aus Finanzinstrumenten	8	17	–10
davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	*8*	*17*	*–10*
davon Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	*0*	*0*	*0*
davon Beteiligungen	*0*	*0*	*0*
davon Nachrangige Vermögenswerte	*0*	*0*	*0*
Umgliederungen aus latenten Steuern auf Finanzinstrumente	0	0	0
Umgliederungen aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0	0	0
Gesamt	**8**	**17**	**–10**

Die dargestellten Umgliederungen resultieren aus Erträgen und Aufwendungen, die in der Berichtsperiode erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt wurden und die zuvor erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen erfasst waren. Darunter fällt auch die Amortisierung von Neubewertungsrücklagen aus der Umgliederung von Finanzanlagen aus der Bewertungskategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* in die Bewertungskategorie *Kredite und Darlehen.* In der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmte Erträge sind mit negativem Vorzeichen ausgewiesen, Aufwendungen weisen ein positives Vorzeichen auf.

Segmentberichterstattung

(39) Segmentbericht nach Geschäftsfeldern

Die Segmentberichterstattung folgt gemäß den Bestimmungen des IFRS 8 dem internen Managementberichtssystem, das von den Hauptentscheidungsträgern des Konzerns zur Beurteilung der Performance der Segmente und zur Zuweisung von Ressourcen zu Segmenten herangezogen wird.

Gemäß der internen Geschäftsfeldstruktur des KfW-Konzerns gliedern sich die Segmente mit ihren Produkten und Dienstleistungen wie folgt:

Mittelstandsbank	– Finanzierung Unternehmensinvestitionen und gewerbliche Umweltschutzinvestitionen – Eigenkapitalfinanzierung – Beratungsförderung
Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute	– Finanzierung Wohnungsbau und -modernisierung – Bildungsfinanzierung – Infrastruktur- und Sozialfinanzierung – Allgemeine Refinanzierung Landesförderinstitute – Individualfinanzierung Banken – Auftragsgeschäfte für den Bund
Export- und Projektfinanzierung	– Finanzierung deutscher und europäischer Exporte – Finanzierung von Projekten und Investitionen im deutschen und europäischen Interesse
Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer	– Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer mit Haushaltsmitteln des Bundes sowie ergänzend mit Marktmitteln der KfW – Finanzierungen der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Förderung der Privatwirtschaft)
Finanzmärkte	– Wertpapier- und Geldmarktanlagen – Platzhaltergeschäfte für den Bund – Zuweisungsgeschäft Kreditgewährung an Griechenland – Refinanzierung
Zentrale	– Zentrale Zins- und Währungssteuerung – Strategische Beteiligungen

Die Geschäftsfelder werden anhand ihres Beitrags zum Konzerngewinn gemessen. Den einzelnen Positionen liegen folgende Methoden zugrunde:

– Der Zinsüberschuss (vor Förderleistung) umfasst die auf Basis der Marktzinsmethode[1)] ermittelten Zinsmargen aus dem Aktivgeschäft. Die Position beinhaltet ebenfalls die kalkulatorisch zugeordnete Eigenmittelverzinsung, deren Aufteilung auf Basis des in Anspruch genommenen Ökonomischen Kapitals erfolgt. In der Zentrale ist daneben das Dispositionsergebnis erfasst, das im Wesentlichen das Ergebnis aus der Fristen- und Spreadtransformation beinhaltet. Dem Geschäftsfeld Finanzmärkte ist der Erfolgsbeitrag aus der KfW-Refinanzierung[2)] zugeordnet.

– Die in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zins-, Provisions- und Verwaltungsaufwand enthaltene Förderleistung wird wegen der besonderen Bedeutung als Steuerungsgröße entsprechend dem internen Managementbericht separat ausgewiesen.

[1)] Bei dieser Methode wird für die Berechnung der Zinsmargen eine fristenkongruente Refinanzierung zur internen KfW-Refinanzierungszinskurve unterstellt.
[2)] Vorteil der realisierten Refinanzierungssätze im Vergleich zu den laufzeitkongruenten, intern verrechneten Refinanzierungszinsen

Als Förderleistung werden bestimmte Aufwendungen der beiden Geschäftsfelder Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute mit positiver Wirkung auf die Erreichung der Förderziele verstanden. Die Förderleistung besteht im Wesentlichen aus der Zuführung der barwertigen Zinsverbilligungsleistungen[3)] aus Neuzusagen sowie aus dem Aufzinsungseffekt. Weitere Förderkomponenten sind der Aufwand aus Beratungszuschüssen und aus der Vertriebspartnerincentivierung durch Upfront Fees (aus dem Provisionsaufwand) sowie aus disponiblen und produktbezogenen Marketing- und Vertriebsmaßnahmen (aus dem Verwaltungsaufwand).

– Die verursachungsgerechte Verteilung des Verwaltungsaufwands (vor Förderleistung) auf die einzelnen Segmente erfolgt auf Basis einer Produktvollkostenrechnung[4)]. Der Verwaltungsaufwand (vor Förderleistung) umfasst die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte.

– In der Position Kreditrisikovorsorge werden die Nettozuführungen zu Wertberichtigungen, Direktabschreibungen und Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt.

– In der Ausweisgröße Bewertungsergebnis sind das Ergebnis aus dem Hedge Accounting, das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente, das Ergebnis aus Finanzanlagen, das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen und das Sonstige betriebliche Ergebnis zusammengefasst.

– Bei der Zuordnung des Ertragsteueraufwands auf die Geschäftsfelder (außer Zentrale) sind nur die tatsächlichen Steuern vom Einkommen und Ertrag berücksichtigt. Latente Steuern sind der Zentrale zugerechnet.

– Der ausgewiesene Ökonomische Kapitalbedarf umfasst sämtliche Risikoarten entsprechend der Definition des Ökonomischen Gesamtkapitalbedarfs im Risikoberichtsteil des Konzernlageberichts.

– Auf den Ausweis der Größe Segmentvermögen wird verzichtet, da sie gemäß dem internen Managementberichtssystem keine Größe ist, die für die Beurteilung der Performance der Segmente und für die Zuweisung von Ressourcen zu Segmenten herangezogen wird.

– Die Darstellung der Segmenterträge und -aufwendungen basiert auf konsolidierten Zahlen. Aus Leistungsbeziehungen zwischen den Segmenten resultierende konzerninterne Verwaltungs- und Provisionsaufwendungen sowie Provisions- und sonstige betriebliche Erträge werden im Rahmen der Segmentergebnisrechnung bereinigt. Verbleibende geringe Konsolidierungseffekte sind der Spalte Überleitung/Konsolidierung zugewiesen.

[3)] Erläuterungen zu den Zinsverbilligungsleistungen der KfW im Förderkreditgeschäft siehe Anhangangabe „Förderkreditgeschäft der KfW". Der Barwert der nominalen Plan-Zinsverbilligungsleistungen, der erfolgswirksam zu Lasten des Zinsaufwands erfasst wird, ist den Geschäftsfeldern Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute zugeordnet. Der im Zinsaufwand enthaltene Aufzinsungseffekt auf den Barwertbestand ist vereinfacht der Zentrale zugeordnet.

[4)] Die in den Organisationseinheiten anfallenden Kosten werden im Wesentlichen mit Hilfe von Kernleistungen auf die Produkte weiterverrechnet.

Segmentbericht nach Geschäftsfeldern für das Geschäftsjahr 2016

	Mittelstandsbank[1)]	Kommunal- und Privatkundenbank/ Kreditinstitute	Export- und Projektfinanzierung[1)]	Förderung Entwicklungs- u. Schwellenländer[1)]	Finanzmärkte	Zentrale	Überleitung/ Konsolidierung	KfW-Konzern
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Volumen Neuzusagen	**21.388**	**33.698**	**16.072**	**8.844**	**1.274**	**0**	**–273**	**81.002**
Zinsüberschuss (vor Förderleistung)	205	380	853	400	224	742	0	2.802
Provisionsüberschuss (vor Förderleistung)	12	54	26	195	–7	0	0	280
Verwaltungsaufwand (vor Förderleistung)	177	263	233	364	92	54	0	1.185
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung)	**39**	**171**	**645**	**230**	**124**	**688**	**0**	**1.898**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	21	–37	–134	–93	0	93	0	–150
Bewertungsergebnis	12	–8	–13	78	13	380	1	463
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderleistung)	**72**	**126**	**499**	**215**	**138**	**1.160**	**1**	**2.210**
Förderleistung	170	32	0	0	0	28	0	230
Ertragsteueraufwand	0	0	14	15	0	–51	0	–21
Konzerngewinn	**–98**	**94**	**484**	**200**	**138**	**1.183**	**1**	**2.002**
Ökonomischer Kapitalbedarf	**1.938**	**2.109**	**1.893**	**2.440**	**1.181**	**5.357**	**0**	**14.919**

[1)] Im Bewertungsergebnis der Geschäftsfelder sind folgende Ergebnisse aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen enthalten: Mittelstandsbank 8,3 Mio. EUR, Export- und Projektfinanzierung 8,3 Mio. EUR und Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer 4,3 Mio. EUR.

Segmentbericht nach Geschäftsfeldern für das Geschäftsjahr 2015

	Mittelstandsbank[1]	Kommunal- und Privatkundenbank/ Kreditinstitute	Export- und Projektfinanzierung[1]	Förderung Entwicklungs- u. Schwellenländer[1]	Finanzmärkte	Zentrale	Überleitung/ Konsolidierung	KfW-Konzern
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Volumen Neuzusagen	**20.431**	**30.054**	**20.214**	**7.726**	**1.119**	**0**	**–229**	**79.314**
Zinsüberschuss (vor Förderleistung)	230	337	866	400	213	858	1	2.904
Provisionsüberschuss (vor Förderleistung)	16	32	37	198	3	0	0	286
Verwaltungsaufwand (vor Förderleistung)	176	245	214	357	85	48	0	1.125
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderleistung)	**70**	**124**	**690**	**240**	**131**	**810**	**1**	**2.066**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	–69	33	–63	–5	52	0	–48
Bewertungsergebnis	58	0	0	65	20	484	0	628
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderleistung)	**133**	**56**	**722**	**243**	**146**	**1.346**	**0**	**2.647**
Förderleistung	258	48	0	0	0	39	0	345
Ertragsteueraufwand	20	0	94	23	0	–6	0	130
Konzerngewinn	**–144**	**7**	**628**	**220**	**146**	**1.313**	**0**	**2.171**
Ökonomischer Kapitalbedarf	**1.545**	**1.256**	**2.230**	**2.902**	**1.294**	**5.330**	**0**	**14.557**

[1] Im Bewertungsergebnis der Geschäftsfelder sind folgende Ergebnisse aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen enthalten: Mittelstandsbank 10,1 Mio. EUR, Export- und Projektfinanzierung 3,0 Mio. EUR und Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer 4,5 Mio. EUR.

Die Überleitungs-/Konsolidierungsspalte beinhaltet alle Anpassungsmaßnahmen, die für die Überleitung der Segmentinformationen auf die zusammengefassten Informationen für den KfW-Konzern notwendig sind. Als Konsolidierungseffekt der Größe „Volumen Neuzusagen" sind die Zusagen von Programmkrediten der Mittelstandsbank und der Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute durch die KfW IPEX-Bank in der Funktion als Durchleitungsbank ausgewiesen. Die übrigen in dieser Spalte ausgewiesenen Beträge resultieren aus geringen Konsolidierungseffekten.

(40) Segmentbericht nach Regionen

Die Zuordnung des Zins- und Provisionsüberschusses erfolgt grundsätzlich auf Basis des geografischen Standortes der Kunden. Die im Zinsüberschuss enthaltene kalkulatorische Eigenmittelverzinsung, der Erfolgsbeitrag aus der KfW-Refinanzierung sowie das Dispositionsergebnis werden Deutschland zugeordnet. Für die Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer mit Haushaltsmitteln des Bundes erhält die KfW vom Bund einen Provisionsertrag. Dieser ist der Region des jeweiligen Investitionslandes zugeordnet. Der aus den Kreditverbriefungsplattformen resultierende Provisionsaufwand gegenüber Zweckgesellschaften wird gemäß dem geografischen Standort der Originator-Banken verteilt.

Auf den Ausweis der Sachanlagen und der Immateriellen Vermögenswerte nach Regionen wird verzichtet, da diese Vermögenswerte bis auf unwesentliche Beträge in Deutschland gebunden sind.

Segmentbericht nach Regionen für das Geschäftsjahr 2016

	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Übrige Welt	Überleitung/ Konsolidierung	KfW-Konzern
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss	1.517	458	636	0	2.610
Provisionsüberschuss	51	24	183	0	257
Segmenterträge	**1.567**	**481**	**818**	**0**	**2.867**

Segmentbericht nach Regionen für das Geschäftsjahr 2015

	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Übrige Welt	Überleitung/ Konsolidierung	KfW-Konzern
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss	1.516	482	602	1	2.601
Provisionsüberschuss	33	39	185	0	257
Segmenterträge	**1.549**	**521**	**787**	**1**	**2.858**

Die Überleitungs-/Konsolidierungsspalte beinhaltet alle Anpassungsmaßnahmen, die für die Überleitung der Segmentinformationen auf die zusammengefassten Informationen für den KfW-Konzern notwendig sind. Die Beträge in dieser Spalte resultieren ausschließlich aus geringen Konsolidierungseffekten.

Erläuterungen zur Bilanz

(41) Barreserve

Aufgliederung der Barreserve nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Kassenbestand	0	0	0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	11.572	460	11.113
Gesamt	**11.573**	**460**	**11.113**

(42) Forderungen an Kreditinstitute

Aufgliederung der Forderungen an Kreditinstitute nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktgeschäfte	11.771	17.171	–5.401
Kredite und Darlehen	251.833	248.986	2.847
Andere Forderungen	12.318	10.892	1.426
Gesamt	**275.922**	**277.050**	**–1.127**

Aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW wird unter den Krediten und Darlehen ein Korrektivposten in Höhe von 1.357 Mio. EUR (31.12.2015: 1.588 Mio. EUR) ausgewiesen.

Die Forderungen aus Pensionsgeschäften (Reverse-Repos), gestellten Barsicherheiten und den Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE sind in den Anderen Forderungen enthalten.

Aufgliederung der Kredite und Darlehen an Kreditinstitute nach Haftungscharakter

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Direktkredite an Kreditinstitute	79.099	80.576	–1.477
Bankdurchgeleitete Kundenkredite mit vollständiger Haftung der Durchleitungsbank	171.293	166.871	4.422
Bankdurchgeleitete Kundenkredite mit teilweiser Haftung der Durchleitungsbank	2.340	2.604	–264
Direkte und bankdurchgeleitete nachrangige Kredite	459	524	–65
Korrektivposten aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW	–1.357	–1.588	231
Gesamt	**251.833**	**248.986**	**2.847**

Die Direktkredite an Kreditinstitute umfassen insbesondere die im Rahmen der inländischen Wohnungsbau- und Mittelstandsförderung gewährten Globaldarlehen.

(43) Forderungen an Kunden

Aufgliederung der Forderungen an Kunden nach Klassen

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Geldmarktgeschäfte	9.592	9.783	–192
Kredite und Darlehen	126.038	121.934	4.104
Andere Forderungen	1.074	2.991	–1.917
Gesamt	**136.704**	**134.708**	**1.996**

Aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW wird unter den Krediten und Darlehen ein Korrektivposten in Höhe von 142 Mio. EUR (31.12.2015: 174 Mio. EUR) ausgewiesen.

Die Forderungen aus Pensionsgeschäften (Reverse-Repos) sind in den Anderen Forderungen enthalten.

Aufgliederung der Kredite und Darlehen an Kunden nach Haftungscharakter

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Direktkredite an Kunden	122.564	117.976	4.588
Bankdurchgeleitete Kundenkredite ohne Haftung der Durchleitungsbank	350	376	–26
Versicherungsdurchgeleitete Kundenkredite mit vollständiger Haftung der Durchleitungsversicherung	469	311	157
Versicherungsdurchgeleitete Kundenkredite ohne Haftung der Durchleitungsversicherung	0	9	–9
Direkte und bank-/versicherungsdurchgeleitete nachrangige Kredite	2.797	3.435	–639
Korrektivposten aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW	–142	–174	33
Gesamt	**126.038**	**121.934**	**4.104**

Die Direktkredite an Kunden umfassen insbesondere die im Rahmen der Export- und Projektfinanzierung, der Kommunalfinanzierung sowie der Bildungsförderung gewährten Darlehen. Darüber hinaus enthalten sind Kreditforderungen im Zusammenhang mit bestimmten Zuweisungsgeschäften der Bundesregierung gemäß KfW-Gesetz.

(44) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Aufgliederung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	171	169	1
Forderungen an Kunden	1.439	1.573	–134
Risikovorsorge für Forderungen	**1.610**	**1.743**	**–133**
Rückstellungen für Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen	44	62	–18
Gesamt	**1.654**	**1.804**	**–151**

Die Risikovorsorge für Forderungen umfasst auch die Vorsorge für Forderungen aus Geldmarktanlagen und Pensionsgeschäften (Reverse-Repos).

Entwicklung der Kreditrisikovorsorge nach Risikoarten im Geschäftsjahr 2016

	Einzelrisiken	Portfolio-risiken	Risiko-vorsorge für Forderungen	Rückstellungen (Einzelrisiken)	Rückstellungen (Portfolio-risiken)	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	**1.197**	**546**	**1.743**	**19**	**42**	**1.804**
Zuführungen	692	48	740	3	1	744
Verbräuche	–512	0	–512	0	0	–512
Auflösungen	–301	–54	–356	–13	–9	–378
Unwinding	–32	0	–32	0	0	–32
Wechselkursänderungen	21	7	27	0	0	28
Stand 31.12.2016	**1.064**	**546**	**1.610**	**9**	**35**	**1.654**

Die Vorsorge für Portfoliorisiken umfasst neben der bonitätsinduzierten Risikovorsorge auch die Vorsorge für Länderrisiken.

Für wertberichtigte Kredite und Darlehen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Zinserträge in Höhe von 60 Mio. EUR (2015: 68 Mio. EUR) nicht vereinnahmt.

Entwicklung der Kreditrisikovorsorge nach Risikoarten im Geschäftsjahr 2015

	Einzelrisiken	Portfolio-risiken	Risiko-vorsorge für Forderungen	Rückstellungen (Einzelrisiken)	Rückstellungen (Portfolio-risiken)	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2015	**1.323**	**535**	**1.857**	**30**	**48**	**1.935**
Zuführungen	700	51	751	6	3	760
Verbräuche	–517	0	–517	0	0	–517
Auflösungen	–347	–57	–404	–17	–10	–431
Unwinding	–32	0	–32	0	0	–32
Wechselkursänderungen	70	18	87	1	1	89
Stand 31.12.2015	**1.197**	**546**	**1.743**	**19**	**42**	**1.804**

(45) Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Wertanpassungen zu Aktivposten im Macro Fair Value Hedge Accounting	13.917	14.420	–503

In diesem Posten sind die beizulegenden Zeitwerte der gesicherten Risiken in den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios der Kategorie *Kredite und Forderungen* abgebildet.

(46) Derivate im Hedge Accounting

Aufgliederung der Derivate mit positiven beizulegenden Zeitwerten im Hedge Accounting nach Art der Sicherungsbeziehung

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Micro Fair Value Hedge Accounting	26.471	33.603	–7.132
Macro Fair Value Hedge Accounting	993	1.039	–46
Gesamt	**27.464**	**34.641**	**–7.178**

Aufgliederung der Derivate mit positiven beizulegenden Zeitwerten im Hedge Accounting nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	8.181	12.625	–4.444
Währungsbezogene Derivate	19.283	22.016	–2.733
Gesamt	**27.464**	**34.641**	**–7.178**

Im Macro Fair Value Hedge Accounting werden ausschließlich Zinsbezogene Derivate berücksichtigt. Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

(47) Sonstige Derivate

Aufgliederung der Sonstigen Derivate mit positiven beizulegenden Zeitwerten nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	5.515	5.546	–31
Währungsbezogene Derivate	1.776	3.391	–1.615
Kreditderivate	1	0	1
Andere Derivate	53	77	–25
Gesamt	**7.344**	**9.014**	**–1.670**

Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

Von den Sonstigen Derivaten mit positiven beizulegenden Zeitwerten entfallen 123 Mio. EUR (31.12.2015: 148 Mio. EUR) auf getrennt bilanzierte eingebettete Derivate.

(48) Finanzanlagen

Aufgliederung der Finanzanlagen nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30.118	29.238	879
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	0	1
Beteiligungen	2.595	2.388	207
Anteile an nicht einbezogenen Tochterunternehmen	0	8	–8
Gesamt	**32.715**	**31.634**	**1.080**

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere werden, vermindert um die Vorsorge für das Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen, bilanziert.

(49) Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	346	290	56

Eine Auflistung der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen findet sich in der Anhangangabe „Angaben zum Anteilsbesitz“.

(50) Sachanlagen

Aufgliederung der Sachanlagen nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Grundstücke und Gebäude	828	806	22
Betriebs- und Geschäftsausstattung	68	72	–3
Sonstige Sachanlagen	35	42	–7
Gesamt	**931**	**919**	**12**

Unter den Sonstigen Sachanlagen werden geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau ausgewiesen.

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2016

	Anschaffungs-/ Herstellungs-kosten	Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	Nettobuchwert
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert 01.01.2016	**1.232**	**–312**	**919**
Zugänge/Zuschreibungen	64	0	64
Abgänge	–17	17	–1
Planmäßige Abschreibungen	0	–42	–42
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	–9	–9
Buchwert 31.12.2016	**1.278**	**–347**	**931**

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2015

	Anschaffungs-/ Herstellungs-kosten	Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	Nettobuchwert
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert 01.01.2015	**1.195**	**–283**	**912**
Zugänge/Zuschreibungen	47	0	47
Abgänge	–11	10	–1
Planmäßige Abschreibungen	0	–39	–39
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0
Buchwert 31.12.2015	**1.232**	**–312**	**919**

(51) Immaterielle Vermögenswerte

Aufgliederung der Immateriellen Vermögenswerte nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Software	158	161	–4
davon erworbene Software	*125*	*114*	*11*
davon selbst erstellte Software	*33*	*47*	*–14*
Andere Immaterielle Vermögenswerte	77	45	32
Gesamt	**235**	**206**	**29**

Unter den Anderen Immateriellen Vermögenswerten wird insbesondere die sich in Entwicklung befindende Software ausgewiesen.

Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2016

	Anschaffungs-/ Herstellungs-kosten	Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	Nettobuchwert
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert 01.01.2016	**324**	**–117**	**206**
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Zugänge/Zuschreibungen	85	0	85
Abgänge	–71	71	0
Planmäßige Abschreibungen	0	–29	–29
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	–28	–28
Buchwert 31.12.2016	**338**	**–103**	**235**

Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2015

	Anschaffungs-/ Herstellungs-kosten	Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	Nettobuchwert
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert 01.01.2015	**254**	**–96**	**158**
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Zugänge/Zuschreibungen	75	0	75
Abgänge	–6	4	–2
Planmäßige Abschreibungen	0	–25	–25
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0
Buchwert 31.12.2015	**324**	**–117**	**206**

(52) Ertragsteueransprüche

Aufgliederung der Ertragsteueransprüche nach Arten

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	10	12	–2
Latente Ertragsteueransprüche	529	397	132
Gesamt	**540**	**410**	**130**

Die Tatsächlichen Ertragsteueransprüche resultieren aus anrechenbaren Steuern (Kapitalertragsteuer/Solidaritätszuschlag) sowie Steuerforderungen aufgrund geleisteter Steuervorauszahlungen im Geschäftsjahr 2016.

Latente Ertragsteueransprüche resultieren überwiegend aus Bewertungsunterschieden bei den nachfolgend aufgeführten Bilanzposten.

Zusammensetzung der aktiven Steuerabgrenzungen nach Bilanzposten

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (inkl. Risikovorsorge)	69	66	3
Finanzanlagen	19	17	2
Immaterielle Vermögenswerte	15	15	0
Sonstige Derivate Passiva	312	252	60
Rückstellungen	58	46	12
Übrige Bilanzposten	1	0	1
Verlustvorträge	55	1	54
Zwischensumme	**529**	**397**	**132**
Saldierung mit passiven latenten Steuern	0	0	0
Gesamt	**529**	**397**	**132**

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte mit Wirkung zum 01.01.2016 die Verschmelzung der KfW IPEX-Beteiligungsholding GmbH auf die KfW Beteiligungsholding GmbH zu Buchwerten. Anschließend wurde zwischen KfW Beteiligungsholding GmbH und KfW-IPEX Bank GmbH ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Hierdurch wurde eine ertragsteuerliche Organschaft mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2016 begründet. Die KfW Beteiligungsholding GmbH (Organträgerin) verfügt über steuerliche Verlustvorträge, die als latente Ertragsteueransprüche angesetzt und bewertet wurden.

(53) Sonstige Aktiva

Aufgliederung der Sonstigen Aktiva nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstige Vermögenswerte und Forderungen	887	909	–22
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	45	53	–8
Gesamt	**932**	**962**	**–31**

(54) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktgeschäfte	7	4	4
Schuldscheindarlehen	2.157	2.330	–172
Andere Verbindlichkeiten	17.672	21.670	–3.998
Gesamt	**19.837**	**24.004**	**–4.166**

Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Barsicherheiten und den Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE sind in den Anderen Verbindlichkeiten enthalten.

(55) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktgeschäfte	2.638	476	2.162
Schuldscheindarlehen	5.266	5.695	–429
Andere Verbindlichkeiten	3.730	3.453	277
Gesamt	**11.634**	**9.624**	**2.010**

Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Barsicherheiten sind in den Anderen Verbindlichkeiten enthalten. Im Rahmen der Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE emittierte Credit-Linked Schuldscheine sind in den Schuldscheindarlehen ausgewiesen.

(56) Verbriefte Verbindlichkeiten

Aufgliederung der Verbrieften Verbindlichkeiten nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktemissionen	47.091	39.884	7.207
Anleihen und Schuldverschreibungen	375.483	375.316	167
Gesamt	**422.574**	**415.200**	**7.374**

(57) Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Wertanpassungen zu Passivposten im Macro Fair Value Hedge Accounting	127	132	–6

Die beizulegenden Zeitwerte der gesicherten Risiken in den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios der Kategorie *andere Verbindlichkeiten* werden in diesem Posten abgebildet.

(58) Derivate im Hedge Accounting

Aufgliederung der Derivate mit negativen beizulegenden Zeitwerten im Hedge Accounting nach Art der Sicherungsbeziehung

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Micro Fair Value Hedge Accounting	4.153	4.179	–25
Macro Fair Value Hedge Accounting	14.297	17.714	–3.416
Gesamt	**18.451**	**21.892**	**–3.442**

Aufgliederung der Derivate mit negativen beizulegenden Zeitwerten im Hedge Accounting nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	16.069	19.116	–3.046
Währungsbezogene Derivate	2.381	2.777	–395
Gesamt	**18.451**	**21.892**	**–3.442**

Im Macro Fair Value Hedge Accounting werden ausschließlich Zinsbezogene Derivate berücksichtigt. Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

(59) Sonstige Derivate

Aufgliederung der Sonstigen Derivate mit negativen beizulegenden Zeitwerten nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	1.211	1.034	177
Währungsbezogene Derivate	1.796	1.592	204
Gesamt	**3.007**	**2.626**	**380**

Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

Von den Sonstigen Derivaten mit negativen beizulegenden Zeitwerten entfallen 20 Mio. EUR (31.12.2015: 17 Mio. EUR) auf getrennt bilanzierte eingebettete Derivate.

(60) Rückstellungen

Aufgliederung der Rückstellungen nach Art der Verpflichtung

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.050	1.780	270
Rückstellungen für Kreditrisiken	44	62	–18
Andere Rückstellungen	771	756	15
Gesamt	**2.865**	**2.598**	**268**

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Geschäftsjahr 2016

	Leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	Vorruhestand	Altersteilzeit	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	**1.726**	**41**	**13**	**1.780**
Zuführungen	95	0	5	100
davon Dienstzeitaufwand	*55*	*0*	*5*	*60*
davon Aufwand aus Leistungsänderungen	*0*	*0*	*0*	*0*
davon Zinsaufwand	*40*	*0*	*0*	*40*
davon Sonstige Zuführungen	*0*	*0*	*0*	*0*
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	221	0	0	221
aus Änderung demografischer Annahmen	*0*	*0*	*0*	*0*
aus Änderung finanzieller Annahmen	*236*	*0*	*0*	*236*
aus Änderung erfahrungsbedingter Anpassungen	*–14*	*0*	*0*	*–14*
Verbräuche	–45	–7	–4	–57
Auflösungen	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0
Eigenbeiträge der Teilnehmer des Plans (ergebnisneutral)	6	0	0	6
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Stand 31.12.2016	**2.002**	**34**	**14**	**2.050**

Die durchschnittliche Restlaufzeit der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen beträgt zum 31.12.2016 20,0 Jahre (31.12.2015: 19,4 Jahre).

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Geschäftsjahr 2015

	Leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	Vorruhestand	Altersteilzeit	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2015	**1.893**	**49**	**13**	**1.955**
Zuführungen	101	1	1	103
davon Dienstzeitaufwand	*67*	*0*	*1*	*69*
davon Aufwand aus Leistungsänderungen	*0*	*0*	*0*	*0*
davon Zinsaufwand	*34*	*0*	*0*	*34*
davon Sonstige Zuführungen	*0*	*0*	*0*	*0*
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	–231	0	0	–231
aus Änderung demografischer Annahmen	*1*	*0*	*0*	*1*
aus Änderung finanzieller Annahmen	*–224*	*0*	*0*	*–224*
aus Änderung erfahrungsbedingter Anpassungen	*–8*	*0*	*0*	*–8*
Verbräuche	–44	–5	–3	–52
Auflösungen	0	–1	–1	–2
Umbuchungen	0	–3	3	0
Eigenbeiträge der Teilnehmer des Plans (ergebnisneutral)	6	0	0	6
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Stand 31.12.2015	**1.726**	**41**	**13**	**1.780**

Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G und folgenden weiteren versicherungsmathematischen Annahmen:

Versicherungsmathematische Annahmen in % p. a.

	31.12.2016	31.12.2015
Rechnungszinsfuß	1,63	2,28
Anwartschaftsdynamik	2,20	2,20
Rentendynamik	2,50	2,50
Fluktuationsrate	1,50	1,50

Sensitivität der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2016

	Abweichung	Veränderung leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	Abweichung	Veränderung leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen
		Mio. EUR		Mio. EUR
Lebenserwartung	+1 Jahr	75	–1 Jahr	–74
Rechnungszinsfuß	+0,25 %	–83	–0,25 %	90
Anwartschaftsdynamik	+0,50 %	18	–0,50 %	–17
Rentendynamik	+0,50 %	82	–0,50 %	–75
Fluktuationsrate	+1,00 %	–17	–1,00 %	21

Sensitivität der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2015

	Abweichung	Veränderung leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	Abweichung	Veränderung leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen
		Mio. EUR		Mio. EUR
Lebenserwartung	+1 Jahr	67	–1 Jahr	–52
Rechnungszinsfuß	+0,25 %	–77	–0,25 %	84
Anwartschaftsdynamik	+0,50 %	24	–0,50 %	–23
Rentendynamik	+0,50 %	85	–0,50 %	–77
Fluktuationsrate	+1,00 %	–16	–1,00 %	19

Entwicklung der Rückstellungen für Kreditrisiken

Die Entwicklung der Rückstellungen für Kreditrisiken ist in der Anhangangabe „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ dargestellt.

Entwicklung der Anderen Rückstellungen im Geschäftsjahr 2016

	Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern	Sonstige Rückstellungen	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	**28**	**728**	**756**
Zuführungen	7	63	69
davon Zinsaufwand	*0*	*10*	*10*
davon Sonstige Zuführungen	*7*	*52*	*59*
Verbräuche	–2	–48	–51
Auflösungen	0	–3	–4
Umbuchungen	0	0	0
Wechselkursänderungen	0	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Stand 31.12.2016	**33**	**739**	**771**

Unter den Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern sind andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer einschließlich Jubiläumsrückstellungen ausgewiesen. Für diese Verpflichtungen werden entsprechende versicherungsmathematische Gutachten erstellt.

Aufgrund der Unterverzinslichkeit von unwiderruflich zugesagten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW wird eine Sonstige Rückstellung in Höhe von 44 Mio. EUR (31.12.2015: 47 Mio. EUR) ausgewiesen. Bestandsveränderungen werden saldiert als Zuführung oder bei einem Rückgang als Umbuchung über die aktivisch unter den Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden ausgewiesenen Korrektivposten bereits ausgezahlter Förderkredite abgebildet.

Darüber hinaus umfassen die Sonstigen Rückstellungen die Verpflichtungen aus der Übernahme der Aufgaben der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (Anstalt), denen Forderungen an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in gleicher Höhe gegenüberstehen, die unter dem Posten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden.

Entwicklung der Anderen Rückstellungen im Geschäftsjahr 2015

	Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern	Sonstige Rückstellungen	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2015	**28**	**740**	**768**
Zuführungen	4	47	51
davon Zinsaufwand	*0*	*0*	*0*
davon Sonstige Zuführungen	*4*	*47*	*51*
Verbräuche	–3	–44	–47
Auflösungen	–1	–10	–10
Umbuchungen	0	–6	–6
Wechselkursänderungen	0	1	1
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Stand 31.12.2015	**28**	**728**	**756**

(61) Ertragsteuerverpflichtungen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	11	29	–18
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	314	255	59
Gesamt	**324**	**284**	**41**

Die Tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen resultieren zum 31.12.2016 im Wesentlichen aus Steuerrückstellungen bei den in den Konzern einbezogenen steuerpflichtigen Gesellschaften.

Entwicklung der Steuerrückstellungen

	2016	2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.	**29**	**55**
Zuführungen	15	29
Verbräuche	–34	–43
Auflösungen	0	–12
Stand 31.12.	**11**	**29**

Latente Ertragsteuerverpflichtungen resultieren überwiegend aus Bewertungsunterschieden bei den nachfolgend aufgeführten Bilanzposten.

Zusammensetzung der passiven Steuerabgrenzungen nach Bilanzposten

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstige Derivate Aktiva	308	226	83
Finanzanlagen	0	1	–1
Übrige Bilanzposten	5	28	–23
Zwischensumme	**314**	**255**	**59**
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	0	0	0
Gesamt	**314**	**255**	**59**

(62) Sonstige Passiva

Aufgliederung der Sonstigen Passiva nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Andere Verbindlichkeiten	723	837	–114
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	215	276	–61
Gesamt	**938**	**1.113**	**–175**

(63) Nachrangkapital

Aufgliederung des Nachrangkapitals nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Nachrangige Verbindlichkeiten	200	300	–100

Im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung zum 01.07.2007 hat das ERP-Sondervermögen der KfW ein Nachrangdarlehen in Höhe von ursprünglich 3.247 Mio. EUR gewährt. Zum 01.01.2016 hat das ERP-Sondervermögen der KfW die Rückzahlung in Höhe von 100 Mio. EUR erlassen. Zum Bilanzstichtag werden nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 200 Mio. EUR ausgewiesen. Das Darlehen ist in drei Tranchen mit unterschiedlichen Zinsbindungsfristen aufgeteilt. Die Kapitalbindungsfrist aller Tranchen endet am 31.12.2027. Die Tranchen wurden im Geschäftsjahr 2016 mit einem Zinssatz von durchschnittlich 1,82 % (2015: 1,82 %) verzinst.

(64) Eigenkapital

Aufgliederung des Eigenkapitals

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital	3.750	3.750	0
abzüglich ausstehender nicht eingeforderter Einlagen	–450	–450	0
Eingezahltes gezeichnetes Kapital	**3.300**	**3.300**	**0**
Kapitalrücklage	8.447	8.447	0
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	*7.150*	*7.150*	*0*
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	1.191	0
Gewinnrücklagen	14.092	12.091	2.002
Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	*1.875*	*1.875*	*0*
Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	*8.312*	*7.022*	*1.290*
Sonderrücklage abzüglich Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes	*21*	*21*	*0*
Andere Gewinnrücklagen	*3.885*	*3.173*	*712*
Fonds für allgemeine Bankrisiken	600	600	0
Neubewertungsrücklagen	–576	–429	–147
Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (nach Steuern)	*75*	*15*	*60*
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen (nach Steuern)	*–650*	*–443*	*–207*
Gesamt	**27.055**	**25.200**	**1.855**

Das bilanzielle Eigenkapital bildet die Grundlage für die Risikodeckungsmasse, die dem aus der internen Steuerung ermittelten Kapitalbedarf gegenübergestellt wird.

Zu Details wird auf die Darstellung im Risikobericht des Konzernlageberichts verwiesen.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(65) Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

In den folgenden Tabellen sind die in den einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Ergebnisse aus Finanzinstrumenten nach den Bewertungskategorien gegliedert. Neben den im Zins- bzw. Provisionsüberschuss ausgewiesenen Zins- und zinsähnlichen Erträgen bzw. Aufwendungen sowie den im Provisionsertrag zu vereinnahmenden Kreditbearbeitungsgebühren umfassen die Ergebnisbeiträge insbesondere auch den Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft. In Abhängigkeit von der bilanziellen Bewertung sowie der Berücksichtigung im Hedge Accounting kommen die Effekte aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, Wertminderungen und Wertaufholungen sowie Veräußerungserfolge hinzu. Das Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung bleibt dabei unberücksichtigt.

Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien im Geschäftsjahr 2016

	Zinsüberschuss	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Provisionsüberschuss	Ergebnis aus dem Hedge Accounting	Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	Ergebnis aus Finanzanlagen	Sonstiges betriebliches Ergebnis	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Kredite und Forderungen	7.386	–150	125	28	0	2	0	7.391
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	–2	0	0	0	0	0	0	–2
Andere Verbindlichkeiten	–7.112	0	–27	2.287	0	0	101	–4.751
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	253	0	0	–79	0	–12	0	163
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	44	0	8	0	76	0	0	128
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Verbindlichkeiten	–644	0	–8	0	107	0	0	–545
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	1.567	0	–1	0	–128	0	0	1.439
Derivate im Hedge Accounting	1.158	0	0	–1.943	0	0	0	–785
Gesamt	**2.650**	**–150**	**97**	**294**	**55**	**–10**	**101**	**3.038**

Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien im Geschäftsjahr 2015

	Zinsüberschuss	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Provisionsüberschuss	Ergebnis aus dem Hedge Accounting	Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	Ergebnis aus Finanzanlagen	Sonstiges betriebliches Ergebnis	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Kredite und Forderungen	8.654	–48	110	–3.860	0	17	0	4.873
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	3	0	0	0	0	0	0	3
Andere Verbindlichkeiten	–8.119	0	–30	3.452	0	0	105	–4.592
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	297	0	0	–136	0	8	0	169
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	42	0	16	0	126	0	0	183
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Verbindlichkeiten	–897	0	–15	0	747	0	0	–166
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	1.306	0	0	0	–620	0	0	686
Derivate im Hedge Accounting	1.350	0	0	719	0	0	0	2.069
Gesamt	**2.635**	**–48**	**80**	**175**	**253**	**25**	**105**	**3.225**

(66) Bilanz für Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien

In den folgenden Tabellen sind die in den einzelnen Posten der Bilanz enthaltenen Bestände aus Finanzinstrumenten nach den Bewertungskategorien gegliedert.

Aktiva aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien zum 31.12.2016

	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Finanzanlagen	Finanzinstrumente Aktiva	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Kredite und Forderungen	275.916	136.704	–1.610	13.917	0	0	6.435	431.362	87,6
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	0	0	0	0	0	0	3.029	3.029	0,6
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	21.267	21.267	4,3
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	6	0	0	0	0	0	1.983	1.990	0,4
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	7.344	0	7.344	1,5
Derivate im Hedge Accounting	0	0	0	0	27.464	0	0	27.464	5,6
Gesamt	**275.922**	**136.704**	**–1.610**	**13.917**	**27.464**	**7.344**	**32.715**	**492.456**	**100,0**

Passiva aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien zum 31.12.2016

	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Sonstige Passiva	Nachrangkapital	Finanzinstrumente Passiva	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Andere Verbindlichkeiten	19.541	9.807	408.173	127	0	0	4	200	437.852	92,0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Verbindlichkeiten	297	1.828	14.401	0	0	0	0	0	16.525	3,5
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	3.007	0	0	3.007	0,6
Derivate im Hedge Accounting	0	0	0	0	18.451	0	0	0	18.451	3,9
Gesamt	**19.837**	**11.634**	**422.574**	**127**	**18.451**	**3.007**	**4**	**200**	**475.834**	**100,0**

Aktiva aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien zum 31.12.2015

	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Finanzanlagen	Finanzinstrumente Aktiva	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Kredite und Forderungen	277.039	134.680	–1.743	14.420	0	0	6.521	430.917	86,2
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	0	0	0	0	0	0	3.954	3.954	0,8
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	19.315	19.315	3,9
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	10	0	0	0	0	0	1.845	1.855	0,4
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finanzielle Vermögenswerte	0	28	0	0	0	9.014	0	9.042	1,8
Derivate im Hedge Accounting	0	0	0	0	34.641	0	0	34.641	6,9
Gesamt	**277.050**	**134.708**	**–1.743**	**14.420**	**34.641**	**9.014**	**31.634**	**499.725**	**100,0**

Passiva aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien zum 31.12.2015

	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Sonstige Passiva	Nachrangkapital	Finanzinstrumente Passiva	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Andere Verbindlichkeiten	23.748	7.457	399.303	132	0	0	11	300	430.951	91,0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Verbindlichkeiten	255	2.167	15.897	0	0	0	0	0	18.320	3,9
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	2.626	0	0	2.626	0,6
Derivate im Hedge Accounting	0	0	0	0	21.892	0	0	0	21.892	4,6
Gesamt	**24.004**	**9.624**	**415.200**	**132**	**21.892**	**2.626**	**11**	**300**	**473.790**	**100,0**

(67) Angaben aus der Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Im Geschäftsjahr 2008 wurden rückwirkend zum 01.07.2008 unter den Finanzanlagen ausgewiesene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (forderungsbesicherte variabel verzinsliche Wertpapiere) mit einem Volumen von 2.750 Mio. EUR (beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der rückwirkenden Umgliederung) aus der Bewertungskategorie *zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte* in die Bewertungskategorie *Kredite und Forderungen* umgegliedert.

In der folgenden Tabelle wird der Buchwert dieser umgegliederten Finanzanlagen den beizulegenden Zeitwerten gegenübergestellt:

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Buchwert lt. Bilanz	204	291
Beizulegender Zeitwert	205	288

Für die umgegliederten Finanzanlagen wären Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts in Höhe von 2 Mio. EUR (2015: –11 Mio. EUR) erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen sowie kein Finanzanlageergebnis (2015: 1 Mio. EUR) ausgewiesen worden.

Im Finanzanlageergebnis sind Wertaufholungen und -minderungen auf umgegliederte Finanzanlagen in Höhe von 0 Mio. EUR (2015: 1 Mio. EUR) enthalten; realisierte Gewinne und Verluste wurden – wie im Geschäftsjahr 2015 – nicht vereinnahmt. Die Vereinnahmung der Zinserträge aus den umgegliederten Wertpapieren erfolgt unverändert.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden mit prospektiv wirkendem Beschluss vom 17.02.2009 unter den Finanzanlagen ausgewiesene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (der Liquiditätssicherung – durch Verwendung im Rahmen von Pensionsgeschäften [Repos] bzw. Offenmarktgeschäften der Europäischen Zentralbank – dienende Wertpapiere) im Volumen von 18.170 Mio. EUR (beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Umgliederung) aus der Bewertungskategorie *zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte* in die Bewertungskategorie *Kredite und Forderungen* umgegliedert.

In der folgenden Tabelle wird der Buchwert dieser umgegliederten Finanzanlagen den beizulegenden Zeitwerten gegenübergestellt:

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Buchwert lt. Bilanz	870	1.582
Beizulegender Zeitwert	874	1.591

Für die umgegliederten Finanzanlagen wären Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts in Höhe von –36 Mio. EUR (2015: –26 Mio. EUR) erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen sowie ein Finanzanlageergebnis in Höhe von 0 Mio. EUR (2015: 0 Mio. EUR) ausgewiesen worden.

Im Finanzanlageergebnis sind Wertaufholungen und -minderungen auf umgegliederte Finanzanlagen in Höhe von 1 Mio. EUR (2015: 8 Mio. EUR) enthalten; realisierte Gewinne und Verluste wurden in Höhe von 0 Mio. EUR vereinnahmt (2015: 0 Mio. EUR). Die Vereinnahmung der Zinserträge aus den umgegliederten Wertpapieren erfolgt unverändert.

(68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

In den folgenden Tabellen werden die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente ihren Buchwerten gegenübergestellt. Der beizulegende Zeitwert der darüber hinaus unter dem Posten Barreserve ausgewiesenen Guthaben bei Zentralnotenbanken entspricht dem Buchwert. Bei den Buchwerten der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurde die bestehende Risikovorsorge abgezogen. Der Buchwert des Nachrangkapitals umfasst im Posten Sonstige Passiva ausgewiesene anteilige Zinsen und Wertanpassungen aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten zum 31.12.2016

	Beizulegender Zeitwert	Buchwert lt. Bilanz	Differenz
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	290.070	275.752	14.318
Forderungen an Kunden	138.198	135.265	2.933
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	0	13.917	–13.917
Derivate im Hedge Accounting	27.464	27.464	0
Sonstige Derivate	7.344	7.344	0
Finanzanlagen	32.770	32.715	56
Summe der Finanzinstrumente Aktiva	**495.846**	**492.456**	**3.390**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.998	19.837	161
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.839	11.634	205
Verbriefte Verbindlichkeiten	426.854	422.574	4.280
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	0	127	–127
Derivate im Hedge Accounting	18.451	18.451	0
Sonstige Derivate	3.007	3.007	0
Nachrangkapital	208	204	4
Summe der Finanzinstrumente Passiva	**480.356**	**475.834**	**4.522**

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Finanzinstrumente werden auch zinsinduzierte Wertänderungen einbezogen. Daher sind bei dem Vergleich mit dem Buchwert die (zinsinduzierten) Wertanpassungen aus der Berücksichtigung von Kreditforderungen und Mittelaufnahmen im Macro Fair Value Hedge Accounting zu berücksichtigen.

In den Finanzanlagen enthaltene Eigenkapitalinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht zuverlässig ermittelt werden konnte, werden in Höhe von 825 Mio. EUR (31.12.2015: 796 Mio. EUR) mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen bilanziert; einzelfallbezogen ist eine Veräußerung im Folgejahr möglich.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten zum 31.12.2015

	Beizulegender Zeitwert	Buchwert lt. Bilanz	Differenz
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	290.643	276.880	13.763
Forderungen an Kunden	135.954	133.135	2.820
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	0	14.420	–14.420
Derivate im Hedge Accounting	34.641	34.641	0
Sonstige Derivate	9.014	9.014	0
Finanzanlagen	31.654	31.634	20
Summe der Finanzinstrumente Aktiva	**501.907**	**499.725**	**2.182**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.187	24.004	183
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.087	9.624	–537
Verbriefte Verbindlichkeiten	418.227	415.200	3.027
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	0	132	–132
Derivate im Hedge Accounting	21.892	21.892	0
Sonstige Derivate	2.626	2.626	0
Nachrangkapital	312	311	1
Summe der Finanzinstrumente Passiva	**476.331**	**473.790**	**2.542**

(69) Angaben zu den im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert genutzten Verfahren

In den folgenden Tabellen sind die Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, nach den genutzten Bewertungsverfahren gegliedert.

Hinsichtlich der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente sind folgende Zuordnungen auf die genutzten Bewertungsverfahren wesentlich:

Die Zuordnung in die Klasse „Quotierter Marktpreis“ erfolgt vor allem für im Finanzanlagebestand ausgewiesene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie für den überwiegenden Teil von unter Nutzung der *Fair-Value-Option* bilanzierten Mittelaufnahmen, bei denen Preise aus aktiven Märkten vorliegen.

Die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von OTC-Derivaten sowie von unter Nutzung der *Fair-Value-Option* bilanzierten Mittelaufnahmen, bei denen keine Preise aus aktiven Märkten vorliegen, erfolgt weitestgehend mittels Bewertungsmodellen, deren Bewertungsparameter grundsätzlich am Markt beobachtbar und größtenteils auch ausschließlich maßgeblich sind, sodass eine Zuordnung in die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)" erfolgt.

Die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten" umfasst im Wesentlichen unter den Sonstigen Derivaten mit positiven bzw. negativen beizulegenden Zeitwerten ausgewiesene Derivate, die in Verbindung mit dem und in Bezug auf das Export- und Projektfinanzierungskreditgeschäft als Sicherungsgeschäft für Kunden bestehen, sowie die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzanlagen aus dem Beteiligungsgeschäft, die nicht börsennotiert sind bzw. deren Preise sich nicht von ähnlichen börsennotierten Finanzinstrumenten ableiten lassen. In einem geringen Umfang fallen in diese Klasse auch die unter Nutzung der *Fair-Value-Option* bilanzierten Mittelaufnahmen, in deren beizulegenden Zeitwert teilweise nicht am Markt beobachtbare Marktparameter einfließen.

Auch in den Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar – enthaltene Eigenkapitalinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht zuverlässig ermittelt werden konnte, werden in dieser Klasse ausgewiesen.

Bezüglich der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente, deren beizulegende Zeitwerte im Anhang angegeben sind, ergeben sich folgende wesentliche Zuordnungen auf die genutzten Bewertungsverfahren:

Das unter den Posten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ausgewiesene Kreditgeschäft wird der Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten" zugeordnet. In die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts anhand der Discounted-Cashflow-Methode fließen in signifikantem Umfang nicht am Markt beobachtbare Daten (unter anderem Erwarteter Verlust) ein.

Die unter den Verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen sind weitestgehend der Klasse „Quotierter Marktpreis" oder – sofern kein aktiver Markt vorliegt – der Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)" zugeordnet. Hierunter fallen insbesondere die großvolumigen und hochliquiden Benchmark-Anleihen der KfW in den Währungen Euro und US-Dollar sowie andere öffentliche Anleihen.

Bei der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert entsprechend der anzuwendenden Hierarchie vorgenommene Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens gelten als zum Ende des Geschäftsjahres erfolgt, da im Regelfall kein spezielles Ereignis (und damit kein individuelles Datum) identifiziert werden kann, das die Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens verursacht hat.

Aktiva aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, zum 31.12.2016

	Quotierter Marktpreis	Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)	Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte aktivische Finanzinstrumente				
Forderungen an Kreditinstitute – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	6	0	6
Forderungen an Kunden – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	0	0	0	0
Derivate im Hedge Accounting	0	27.464	0	27.464
Sonstige Derivate	0	6.480	864	7.344
Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	19.995	446	825	21.267
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	201	1.350	432	1.983
Zwischensumme der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente	**20.196**	**35.746**	**2.123**	**58.064**
Beizulegender Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente				
Forderungen an Kreditinstitute – Kredite und Forderungen	0	23.662	266.402	290.064
Forderungen an Kunden – Kredite und Forderungen	0	9.891	128.307	138.198
Finanzanlagen – Kredite und Forderungen	980	5.406	92	6.477
Finanzanlagen – bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	2.304	739	0	3.043
Zwischensumme des beizulegenden Zeitwerts der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente	**3.284**	**39.697**	**394.801**	**437.782**
Gesamt	**23.480**	**75.443**	**396.923**	**495.846**

Passiva aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, zum 31.12.2016

	Quotierter Marktpreis	Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)	Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte passivische Finanzinstrumente				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	296	0	297
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	1.796	32	1.828
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	9.994	4.292	114	14.401
Derivate im Hedge Accounting	0	18.448	3	18.451
Sonstige Derivate	0	2.917	90	3.007
Zwischensumme der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente	**9.994**	**27.748**	**240**	**37.982**
Beizulegender Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten passivischen Finanzinstrumente				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – andere Verbindlichkeiten	0	19.017	684	19.701
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – andere Verbindlichkeiten	0	7.124	2.888	10.011
Verbriefte Verbindlichkeiten – andere Verbindlichkeiten	349.869	62.580	5	412.453
Nachrangkapital – andere Verbindlichkeiten	0	208	0	208
Zwischensumme des beizulegenden Zeitwerts der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten passivischen Finanzinstrumente	**349.869**	**88.928**	**3.576**	**442.374**
Gesamt	**359.863**	**116.677**	**3.816**	**480.356**

Aktiva aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, zum 31.12.2015

	Quotierter Marktpreis	Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)	Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte aktivische Finanzinstrumente				
Forderungen an Kreditinstitute – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	7	4	10
Forderungen an Kunden – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	0	0	28	28
Derivate im Hedge Accounting	0	34.641	0	34.641
Sonstige Derivate	0	8.232	782	9.014
Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	17.202	1.316	796	19.315
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	87	1.283	475	1.845
Zwischensumme der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente	**17.289**	**45.479**	**2.086**	**64.854**
Beizulegender Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente				
Forderungen an Kreditinstitute – Kredite und Forderungen	0	27.957	262.676	290.632
Forderungen an Kunden – Kredite und Forderungen	0	12.129	123.797	135.926
Finanzanlagen – Kredite und Forderungen	1.810	4.623	109	6.542
Finanzanlagen – bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	3.558	395	0	3.952
Zwischensumme des beizulegenden Zeitwerts der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente	**5.368**	**45.103**	**386.582**	**437.053**
Gesamt	**22.657**	**90.582**	**388.668**	**501.907**

Passiva aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, zum 31.12.2015

	Quotierter Marktpreis	Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)	Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte passivische Finanzinstrumente				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	252	4	255
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	2.109	58	2.167
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	56	15.836	5	15.897
Derivate im Hedge Accounting	0	21.891	2	21.892
Sonstige Derivate	0	2.612	15	2.626
Zwischensumme der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente	**56**	**42.699**	**84**	**42.838**
Beizulegender Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten passivischen Finanzinstrumente				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – andere Verbindlichkeiten	0	22.585	1.346	23.932
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – andere Verbindlichkeiten	0	4.570	2.349	6.920
Verbriefte Verbindlichkeiten – andere Verbindlichkeiten	222.529	179.801	0	402.330
Nachrangkapital – andere Verbindlichkeiten	0	312	0	312
Zwischensumme des beizulegenden Zeitwerts der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten passivischen Finanzinstrumente	**222.529**	**207.269**	**3.695**	**433.493**
Gesamt	**222.585**	**249.968**	**3.779**	**476.331**

Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumenten mit einem Transfer zwischen den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ im Geschäftsjahr 2016

	Transfers aus Klasse „Quotierter Marktpreis“ in Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	Transfers aus Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ in Klasse „Quotierter Marktpreis“
	Mio. EUR	Mio. EUR
Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	70	1.002
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	62	133

Die Transfers bei den Finanzanlagen resultieren aus Änderungen der Marktaktivität zum Abschlussstichtag.

Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumenten mit einem Transfer zwischen den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ im Geschäftsjahr 2016

	Transfers aus Klasse „Quotierter Marktpreis“ in Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	Transfers aus Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ in Klasse „Quotierter Marktpreis“
	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	9.913

Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumenten mit einem Transfer zwischen den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ im Geschäftsjahr 2015

	Transfers aus Klasse „Quotierter Marktpreis“ in Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	Transfers aus Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ in Klasse „Quotierter Marktpreis“
	Mio. EUR	Mio. EUR
Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	591	21
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	109	0

Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumenten mit einem Transfer zwischen den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ im Geschäftsjahr 2015

	Transfers aus Klasse „Quotierter Marktpreis“ in Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	Transfers aus Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ in Klasse „Quotierter Marktpreis“
	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	654	0

Entwicklung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, im Geschäftsjahr 2016

	Forderungen an Kreditinstitute – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Forderungen an Kreditinstitute – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	Forderungen an Kunden – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Forderungen an Kunden – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	**4**	**0**	**0**	**29**	**0**	**782**	**796**	**475**	**2.086**
A. Ergebniswirksame Veränderung									
Zins- und Provisionsüberschuss	–2	0	0	0	0	–4	0	0	–6
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*–2*	*0*	*0*	*0*	*0*	*–3*	*0*	*0*	*–5*
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	–2	0	0	0	0	122	0	–20	100
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*–2*	*0*	*0*	*0*	*0*	*134*	*0*	*–20*	*112*
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	–20	0	–20
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*–140*	*0*	*–140*
Veränderungen der Neubewertungsrücklagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Summe ergebniswirksamer Veränderungen	**–4**	**0**	**0**	**0**	**0**	**118**	**–20**	**–20**	**75**
B. Ergebnisneutrale Veränderung									
Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens	0	0	0	0	0	3	0	–72	–68
Transfers aus den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	0	3	0	28	31
Transfers in die Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	0	0	0	–100	–100
Zugänge	0	0	0	0	0	0	157	33	190
Abgänge	0	0	0	–28	0	–30	–109	–1	–169
Summe ergebnisneutraler Veränderungen	**0**	**0**	**0**	**–28**	**0**	**–27**	**47**	**–40**	**–48**
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	–9	0	–9
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	–35	15	18	–2
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	26	–5	0	21
Stand 31.12.2016	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**864**	**825**	**432**	**2.123**

Entwicklung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, im Geschäftsjahr 2016

	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	**4**	**58**	**5**	**2**	**15**	**84**
A. Ergebniswirksame Veränderung						
Zins- und Provisionsüberschuss	–4	0	0	0	0	–4
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*–4*	*0*	*0*	*0*	*0*	*–4*
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	1	–2	0	0	22	20
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*1*	*–2*	*0*	*0*	*22*	*20*
Summe ergebniswirksamer Veränderungen	**–4**	**–2**	**0**	**0**	**22**	**17**
B. Ergebnisneutrale Veränderung						
Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens	0	0	109	0	23	132
Transfers aus den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	109	0	24	133
Transfers in die Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	–1	–1
Zugänge	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	–25	0	0	–8	–32
Summe ergebnisneutraler Veränderungen	**0**	**–25**	**109**	**0**	**16**	**100**
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0
Wechselkursänderungen	0	0	1	1	12	13
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	26	26
Stand 31.12.2016	**0**	**32**	**114**	**3**	**90**	**240**

Entwicklung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, im Geschäftsjahr 2015

	Forderungen an Kreditinstitute – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Forderungen an Kreditinstitute – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	Forderungen an Kunden – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Forderungen an Kunden – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2015	**12**	**0**	**0**	**0**	**0**	**838**	**783**	**456**	**2.090**
A. Ergebniswirksame Veränderung									
Zins- und Provisionsüberschuss	0	0	0	0	0	1	0	0	1
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*2*	*0*	*0*	*2*
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	–8	0	0	0	0	–31	0	–4	–42
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*–3*	*0*	*0*	*0*	*0*	*–19*	*0*	*–4*	*–26*
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	2	0	2
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*–19*	*0*	*–19*
Veränderungen der Neubewertungsrücklagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Summe ergebniswirksamer Veränderungen	**–8**	**0**	**0**	**0**	**0**	**–30**	**2**	**–4**	**–39**
B. Ergebnisneutrale Veränderung									
Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens	0	0	0	0	0	0	1	–2	–2
Transfers aus den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	0	0	1	114	114
Transfers in die Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	0	0	0	–116	–116
Zugänge	0	0	0	28	0	0	97	22	148
Abgänge	0	0	0	0	0	–5	–97	–3	–105
Summe ergebnisneutraler Veränderungen	**0**	**0**	**0**	**28**	**0**	**–5**	**1**	**17**	**41**
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	–21	10	5	–6
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2015	**4**	**0**	**0**	**28**	**0**	**782**	**796**	**475**	**2.086**

Entwicklung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, im Geschäftsjahr 2015

	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2015	**12**	**72**	**0**	**2**	**7**	**92**
A. Ergebniswirksame Veränderung						
Zins- und Provisionsüberschuss	–2	–12	0	0	0	–13
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*–2*	*–12*	*0*	*0*	*0*	*–13*
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	–6	–2	0	0	4	–4
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	*–1*	*–2*	*0*	*0*	*4*	*1*
Summe ergebniswirksamer Veränderungen	**–8**	**–13**	**0**	**0**	**4**	**–17**
B. Ergebnisneutrale Veränderung						
Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens	0	0	5	0	1	6
Transfers aus den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	5	0	1	6
Transfers in die Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	0	0
Zugänge	0	0	0	0	–2	–2
Abgänge	0	0	0	0	0	0
Summe ergebnisneutraler Veränderungen	**0**	**0**	**5**	**0**	**–2**	**3**
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	5	5
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2015	**4**	**58**	**5**	**2**	**15**	**84**

Entsprechend den für den KfW-Konzern definierten Bewertungsverfahren ist bei den in der Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten" eingruppierten Finanzinstrumenten der in der Bilanz erfasste beizulegende Zeitwert der beste Nachweis für den beizulegenden Zeitwert.

Die nachfolgenden Tabellen stellen dar, wie sich eine alternative Festlegung der relevanten nicht beobachtbaren Bewertungsparameter für wesentliche hier eingruppierte Produkte – jeweils am äußeren Rand angemessener Bandbreiten – auf die beizulegenden Zeitwerte auswirken würde.

Wesentliche Produkte	Genutztes Bewertungsverfahren	Relevante nicht beobachtbare Bewertungsparameter mit alternativer Festlegung	Bandbreite
Derivate mit positiven bzw. negativen beizulegenden Zeitwerten, die in Verbindung mit dem und in Bezug auf das Export- und Projektfinanzierungskreditgeschäft als Sicherungsgeschäft für Kunden bestehen	Discounted-Cashflow-Methode	Erwartete risikolose Kundenmarge	8% bis 14%
Finanzanlagen aus dem Beteiligungsgeschäft, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden	Discounted-Cashflow-Methode	Kapitalkosten	0,5% bis 1,5% (absolute Schwankung)
		Nachhaltiges Ergebnis	5% (relative Schwankung)

Sensitivitätsanalyse der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, zum 31.12.2016

	Vorteilhaftes Szenario	Bilanzieller Wertansatz	Nachteiliges Szenario
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstige Derivate – mit positiven beizulegenden Zeitwerten	875	864	854
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	512	432	373
Gesamt	**1.387**	**1.297**	**1.226**

Sensitivitätsanalyse der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, zum 31.12.2016

	Vorteilhaftes Szenario	Bilanzieller Wertansatz	Nachteiliges Szenario
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	113	114	115
Sonstige Derivate – mit negativen beizulegenden Zeitwerten	89	90	91
Gesamt	**202**	**204**	**207**

Sensitivitätsanalyse der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, zum 31.12.2015

	Vorteilhaftes Szenario	Bilanzieller Wertansatz	Nachteiliges Szenario
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstige Derivate – mit positiven beizulegenden Zeitwerten	792	782	773
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	539	475	410
Gesamt	**1.330**	**1.257**	**1.182**

Sensitivitätsanalyse der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, zum 31.12.2015

	Vorteilhaftes Szenario	Bilanzieller Wertansatz	Nachteiliges Szenario
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	5	5	5
Sonstige Derivate – mit negativen beizulegenden Zeitwerten	14	15	15
Gesamt	**19**	**20**	**20**

(70) Zusätzliche Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

(Nutzung der *Fair-Value-Option*)

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	276	226	50
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	303	245	58
Differenz	**27**	**19**	**8**

Vom Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit und dem Buchwert entfallen 21 Mio. EUR (31.12.2015: 0 Mio. EUR) auf Mittelaufnahmen, deren Rückzahlungsbetrag sich durch die Kapitalisierung fälliger Zinsen im Zeitablauf aufbaut.

(71) Zusätzliche Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

(Nutzung der *Fair-Value-Option*)

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	1.828	2.167	–340
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	3.113	4.209	–1.097
Differenz	**1.285**	**2.042**	**–757**

Vom Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit und dem Buchwert entfallen 1.244 Mio. EUR (31.12.2015: 1.989 Mio. EUR) auf Mittelaufnahmen, deren Rückzahlungsbetrag sich durch die Kapitalisierung fälliger Zinsen im Zeitablauf aufbaut.

(72) Zusätzliche Angaben zu Verbrieften Verbindlichkeiten

Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbrieften Verbindlichkeiten

(Nutzung der *Fair-Value-Option*)

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	14.401	15.897	–1.496
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	17.101	18.152	–1.051
Differenz	**2.700**	**2.255**	**445**

Vom Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit und dem Buchwert entfallen 4.578 Mio. EUR (31.12.2015: 4.209 Mio. EUR) auf Mittelaufnahmen, deren Rückzahlungsbetrag sich durch die Kapitalisierung fälliger Zinsen im Zeitablauf aufbaut.

(73) Zusätzliche Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten

(Nutzung der *Fair-Value-Option)*

Die im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente enthaltenen Bewertungseffekte aus der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Änderungen der Einstandskonditionen der KfW betragen 264 Mio. EUR (2015: –130 Mio. EUR). Der kumulative Effekt beträgt –74 Mio. EUR (31.12.2015: –339 Mio. EUR).

Diese Bewertungseffekte umfassen insbesondere auch die marktbedingten Veränderungen der Einstandskonditionen der KfW durch die Entwicklung der Nachfrage nach den unterschiedlichen KfW-Refinanzierungsinstrumenten.

(74) Zusätzliche Angaben zu Derivaten

Aufgliederung der Derivate nach Klassen

	Nominalwert		Beizulegende Zeitwerte 31.12.2016		Beizulegende Zeitwerte 31.12.2015	
	31.12.2016	31.12.2015	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	412.338	478.774	13.692	17.277	18.162	20.143
Währungsbezogene Derivate	224.014	235.581	20.993	4.161	25.345	4.359
Kreditderivate	10	10	1	0	0	0
Andere Derivate	0	0	0	0	0	0
Gesamt	**636.363**	**714.365**	**34.685**	**21.438**	**43.507**	**24.502**

Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

Aufgliederung der Derivate nach Kontrahenten

	Nominalwert		Beizulegende Zeitwerte 31.12.2016		Beizulegende Zeitwerte 31.12.2015	
	31.12.2016	31.12.2015	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OECD-Banken	624.675	705.089	33.819	21.098	42.773	24.198
Banken außerhalb der OECD	824	25	21	2	0	3
Sonstige Kontrahenten	8.152	6.989	782	62	734	16
Öffentliche Stellen	2.712	2.262	64	275	0	285
Gesamt	**636.363**	**714.365**	**34.685**	**21.438**	**43.507**	**24.502**

Die Aufgliederungen beinhalten freistehende Finanz- und Kreditderivate, die in den Posten Derivate im Hedge Accounting und Sonstige Derivate ausgewiesen werden.

Das Volumen der noch nicht amortisierten Initialdifferenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem Modellwert im Zugangszeitpunkt aus der Anwendung eines Bewertungsverfahrens bei Derivaten, das in signifikantem Umfang nicht am Markt beobachtbare Parameter berücksichtigt, beträgt 93 Mio. EUR (31.12.2015: 82 Mio. EUR). Das Ergebnis aus Finanzderivaten, die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren, beinhaltet Amortisierungseffekte in Höhe von 9 Mio. EUR (2015: 7 Mio. EUR).

Bei Finanzderivaten mit einem Nominalvolumen von 578,8 Mrd. EUR (31.12.2015: 647,1 Mrd. EUR) wird deren wirtschaftliche Sicherungswirkung entsprechend IAS 39 abgebildet; die risikomindernde Wirkung der restlichen Finanzderivate schlägt sich nicht im Abschluss nieder.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2015 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen von Derivategeschäften gestellt, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug vorliegen muss.

Jedoch wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 2.409 Mio. EUR (31.12.2015: 2.956 Mio. EUR) erbracht, die unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden ausgewiesen werden.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2015 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen von Derivategeschäften erhalten, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug des Sicherungsgebers vorliegen muss.

Jedoch wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 16.976 Mio. EUR (31.12.2015: 20.473 Mio. EUR) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Kunden ausgewiesen werden.

(75) Zusätzliche Angaben zu den Verbriefungsplattformen PROMISE/PROVIDE

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2015 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen der Plattformgeschäfte erhalten, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug des Sicherungsgebers vorliegen muss.

Es wurden zudem keine liquiden Sicherheitsleistungen hereingenommen. Zum 31.12.2015 wurden derartige Sicherheitsleistungen in Höhe von 20 Mio. EUR hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Kunden ausgewiesen waren.

(76) Angaben zu Pensionsgeschäften

Angaben zu Repo-Geschäften

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Buchwert der in Pension gegebenen und weiterhin in den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere	0	26	–26
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Gegenwerte)	0	28	–28

Der beizulegende Zeitwert der in Pension gegebenen und weiterhin in den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere beträgt 0 Mio. EUR (31.12.2015: 26 Mio. EUR). Der beizulegende Zeitwert der zugehörigen Rückzahlungsverpflichtungen beträgt 0 Mio. EUR (31.12.2015: 28 Mio. EUR).

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2015 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen von Repo-Geschäften gestellt, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug vorliegen muss.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2015 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) aus Repo-Geschäften erhalten, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug des Sicherungsgebers vorliegen muss.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2015 – keine liquiden Sicherheitsleistungen erbracht sowie hereingenommen.

Angaben zu Reverse-Repo-Geschäften

	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute (Gegenwerte)	9.522	7.877	1.645
Forderungen an Kunden (Gegenwerte)	300	2.345	–2.045
Gesamt	**9.822**	**10.222**	**–400**

In Pension genommene Wertpapiere werden nicht bilanziert.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2015 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften gestellt, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug vorliegen muss.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2015 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) aus Reverse-Repo-Geschäften erhalten, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug des Sicherungsgebers vorliegen muss.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2015 – keine liquiden Sicherheitsleistungen erbracht sowie hereingenommen.

(77) Angaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten

Aufrechnungsvereinbarungen in Rahmenverträgen zwischen der KfW und ihren Geschäftspartnern

Zwischen der KfW und ihren Geschäftspartnern bestehen für OTC-Derivate und Wertpapierpensionsgeschäfte Aufrechnungsvereinbarungen innerhalb der jeweiligen Rahmenverträge.

Eine Form der Aufrechnungsvereinbarung ist die Liquidationsverrechnung, die bei Beendigung des Rahmenvertrages durch Kündigung oder Insolvenz eines Vertragspartners vorsieht, dass sämtliche Rechte und Pflichten aus den Einzelgeschäften unter dem jeweiligen Rahmenvertrag erlöschen und durch eine einheitliche Ausgleichsforderung (oder -verpflichtung) in Höhe der Nettowiederbeschaffungskosten der beendeten Einzelgeschäfte ersetzt werden (sogenanntes Close-out Netting). Ein gegenwärtiger Rechtsanspruch zur Aufrechnung besteht damit nicht.

Vom Close-out Netting ist die Zahlungsaufrechnung von gegenläufigen Zahlungen in der normalen Geschäftsabwicklung zu unterscheiden. Danach werden aufgrund des jeweiligen Rahmenvertrages an demselben Tag in derselben Währung fällige Zahlungen verrechnet und statt der jeweiligen Einzelzahlung wird lediglich eine Nettozahlung ausgeführt (sogenanntes Payment Netting). Damit besteht ein gegenwärtiger Rechtsanspruch zur Aufrechnung.

In den Rahmenverträgen der KfW für OTC-Derivate ist grundsätzlich Close-out Netting mit den Geschäftspartnern vereinbart. Die Zulässigkeit des Payment Nettings ist darin auf das jeweilige Einzelgeschäft beschränkt, sodass ein einzelgeschäftsübergreifendes Payment Netting nicht erfolgt. Die Voraussetzungen für eine bilanzielle Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verpflichtungen sind somit bei OTC-Derivaten der KfW nicht gegeben.

In den Rahmenverträgen für Wertpapierpensionsgeschäfte der KfW ist neben dem Close-out Netting teilweise auch das Payment Netting mit den Geschäftspartnern vereinbart. Da die KfW allerdings auch bei Wertpapierpensionsgeschäften regelmäßig kein einzelgeschäftsübergreifendes Payment Netting vornimmt, sind die Voraussetzungen für eine bilanzielle Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verpflichtungen bei Wertpapierpensionsgeschäften der KfW nicht gegeben.

Gemäß den für OTC-Derivate und Wertpapierpensionsgeschäfte getroffenen Sicherheitenvereinbarungen werden beim Close-out Netting die Werte der vorhandenen Sicherheiten in die Ermittlung der einheitlichen Ausgleichsforderung (bzw. -verpflichtung) einbezogen. Unter den bestehenden Sicherheitenvereinbarungen der KfW mit ihren Geschäftspartnern sind sowohl Bar- als auch Wertpapiersicherheiten zugelassen. Im Fall von Wertpapiersicherheiten sehen die Bedingungen der Sicherheitenvereinbarungen eine Vollrechtsübertragung vor. Folglich unterliegen die übertragenen Wertpapiere keinen dinglichen Verkaufs- oder Verpfändungsbeschränkungen.

Angaben zu finanziellen Vermögenswerten mit Aufrechnungsvereinbarungen zum 31.12.2016

	Buchwert finanzieller Vermögenswerte vor bilanzieller Saldierung (Bruttobetrag)	Bilanzieller Saldierungsbetrag als Buchwert finanzieller Verpflichtungen (Bruttobetrag)	Bilanzausweis finanzieller Vermögenswerte (Nettobetrag)	Buchwert bilanziell nicht saldierungsfähiger finanzieller Verpflichtungen	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten	Gesamtnettobetrag
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OTC-Derivate	33.876	0	33.876	18.176	15.488	212
Wertpapierpensionsgeschäfte (Reverse-Repos)	9.822	0	9.822	0	9.822	0
Gesamt	**43.699**	**0**	**43.699**	**18.176**	**25.311**	**212**

Angaben zu finanziellen Verpflichtungen mit Aufrechnungsvereinbarungen zum 31.12.2016

	Buchwert finanzieller Verpflichtungen vor bilanzieller Saldierung (Bruttobetrag)	Bilanzieller Saldierungsbetrag als Buchwert finanzieller Vermögenswerte (Bruttobetrag)	Bilanzausweis finanzieller Verpflichtungen (Nettobetrag)	Buchwert bilanziell nicht saldierungsfähiger finanzieller Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert der gestellten Sicherheiten	Gesamtnettobetrag
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OTC-Derivate	21.097	0	21.097	18.176	2.400	521
Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos)	0	0	0	0	0	0
Gesamt	**21.097**	**0**	**21.097**	**18.176**	**2.400**	**521**

In den Posten Derivate im Hedge Accounting und Sonstige Derivate sind zusätzlich zum Nettobetrag insbesondere getrennt bilanzierte eingebettete Derivate und Derivate, denen jeweils keine Aufrechnungsvereinbarungen zugrunde liegen, enthalten.

Die Forderungen aus Reverse-Repo-Geschäften werden unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bilanziert.

Angaben zu finanziellen Vermögenswerten mit Aufrechnungsvereinbarungen zum 31.12.2015

	Buchwert finanzieller Vermögens-werte vor bilanzieller Saldierung (Bruttobetrag)	Bilanzieller Saldierungs-betrag als Buchwert finanzieller Verpflichtun-gen (Brutto-betrag)	Bilanzausweis finanzieller Vermögens-werte (Netto-betrag)	Buchwert bilanziell nicht saldie-rungsfähiger finanzieller Verpflich-tungen	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten	Gesamt-nettobetrag
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OTC-Derivate	42.807	0	42.807	21.085	20.468	1.253
Wertpapierpensionsgeschäfte (Reverse-Repos)	10.222	0	10.222	29	10.193	0
Gesamt	**53.029**	**0**	**53.029**	**21.114**	**30.662**	**1.253**

Angaben zu finanziellen Verpflichtungen mit Aufrechnungsvereinbarungen zum 31.12.2015

	Buchwert finanzieller Verpflichtun-gen vor bilanzieller Saldierung (Bruttobetrag)	Bilanzieller Saldierungs-betrag als Buchwert finanzieller Vermögens-werte (Brutto-betrag)	Bilanzausweis finanzieller Verpflichtun-gen (Netto-betrag)	Buchwert bilanziell nicht saldie-rungsfähiger finanzieller Vermögens-werte	Beizulegender Zeitwert der gestellten Sicherheiten	Gesamt-nettobetrag
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OTC-Derivate	24.193	0	24.193	21.085	2.701	406
Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos)	29	0	29	29	0	0
Gesamt	**24.222**	**0**	**24.222**	**21.114**	**2.701**	**406**

Sonstige Erläuterungen

(78) Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen

Aufgliederung der Eventualverpflichtungen nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen/Avalen	2.647	3.260	–613
Eventualverpflichtungen aus den Verbriefungsplattformen PROMISE/PROVIDE	0	792	–792
Erfüllungs-/Gewährleistungsgarantien	2	3	–1
Sonstige Eventualverpflichtungen	1.305	1.130	175
Gesamt	**3.955**	**5.186**	**–1.231**

Die Sonstigen Eventualverpflichtungen enthalten Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten, nicht konsolidierungspflichtigen Beteiligungen. Auf Angaben zu weiteren Eventualverpflichtungen wird gemäß IAS 37.92 verzichtet.

Volumen Unwiderruflicher Kreditzusagen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Unwiderrufliche Kreditzusagen	81.534	62.163	19.371

Die Unwiderruflichen Kreditzusagen betreffen überwiegend das inländische Förderkreditgeschäft.

(79) Treuhandgeschäfte und Verwaltungskredite

Aufgliederung der Treuhandgeschäfte (Geschäfte in eigenem Namen für fremde Rechnung) nach Klassen

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	951	1.033	–82
Forderungen an Kunden	12.123	12.401	–278
Finanzanlagen	3.600	3.465	135
Treuhandvermögen	**16.674**	**16.898**	**–225**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	4	–4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16.673	16.895	–221
Treuhandverbindlichkeiten	**16.674**	**16.898**	**–225**

Vom Treuhandvermögen entfallen 12.114 Mio. EUR (31.12.2015: 12.505 Mio. EUR) auf das Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer.

Volumen ausgereichter Verwaltungskredite (Kredite in fremdem Namen für fremde Rechnung)

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verwaltungskredite	14.694	11.405	3.289

(80) Leasinggeschäfte als Leasingnehmer

Angaben zu Leasingnehmerverträgen zum 31.12.2016

	Fällig innerhalb eines Jahres	Fällig in ein bis fünf Jahren	Fällig nach mehr als fünf Jahren	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Operating-Leasing				
Künftige Mindestleasingzahlungen	13	38	24	75

Angaben zu Leasingnehmerverträgen zum 31.12.2015

	Fällig innerhalb eines Jahres	Fällig in ein bis fünf Jahren	Fällig nach mehr als fünf Jahren	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Operating-Leasing				
Künftige Mindestleasingzahlungen	11	45	41	96

(81) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

	2016	2015	Veränderung
Mitarbeiterinnen	2.892	2.840	52
Mitarbeiter	3.053	2.967	86
Gesamt	**5.944**	**5.807**	**137**
davon außertariflich eingestuft	*4.170*	*4.030*	*140*
davon tariflich eingestuft	*1.774*	*1.777*	*–3*

Der durchschnittliche Personalbestand von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Vorstand und Auszubildende, aber einschließlich Aushilfen wurde aus Quartalsendständen ermittelt.

(82) Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht beschreibt die Grundstruktur der Vergütungssystematik von Vorstand und Verwaltungsrat und stellt die individuellen Vergütungen für den Vorstand und den Verwaltungsrat dar.

Zusammenfassung der Gesamtbezüge des Vorstands und der Verwaltungsratsmitglieder

	2016	2015	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Vorstandsmitglieder	4.033,0	3.945,9	87,1
Frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen	4.225,9	4.194,2	31,7
Verwaltungsratsmitglieder	193,0	191,7	1,3
Gesamt	**8.451,9**	**8.331,8**	**120,1**

Vergütung des Vorstands

Das Vergütungssystem für den Vorstand der KfW zielt darauf ab, die Vorstandsmitglieder entsprechend ihren Aufgaben- und Verantwortungsbereichen angemessen zu vergüten. Die Vorstandsverträge sind auf der Grundlage der Grundsätze für die Anstellung der Vorstandsmitglieder bei den Kreditinstituten des Bundes in der Fassung von 1992 aufgestellt worden. Der PCGK wird bei der Vertragsgestaltung berücksichtigt. Die individuellen Verträge enthalten Anpassungen.

Vergütungsbestandteile

Grundsätzlich erhalten die Mitglieder des Vorstands fixe, in monatlich gleichen Raten zu zahlende Geldbezüge. Einen Sonderfall bildet die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden, der neben den fixen Geldbezügen – auf Grundlage einer jährlichen Zielvereinbarung – eine variable Jahresabschlussvergütung erhält. Für das Geschäftsjahr 2016 beträgt diese mindestens 181.946,91 EUR. Wenn der Jahresüberschuss eines Geschäftsjahres nicht ausreicht, um die Zuführung zu den gesetzlichen Rücklagen zu gewährleisten, entfällt die Mindesttantieme. Die Zielvereinbarung für das Geschäftsjahr 2016 beinhaltet förderpolitische, ökonomische und regulatorische Ziele; quantitative und qualitative Ziele haben eine Gewichtung von 50 % zu 50 %. Es ist eine Obergrenze für die Jahresabschlussvergütung vereinbart worden.

Die folgende Übersicht stellt die Gesamtvergütung, getrennt nach festen und – soweit anwendbar – variablen Vergütungsbestandteilen und Sonstigen Bezügen, sowie die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen für die einzelnen Vorstandsmitglieder dar.

Jahresvergütung des Vorstands und Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in den Geschäftsjahren 2016 und 2015[1)]

	Gehalt		Variable Vergütung		Sonstige Bezüge		Gesamt		Zuführung zu den Pensionsrückstellungen[2)]	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)	742,2	740,5	275,0	250,0	88,5	88,4	1.105,7	1.078,9	1.549,7	707,7
Dr. Günther Bräunig	563,6	552,6[3)]	0,0	0,0	33,3	34,9	596,9	587,5	1.093,0	–190,8
Dr. Ingrid Hengster	522,6	521,4	0,0	0,0	34,8	40,2	557,4	561,6	618,8	142,2
Dr. Norbert Kloppenburg	551,2	552,6[3)]	0,0	0,0	44,7	44,6	595,9	597,2	1.069,4	–496,0
Bernd Loewen	583,5	582,1	0,0	0,0	37,4	34,9	620,9	617,0	787,8	–209,9
Dr. Stefan Peiß	521,9	0,0	0,0	0,0	34,3	0,0	556,2	0,0	595,0	0,0
Gesamt	**3.485,0**	**3.361,9[4)]**	**275,0**	**250,0**	**273,0**	**334,0[4)]**	**4.033,0**	**3.945,9[4)]**	**5.713,7**	**–1.507,2[4)]**

[1)] Aus rechnerischen Gründen können in der Tabelle Rundungsdifferenzen auftreten.

[2)] 2016 ist der Abzinsungssatz für die Pensionsverpflichtungen aufgrund der Entwicklung der langfristigen Kapitalmarktzinsen von 2,28% (31.12.2015) auf 1,63% (31.12.2016) gefallen. Hieraus resultiert ein Großteil der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen.

[3)] Im Gehalt des Jahres 2015 ist eine Restzahlung in Höhe von jeweils 2.626 EUR für eine Jubiläumszahlung für das Jahr 2014 enthalten.

[4)] In den Summen aus dem Berichtsjahr 2015 sind die an Frau Dr. Edeltraud Leibrock geleisteten Bezüge, die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und eine Einmalzahlung aufgrund einer vertraglich geregelten Nachversicherungsverpflichtung enthalten (ausgeschieden zum 30.09.2015).

Zuständigkeit

Seit der Anpassung der Ausschussstruktur an den entsprechend anwendbaren § 25 d KWG berät der Präsidial- und Nominierungsausschuss über das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der Vertragselemente, er beschließt es und überprüft es regelmäßig. Der Präsidial- und Nominierungsausschuss wird hierbei durch den Vergütungskontrollausschuss beraten, der seinerseits die Ergebnisse bestimmter Analysen des neugegründeten Risiko- und Kreditausschusses betreffend die Anreizwirkungen der Vergütungssysteme berücksichtigt. Der Verwaltungsrat beschließt, ebenfalls nach entsprechender Beratung durch den Vergütungskontrollausschuss, über die Grundstruktur des Vergütungssystems für den Vorstand.

Der Präsidial- und Nominierungsausschuss hat sich im Berichtsjahr mehrfach mit Vergütungsfragen befasst, letztmalig in der Sitzung am 07.12.2016.

Vertragliche Nebenleistungen

Zu den Sonstigen Bezügen zählen im Wesentlichen die vertraglichen Nebenleistungen. Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf einen Dienstwagen mit Fahrer zur dienstlichen und privaten Nutzung. Die durch die private Nutzung des Dienstwagens veranlassten Kosten werden entsprechend den geltenden Steuervorschriften von den Vorstandsmitgliedern getragen. Für dienstlich veranlasste Zweitwohnungen werden im Rahmen der steuerlichen Vorschriften die Kosten einer doppelten Haushaltsführung erstattet.

Die Vorstandsmitglieder sind in einer Gruppenunfallversicherung versichert. Für Kranken- und Pflegeversicherungen werden Zuschüsse geleistet. Für die Mitglieder des Vorstands bestehen im Hinblick auf die mit der Organtätigkeit als Vorstand verbundenen Risiken eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (sogenannte D&O-Versicherung) und eine ergänzende Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung. Mitglieder des Vorstands der KfW sind im Rahmen ihrer Tätigkeit auch in die als Gruppenversicherung abgeschlossene Spezial-Strafrechtsschutzversicherung für Beschäftigte einbezogen.

Für die Übernahme von Organfunktionen bei Konzernunternehmen wird keine Vergütung an Mitglieder des Vorstands gezahlt.

Den Vorstandsmitgliedern ist es wie allen Führungskräften freigestellt, an der Deferred Compensation, einer betrieblichen Zusatzversorgung durch Entgeltumwandlung, teilzunehmen. Sie haben außerdem Anspruch auf Jubiläumszahlungen entsprechend den allgemeinen Regelungen der KfW.

Die vertraglichen Nebenleistungen beinhalten ferner die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen an von Vorstandsmitgliedern bewohnten Immobilien; diese Leistungen sind nicht als Sonstige Bezüge, sondern als Sachaufwand ausgewiesen.

Die vertraglichen Nebenleistungen unterliegen, soweit sie nicht steuerfrei gewährt werden können oder dies vertraglich vereinbart ist, als geldwerter Vorteil der Versteuerung durch die Mitglieder des Vorstands.

Im Jahr 2016 bestand kein Kredit der KfW an ein Mitglied des Vorstands.

Keinem Mitglied des Vorstands wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied der KfW gewährt.

Ruhegehaltsansprüche und sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Gemäß § 1 Abs. 3 der Satzung der KfW soll die Bestellung eines Vorstandsmitglieds in der Regel nicht über die Vollendung des gesetzlichen Rentenalters hinausgehen. Von dieser Regel wurde im Falle des Vorstandsvorsitzenden abgewichen, dessen Alter aufgrund seiner Wiederbestellung bis zum 31.12.2020 oberhalb des gesetzlichen Rentenalters liegen wird. Die Vorstandsmitglieder haben nach Erreichen des 65. Lebensjahres bzw. des gesetzlichen Rentenalters und dem Ablauf des Vorstandsvertrags einen Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen, ferner haben sie einen Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen, wenn das Dienstverhältnis wegen dauernder Dienstunfähigkeit endet. Zwei Vorstandsmitglieder, die erstmals in den Jahren 2006 bzw. 2007 in den Vorstand der KfW bestellt und anschließend wiederbestellt wurden, haben zudem die Möglichkeit auf eigenen Wunsch nach Ablauf des 63. Lebensjahres in den Ruhestand zu treten. Drei der Vorstandsmitglieder haben unter bestimmten Voraussetzungen zudem einen Anspruch auf ein zeitlich befristetes Übergangsgeld, das ihnen im Sinne des Bestandsschutzes vertraglich gewährt wurde.

Die Versorgungszusagen orientieren sich sowohl für die Vorstandsmitglieder als auch für deren Hinterbliebene an den Grundsätzen für die Anstellung von Vorstandsmitgliedern bei den Kreditinstituten des Bundes in der Fassung von 1992. Der PCGK wird bei der Ausgestaltung der Vorstandsverträge berücksichtigt.

Die Verträge der Vorstandsmitglieder enthalten entsprechend den Empfehlungen des PCGK einen Abfindungscap. Danach werden Zahlungen an diese Vorstandsmitglieder aufgrund vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund nach § 626 BGB vorliegt, auf zwei Jahresgehälter bzw. die Vergütung inkl. Nebenleistungen für die Restlaufzeit des Vertrags begrenzt, je nachdem, welcher Betrag niedriger ist.

Grundsätzlich betrug der volle Ruhegehaltsanspruch im Berichtsjahr 70 % der ruhegehaltsfähigen Bezüge. Die ruhegehaltsfähigen Bezüge entsprachen 70 % der letzten Bezüge (dies entspricht 49 % des jeweiligen Gehalts). Der Ruhegehaltsanspruch betrug – mit Ausnahme des Vorstandsvorsitzenden – bei einer erstmaligen Bestellung regelmäßig 70 % des vollen Ruhegehaltsanspruchs mit einem Anstieg mit jedem vollendeten Dienstjahr, je nach vertraglicher Vereinbarung um 1,25 – 3 Prozentpunkte (von 34,3 % zu Beginn bis maximal 49 % des letzten Gehalts).

Die Vorstandsverträge enthalten weitere individuelle Regelungen insbesondere zur Unverfallbarkeit der Ruhegehaltsansprüche. Die neueren Vorstandsverträge enthalten zudem Regelungen zur Nachversicherung, sofern die Unverfallbarkeit der Ruhegehaltsansprüche noch nicht erreicht wurde und eine Wiederbestellung nicht erfolgt ist.

Die Ruhegehälter an ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebenen betrugen in den Jahren 2016 und 2015:

Ruhegehälter ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. deren Hinterbliebenen

	Anzahl 2016	TEUR 2016	Anzahl 2015	TEUR 2015
Ehemalige Vorstandsmitglieder	19	3.421,2	19	3.374,5
Hinterbliebene	9	804,7	10	819,7
Gesamt	**28**	**4.225,9**	**29**	**4.194,2**

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurde zum Ende des Geschäftsjahres 2016 ein Betrag von 66.182,9 TEUR zurückgestellt (Vorjahr: 64.931,5 TEUR).

Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine Kredite an ehemalige Vorstandsmitglieder und Hinterbliebene gewährt.

Vergütung des Verwaltungsrats

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten eine Vergütung, deren Höhe von der Aufsichtsbehörde gemäß § 7 Abs. 10 der Satzung der KfW festgesetzt wird. Mit der letzten Anpassung im Mai 2010 wurde die Vergütung für Mitglieder der Bundesregierung, die aufgrund § 7 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 KfW-Gesetz Mitglied des Verwaltungsrats sind, auf 0 EUR festgesetzt.

Im Berichtsjahr betrug die Vergütung für die sonstigen Mitglieder des Verwaltungsrats nach § 7 Abs. 1 Nr. 3 bis 7 KfW-Gesetz 5.100 EUR p. a.; die Vergütung für die Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Verwaltungsrats betrug einheitlich jeweils 600 EUR p. a. Der Vorsitz in Ausschüssen wird nicht gesondert vergütet.

Bei unterjähriger Mitgliedschaft erfolgt die Vergütung anteilig.

Auf Anforderung wird ein Tagegeld (200 EUR pro Sitzungstag) gezahlt und werden die entstandenen Reisekosten sowie anfallende Umsatzsteuer erstattet.

Einzelheiten zu den Bezügen des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2016 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle; angegebene Beträge sind Nettobeträge in TEUR. Reisekosten wurden gegen Nachweis erstattet und sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2016

Lfd. Nr.	Name	Mitglieds-zeitraum	Mitgliedschaft Verwal-tungsrat[1]	Mitgliedschaft Ausschüsse[1]	Tagegeld	Gesamt
		2016	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1.	Sigmar Gabriel	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
2.	Dr. Wolfgang Schäuble	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Kerstin Andreae	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,8	6,5
4.	Jan Bettink	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
5.	Anton F. Börner	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
6.	Dr. Uwe Brandl	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,2	5,3
7.	Hans-Dieter Brenner	01.01.–31.12.	5,1	0,6	1,4	7,1
8.	Frank Bsirske	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,0	5,1
9.	Alexander Dobrindt	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
10.	Georg Fahrenschon	01.01.–31.12.	5,1	2,5	0,0	7,6
11.	Robert Feiger	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,8	6,5
12.	Klaus-Peter Flosbach	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,6	6,3
13.	Christian Görke[2]	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,0	5,1
14.	Hubertus Heil	01.01.–31.12.	5,1	1,8	0,6	7,5
15.	Monika Heinold[2]	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
16.	Dr. Barbara Hendricks	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
17.	Reiner Hoffmann	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,2	6,5
18.	Gerhard Hofmann	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,4	6,7
19.	Bartholomäus Kalb	01.01.–31.12.	5,1	0,6	1,4	7,1
20.	Dr. Markus Kerber	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
21.	Stefan Körzell	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,6	6,9
22.	Dr. Gesine Lötzsch	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,6	6,9
23.	Dr. Gerd Müller	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
24.	Eckhardt Rehberg	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,4	6,7
25.	Joachim Rukwied	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,2	5,9
26.	Dr. Nils Schmid[2]	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,6	6,3
27.	Christian Schmidt	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
28.	Andreas Schmitz	01.01.–31.12.	5,1	2,5	1,6	9,2
29.	Carsten Schneider	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,8	7,1
30.	Peter-Jürgen Schneider[2]	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,2	6,5
31.	Holger Schwannecke	01.01.–31.12.	5,1	1,8	0,0	6,9
32.	Dr. Markus Söder[2]	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
33.	Dr. Frank-Walter Steinmeier	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
34.	Prof. Dr. Georg Unland[2]	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
35.	Dr. Norbert Walter-Borjans[2]	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
36.	Dr. Martin Wansleben	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,2	5,9
37.	Dr. Kai H. Warnecke	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,6	5,7
Gesamt			**153,0**	**27,8**	**12,2**	**193,0**

[1] Die Beträge waren zum Stichtag 31.12.2016 noch nicht ausgezahlt.
[2] Auf diesen Betrag findet Landesrecht Anwendung.

Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2015

Lfd. Nr.	Name	Mitglieds-zeitraum	Mitgliedschaft Verwal-tungsrat[1]	Mitgliedschaft Ausschüsse[1]	Tagegeld	Gesamt
		2015	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1.	Dr. Wolfgang Schäuble	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
2.	Sigmar Gabriel	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Kerstin Andreae	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,6	6,3
4.	Norbert Barthle	31.01.–14.04.	1,5	0,4	0,2	2,1
5.	Jan Bettink	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
6.	Anton F. Börner	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,2	5,9
7.	Hans-Dieter Brenner	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,8	6,5
8.	Frank Bsirske	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,0	5,1
9.	Jens Bullerjahn[2]	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
10.	Alexander Dobrindt	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
11.	Georg Fahrenschon	01.01.–31.12.	5,1	2,5	0,0	7,6
12.	Robert Feiger	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,4	6,1
13.	Klaus-Peter Flosbach	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,8	6,5
14.	Hubertus Heil	01.01.–31.12.	5,1	1,8	0,6	7,5
15.	Dr. Barbara Hendricks	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
16.	Prof. Dr. Hans-Günter Henneke	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,6	5,7
17.	Reiner Hoffmann	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
18.	Gerhard Hofmann	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,2	6,5
19.	Bartholomäus Kalb	31.01.–31.12.	5,1	0,6	1,2	6,9
20.	Dr. Markus Kerber	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
21.	Stefan Körzell	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,6	6,9
22.	Dr. Matthias Kollatz-Ahnen[2]	06.02.–31.12.	4,7	0,5	0,0	5,2
23.	Dr. Gesine Lötzsch	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,6	6,9
24.	Dr. Gerd Müller	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
25.	Eckhardt Rehberg	23.04.–31.12.	3,6	0,8	0,2	4,6
26.	Joachim Rukwied	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,8	6,5
27.	Dr. Nils Schmid[2]	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,2	5,9
28.	Christian Schmidt	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
29.	Andreas Schmitz	01.01.–31.12.	5,1	2,5	1,4	9,0
30.	Carsten Schneider	01.01.–31.12.	5,1	1,2	1,0	7,3
31.	Peter-Jürgen Schneider[2]	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,4	5,5
32.	Holger Schwannecke	01.01.–31.12.	5,1	1,8	0,0	6,9
33.	Erwin Sellering[2]	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
34.	Dr. Markus Söder[2]	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
35.	Dr. Frank-Walter Steinmeier	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
36.	Dr. Norbert Walter-Borjans[2]	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
37.	Dr. Martin Wansleben	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
38.	Dr. Kai H. Warnecke	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,6	5,7
Gesamt			**152,6**	**27,7**	**11,4**	**191,7**

[1] Die Beträge waren zum Stichtag 31.12.2015 noch nicht ausgezahlt.
[2] Auf diesen Betrag findet Landesrecht Anwendung.

Pensionsverpflichtungen für Mitglieder des Verwaltungsrats bestehen nicht.

Mitglieder des Verwaltungsrats haben im Berichtsjahr keine Vergütungen für persönlich erbrachte Leistungen erhalten.

Im Berichtsjahr wurden keine direkten Kredite an Verwaltungsratsmitglieder gewährt.

Auch für die Mitglieder des Verwaltungsrats bestehen im Hinblick auf die mit ihrer Organtätigkeit verbundenen Risiken eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (sogenannte D&O-Versicherung) und eine ergänzende Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung. Ein Selbstbehalt ist derzeit nicht vereinbart. Mitglieder des Verwaltungsrats der KfW sind im Rahmen ihrer Tätigkeit auch in die als Gruppenversicherung abgeschlossene Spezial-Strafrechtsschutzversicherung für Beschäftigte und in eine Gruppenunfallversicherung einbezogen.

(83) Berichterstattung über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahestehenden Unternehmen nach IAS 24 zählt der KfW-Konzern die einbezogenen Tochterunternehmen, die nicht einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, assoziierte Gesellschaften sowie die Bundesbeteiligungen.

Als natürliche Personen gemäß IAS 24 werden die Mitglieder des Vorstands, der Bereichsleitung sowie des Verwaltungsrats der KfW, die Mitglieder der Geschäftsführung aller einbezogenen sowie die Aufsichtsräte bestimmter einbezogener Tochtergesellschaften sowie ihre nahen Familienangehörigen betrachtet.

Die KfW ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, an der die Bundesrepublik Deutschland (Bund) zu 80 % beteiligt ist und die Bundesländer (Länder) insgesamt zu 20 % beteiligt sind. Die mit dem Bund bzw. den Ländern abgeschlossenen Geschäfte im Geschäftsjahr 2016 erfolgen in dem vom KfW-Gesetz determinierten Rahmen. Darunter fallen auch die Geschäfte, an denen ein staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht und die der KfW im Einzelfall von der Bundesregierung zugewiesen werden (Zuweisungsgeschäft gemäß § 2 Abs. 4 KfW-Gesetz). Neben den Zuweisungsgeschäften bestehen Geschäftsbesorgungsverträge des Bundes mit der KfW, die vor allem die einzelnen Förderprogramme regeln.

Die geschäftlichen Beziehungen zwischen der KfW und den natürlichen nahestehenden Personen werden im Wesentlichen durch die Satzung der KfW sowie durch die Anwendung der Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex beschrieben. Die Bedingungen und die Preisgestaltung sind marktüblich bzw. werden im Rahmen der allgemein zugänglichen Kreditangebote zu üblichen Konditionen der KfW abgeschlossen.

(84) Honorar des Abschlussprüfers

	2016	2015	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	3.945	3.897	48
Andere Bestätigungsleistungen	470	782	–312
Steuerberatungsleistungen	13	197	–184
Gesamt	**4.427**	**4.876**	**–449**

Die im Jahr 2016 erbrachten Leistungen des Abschlussprüfers aus der prüferischen Begleitung der Großprojekte mit direktem Bezug zur Rechnungslegung sind gemäß IDW HFA 36 n. F. in den Abschlussprüferleistungen enthalten. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

(85) Angaben zu nicht konsolidierten Strukturierten Unternehmen

Die nicht konsolidierten Strukturierten Unternehmen des KfW-Konzerns im Sinne des IFRS 12 betreffen die folgenden Geschäftsfelder:

Strukturierte Unternehmen im Geschäftsfeld Finanzmärkte

Zur Förderung der Finanzierung des deutschen Mittelstands sowie im Rahmen der Liquiditätssteuerung tätigt die KfW Investments in ABS- und ABCP-Transaktionen. Zudem verwaltet der Bereich Finanzmärkte ein Bestandsportfolio, in das keine weiteren Zukäufe erfolgen. Die KfW hält gegenwärtig Emissionen aus den Jahren seit 2001. Die Investments der KfW belaufen sich in der Regel auf maximal 10% des Volumens einer Transaktion. Bei Investments zu Förderzwecken ist der Anteil der KfW vereinzelt höher, liegt jedoch in der Regel bei maximal 50% des Transaktionsvolumens.

Per 31.12.2016 belief sich der Buchwert der gehaltenen Positionen auf insgesamt 4,9 Mrd. EUR (31.12.2015: 4,2 Mrd. EUR).

Strukturierte Unternehmen im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung

Mit Leasingobjektgesellschaften werden bedarfsgerechte Leasing-/Finanzierungskonzepte insbesondere in den Transportsektoren Luftfahrt/Schienenverkehr und Maritime Industrie strukturiert. Für jede Transaktion wird grundsätzlich eine eigenständige Gesellschaft gegründet, an der sich der KfW-Konzern als Kreditgeber beteiligt. Bei einigen dieser Geschäftspartner handeln die dahinterstehenden Banken als Verwalter von Trustgesellschaften, in der überwiegenden Anzahl der Fälle handelt es sich jedoch um Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit. Der KfW-Konzern stellt diesen Gesellschaften – in der Regel zusammen mit anderen Kreditinstituten – Darlehen zur Verfügung. Daneben existieren vereinzelt Kreditbeziehungen zu Strukturierten Unternehmen als Marktteilnehmern im Rohstofffinanzierungsgeschäft, bei denen der KfW-Konzern diese Kunden mit Exportvorfinanzierungsstrukturen begleitet.

Per 31.12.2016 belief sich der Buchwert der gehaltenen Positionen auf insgesamt 4,3 Mrd. EUR (31.12.2015: 4,2 Mrd. EUR).

Strukturierte Unternehmen im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer

Im Rahmen ihres entwicklungspolitischen Auftrags unterstützt die DEG als Finanzierungs- und Beratungsinstitut nach Maßgabe der Richtlinie für die Geschäftstätigkeit. Die DEG soll den Aufbau der Privatwirtschaft von a) Entwicklungsländern, b) Ländern in Mittel- und Osteuropa (MOE) sowie den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) und c) anderen Ländern fördern, die auf Beschluss der Gesellschafterin KfW im Einvernehmen mit der Bundesregierung zugelassen werden. In ausgewählten Einzelfällen wird dies mittels Investitionen in Strukturierte Einheiten in Form von Beteiligungen und Gewährung von Darlehen vorgenommen. Das Verlustrisiko ist hierbei gemäß Risikogrundsätzen auf das jeweilige Investitionsvolumen bzw. den jeweiligen Zusagebetrag begrenzt.

Per 31.12.2016 belief sich der Buchwert der gehaltenen Positionen auf insgesamt 0,2 Mrd. EUR (31.12.2015: 0,2 Mrd. EUR).

Die folgenden Tabellen zeigen die Buchwerte der Vermögenswerte gegenüber nicht konsolidierten Strukturierten Unternehmen sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Engagements resultieren könnte.

Maximales Verlustrisiko zum 31.12.2016

	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Übrige Vermögenswerte	Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	3.669	4.983	18	857
Risikovorsorge/Rückstellungen	25	0	0	1
Maximales Verlustrisiko	**3.644**	**4.983**	**18**	**856**

Maximales Verlustrisiko zum 31.12.2015

	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Übrige Vermögenswerte	Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	4.054	4.243	48	389
Risikovorsorge/Rückstellungen	23	1	0	1
Maximales Verlustrisiko	**4.031**	**4.243**	**48**	**389**

Das maximale Verlustrisiko ergibt sich aus dem Nominalbetrag für Kreditlinien, (Finanz-)Garantien und anderen Liquiditätsfazilitäten abzüglich in der Bilanz angesetzter Vorsorge für Kreditrisiken. Das maximale Verlustrisiko in Bezug auf die Finanzinvestitionen des KfW-Konzerns ist deren (Netto-)Buchwert. Das maximale Verlustrisiko berücksichtigt keine Effekte aus Absicherungsinstrumenten des KfW-Konzerns zur Reduzierung des maximalen Verlustrisikos.

Über das jeweilige Finanzengagement hinausgehende Unterstützungsleistungen an Strukturierte Unternehmen erfolgen im KfW-Konzern nicht.

Der KfW-Konzern tritt in Ausnahmefällen auch als Sponsor von Strukturierten Unternehmen auf, an denen er Anteile ausschließlich treuhänderisch für den Bund hält. Bei diesen Strukturierten Unternehmen liegt das Risiko ausschließlich beim Bund. Der KfW-Konzern wird in diesen Fällen als Sponsor der Strukturierten Einheit angesehen, weil diese Unternehmen im Auftrag des Bundes durch den KfW-Konzern initiiert und/oder strukturiert werden.

(86) Angaben zum Anteilsbesitz

In den Konzernabschluss einbezogene Tochtergesellschaften

Name/Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital nach IFRS per 31.12.2016
	%	Mio. EUR
KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main	100,0	3.831
DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln	100,0	2.799
KfW Beteiligungsholding GmbH, Bonn	100,0	2.550
tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Bonn	100,0	184
Interkonnektor GmbH, Frankfurt am Main	100,0	25

Im Geschäftsjahr 2016 wurde rückwirkend zum 01.01.2016 eine ertragsteuerliche Organschaft zwischen der KfW IPEX-Bank GmbH und der KfW Beteiligungsholding GmbH etabliert. In diesem Zusammenhang wurde die KfW IPEX-Beteiligungsholding GmbH auf die KfW Beteiligungsholding GmbH verschmolzen.

In den Konzernabschluss nach der Equity-Methode einbezogene Unternehmen

Name/Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital per 30.09.2016
	%	Mio. EUR
Microfinance Enhancement Facility S.A., Luxemburg	19,8	496
Green for Growth Fund, Southeast Europe S.A., Luxemburg	17,6	311
AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG, München	47,5	193
coparion GmbH & Co. KG, Köln	20,0	3
Name/Sitz	**Anteil am Kapital**	**Eigenkapital per 31.12.2016**
	%	Mio. EUR
DC Nordseekabel GmbH und Co. KG, Bayreuth	50,0	186

Seit 2009 wird die Microfinance Enhancement Facility S.A. (MEF) nach der Equity-Methode einbezogen. Es handelt sich um eine Beteiligung der KfW an einer Refinanzierungsfazilität für Mikrofinanzinstitutionen, die im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer verantwortet wird. Einzelheiten über die Geschäftsfelder sowie zusammenfassende Finanzinformationen sind im Internetauftritt der Gesellschaft dargestellt (http://www.mef-fund.com/).

Seit 2010 nach der Equity-Methode einbezogen wird der Green for Growth Fund, Southeast Europe S. A., (GGF). Der GGF ist ein Fonds zur Förderung von Investitionen von KMU und privaten Haushalten in Energieeffizienz und erneuerbare Energien auf dem Westbalkan und in der Türkei (ebenfalls Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer). Einzelheiten über die Geschäftsfelder sowie zusammenfassende Finanzinformationen sind im Internetauftritt der Gesellschaft dargestellt (http://www.ggf.lu).

Im Juli 2010 hat die KfW (Geschäftsfeld Mittelstandsbank) gemeinsam mit der Commerzbank den Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand initiiert und jeweils mit knapp 100 Mio. EUR ausgestattet. Die Einbeziehung erfolgt nach der Equity-Methode. Im Fokus des Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand stehen mittelständische (Familien-) Unternehmen mit einem maximalen Jahresumsatz von 500 Mio. EUR. Der Fonds geht Minderheitsbeteiligungen ein und stellt dem Unternehmen echtes Eigenkapital insbesondere zur Finanzierung von Wachstumsvorhaben zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde erstmals die DC Nordseekabel GmbH und Co. KG (DC Nordseekabel) als Gemeinschaftsunternehmen der Interkonnektor GmbH nach der Equity-Methode einbezogen (Nordseekabel-Projekt NordLink im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung). Das NordLink-Projekt zählt zu den bedeutendsten Projekten im europäischen Energiesektor und umfasst ein Investitionsvolumen von circa 1,5 bis 2 Mrd. EUR. Da insbesondere regenerativ gewonnene Energie fließen wird, trägt das Unterseekabel stark zum Gelingen der Energiewende in Deutschland bei. Der norwegische Stromnetzbetreiber Statnett, die KfW und der für die deutsche Nordseeregion zuständige Übertragungsnetzbetreiber TenneT haben im Februar 2015 einen entsprechenden Kooperationsvertrag zum Bau eines Unterseekabels zwischen Deutschland und Norwegen geschlossen. Das NordLink-Projekt wird von einem Konsortium realisiert, an dem zu jeweils 50 % Statnett sowie die DC Nordseekabel beteiligt sind. An der DC Nordseekabel, die Bau und Genehmigungen auf deutscher Seite verantwortet, halten wiederum die KfW – über die Tochtergesellschaft Interkonnektor GmbH – und TenneT jeweils 50 % der Geschäftsanteile.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde erstmals die coparion GmbH & Co. KG (coparion; Geschäftsfeld Mittelstandsbank) als assoziiertes Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen.

Im März 2016 hat coparion, der neue Co-Investitionsfonds von KfW und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), seine Tätigkeit aufgenommen. coparion beteiligt sich gemeinsam mit privaten Leadinvestoren mit Venture Capital an jungen Technologieunternehmen.

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften

Drei Tochterunternehmen, fünf Gemeinschaftsunternehmen, elf assoziierte Unternehmen und acht Zweckgesellschaften (inkl. Strukturierter Unternehmen) mit untergeordneter Bedeutung für den Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurden nicht konsolidiert, sondern als Finanzanlagen oder als Forderungen bilanziert. Bezogen auf die Bilanzsumme des Konzerns machen diese Unternehmen circa 0,1 % aus.

Liste des Anteilsbesitzes des KfW-Konzerns zum 31.12.2016

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil in %	WKZ[1]	Kurs 1,00 EUR = WE per 31.12.2016[2]	Eigenkapital in TWE[2, 3]	Ergebnis in TWE[2, 3]
Anteilsbesitz der KfW							
A. In den Konzernabschluss einbezogene voll konsolidierte Tochterunternehmen							
1	DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH	Köln	100,0	EUR	1,0000	2.367.946	96.315
2	Interkonnektor GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	1,0000	25.445	–1.287
3	KfW Beteiligungsholding GmbH	Bonn	100,0	EUR	1,0000	1.707.890	100.551
4	tbg Technologie-Beteiligungs-gesellschaft mbH	Bonn	100,0	EUR	1,0000	177.321	8.721
B. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen							
5	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Berlin	26,0	EUR	1,0000	4.527	–1.255
6	Finanzierungs- und Beratungs-gesellschaft mbH	Berlin	100,0	EUR	1,0000	13.728	31
C. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
7	AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG	München	47,5	EUR	1,0000	148.307	7.584
8	Berliner Energieagentur GmbH	Berlin	25,0	EUR	1,0000	5.261	446
9	eCapital Technologies Fonds II GmbH & Co. KG	Münster	24,8	EUR	1,0000	21.707	–1.193
10	Galaxy S. à. r. l.	Luxemburg, Luxemburg	20,0	EUR	1,0000	7.227	–584

Liste des Anteilsbesitzes des KfW-Konzerns zum 31.12.2016

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil in %	WKZ[1]	Kurs 1,00 EUR = WE per 31.12.2016[2]	Eigenkapital in TWE[2, 3]	Ergebnis in TWE[2, 3]
Anteilsbesitz der KfW IPEX-Bank GmbH							
A. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen							
1	Bussard Air Leasing Ltd.	Dublin, Irland	100,0	USD	1,0541	–2.317	218
2	Sperber Rail Holdings Inc.	Wilmington, USA	100,0	USD	1,0541	2.445	–90
B. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen							
3	Canas Leasing Ltd.	Dublin, Irland	50,0	USD	1,0541	0	0
C. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
4	8F Leasing S.A.	Findel, Luxemburg	22,2	USD	1,0541	11.785	429
Anteilsbesitz der tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH							
A. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen							
1	Strategic European Technologies N.V.	's-Hertogenbosch, Niederlande	52,0	EUR	1,0000	3.692	9.485
B. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
2	Aurelia Technologie-Fonds I GmbH & Co. Beteiligungen KG	Frankfurt am Main	24,6	EUR	1,0000	4.486	–207
3	BioM VC GmbH & Co. Fonds KG	München	22,3	EUR	1,0000	450	–3
4	Bremer Unternehmens-beteiligungsgesellschaft mbH	Bremen	20,0	EUR	1,0000	6.937	53
5	Chromatec GmbH	Greifswald	24,8	EUR	1,0000	40	5
6	CV Cryptovision GmbH	Gelsenkirchen	23,4	EUR	1,0000	2.956	206
7	eCapital New Technologies Fonds AG & Co. Unternehmensbeteiligungs-gesellschaft KG	Münster	24,8	EUR	1,0000	623	–30
8	FIB Fonds für Innovation und Beschäf-tigung Rheinland-Pfalz UBG mbH	Mainz	24,0	EUR	1,0000	4.088	720
9	i42 Informationsmanagement GmbH	Mannheim	20,8	EUR	1,0000	31	10
10	KTB Technologie Beteiligungs-gesellschaft mbH & Co. KG	Leverkusen	25,0	EUR	1,0000	0	–2.320
11	Medizin Forum AG	Bad Nauheim	24,9	EUR	1,0000	26	0
12	Premium Bodywear AG	Chemnitz	24,0	EUR	1,0000	176	–70
13	Saarländische Wagnis-finanzierungsgesellschaft mbH	Saarbrücken	20,4	EUR	1,0000	6.403	92
14	Sachsen LB V.C. GmbH & Co. KG	Leipzig	24,8	EUR	1,0000	1.628	337
15	Sepiatec GmbH	Berlin	21,9	EUR	1,0000	168	–34
16	SHS Gesellschaft für Beteiligungen mbH & Co. Mittelstand KG	Tübingen	24,8	EUR	1,0000	4.011	0
17	Technologie Beteiligungsfonds Bayern GmbH & Co. KG	München	25,0	EUR	1,0000	1.074	–269
18	Technologie Beteiligungsfonds Bayern Verwaltungs-GmbH	Landshut	25,0	EUR	1,0000	42	2

Liste des Anteilsbesitzes des KfW-Konzerns zum 31.12.2016

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil in %	WKZ[1]	Kurs 1,00 EUR = WE per 31.12.2016[2]	Eigenkapital in TWE[2, 3]	Ergebnis in TWE[2, 3]
Anteilsbesitz der tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH							
B. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
19	Tübinger Seed Fonds KG	Tübingen	21,9	EUR	1,0000	631	–1
20	Wikon Kommunikationstechnik GmbH	Kaiserslautern	20,0	EUR	1,0000	0	64
Anteilsbesitz der KfW Beteiligungsholding GmbH							
A. In den Konzernabschluss einbezogene voll konsolidierte Tochterunternehmen							
1	KfW IPEX-Bank GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	1,0000	3.474.441	0
Anteilsbesitz der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH							
A. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen							
1	PCC-DEG Renewables GmbH	Duisburg	40,0	EUR	1,0000	16.266	–3.085
B. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
2	Aavishkaar Frontier Fund	Ebene, Mauritius	22,2	USD	1,0541	1.007	–1.243
3	Ace Power Pvt. Ltd.	Colombo, Sri Lanka	26,0	LKR	157,9865	1.979.800	–543.671
4	Acon Latin American Opportunities Fund	Toronto, Kanada	40,0	USD	1,0541	53.883	–12.711
5	Acon Latin American Opportunities Fund IV-A, L. P.	Toronto, Kanada	39,9	USD	1,0541	27.251	470
6	Acon Retail MXD, L.P.	Toronto, Kanada	100,0	USD	1,0541	22.554	–1.527
7	Adobe Social Mezzanine Fund, L. P.	Mexiko D. F., Mexiko	24,8	USD	1,0541	7.559	–769
8	ADP Enterprises W. L. L.	Manama, Bahrain	23,2	BHD	0,3977	156.202	–29.368
9	Advent Latin American Private Equity Fund III-B L.P.	Wilmington, USA	100,0	USD	1,0541	2.368	–621
10	Agribusiness Latin America Fund II L.P.	Toronto, Kanada	27,0	USD	1,0541	0[4]	0[4]
11	Apis Growth 2 Ltd.	Ebene, Mauritius	28,4	USD	1,0541	0[4]	0[4]
12	Aqua Agro Fundo de Investimento	São Paulo, Brasilien	30,4	BRL	3,4326	0[4]	0[4]

Liste des Anteilsbesitzes des KfW-Konzerns zum 31.12.2016

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil in %	WKZ[1]	Kurs 1,00 EUR = WE[2] per 31.12.2016	Eigenkapital in TWE[2), 3]	Ergebnis in TWE[2), 3]
Anteilsbesitz der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH							
B. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
13	Asia Insurance 1950 Company Ltd.	Bangkok, Thailand	24,6	THB	37,7459	314.204	67.309
14	Banyan Tree Growth Capital LLC	Port Louis, Mauritius	27,0	USD	1,0541	91.932	–7.077
15	Berkeley Energy Wind Mauritius Ltd.	Ebene, Mauritius	25,8	EUR	1,0000	97.043	10.902
16	Catalyst MENA Clean Energy Fund L.P.	St. Peter Port, Guernsey	23,3	USD	1,0541	0[4]	0[4]
17	CGFT Capital Pooling GmbH & Co. KG	Berlin, Deutschland	40,0	EUR	1,0000	–38	24
18	CoreCo Central America Fund I L.P.	Miami, USA	22,0	USD	1,0541	5.461	1.446
19	Deep Catch Namibia Holdings (Proprietary) Ltd.	Windhoek, Namibia	30,0	NAD	14,7902	0[4]	0[4]
20	Emerald Sri Lanka Fund I Limited	Port Louis, Mauritius	23,5	USD	1,0541	–492	–1.464
21	Emerging Europe Leasing and Finance (EELF) B.V.	Amsterdam, Niederlande	25,0	EUR	1,0000	0[4]	0[4]
22	EMF NEIF I (A) L.P.	Southampton, Verein. Königreich	28,1	USD	1,0541	10.709	–14.316
23	EMX Capital Partners L.P.	Mexiko D.F., Mexiko	20,1	USD	1,0541	24.678	–2.616
24	Equis DFI Feeder, L.P.	George Town, Kaimaninseln	37,0	USD	1,0541	3.527	–1.004
25	Fundo Mútuo de Investimentos em Empresas Emergentes Stratus Fleet	São Paulo, Brasilien	39,7	BRL	3,4326	25.881	–6.823
26	Global Credit Rating Company Ltd.	Sandton, Johannesburg, Südafrika	27,0	USD	1,0541	708	3.425
27	Grassland Finance Ltd.	Hongkong, Hongkong	25,0	HKD	8,1751	448.199	–26.371
28	Kendall Court Mezzanine (Asia) Bristol Merit Fund L.P.	Kaimaninseln	24,4	USD	1,0541	35.579	4.494
29	Kibele B.V. , Amsterdam, Niederlande	Amsterdam, Niederlande	22,3	USD	1,0541	1.506	–24.532
30	Knauf Gips Buchara OOO	Buchara, Usbekistan	24,9	EUR	1,0000	135.608.205	23.390.251
31	Lereko Metier Solafrica Fund I Trust	Johannesburg, Südafrika	47,5	ZAR	14,4570	138.122	–1.421
32	Lereko Metier REIPPP Fund Trust	Johannesburg, Südafrika	32,6	ZAR	14,4570	8.859	–824
33	Lovcen Banka AD	Podgorica, Montenegro	28,1	EUR	1,0000	5.849	–1.760
34	MC II Pasta Ltd.	Qormi, Malta	36,1	EUR	1,0000	0[4]	0[4]
35	Medisia Investment Holdings Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	32,7	USD	1,0541	40.050	–1.252

Liste des Anteilsbesitzes des KfW-Konzerns zum 31.12.2016

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil in %	WKZ[1]	Kurs 1,00 EUR = WE per 31.12.2016[2]	Eigenkapital in TWE[2, 3]	Ergebnis in TWE[2, 3]
Anteilsbesitz der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH							
B. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
36	Navegar II (Netherlands) B.V.	Amsterdam, Niederlande	29,2	EUR	1,0000	45.754	4.692
37	OAO Bicharagips	Buchara, Usbekistan	25,0	UZS	3.363,7900	11.739.981	4.906.531
38	OJSC Tourism Promotion Services	Duschambe, Tadschikistan	21,0	TJS	8,3103	29.740	–31.134
39	Open Joint Stock Company (Center Invest Bank Group)	Rostov-On-Don, Russ. Föderation	20,7	RUB	64,3000	0[4]	0[4]
40	Orilus Investment Holdings Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	33,0	USD	1,0541	54.302	6.420
41	Russia Partners Technology Fund L.P.	Grand Cayman, Kaimaninseln	21,6	USD	1,0541	102.924	3.125
42	Stratus Capital Partners B L.P.	Edinburgh, Großbritannien	73,3	USD	1,0541	4.702	–3.665
43	Takura II Feeder Fund Partnership	Kapstadt, Südafrika	25,0	USD	1,0541	18.708	–1.996
44	The Kibofund II LLC	Ebene, Mauritius	21,7	USD	1,0541	9.609	–1.185
45	The SEAF Central and Eastern Europe Growth Fund	Washington D.C., USA	23,9	USD	1,0541	4.925	–747
46	TOO Isi Gips Inder	Rayon Inderskij, Kasachstan	40,0	EUR	1,0000	1.218.172	166.996
47	TOO Knauf Gips Kaptschagaj	Kaptschagaj, Kasachstan	40,0	EUR	1,0000	6.985.624	2.752.909
48	Whitlam Holding Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	38,7	USD	1,0541	0[4]	0[4]
49	Worldwide Group Inc.	Charlestown, St. Chr. und Nevis	32,3	USD	1,0541	0[4]	0[4]
Anteilsbesitz der Interkonnektor GmbH							
A. In den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen							
1	DC Nordseekabel GmbH & Co. KG	Bayreuth	50,0	EUR	1,0000	186.559	16.440
B. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen							
2	DC Nordseekabel Beteiligungs GmbH	Bayreuth	50,0	EUR	1,0000	50	0
3	DC Nordseekabel Management GmbH	Bayreuth	50,0	EUR	1,0000	100	0

[1] ISO-Währungscode

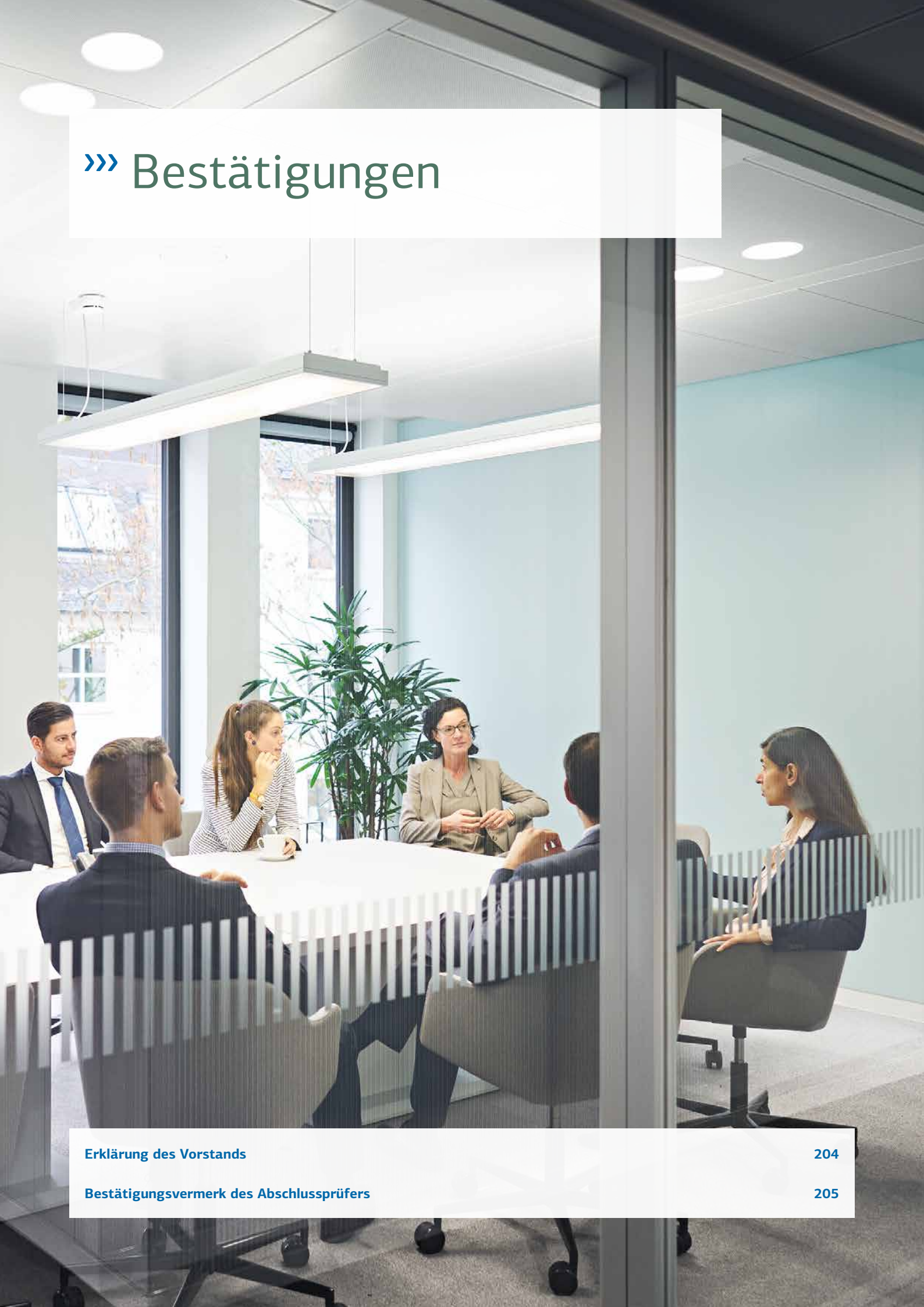
[2] WE = Währungseinheiten in Landeswährung, TWE = tausend Währungseinheiten in Landeswährung

[3] Abschlüsse erstellt nach den lokal zulässigen Rechnungslegungsvorschriften

[4] Das Unternehmen befindet sich in der Anlaufphase, es liegt noch kein Jahresabschluss vor.

Die Angaben basieren auf dem letzten vorliegenden Jahresabschluss des Beteiligungsunternehmens (soweit verfügbar).

Bestätigungen



Erklärung des Vorstands 204

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 205

Erklärung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 24. Januar 2017
KfW

Dr. Ulrich Schröder
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Günther Bräunig

Dr. Ingrid Hengster

Dr. Norbert Kloppenburg

Bernd Loewen

Dr. Stefan Peiß

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der KfW, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Entwicklung des Eigenkapitals, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW liegt in der Verantwortung des Vorstands der KfW. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 28. Februar 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wiechens
Wirtschaftsprüfer

Helke
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber
KfW Bankengruppe
Abteilung Kommunikation
Palmengartenstraße 5–9, 60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944
infocenter@kfw.de, www.kfw.de

Konzeption und Realisation
MEHR^{+} Kommunikationsgesellschaft mbH, Düsseldorf

Fotografie
Alle Motive in diesem Bericht (mit Ausnahme Seite 7 (oben), S. 18):
KfW Bankengruppe/Rüdiger Nehmzow

Seite 7 (oben): KfW-Bildarchiv
Seite 18: BMF/Ilja C. Hendel

Litho
Laser-Litho 4, Düsseldorf

Druck
Schirmer Medien GmbH & Co. KG, Ulm-Donautal

Gedruckt auf
Algro Design, Papier Union
MultiOffset, Papyrus

klimaneutral
natureOffice.com | DE-077-091101
gedruckt

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen

KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5–9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
infocenter@kfw.de
www.kfw.de

600 000 3982